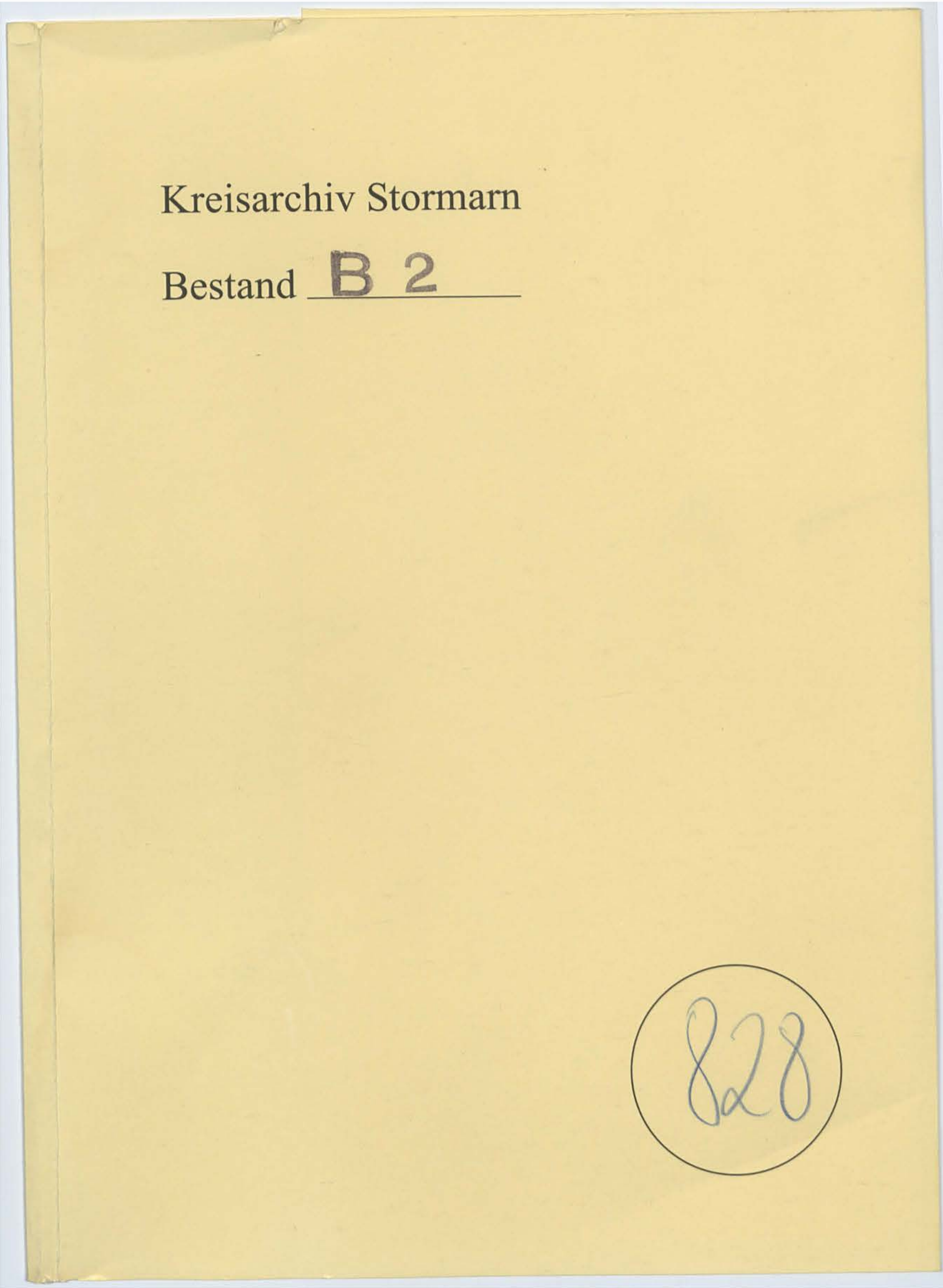
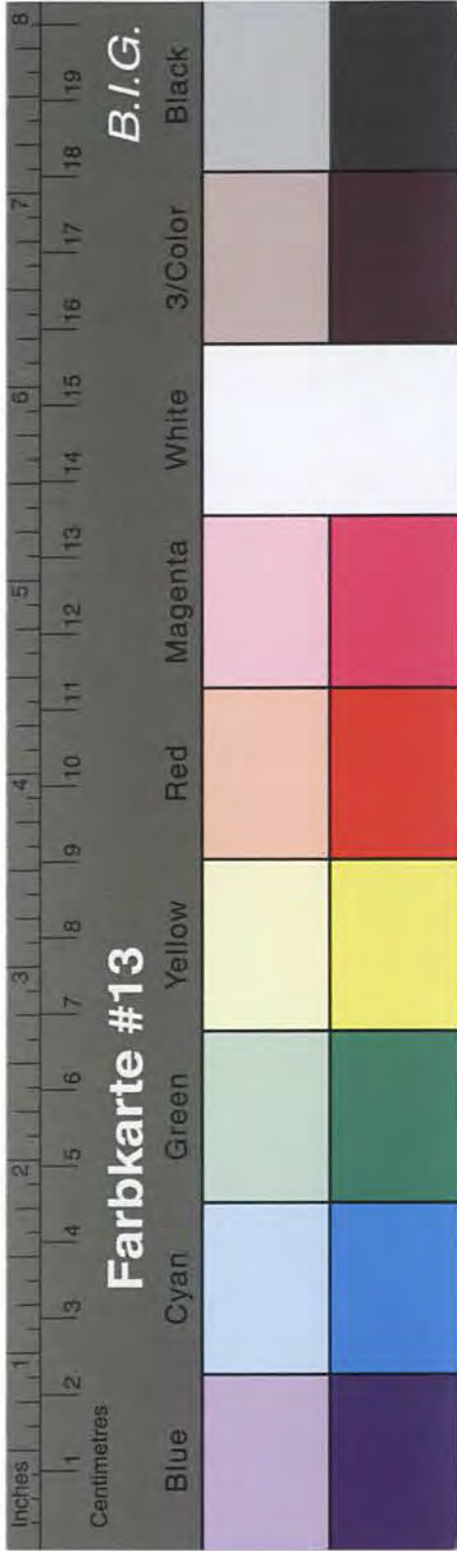


# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

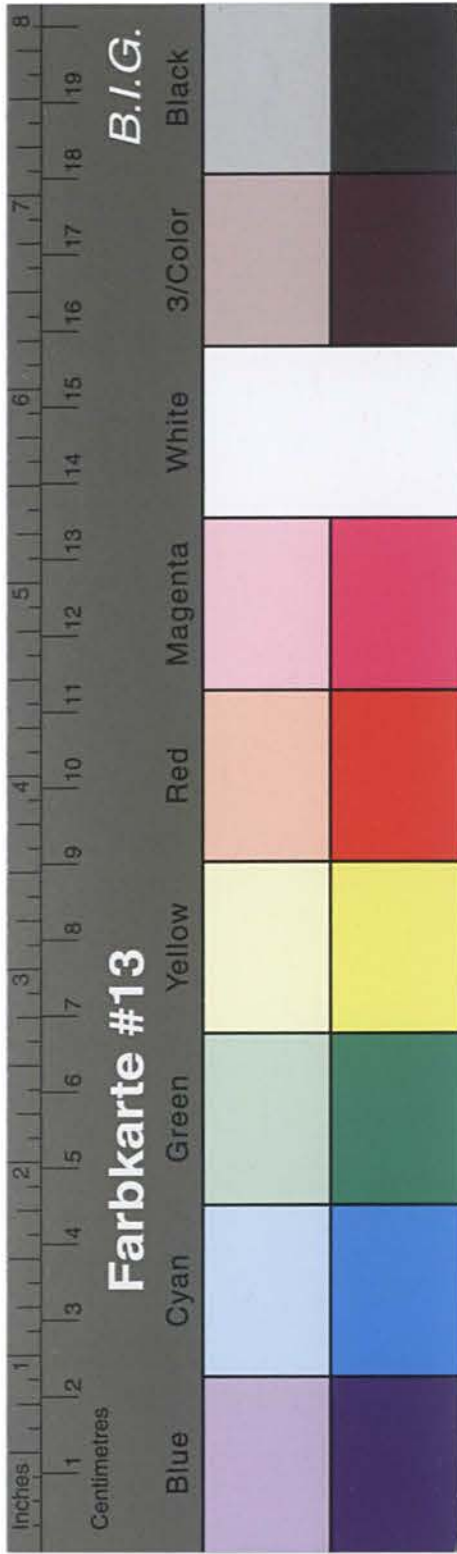
*Erklärung-Antrag*  
*Brieg, Kreis Borslow*  
*Wagnersstr. 23/24*

Sonderhilfs-Ausschuss  
für den Kreis Stormarn

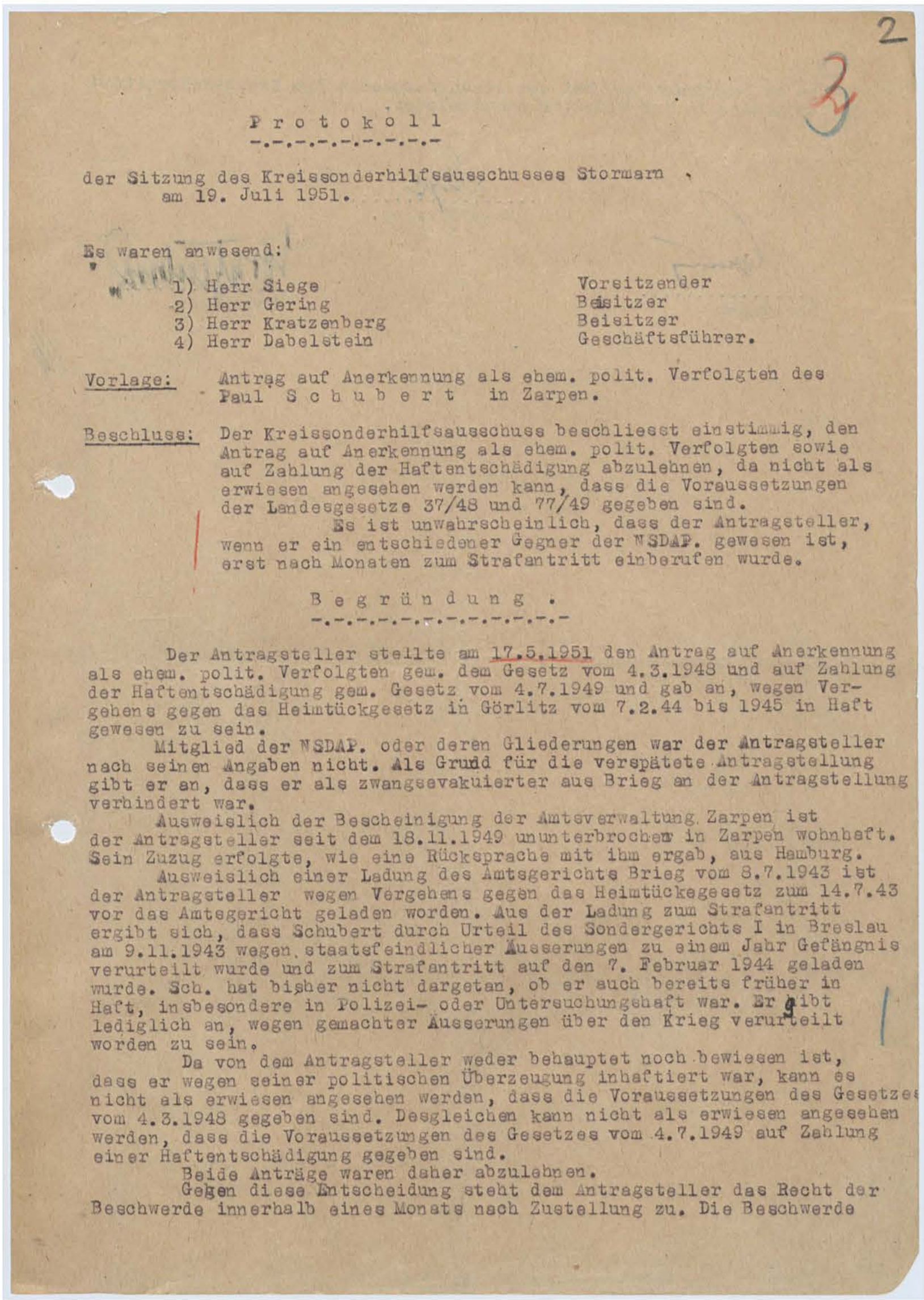
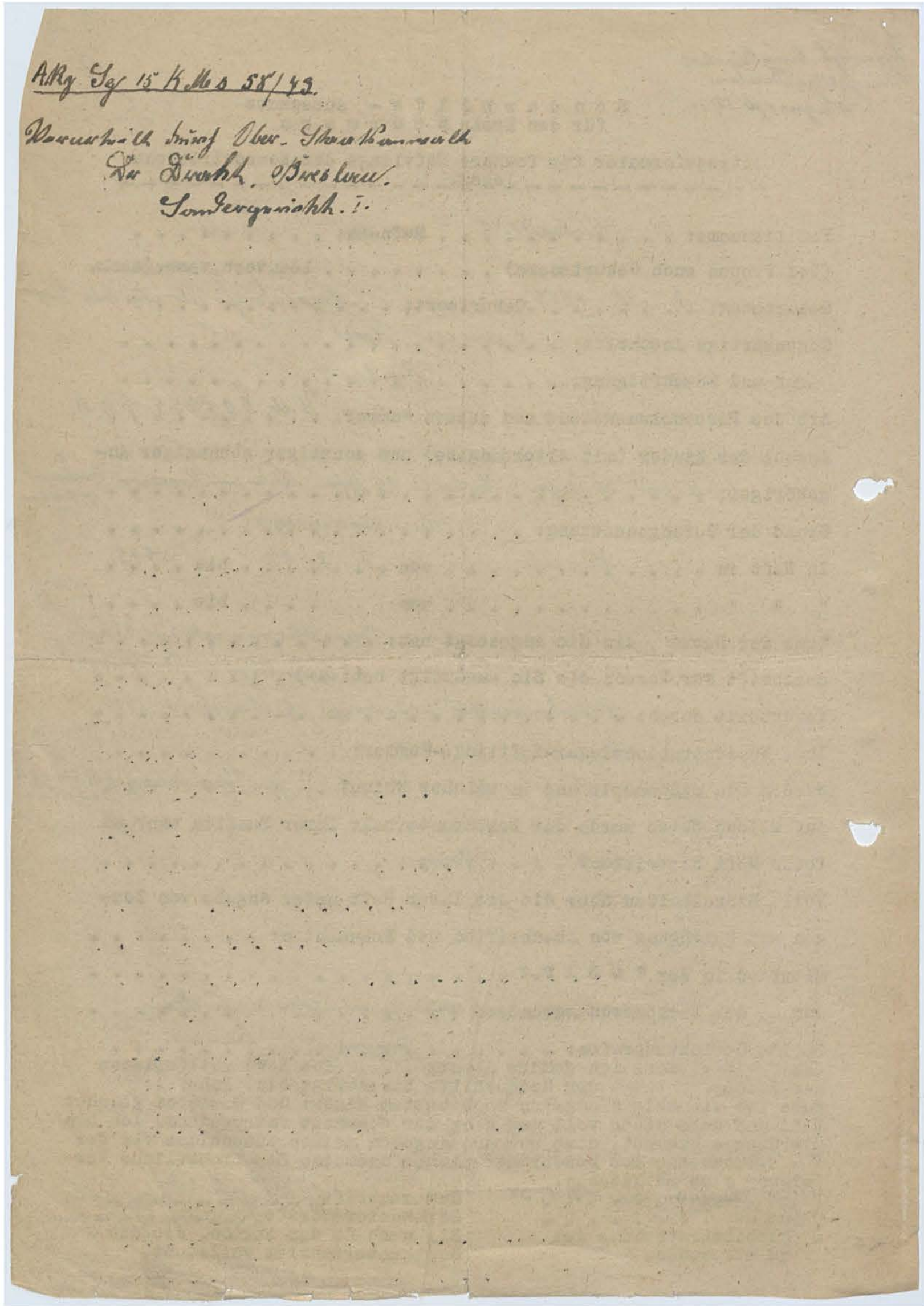
Antragsformular für frühere Häftlinge des Konzentrations-  
lager.

Familiennamen: *Schubert* Rufname: *Paul*  
(bei Frauen auch Geburtsname) . . . . . led. verh. verw. gesch.  
Geburtstag: *4. 10. 1889* Geburtsort: *Kornitz, im Reichs O/S.*  
Gegenwärtige Anschrift: *Kuppen, Holst.*  
Beruf und Beschäftigung: *Rechnant.*  
Art des Personalausweises und dessen Nummer: *B.M. 008454 F.G. A.*  
Anzahl der Kinder (mit Altersangabe) und sonstiger abhängiger An- +  
gehöriger: *Alfred 36 Jahre, Herbert 25 Jahre, beide im KZ gestorben, gefallen*  
Grund der Gefangensetzung: *Reichsbürgergesetz*  
In Haft in . . . *Neu-Itze* . . . von *7. 2. 44* bis *1945*.  
" " " . . . . . von . . . . . bis . . . . .  
Name der Person, die Sie angezeigt hat: *Agnes Schubert, 3. Fr. Scholz*  
Anschrift der Person die Sie angezeigt hat: *Kornitz, im Reichs O/S.*  
Verurteilt durch: *Sondergericht Borslow* am: *4. November 1943*.  
Ihre Konzentrationslager-Häftlings-Nummer: . . . . .  
Wurden Sie mißhandelt und in welcher Weise? . . . *ja, 3 Jahre, 3 Monate, 3 Wochen*  
Auf welche Weise wurde der Lebensunterhalt Ihrer Familie während  
Ihrer Haft bestritten? . . . *Nein*. . . . .  
Vollständige Einzelheiten über die Art Ihrer Haft unter Angabe von Zeu-  
gen und Beifügung von Abschriften und Dokumenten: . . . . .  
Mitglied in der NSDAP? . . . *Nein*. . . . .  
Angabe des Verzögerungsgrundes: *Erklärung-Antrag*. . . . .  
Zurückgefordert: . . . *Nein*. . . . .  
Ich erkläre, dass ich gemäß Absatz . . . . . des Sonderhilfsplanes  
zur Inanspruchnahme der Sonderhilfe berechtigt bin. Ich versichere,  
dass ich die obigen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht  
habe und dass diese voll und ganz der Wahrheit entsprechen. Ich bin  
mir dessen bewusst, dass unwahre Angaben meinen Ausschluss von der  
Inanspruchnahme des Sonderhilfsplanes und meine strafrechtliche Ver-  
folgung nach sich ziehen.  
Datum *Kuppen, den 17. 5. 51.*  
Unterschrift *Paul Schubert*  
Gegenunterschrift *Agnes Schubert*  
Eigenschaft der Person, die die  
Gegenunterschrift vollzieht.  
*Agnes Schubert*



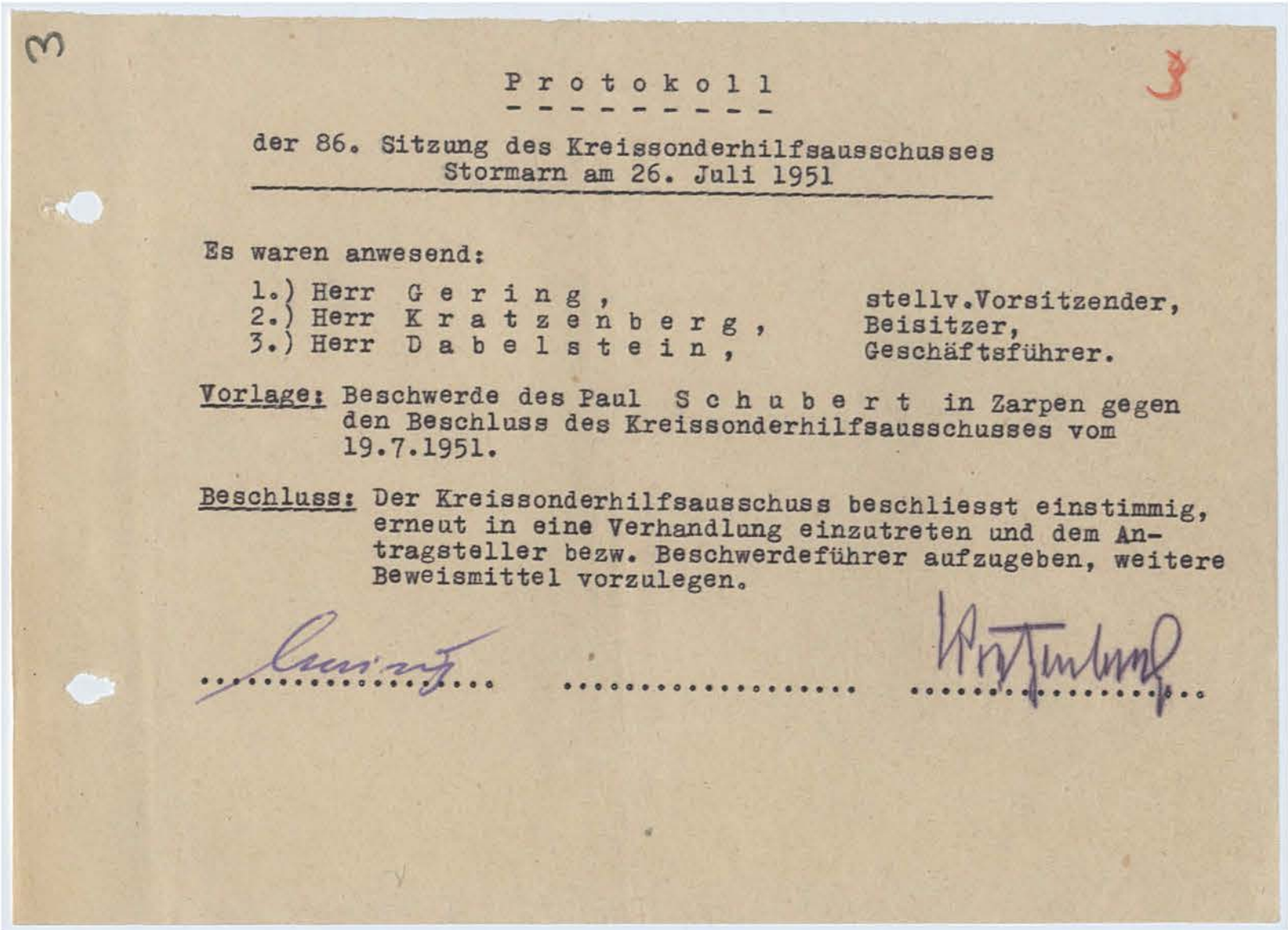
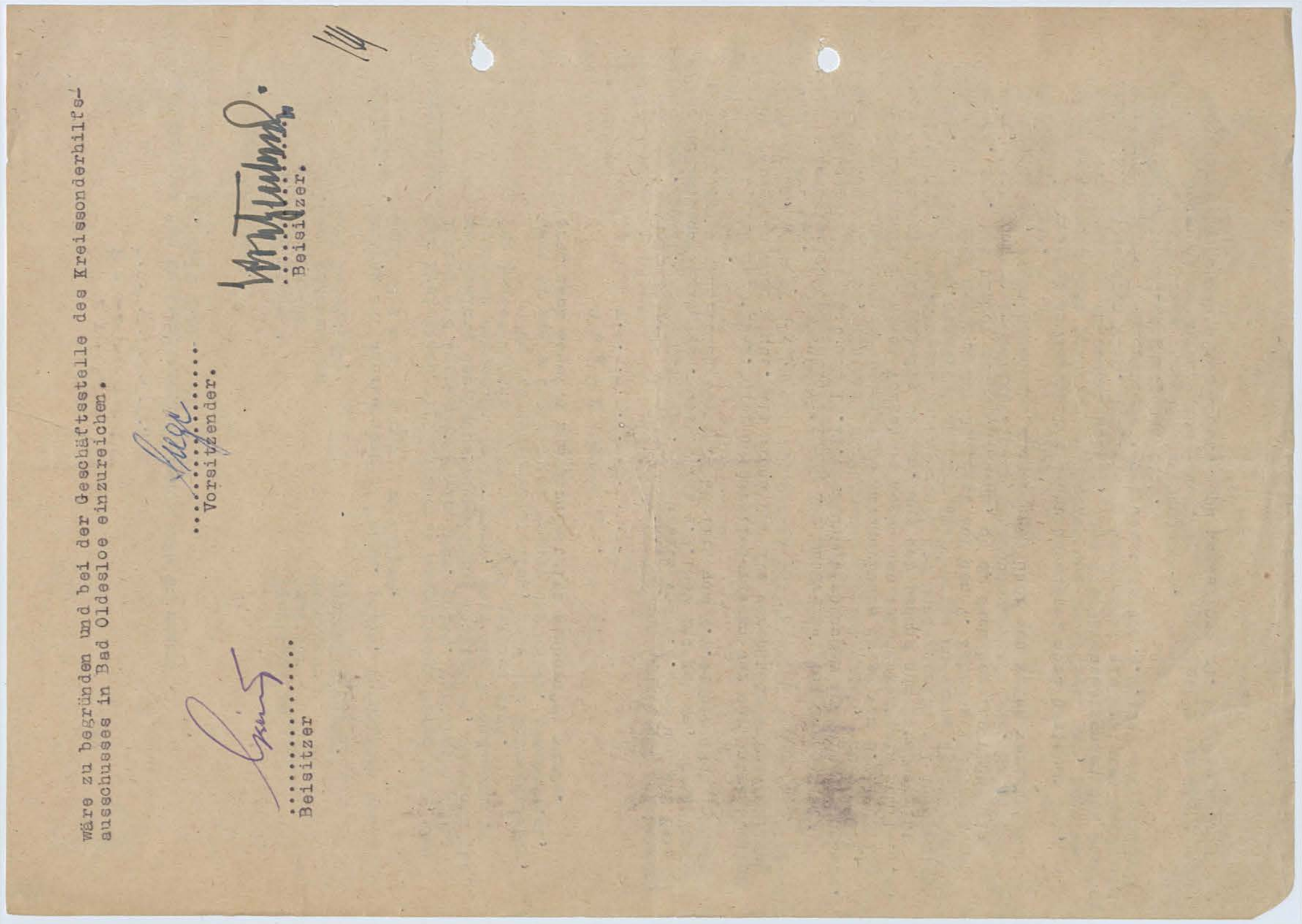


# Kreisarchiv Stormarn B2





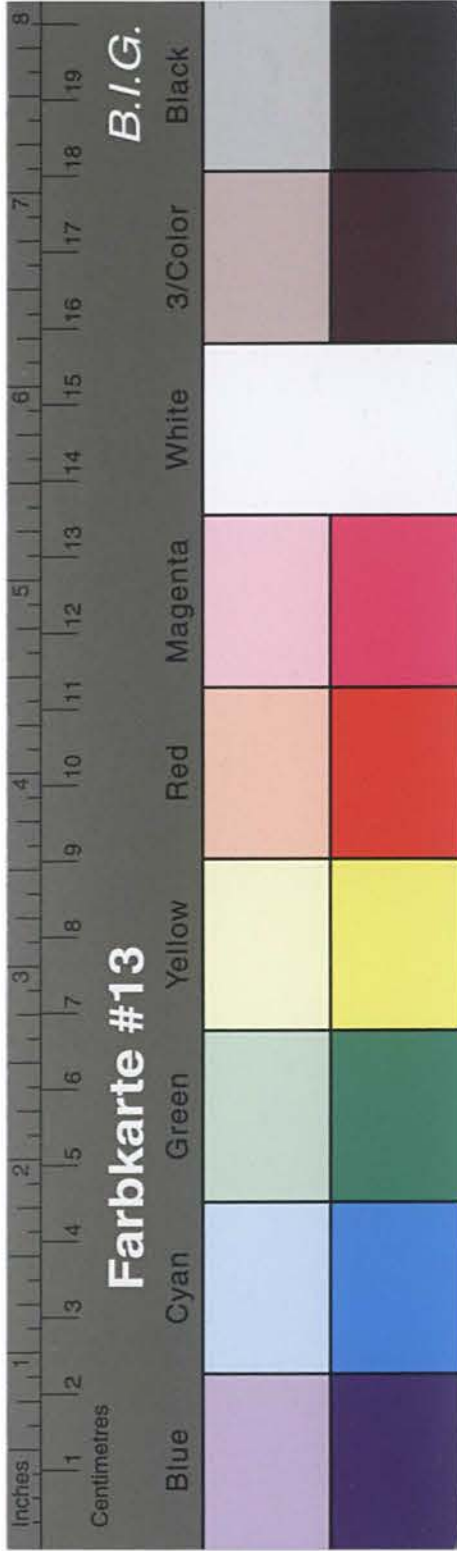
Kreisarchiv Stormarn B2



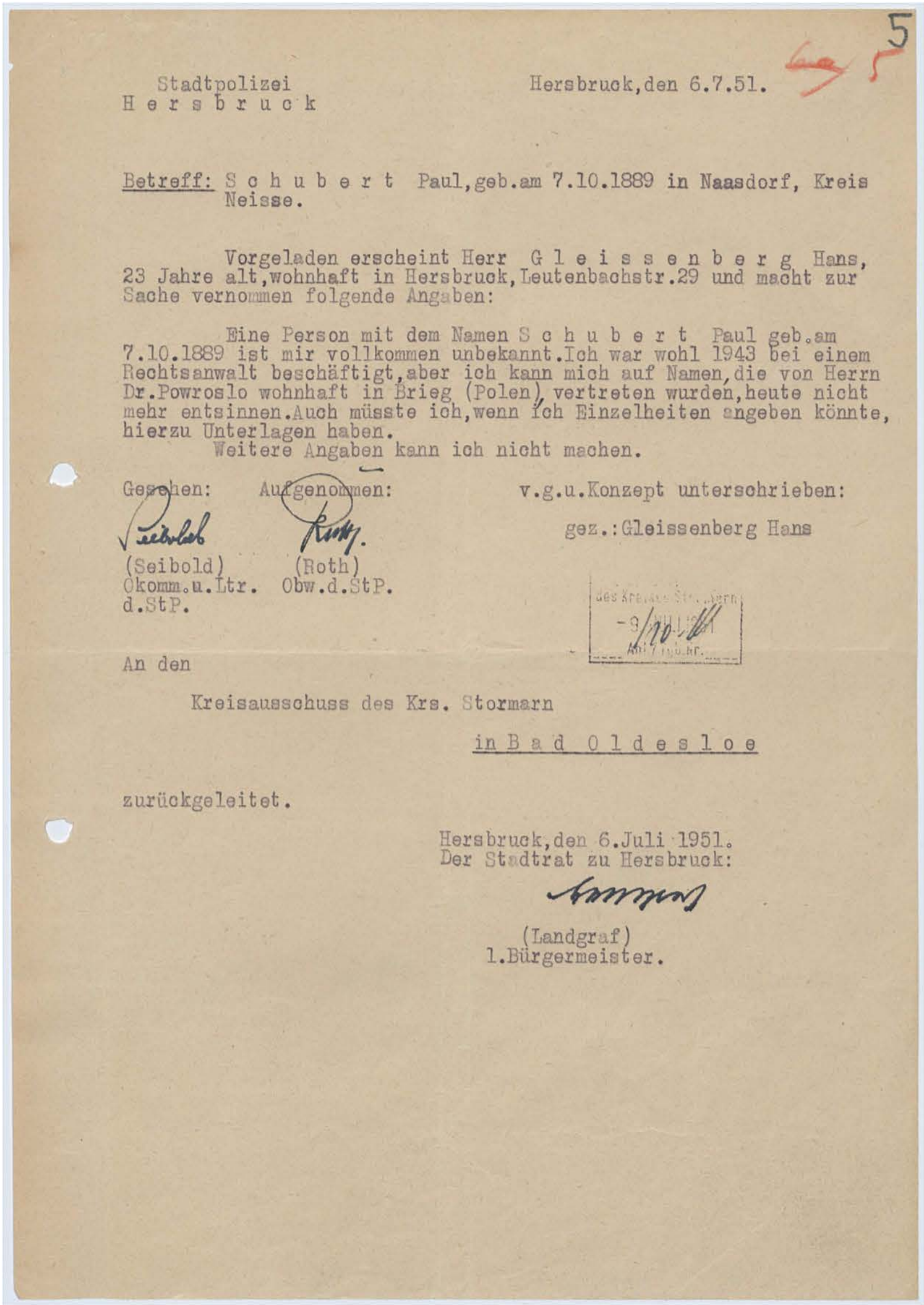
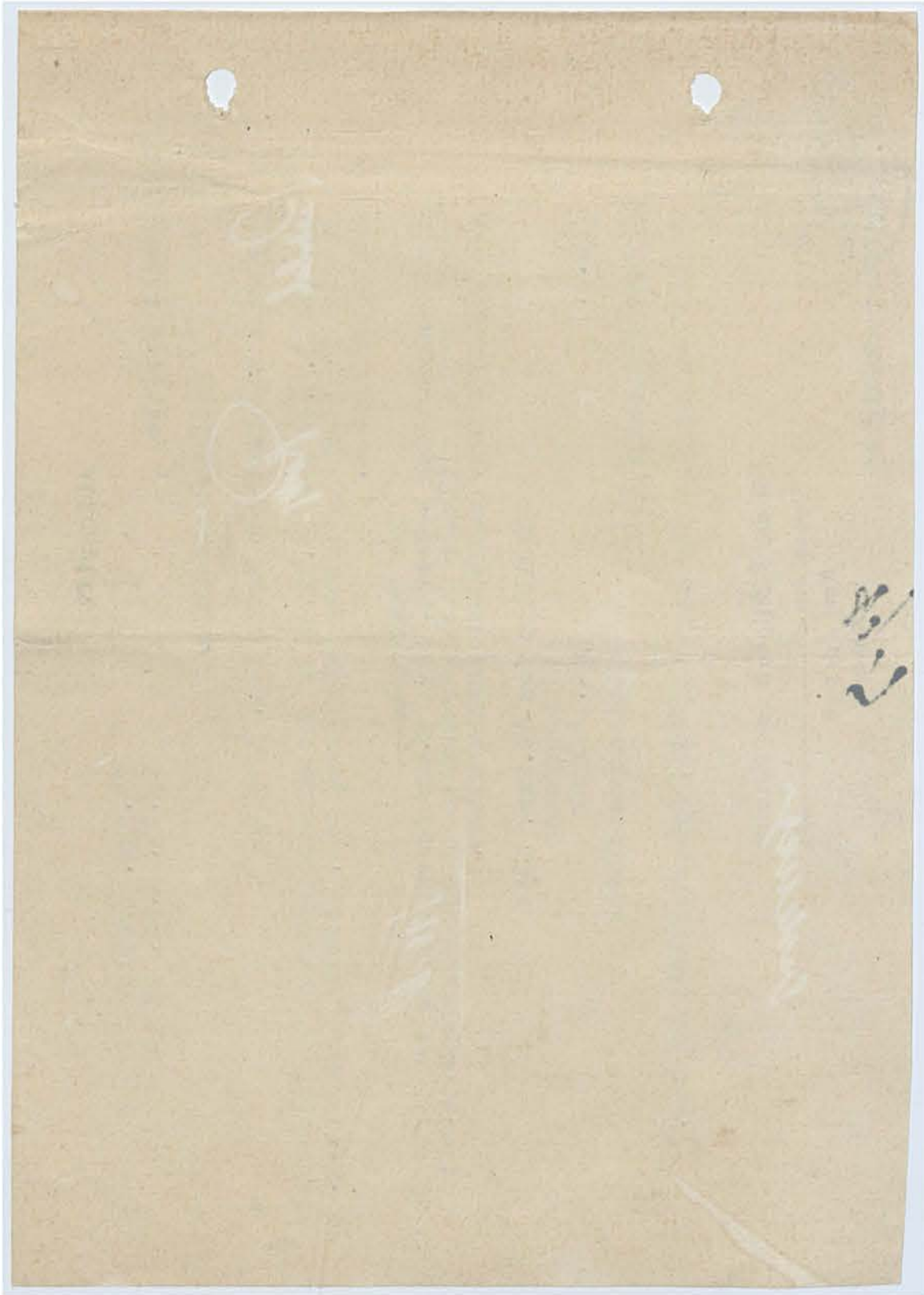




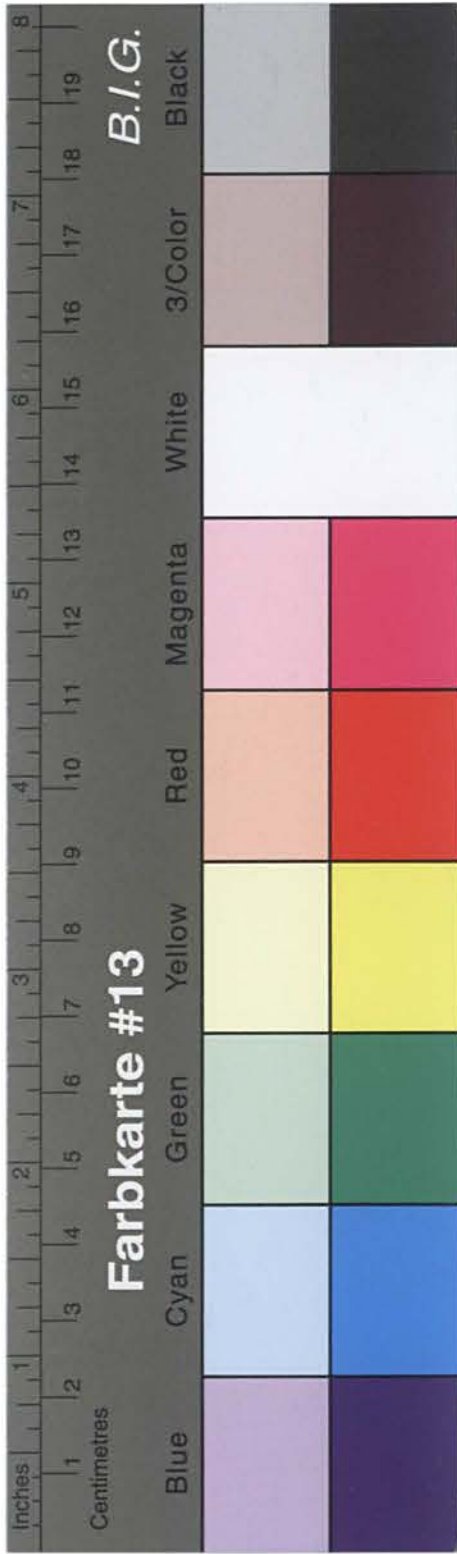




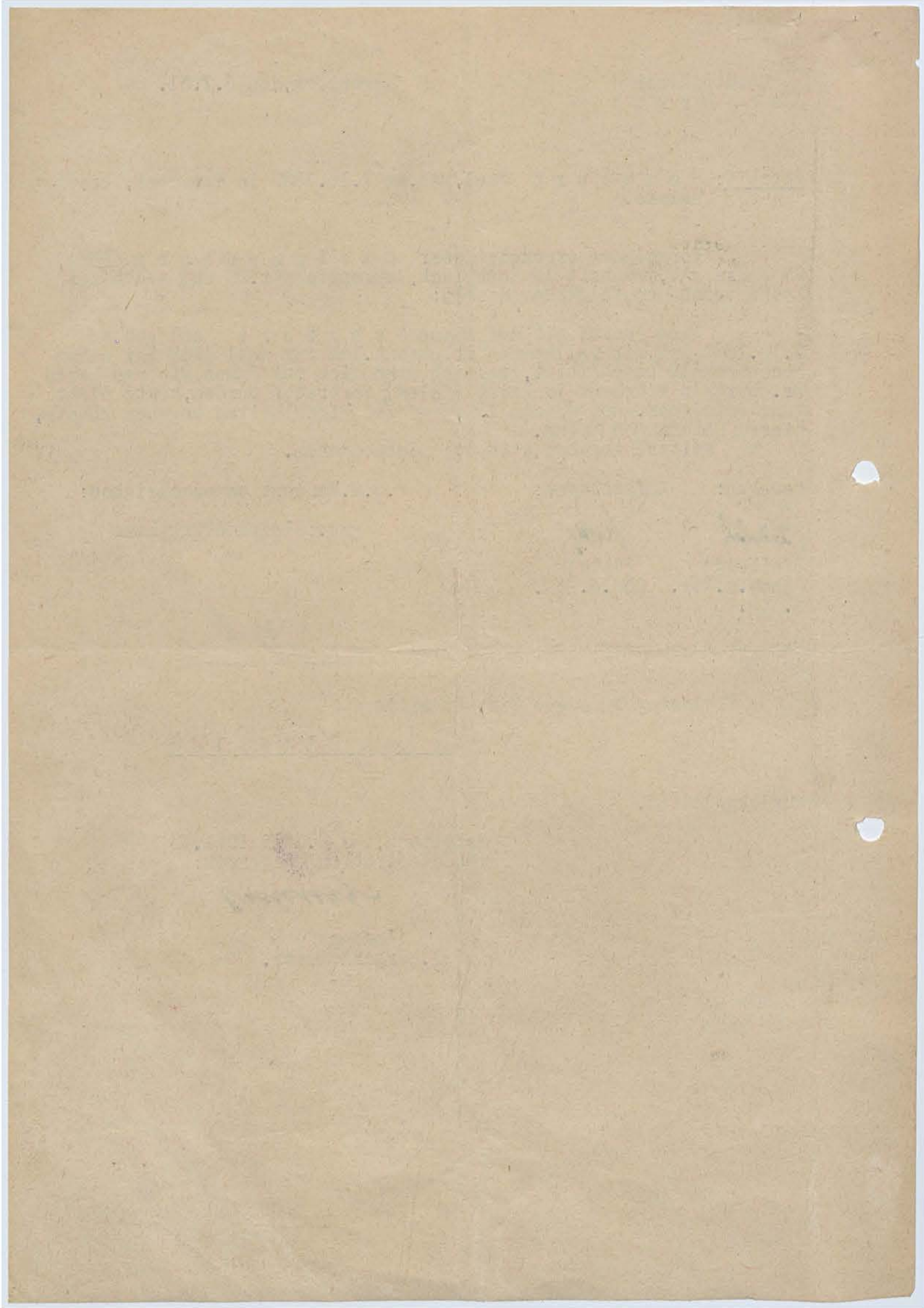
# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



6x/ 6

Stadtpolizeiamt  
Schuttpolizei

Schwäbisch Gmünd, den 3.7.1951.

**Betreff:** Vernehmung der verw.Hausfrau Anna G o t t s c h l i c h, wohnhaft, Schwäbisch Gmünd, Honiggasse 36.

**Bezug:** Ersuchen des Kreisausschusses-Sonderhilfausschuß-4-1/9, Kreis Stormarn, Bad Oldesloe vom 23.6.1951.

Auf Grund obigen Ersuchens wurde die verw.Hausfrau Anna Gottschlich auf die Polizeiwache vorgeladen und zum beiliegenden Schreiben vernommen. Gottschlich, mit dem Gegenstand der Vernehmung vertraut gemacht und zur Wahrheit ermahnt, gab an:

**Zur Person:** „Ich heiße Anna Gottschlich, geb. Rother, bin verw. Hausfrau, geb. am 31.12.1891 in Dambrau, Kr. Falkenberg/Oschl. wohnhaft Schwäbisch Gmünd, Honiggasse Nr. 36 und bin deutsche Staatsangehörige.“

**Zur Sache:** „Der im beiliegenden Schreiben genannte Paul S c h u b e r t ist mir persönlich bekannt. Er war seinerzeit in unserer Heimat für meinen Mann als Versicherungsvertreter tätig. Über die erwähnte Angelegenheit kann ich leider keine sachdienlichen Angaben machen. Mein Mann hätte bestimmt nähere Angaben machen können, aber dieser ist bereits am 25.6.1945 in russischer Gefangenschaft verstorben. Ich weiß nur, daß er -Schubert-SPD.-Angehöriger war und sich einige Zeit in Haft befand. Der Grund der Jnhäftierung ist mir allerdings nicht bekannt. Weiter kann ich zu der Sache nicht mehr angeben.“

Geschlossen: v. g. u.

Pol. Meister *Meister*

Gesehen: *Anna Gottschlich*

Pol. Kommissar *Kommissar*

Dem

Kreisausschuß  
Kreis  
S t o r m a r n

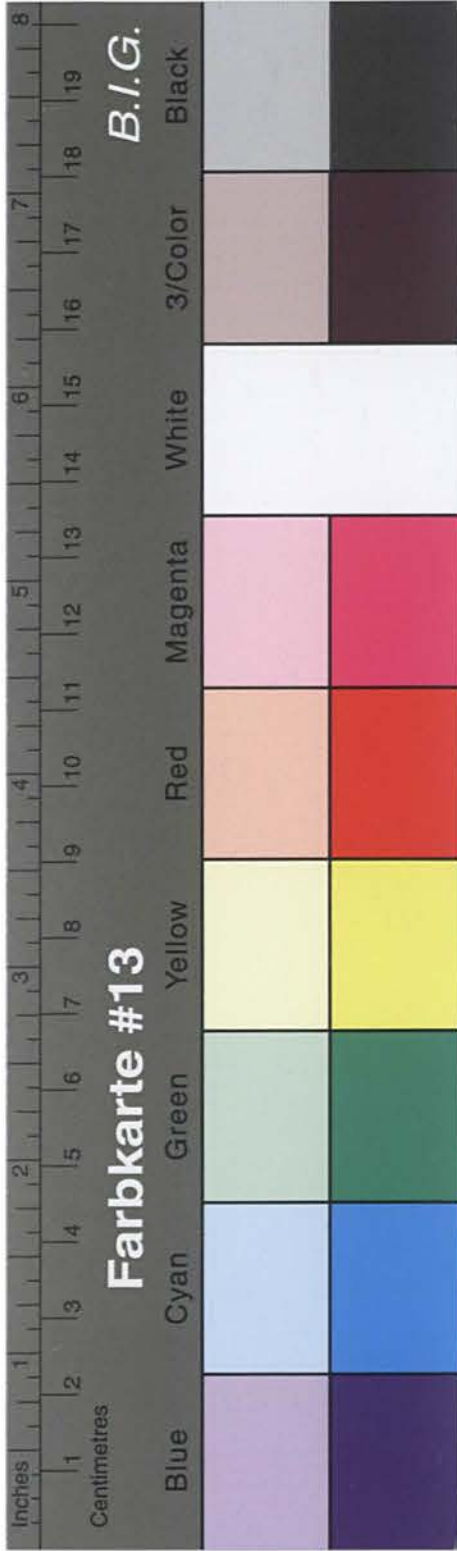
mit der Vernehmung der Zeugin S c h u b e r t zurückgesandt.

Schwäbisch Gmünd, den 5. Juli 1951  
Stadt Schwäbisch Gmünd  
Bürgermeisteramt  
-Stadtpolizeiamt-

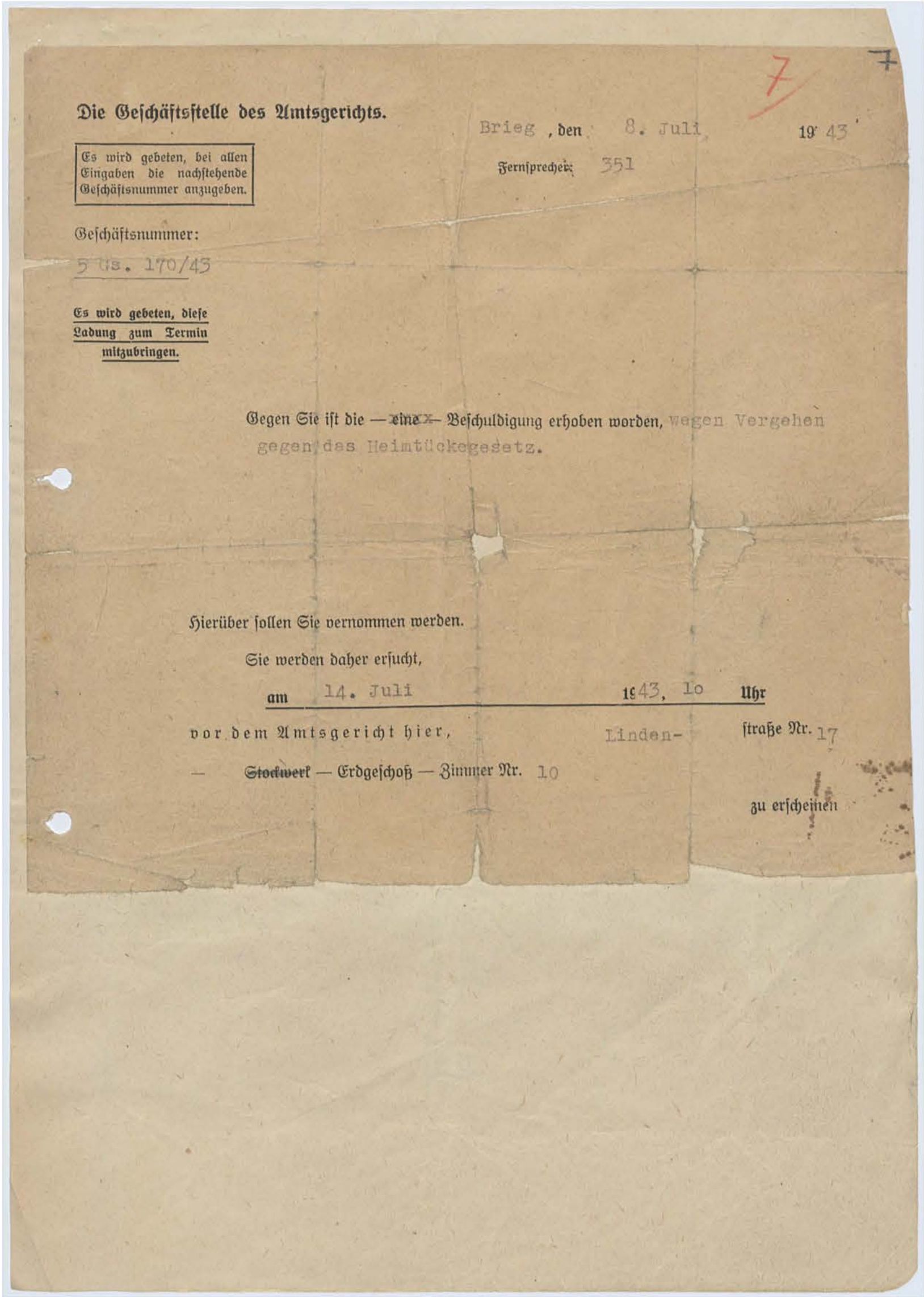
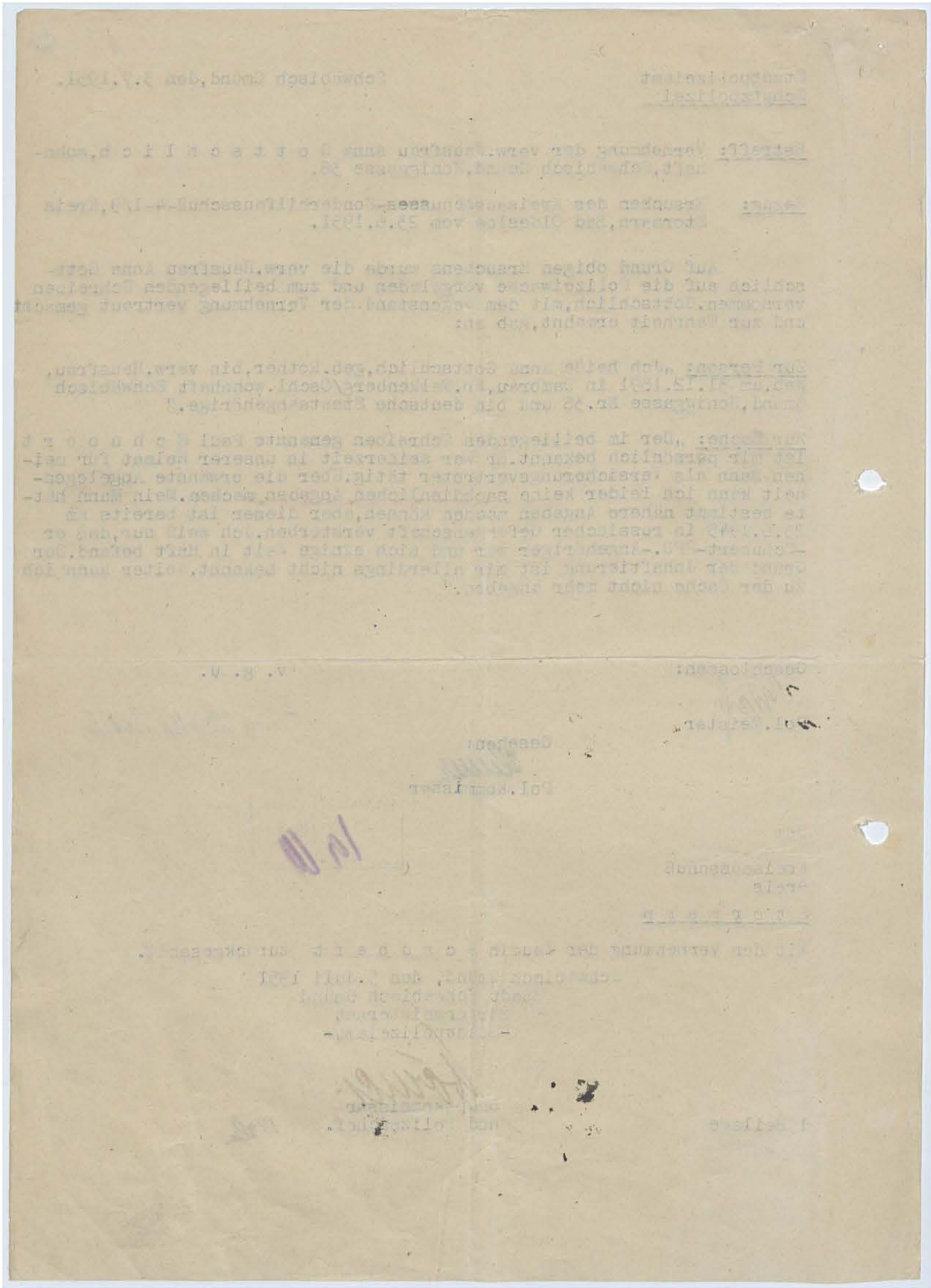
*Körner*  
Hauptkommissar  
und Polizeichef. /Egla.

1 Beilage

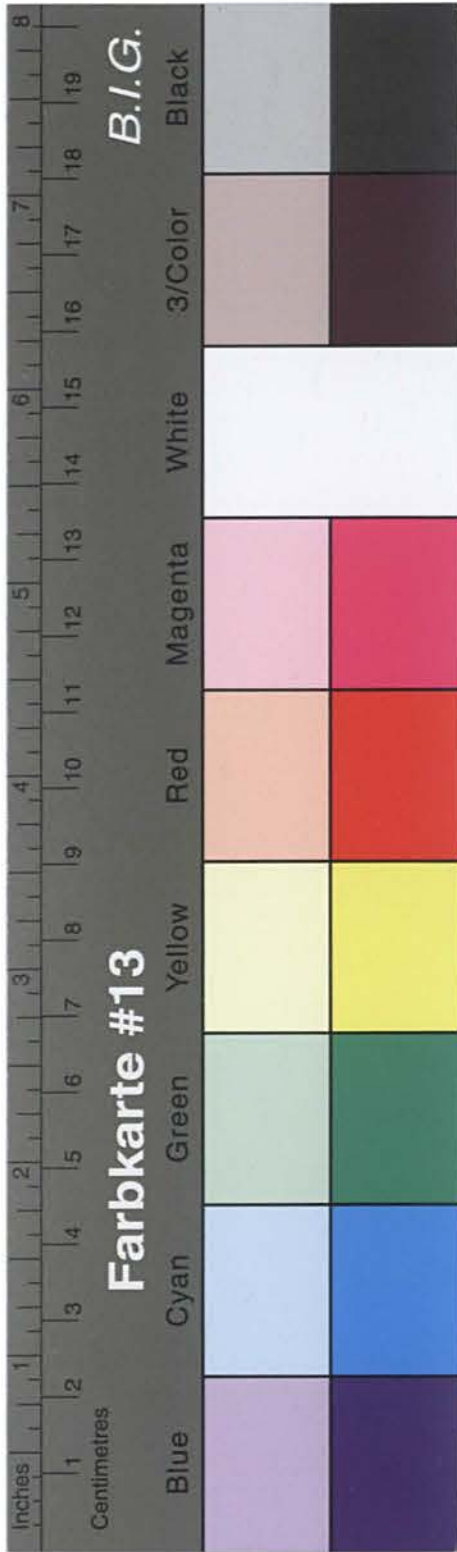




# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

**Ladung zum Strafantritt**

Der Einnnehmer Paul Schubert in Brieg, Bez. Breslau  
geboren am 9.X.89 zu Naasdorf, wird aufgefordert, die durch — vollstreckbares Urteil —  
von ~~der Strafvollstreckungsanstalt~~ ~~des Sondergerichts I~~  
in Breslau vom 9. November 1943  
wegen staatsfeindlicher Äußerungen gegen ihn — ~~StO~~ —  
erkannte 1 Jahr Gefängnis bis spätestens am 7. Februar 1944  
in der Haftanstalt Görlitz  
bei Beauftragung wird nachgelassen, sich zur Überführung in der Haftanstalt  
in Brieg, Bez. Breslau zu stellen.

Die Annahme findet nur an Werktagen, und zwar in der Zeit von 8—16 Uhr, an Sonnabenden  
und Werktagen, die einem Feiertag vorangehen, in der Zeit von 8—12 Uhr statt. Erscheinen in sauberem  
und nüchternem Zustand wird erwartet. Im Falle des Ausbleibens werden Zwangsmaßnahmen ergriffen  
werden.

Diese Ladung, und soweit vorhanden, Arbeitsbuch, Wehrpaß und letzte Quittungskarte der  
Sozialversicherung sind mitzubringen. Weiter können mitgebracht werden:  
Etwas Bargeld, Brille von Brillenträgern, Zahnbürste, Haarbürste, Kamm, Taschenspiegel Rasierapparat,  
Seifenmapf und Rasierpinsel, bei längerer Freiheitsstrafe auch einige Bücher zur beruflichen Unter-  
richtung und Fortbildung.

Nicht mitgebracht werden dürfen: Lebens- und Genußmittel, vor allem Tabakwaren und  
alkoholische Getränke jeder Art, Tabakpfeife, Feuerzeuge, Streichhölzer, Seife, Zahnpasta, Zeitungen  
jeder Art, Schreibwaren, Waffen, Stöcke, Werkzeuge und große Gepäckstücke.

Das Mitbringen sonstiger, namentlich wertvoller oder empfindlicher Gegenstände ist unzumutbar.

Bei Ersatzfreiheitsstrafen: Die sofortige Zahlung von ~~RM~~ aus ~~Post~~ Postcheckkonto Nr. ~~in~~  
befreit von der Strafvollstreckung.

Ein Gnadenbeweis ist abgelehnt.

2 Anl.

Im Auftrage  
Justiz—ober—inspektor als Rechtspfleger

H.

Ladung zum Strafantritt (§ 13 der Strafvollstreckungsordnung).  
Vollstr.O. 3

Anstaltsdruckerei Waldheim (Sachs)

7a/8

Polizeiinspektion Oldenburg  
— Kriminalpolizei —

Oldenburg, den 21. 8. 1951

Ursache

Vernehmung.

Vorgeladen erscheint die Ehefrau  
Emma Kretschmer, geb. Adelt,  
geb. 3. 7. 1911 in Linden/Brieg,  
wohnhaft Oldenburg, Drögen Hasen Weg 28

und erklärt zur Sache befragt folgendes:

"Ich bin mit dem Gegenstand meiner Vernehmung bekannt gemacht  
worden.

Ich kenne Paul Schubert aus Brieg her, weil ich dort mit  
ihm zusammen beim "Volkswohlbund" gearbeitet habe. Schubert  
kassierte damals die Beiträge in den Landbezirken um Brieg.  
Eines Tages, es kann etwa Anfang 1944 gewesen sein, war Schubert  
für etwa ein Jahr verschwunden. Als er dann wieder kam, wurde er  
beim "Volkswohlbund" nicht wieder eingestellt. Ich habe mich dann  
mit Schubert unterhalten und er erzählte mir, daß er wegen einer  
staatsfeindlichen Äußerung zu einer Gefängnisstrafe bestraft worden  
sei.

Ich selbst kann aus eigener Wahrnehmung zur Sache kein Zeugnis  
ablegen, da ich bei der Äußerung nicht zugegen war. Meine Kenntnisse  
erstrecken sich nur auf die Erzählungen des Schubert.

Schubert will damals angeblich in einem Dorf bei Brieg gewesen  
sein. In einer Unterhaltung mit einer Frau aus diesem Dorf habe  
Schubert dann erfahren, daß am ~~Vormittag~~ <sup>Abend vorher</sup> der Kreisleiter gesprochen  
haben soll. Schubert soll sich dann abfällig über die Ver-  
sammlung geäußert haben, indem er sagte, daß der Kreisleiter für  
seine Reden bezahlt bekomme.

Bei welchem Sondergericht die Sache damals gelaufen ist, kann ich  
nicht angeben.

Schubert selbst ist mir als ~~ehemaliger~~ ehemaliger SPD-Angehöriger  
bekannt. Nachteiliges ist mir über Schubert nicht bekannt.

Weitere Angaben kann ich zur Sache nicht mehr machen."

v. g. u.

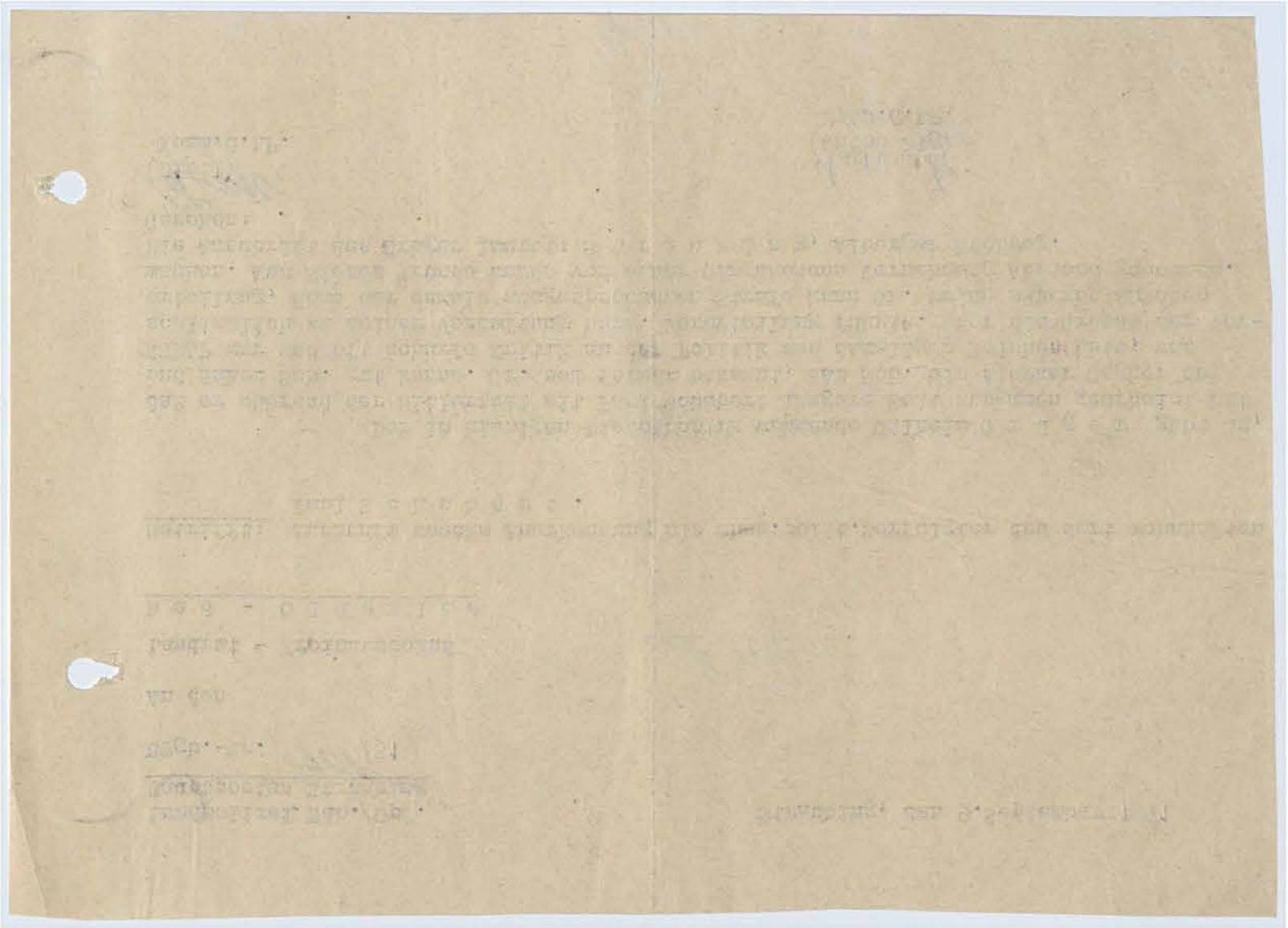
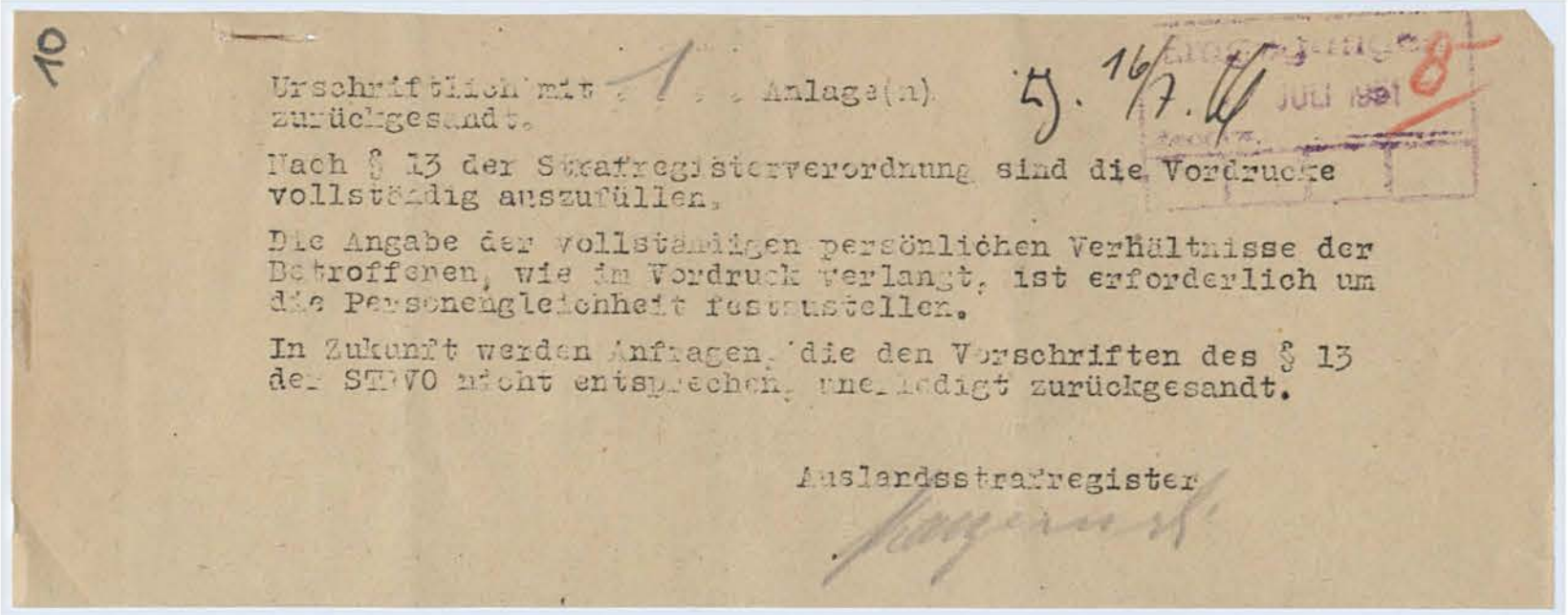
Geschlossen:  
H. Schröder  
(Schröder) KPW



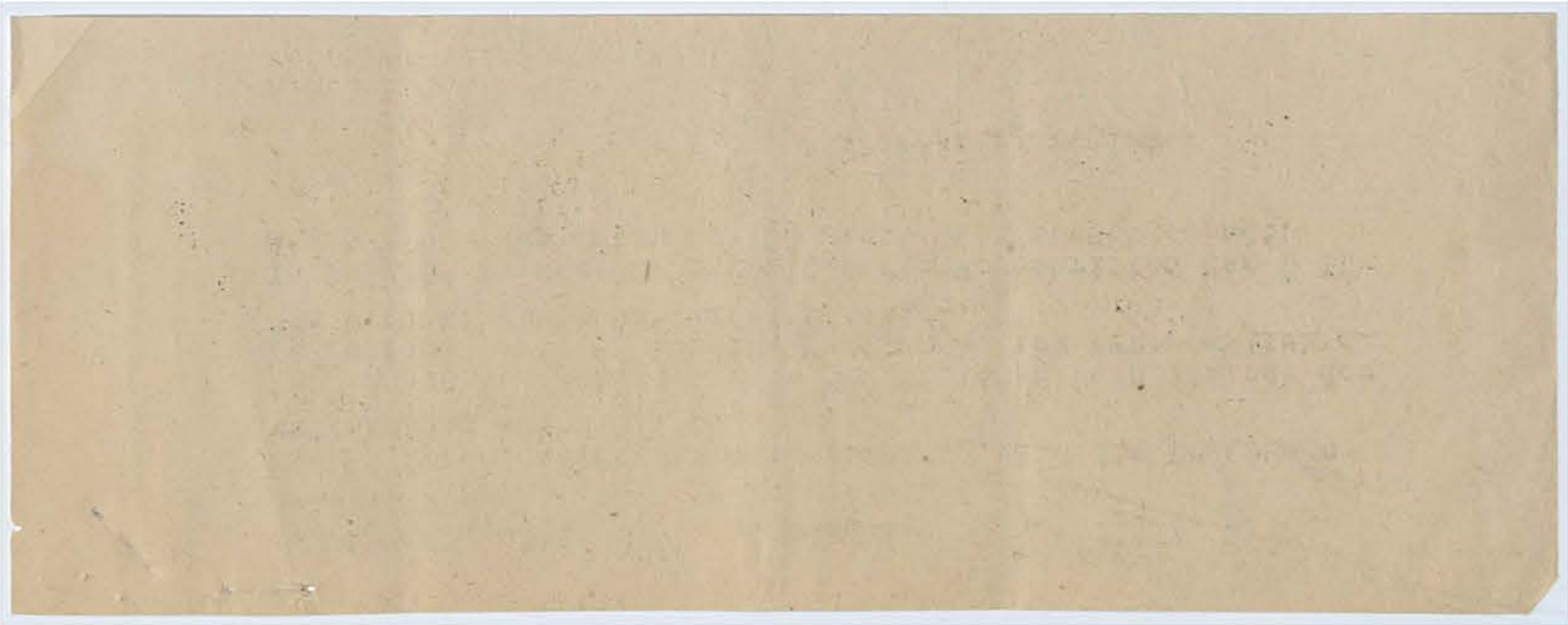
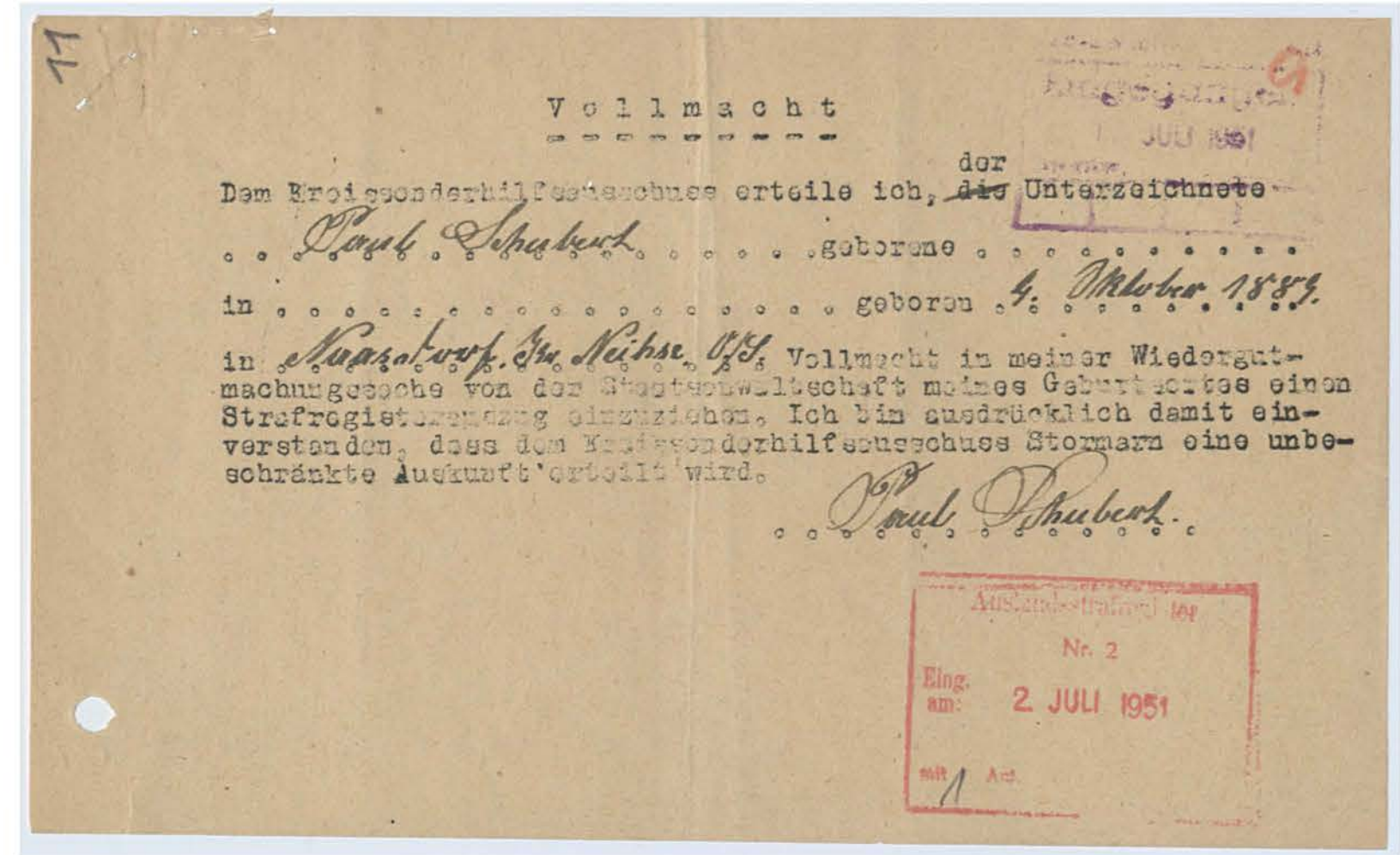




# Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2









Lübeck, den 25. März 1952.

Lübeck, den 25. März 1952.

Tilgungsbescheinigung.

Der Rentner Paul S c h u b e r t, geb. am 7.10.1889  
in Naas<sup>d</sup>orf Bez. Neisse/Oberschlesien, wohnhaft in Zarpen in  
Holstein ist am 9.11.1943 vom Sondergericht I in Breslau  
wegen staatsfeindlicher Äusserungen zu 1 Jahr Gefängnis  
verurteilt.

Strafverbüßung ist nicht bekannt.

Gem. Straffreiheitsverordnung des Zentraljustizamtes vom 3.6.1947 ist die Strafe tilgungsfähig.

Der Strafregisterführer.

strafregister  
Corrion

Anmerkung: Die Anschrift muß von der ersuchenden Dienststelle mit ausgefüllt werden.

(24) in Bad Oldesloe Mühlentstr. 22

die Kreisverwaltung Stormarn  
Abt. 4-1/9

An

die Staatsanwaltschaft  
Auslands—Strafregister—Behörde  
beim Landgericht

In Berlin  
Mene Friedrichstr. 16

Unter Bezugnahme auf umstehenden Auszug urchriftlich zurück:

Urschriftlich mit der Bitte um Auskunft.

Ort und Datum: 28. 11. 1957

den 25.6.1951

Behörde: Kreis Stormarn

Der Kreisausschuss

- Sonderhilfssausst. - 4 - 1/9 -

---

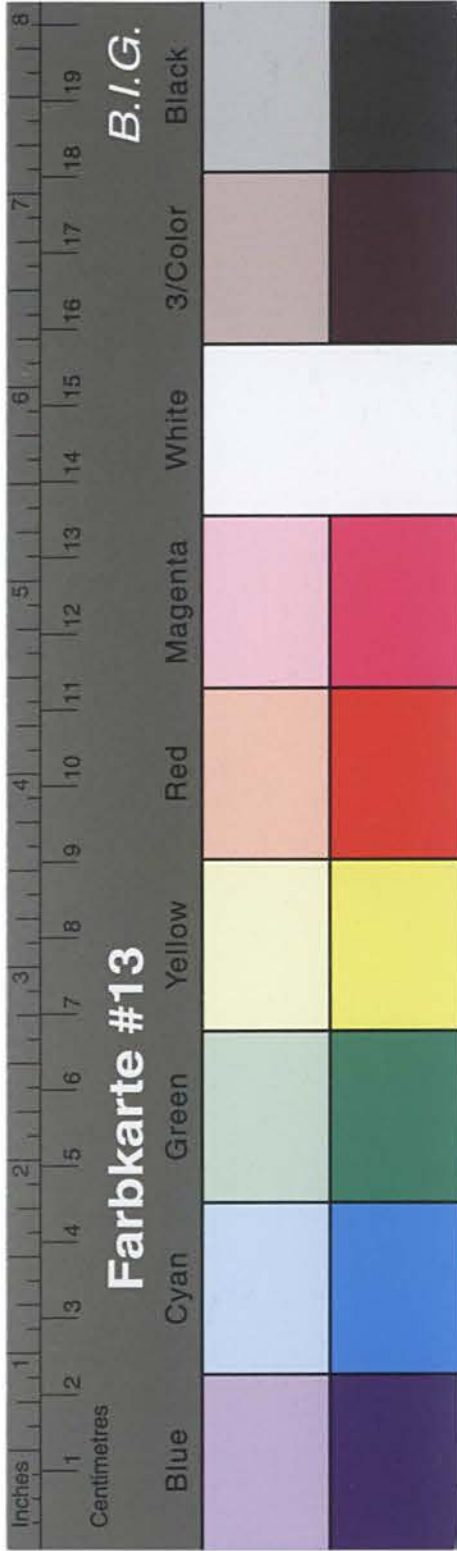


THE UNIVERSITY OF CHICAGO

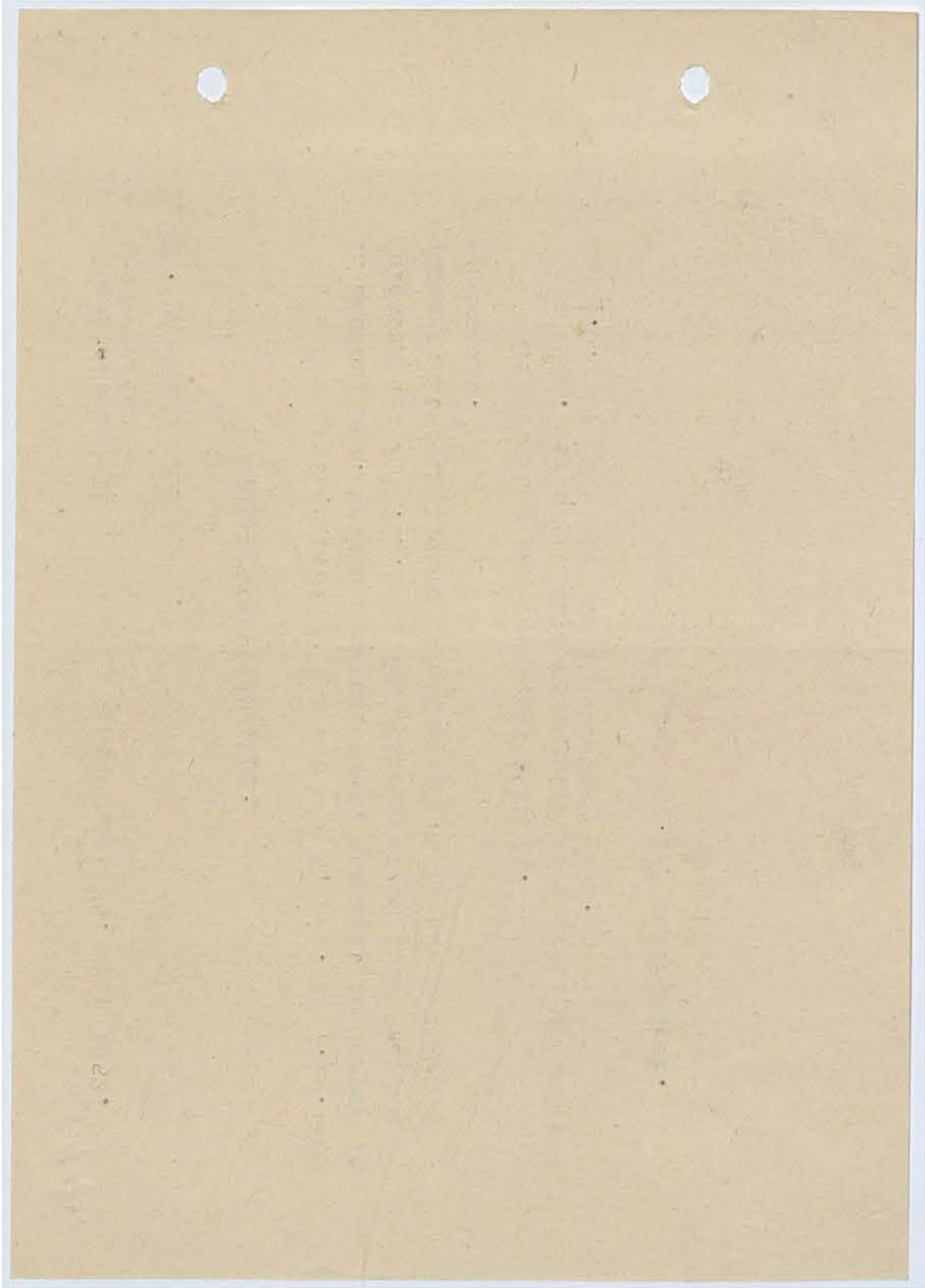
(Unterschrift)







# Kreisarchiv Stormarn B2



*Handwritten:* Kreisarchiv Stormarn  
Brieg-Biz-Bresten  
Wagenstadt 23/24

14

Eidesstattliche Erklärung.

Vorgeladen erschien heute vor der Amtsstelle

..... *Paul* .....  
(Name)

wohnhaft in ..... *Karpen* ..... geb.: *9. Oktober 1889*

in *Marschhof Str. Nr. 1/2* und gab folgende Erklärung ab:

Ich habe bei dem Kreissonderhilfeausschuss in Bad Oldesloe den Antrag auf Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus gestellt. Zur Vervollständigung meiner Personalakte bei dem Kreissonderhilfeausschuss gebe ich hiermit folgende Erklärung an Eides Statt ab, nachdem ich auf die Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung, insbesondere die Strafbarkeit einer falschen derartigen Erklärung belehrt worden bin:

x) Ich bin niemals Mitglied der NSDAP, oder ihrer Gliederungen gewesen.

x) Ich bin Mitglied folgender Organisationen gewesen:

		vom		bis	
NSDAP			<i>unfähig</i>		
SS					
HJ					
SA					
WSDO					
WSKK					
NSDSTB					
WSF					
WSFK					

Zarpen, den *15. Mai 1951*

*Paul Schmitz*  
(Unterschrift)

Beglaubigt:

..... *Vors.* .....  
(Dienststellung)

*Antragsteller*

x) Nichtzutreffendes streichen.

2  
AMT  
ZARPEN  
KREIS STORMARN  
(Siegel)



15

## Amt Zarpen

Kreis Stormarn

Abtlg. **örtl. Ordnungsbeh.**

Az. 1/1

Bank-Konto:  
r. 13225 Kreissparkasse Stormarn in Zarpen  
Postscheck-Konto: Hamburg Nr. 7299

(24a) ZARPEN, den 11. Mai 1951  
über Lübeck  
Telefon Reinfeld 249

-Aufenthaltsbescheinigung.-

Der Paul Schübert ..... Beruf Rechnner  
geboren am 9. Okt. 1889 ..... in Naasdorf / Weim. Os.  
ist vom 18. 11. 1949 ..... bis heute ..... in Zarpen ..... Krs. Stör-  
marn gemeldet/und wohnhaft/gewesen.

rother Hbg.  
Gebührenfrei.



Im A<sub>n</sub>frage:

Vogel

Friedrich Kinst, Buchdruckerei, Bad Odessee

Kreisarchiv Stormarn B2





16

Erklärung.

74

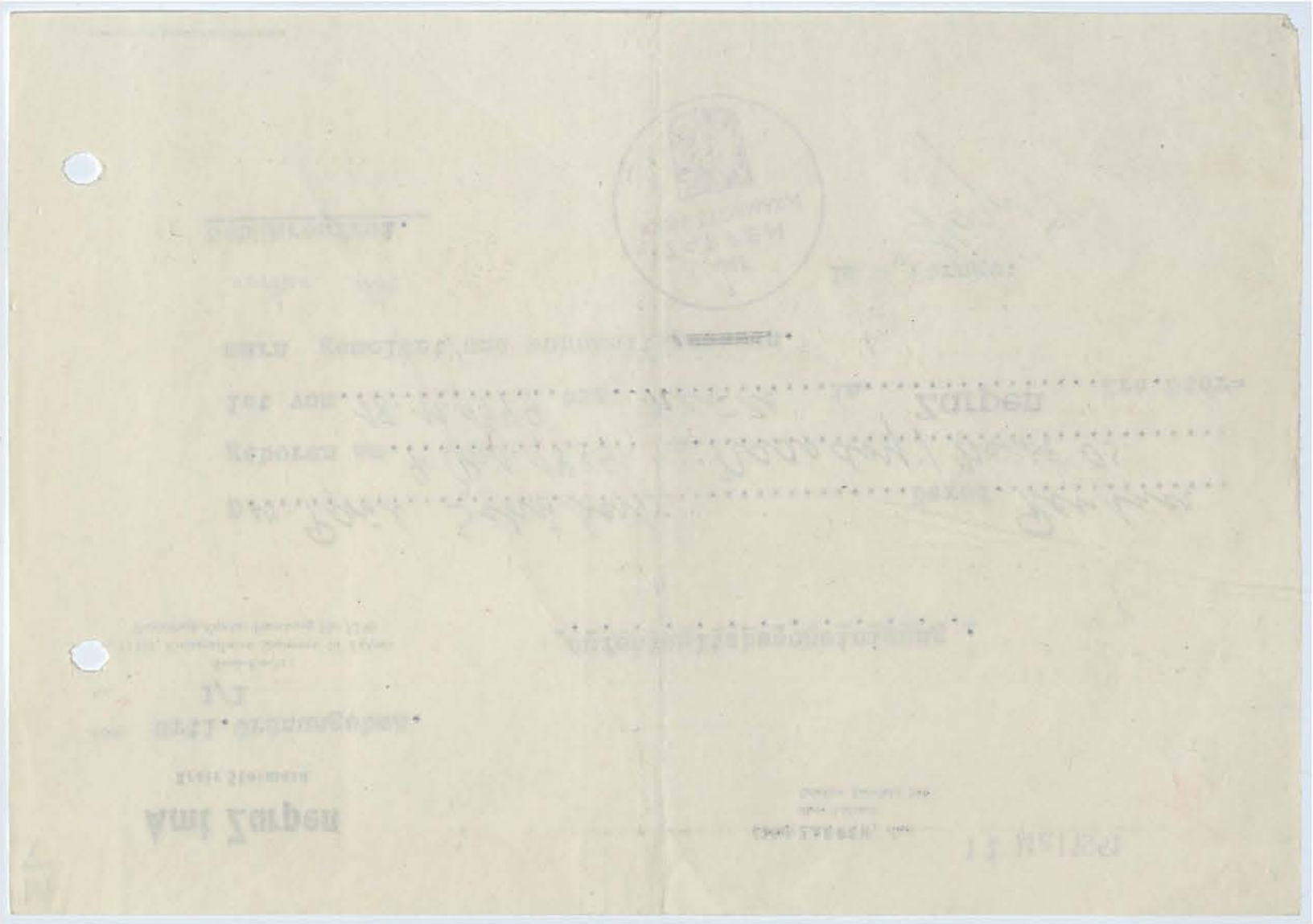
Ich erkläre hiermit, daß ich folgende / keine Wiedergutmachungsleistungen von der Landesregierung Schleswig - Holstein empfangen habe.

a) Darlehen in RM	am	.....	Höhe	.....	RM
	am	.....	Höhe	.....	RM
b) Beihilfen in RM	am	.....	Höhe	.....	RM
	am	.....	Höhe	.....	RM
c) Darlehen in DM	am	.....	Höhe	.....	DM
d) Beihilfen in DM	am	.....	Höhe	.....	DM
	am	.....	Höhe	.....	DM

.....

den 20. 1. 1952

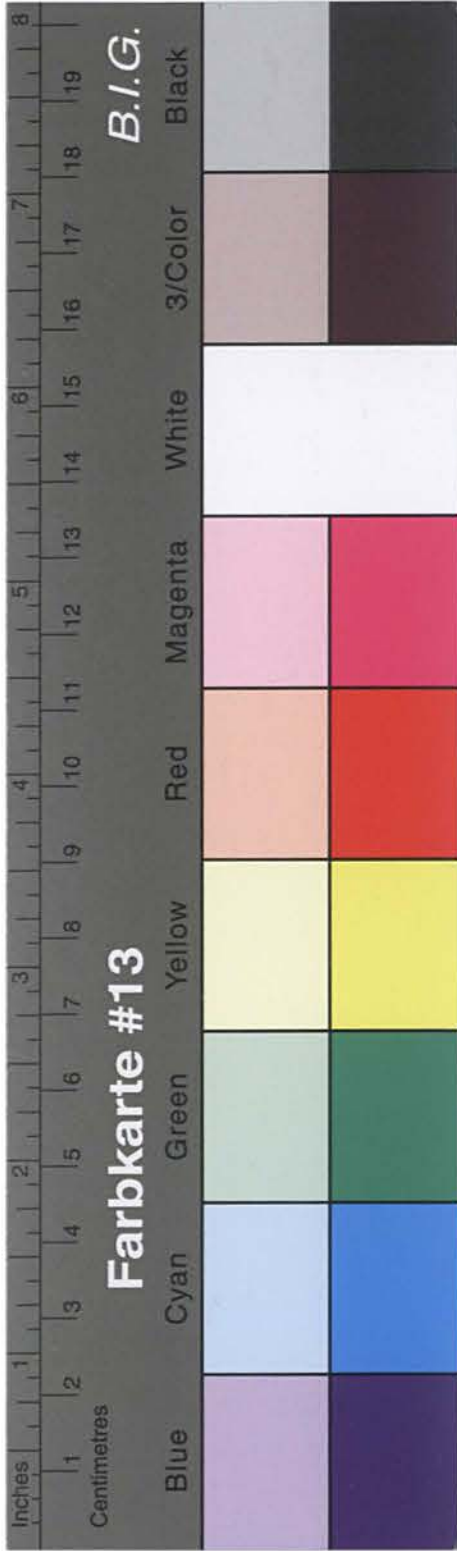
(Unterschrift)



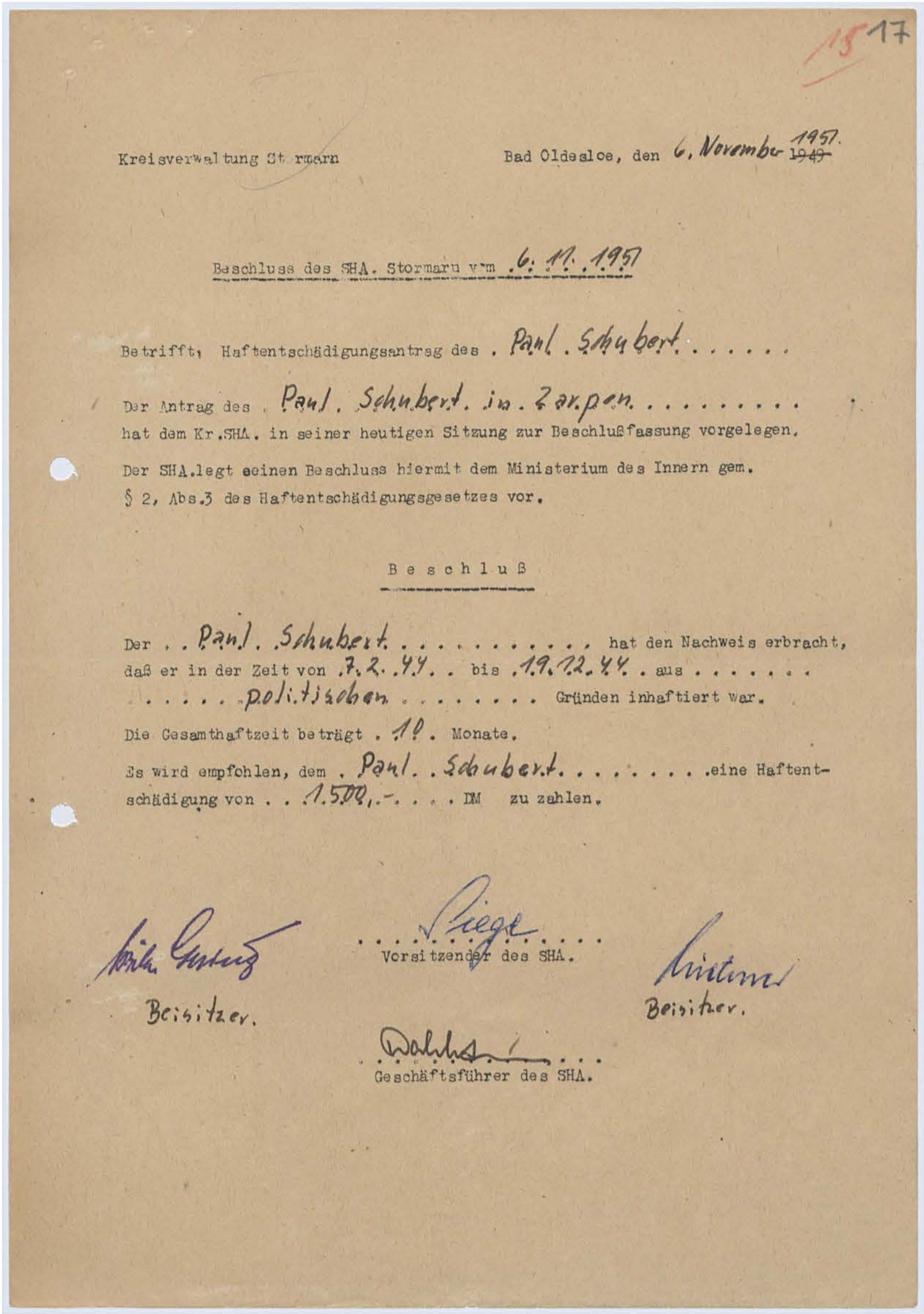
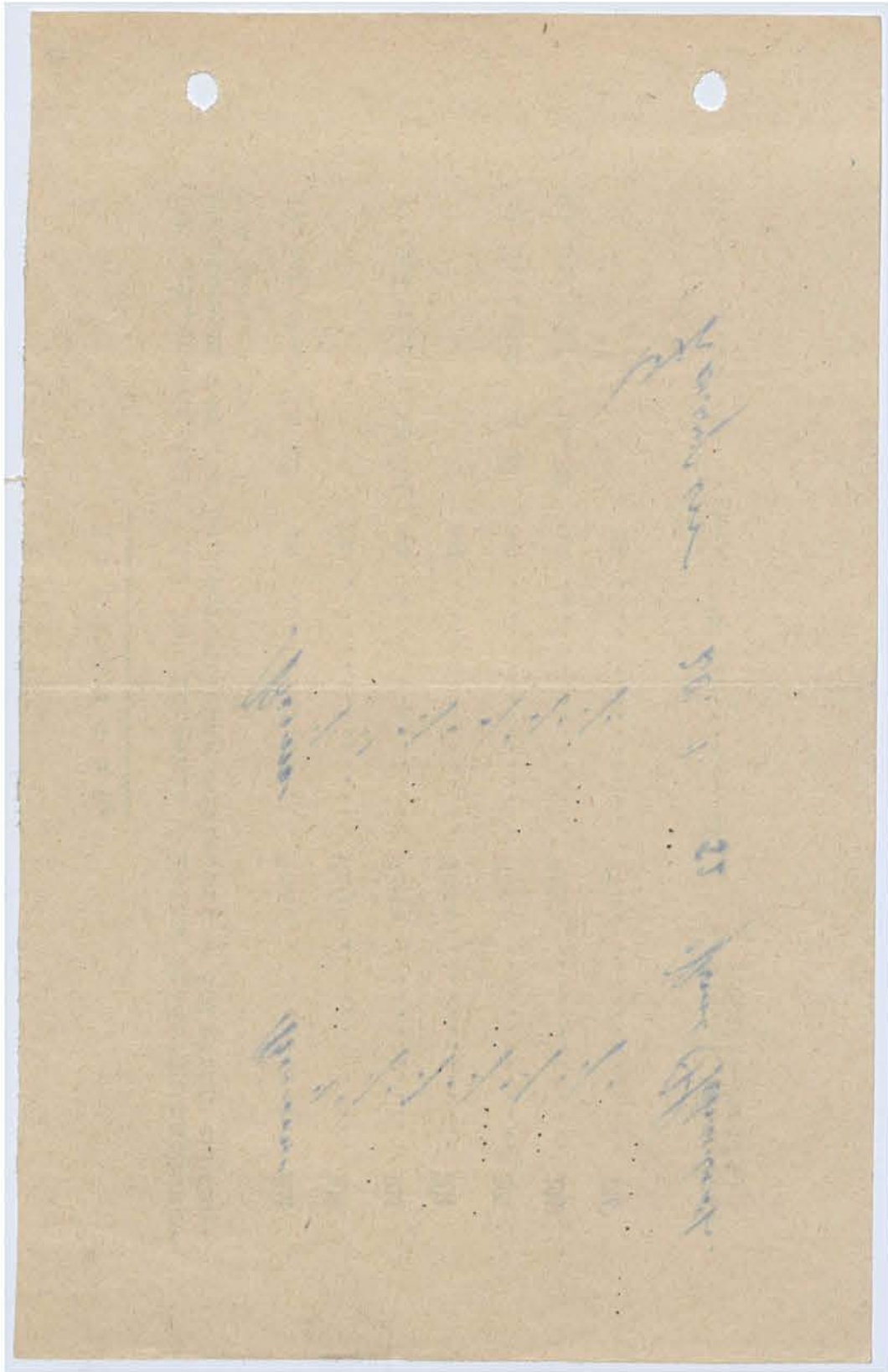
Kreisarchiv Stormarn B2



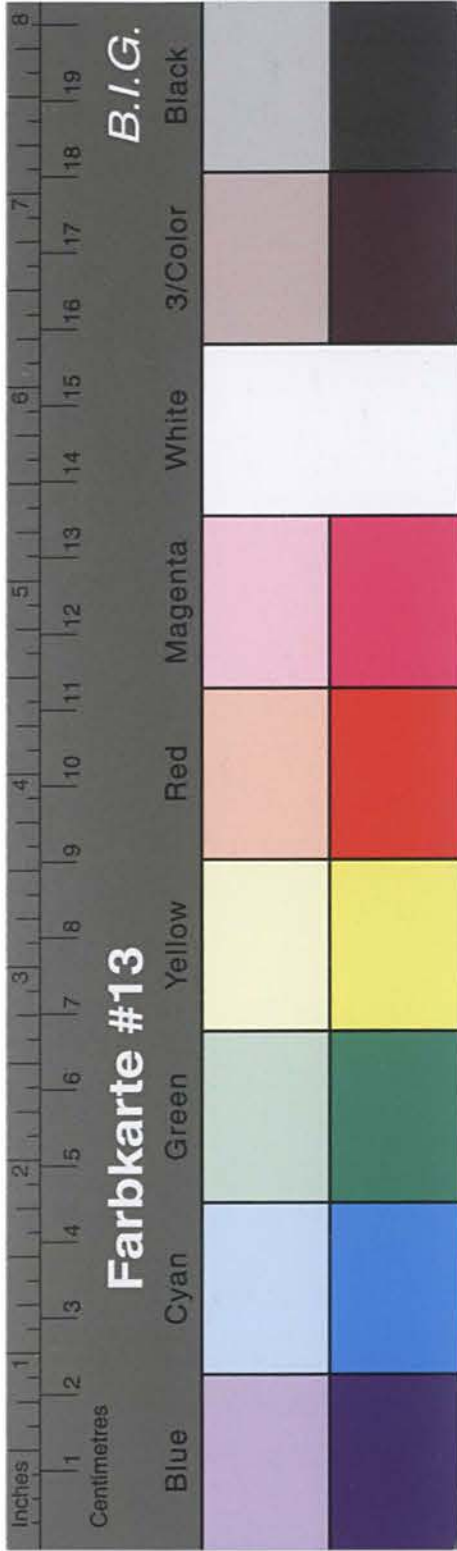




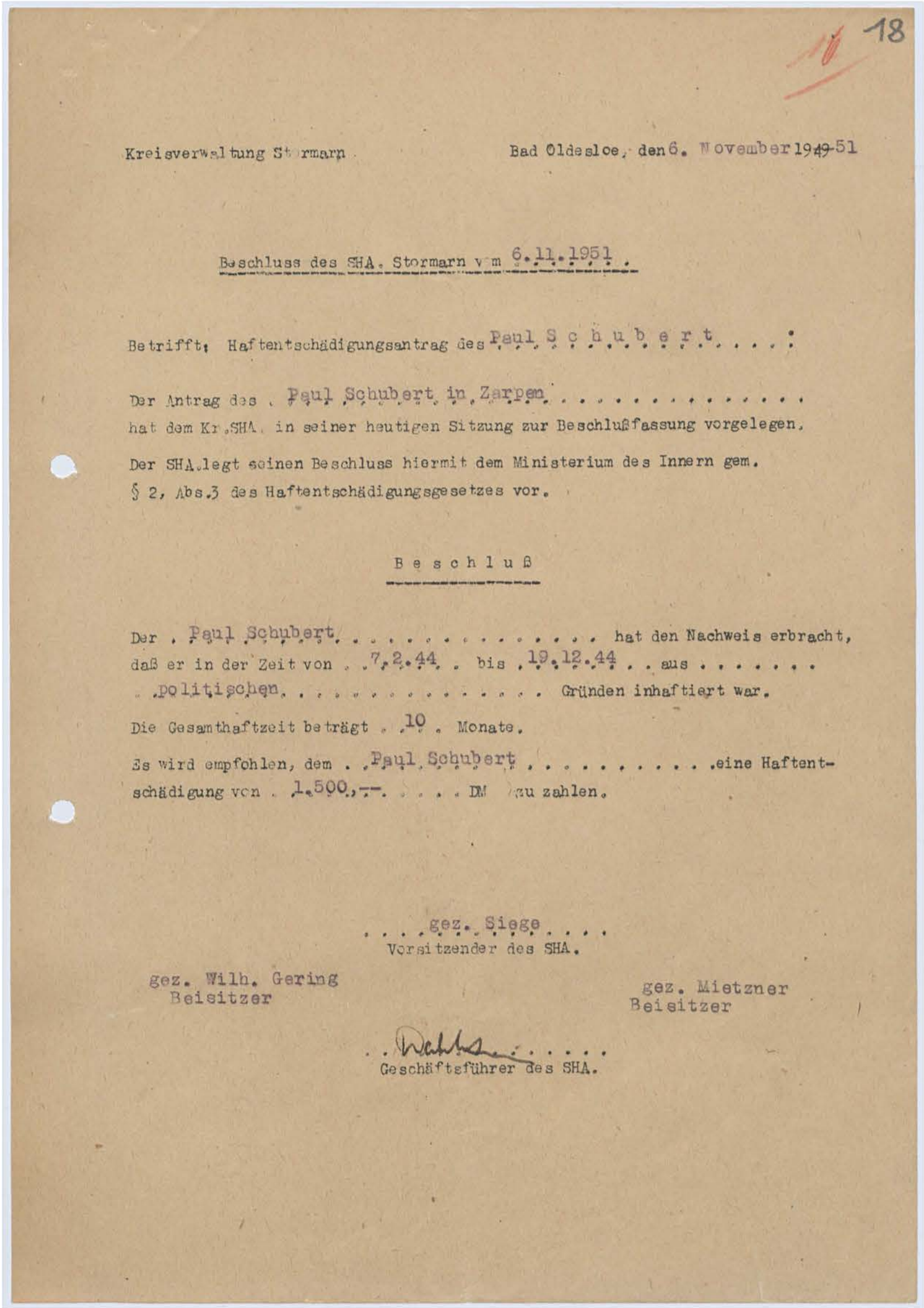
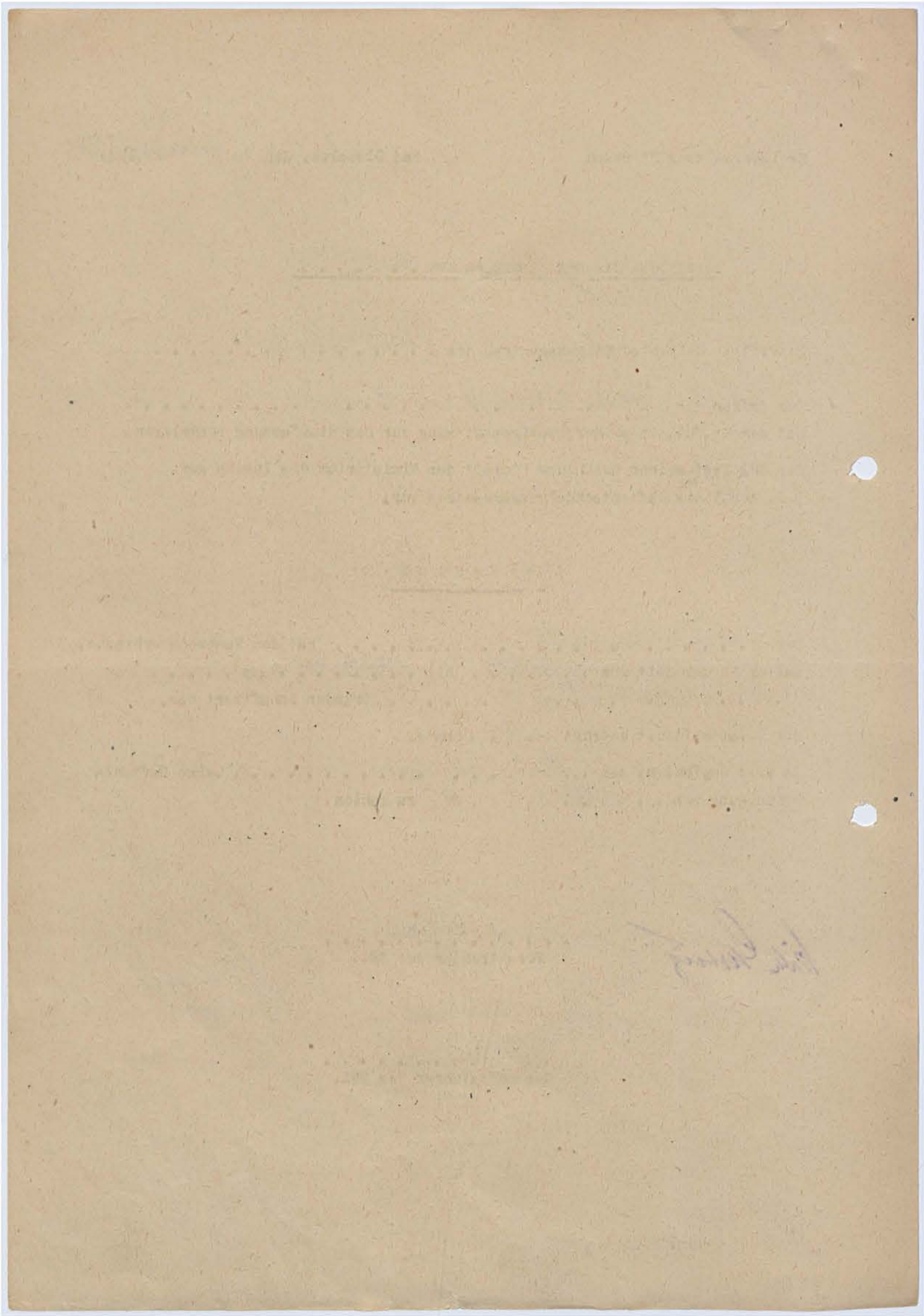
# Kreisarchiv Stormarn B2



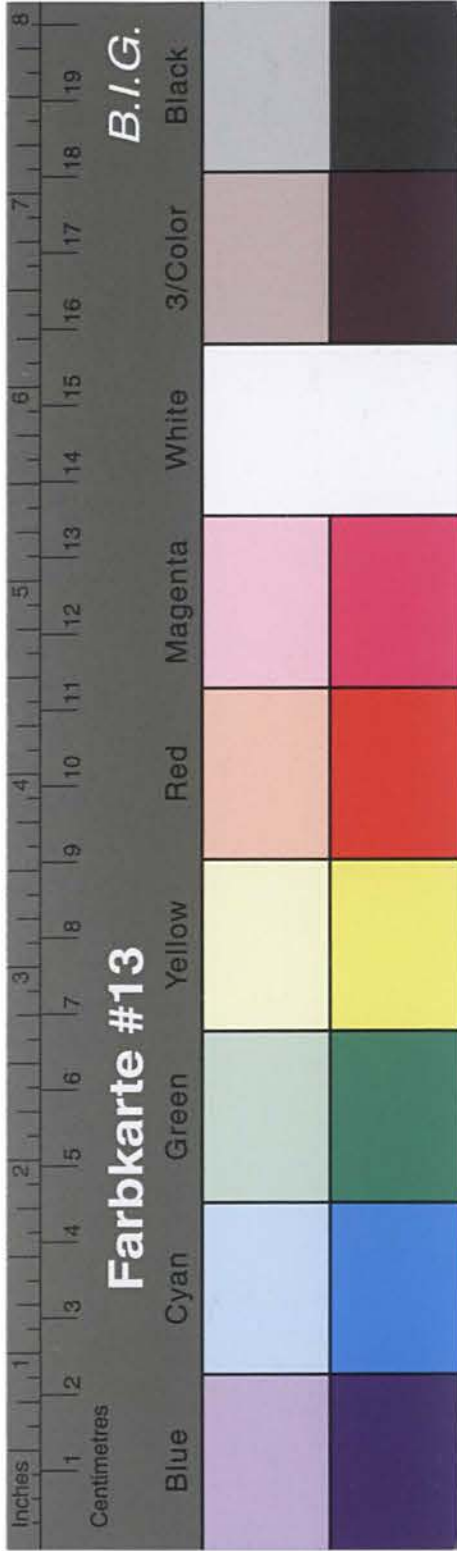




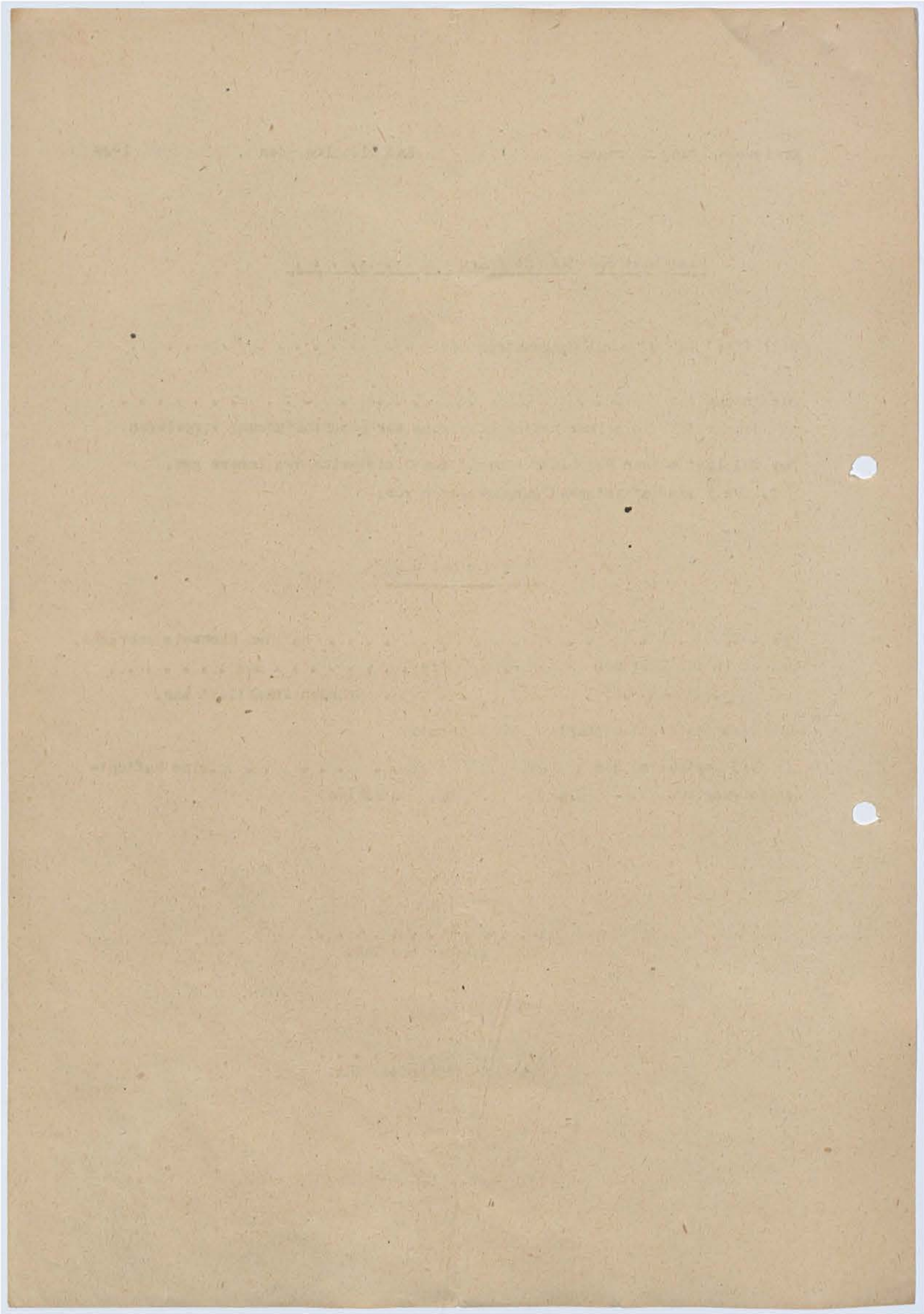
# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



19  
17

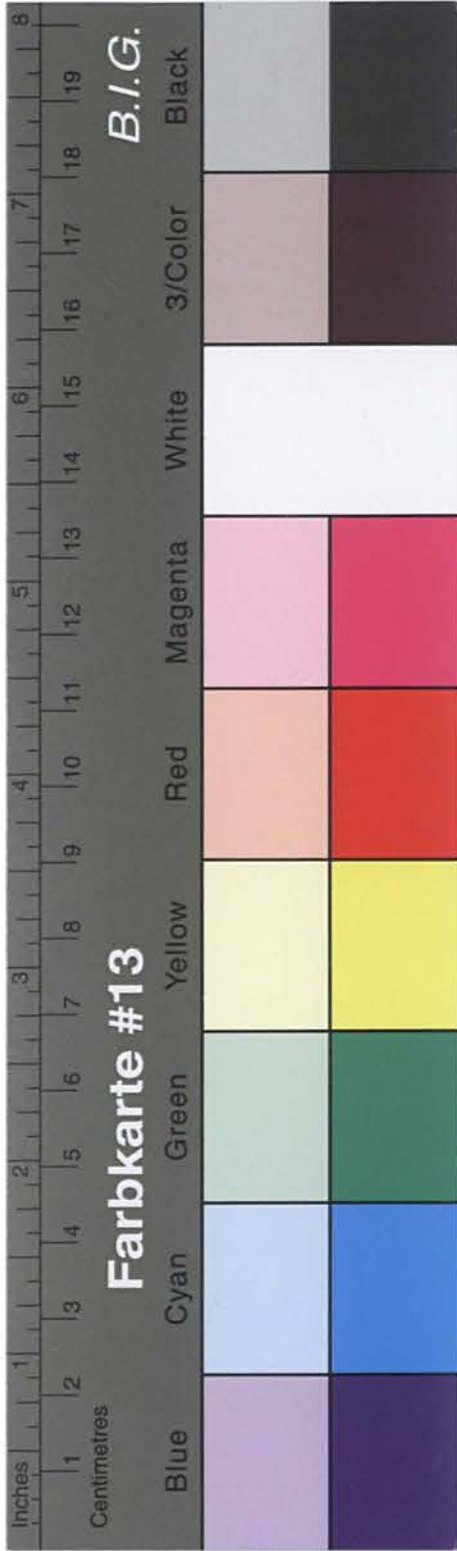
## Haftentschädigung

Sonderhilfsausschuß Kreis S t o r m a r n

*1.	Name	<u>S c h u b e r t</u>	Vorname	<u>Paul</u>
2.	Geburtsort	<u>Naasdorf</u>	geb. am	<u>7.10.89</u>
3.	Wohnort	<u>Zarpen</u>	Straße	
4.	Früherer Wohnort	<u>Breslau</u>		
5.	jetzige Tätigkeit (Beruf)			
6.	Einkommen		Gehalt bzw. Lohn	DM
			OdN-Rente	DM
			sonst. Einkommen	DM
7.			Summe	DM
8.	Gesamthaftzeit	<u>10</u>	Monate	
	davon		Monate Zuchthaus	
			Konzentrationslager	
		<u>10</u>	Gefängnis	
			U.Haft	
			Ghetto	
			Militärhaft	
			B.B.	
			Parteihaft	
9.	Von Kr.SHA. anerkannt am		unter Nr.	
10.	2. Anerkennung auf Grund des Gesetzes Nr. 38 vom 4. 3. 48 am			
11.	*) Auf Grund des Haftentschädigungsgesetzes werden für eine Entschädigung an- erkannt <u>10</u> Monate.			
12.	Der SHA. schlägt vor zu zahlen im Jahre 1949		DM	
		1950	DM	
		1951	<u>1.500,—</u>	DM
		1952	DM	
13.	Bemerkungen:			

\*) Nr. 1-13 vom SHA. zu beantworten.  
\*\*) Nur volle Haftmonate sind anzugeben.





# Kreisarchiv Stormarn B2

Auf Grund der festgestellten Haftmonate sind zu zahlen		DM	14.
Auf die Haftentschädigung sind anzurechnen:			
Darlehen vom		DM	15.
" " "		DM	
" " "		DM	
Bleiben zu zahlen		DM	16.
Im Jahre 1949 sind zu zahlen		DM	17.
" " 1950 " " "		DM	
" " 1951 " " "		DM	
" " 1952 " " "		DM	
Der Haftentschädigungsanspruch wurde anerkannt vom Ministerium des Innern			
am			18.
Feststellungsbescheid wurde dem Antragsteller erteilt am			
			19.
Es wurden gezahlt am		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	
" " " " "		DM	

20  
18

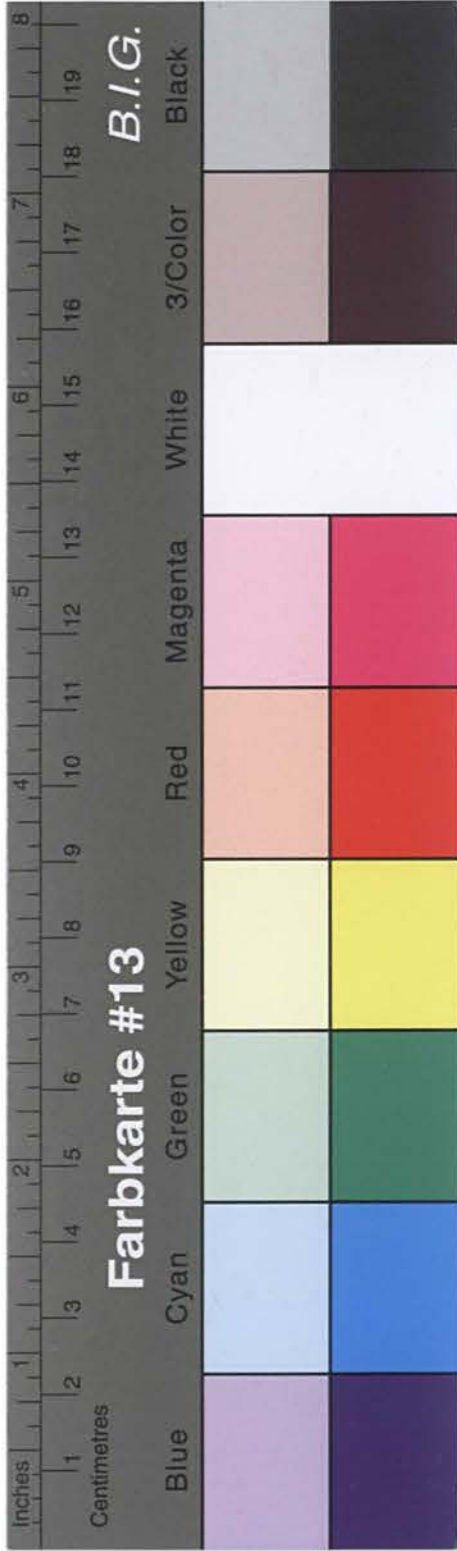
## Haftentschädigung

Sonderhilfsausschuß Kreis **S t o r m a r n**

*1.	Name <b>S c h u b e r t</b>	Vorname <b>Paul</b>
2.	Geburtsort <b>W a n s e d o r f</b>	geb. am <b>7.10.89</b>
3.	Wohnort <b>Z a r p e n</b>	Straße
4.	Früherer Wohnort <b>Breslau</b>	
5.	jetzige Tätigkeit (Beruf)	
6.	Einkommen	Gehalt bzw. Lohn DM
		OdN-Rente DM
		sonst. Einkommen DM
7.		Summe DM
8.	Gesamthaftzeit <b>10</b> Monate	
	davon Monate Zuchthaus	
	" " Konzentrationslager	
	" <b>10</b> " Gefängnis	
	" " U.Haft	
	" " Ghetto	
	" " Militärhaft	
	" " B.B.	
	" " Parteihaft	
9.	Von Kr.SHA. anerkannt am	unter Nr.
10.	2. Anerkennung auf Grund des Gesetzes Nr. 38 vom 4. 3. 48 am	
11.	**) Auf Grund des Haftentschädigungsgesetzes werden für eine Entschädigung an- erkannt <b>10</b> Monate.	
12.	Der SHA. schlägt vor zu zahlen im Jahre 1949	DM
		1950 DM
		1951 <b>1.500,--</b> DM
		1952 DM
13.	Bemerkungen:	

\*) Nr. 1-13 vom SHA. zu beantworten.  
\*\*) Nur volle Haftmonate sind anzugeben.





# Kreisarchiv Stormarn B2

Auf Grund der festgestellten Haftmonate sind zu zahlen	DM	14.
Auf die Haftentschädigung sind anzurechnen:		
Darlehen vom	DM	15.
" "	DM	
" "	DM	
Bleiben zu zahlen	DM	16.
Im Jahre 1949 sind zu zahlen	DM	17.
" " 1950 " " "	DM	
" " 1951 " " "	DM	
" " 1952 " " "	DM	
Der Haftentschädigungsanspruch wurde anerkannt vom Ministerium des Innern		
am		18.
Feststellungsbescheid wurde dem Antragsteller erteilt am		19.
Es wurden gezahlt am	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	
" " " " "	DM	

21

An das Landeskriminalamt in Hamburg

Der Oberstaatsanwalt  
Az.: 9 Ja. 108/53.

In der Strafsache gegen  
den Rentner Paul Seubert  
Geboren am 7.10.1889 in Wessdorf/Weisse/Ob.-Schalke  
wohnhaft in Zerppe/Storm-Holst.,  
wegen Verä. Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattl. Erklärung  
Polizei -Abg. Bad Oldesloe - 184/53.-  
habe ich das Verfahren eingestellt.

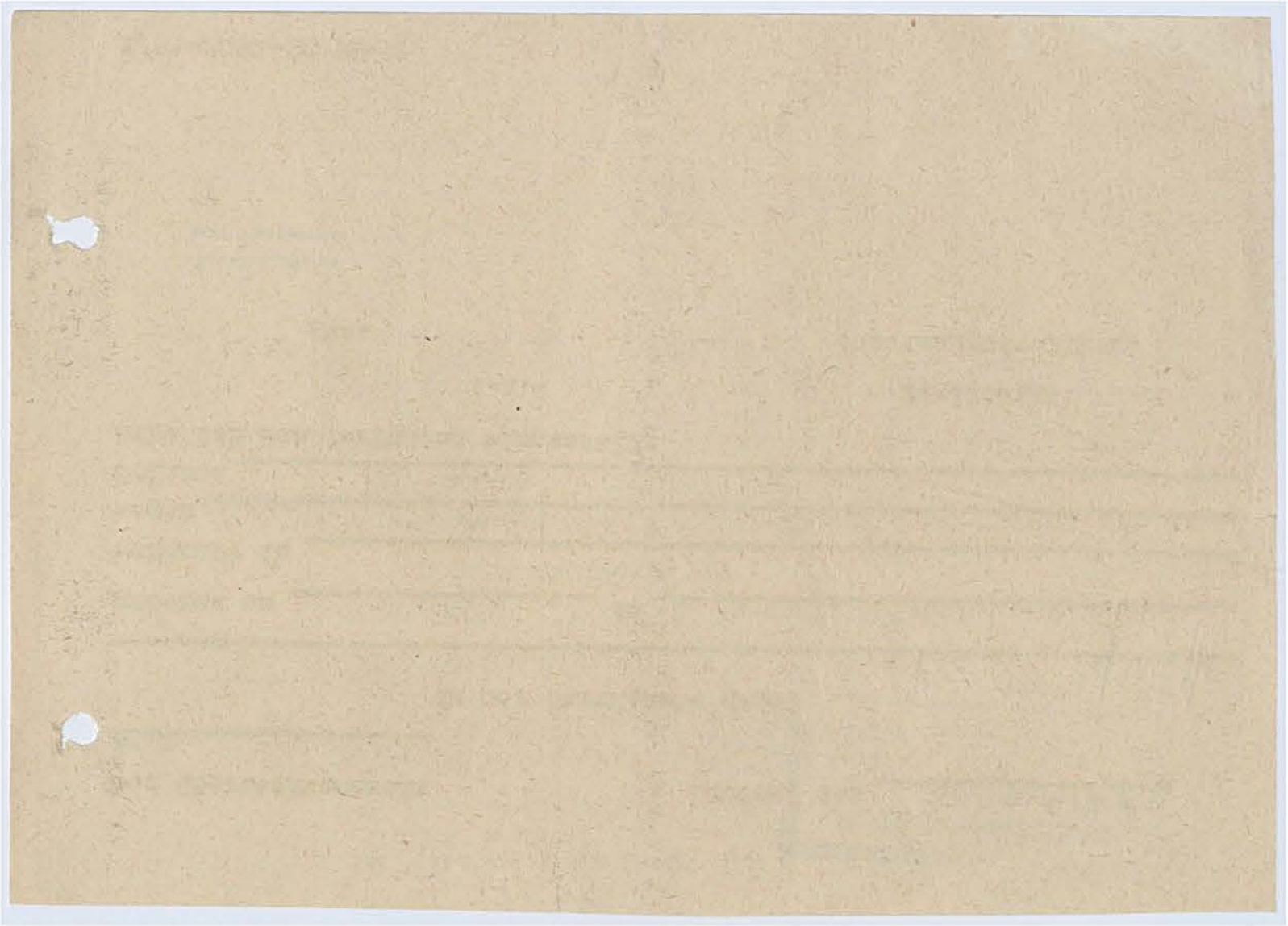
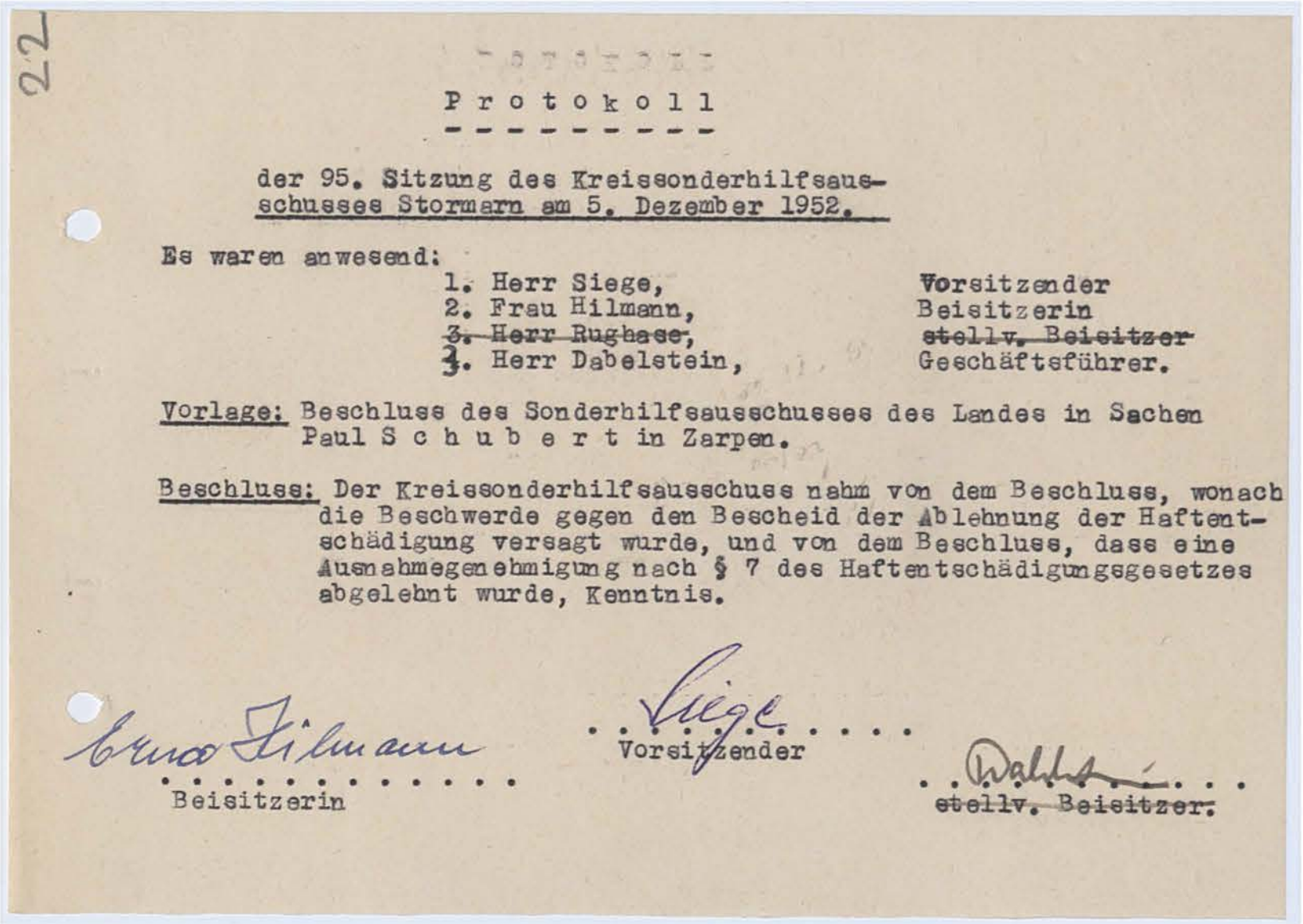
I.A.  
Geg. Dr. Bernzen.  
Beglaubigt:  
Justizangestellter.

Fahndungskartei  
kein Suchvermerk /5.5.43

Kriminalpolizeiamt  
Lübeck  
den Schleswig-Holstein  
Eingang: 15. MAI 1953  
Anlagen:

X/51-2000-II/36-38.





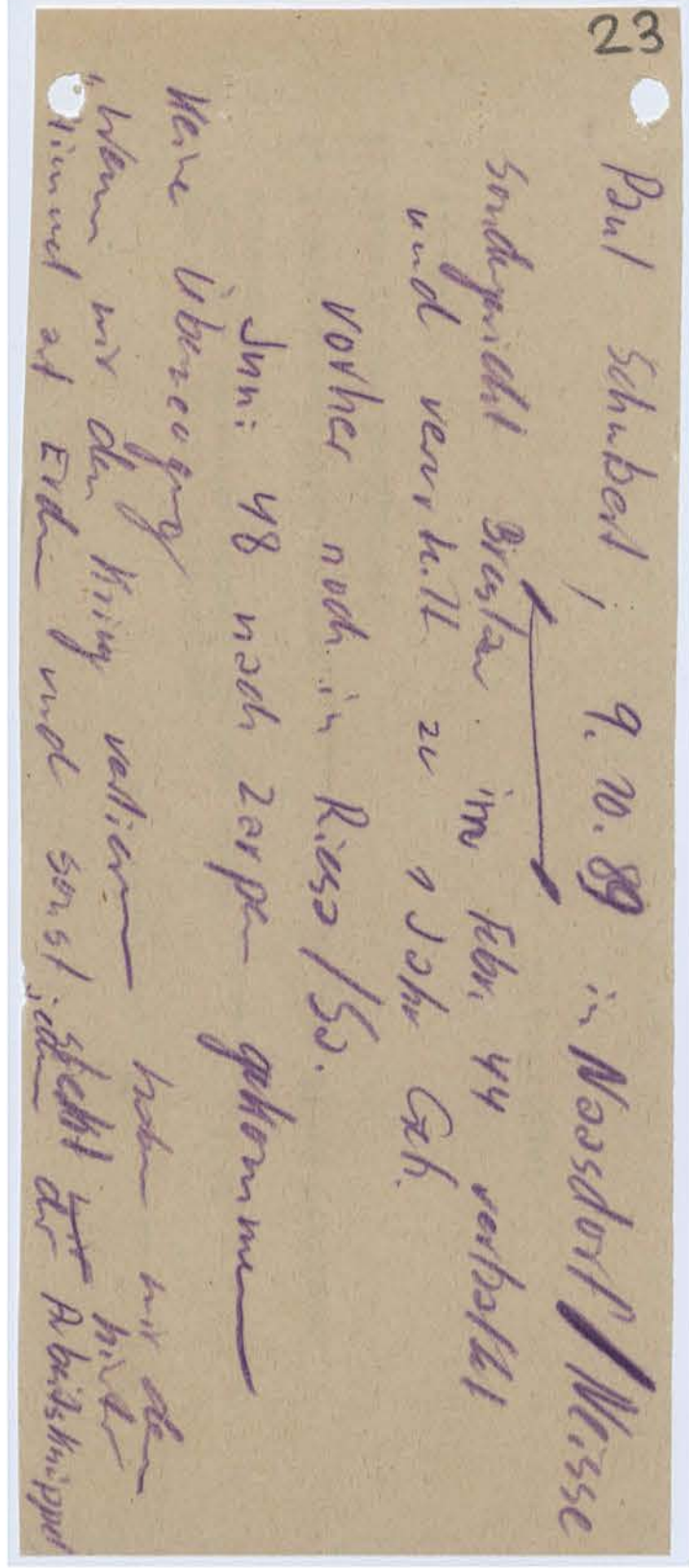
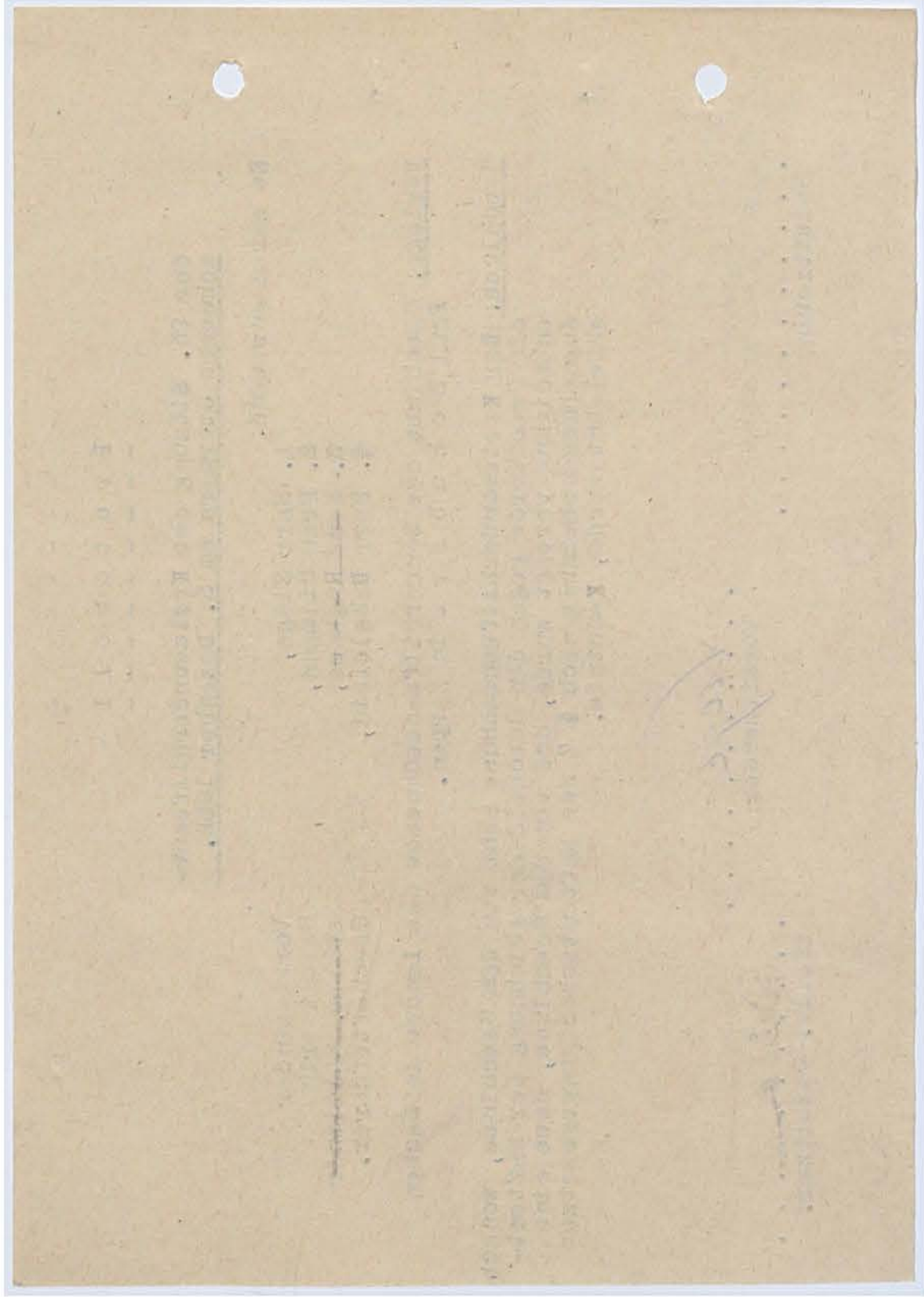
Kreisarchiv Stormarn B2



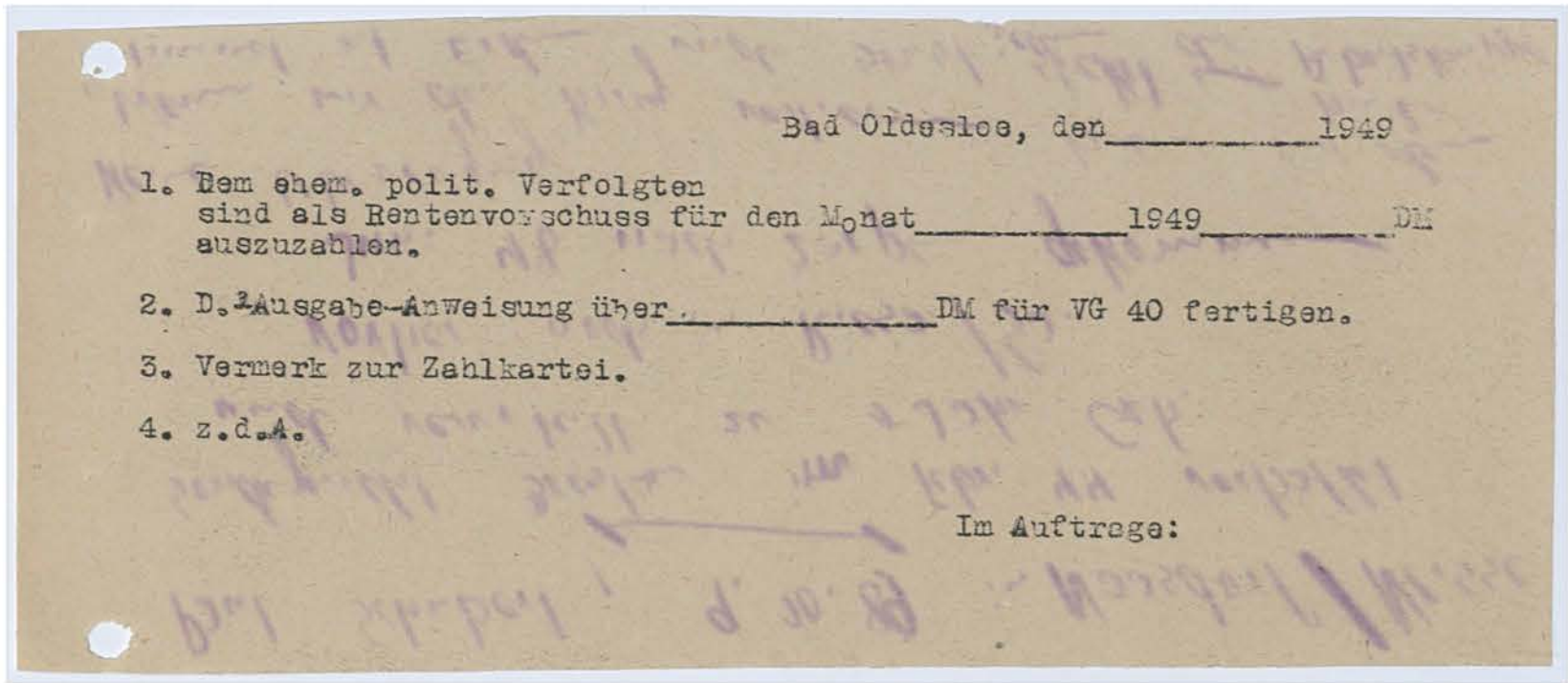
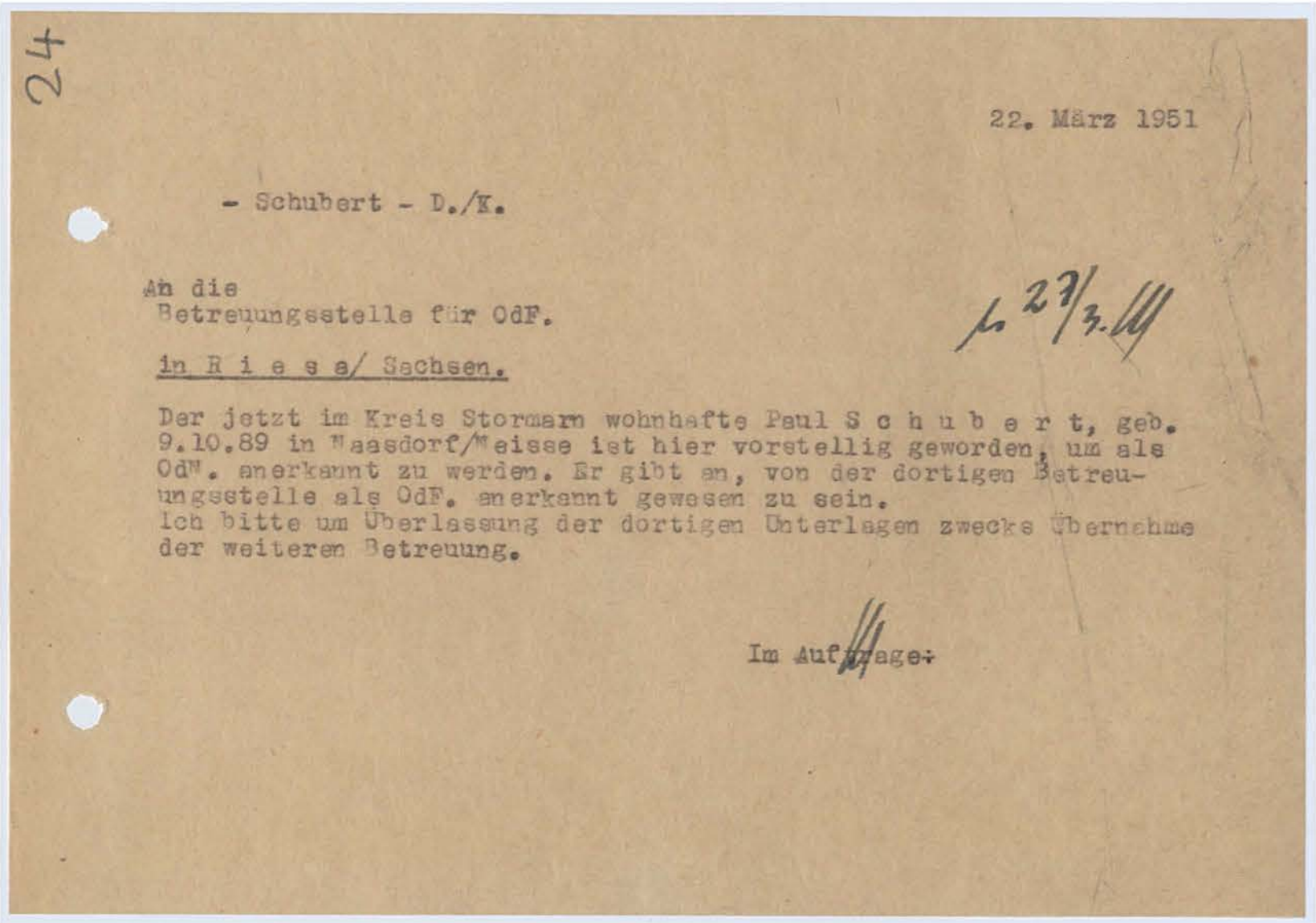




# Kreisarchiv Stormarn B2







Kreisarchiv Stormarn B2





25

4-1/8 - Schubert - D./K.

Bad Oldesloe, den 22. März 1951

V e r m e r k

Es wurde hier der zu Zarpen seit Juni 1948 wohnhafte Paul S c h u b e r t, geboren am 9.10.89 in Maasdorf/Weisse vorstellig und gab an, durch das Sondergericht Breslau wegen Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden zu sein. Seine Verhaftung soll im Februar 1944 erfolgt sein. Bis zur Ankunft in Zarpen will Sch. in Riessa/Sachsen wohnhaft gewesen sein. Er legte hier ein Schreiben vor, dass er dort als OdF. anerkannt gewesen ist. Schubert beantragt jetzt Wiedergutmachung. Er wurde darauf hingewiesen, dass er ohne weiteres die Voraussetzungen nicht erfülle, da er insbesondere am 1.1.48 nicht im Lande Schleswig - Holstein wohnhaft gewesen ist. Wie aus seinen gemachten Äusserungen weiter zu entnehmen war, ist Sch. als Überzeugungstäter in keiner Weise anzusehen. Nachdem er darauf hingewiesen wurde, dass die Voraussetzungen für die Anerkennung als polit. Überzeugungstäter nicht gegeben seien, erklärte Sch. vor 1933 Mitglied der SPD. gewesen zu sein. Nach 1933 habe er sich um Politik in keiner Weise gekümmert. Seine Verhaftung soll nach seinen Angaben erfolgt sein, weil er geäußert hatte "Wenn wir den Krieg verlieren, haben wir den Himmel auf Erden und sonst hinter jedem der Arbeitsknüppel". Auf Grund dieser Äusserungen will er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden sein. Zeugen und Unterlagen konnte Sch. nicht beibringen. Seine Angaben erscheinen sehr undurchsichtig, so dass er noch aufgefordert wurde, den erforderlichen Nachweis für die Verfolgung beizubringen.

Im Auftrage: *[Signature]*

*[Faint, illegible text and markings on the reverse side of the document]*

Kreisarchiv Stormarn B2





26

4 - 1/9 - Sonderhilfsausschuss  
D./Re.

Bad Oldesloe, den 5. Mai 1951

V e r m e r k :

Anlässlich der Rücksprache vom 27. April d.Js. legte  
S c h u b e r t ein Schreiben vor, wonach er zur Strafver-  
büssung einberufen wurde. Aus diesem Schreiben ergab sich,  
dass Sch. wegen Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz zu 1 Jahr  
Gefängnis verurteilt worden sei.  
Auf seinen Antrag wurden ihm die entsprechenden Antragsformulare  
ausgehändigt.

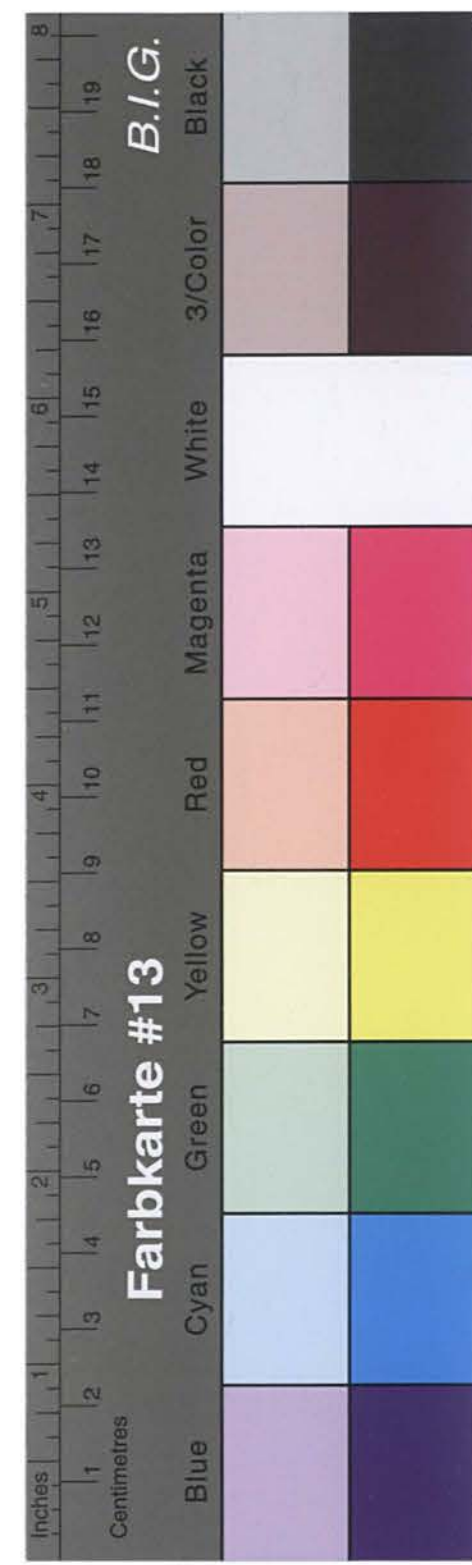
14

IN THE YEAR 1860

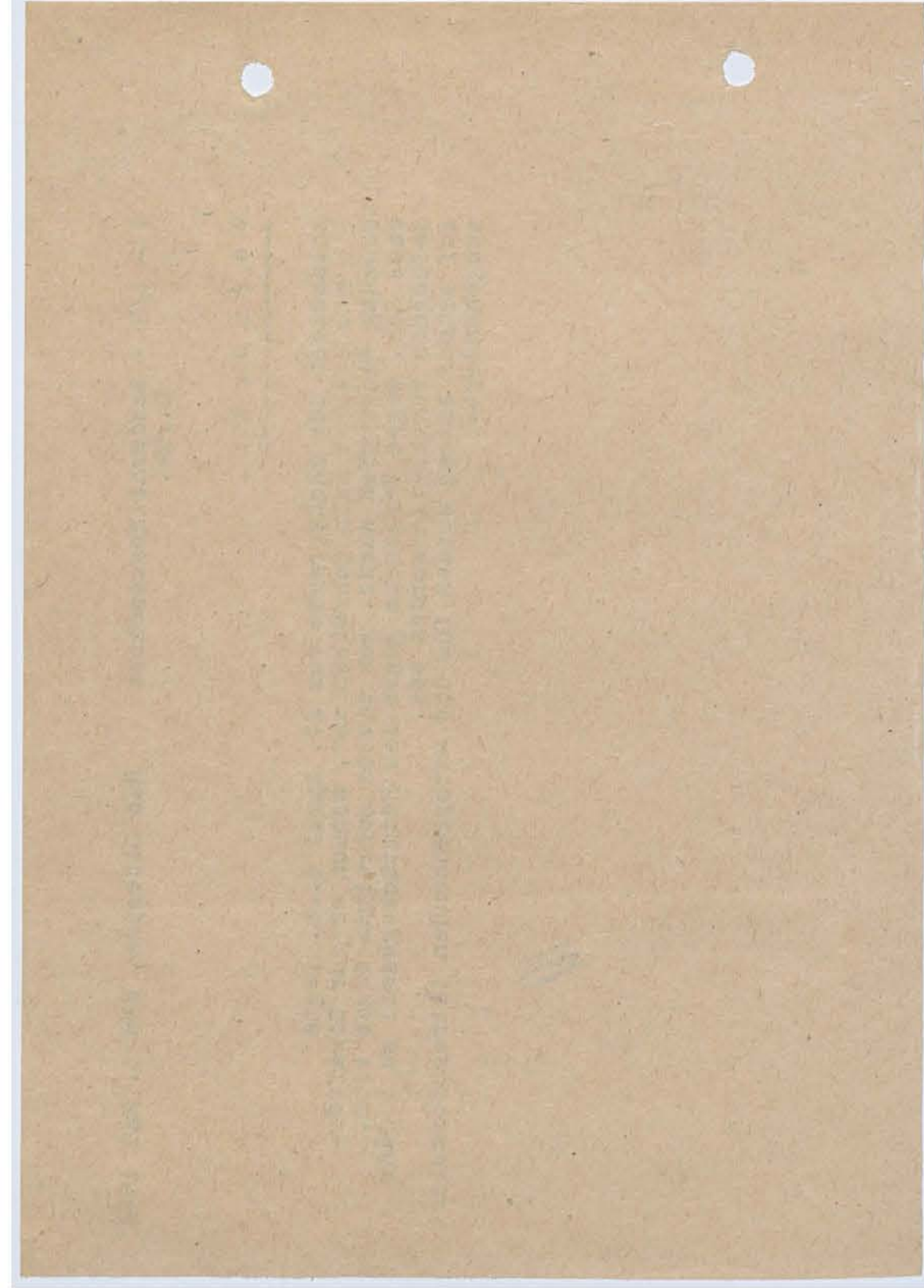
Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



27

Stalling am 26. 5. 51

Lieber Paul n. Frau sende dir  
am 26. 5. mit Vaterschaft gewinkt.  
Ich weiß das du ein tüchtiger  
Mann bist, so manna dir  
von mir, ich kann es jeder Zeit  
Geldschilling ausgeben.

Ich grüßt herzlich

Wilmh. Gierke n. Frau

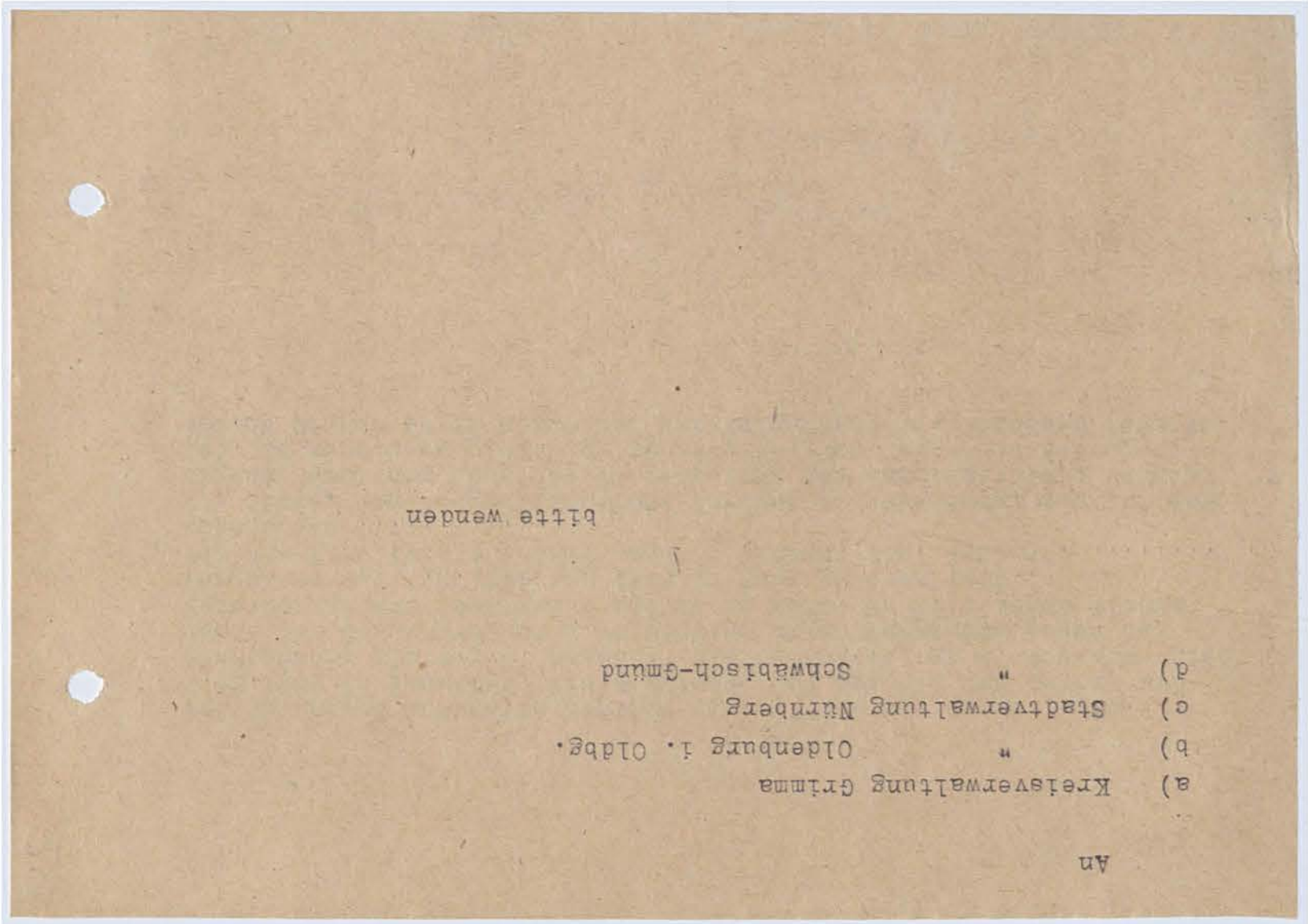
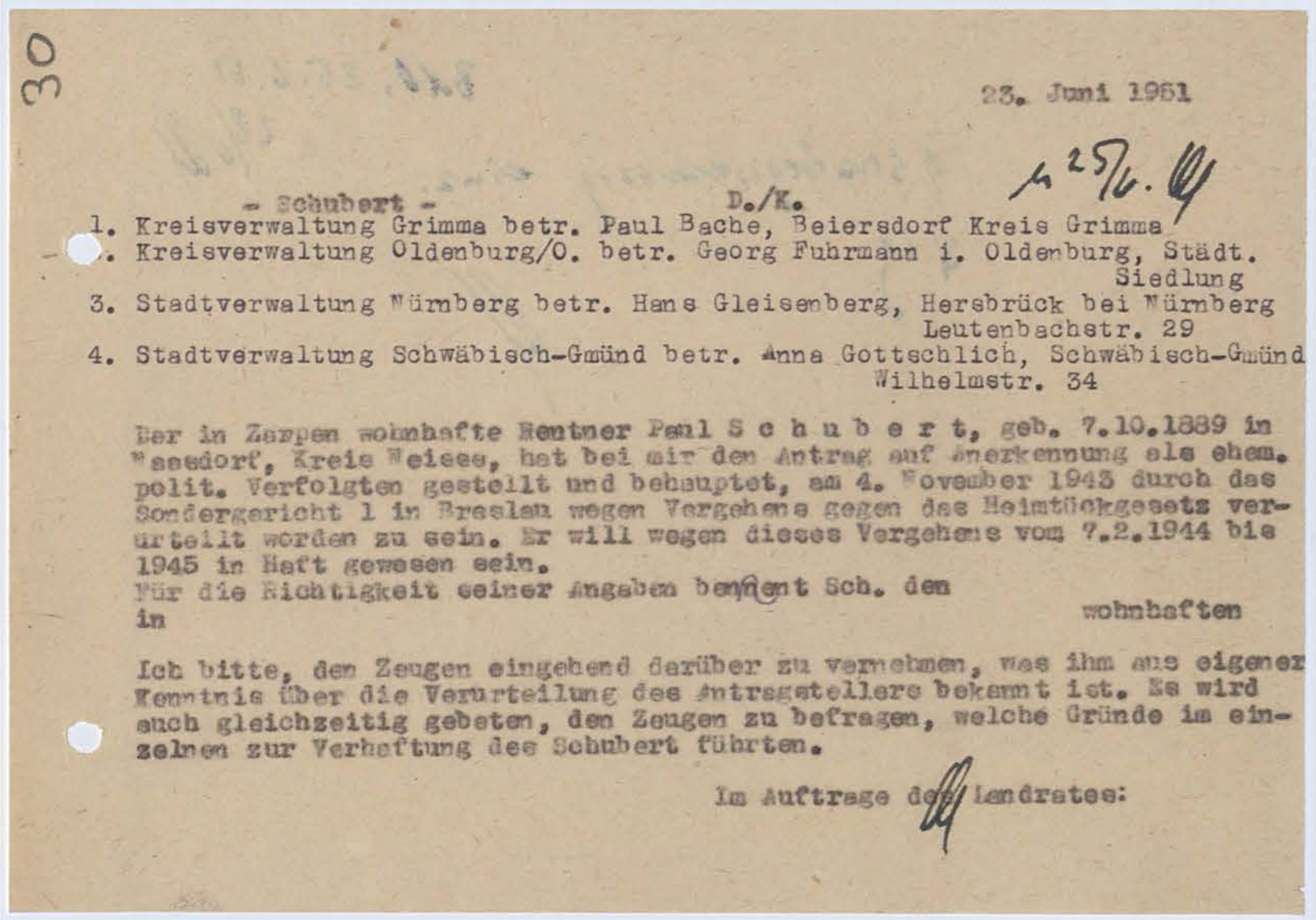










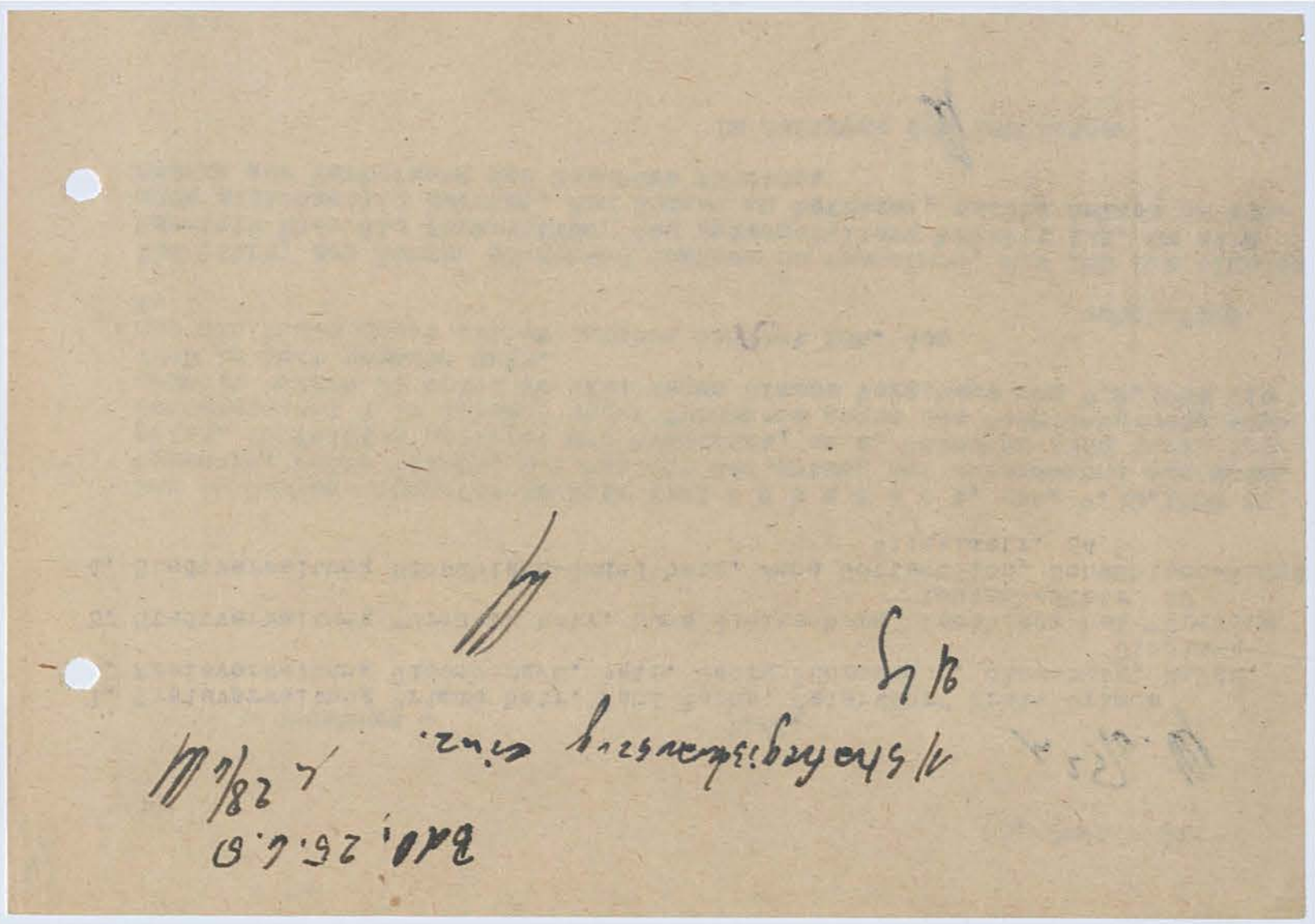


Kreisarchiv Stormarn B2





# Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2



32

STADT. POLIZEIPRASIDIUM NURNBERG

PP Ia/4

Am 27. Juni 1951

Betrifft: Anerkennung d. Paul Schubert, geb. 7.10.89  
u. Vernehmung des Zeugen Hans Gleisenberg

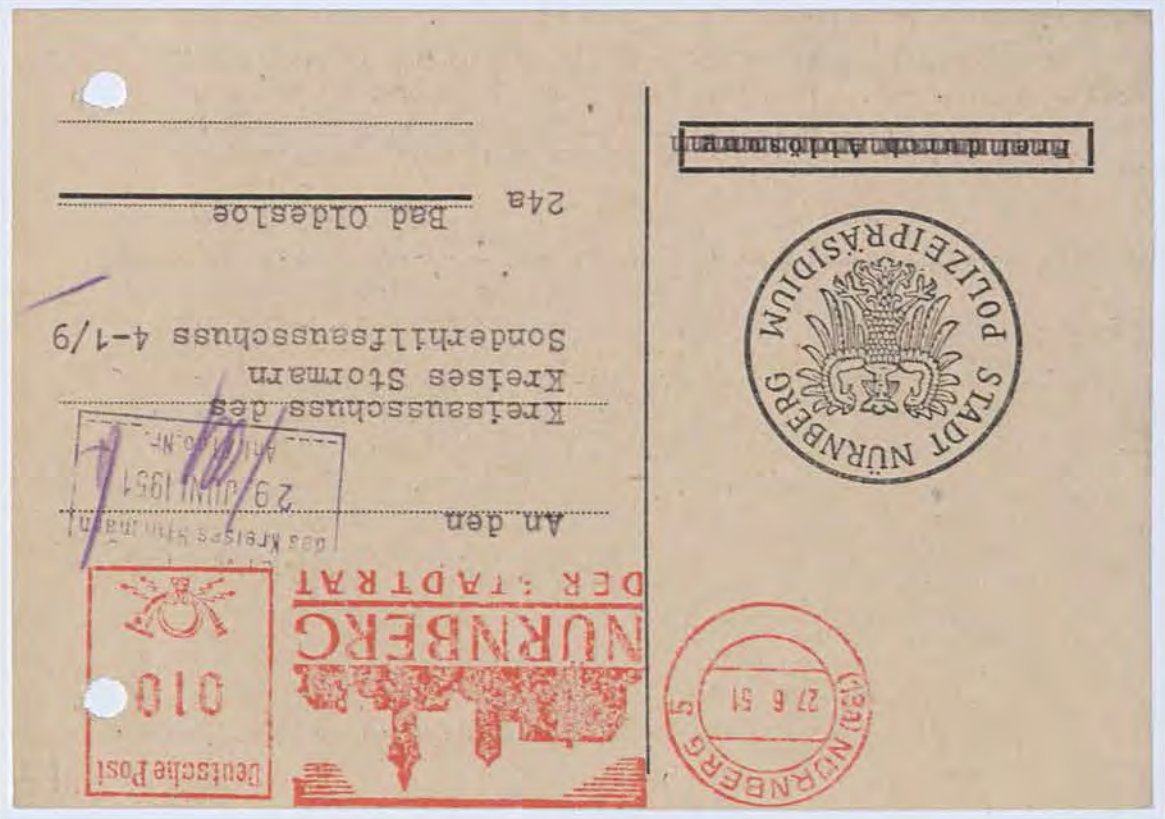
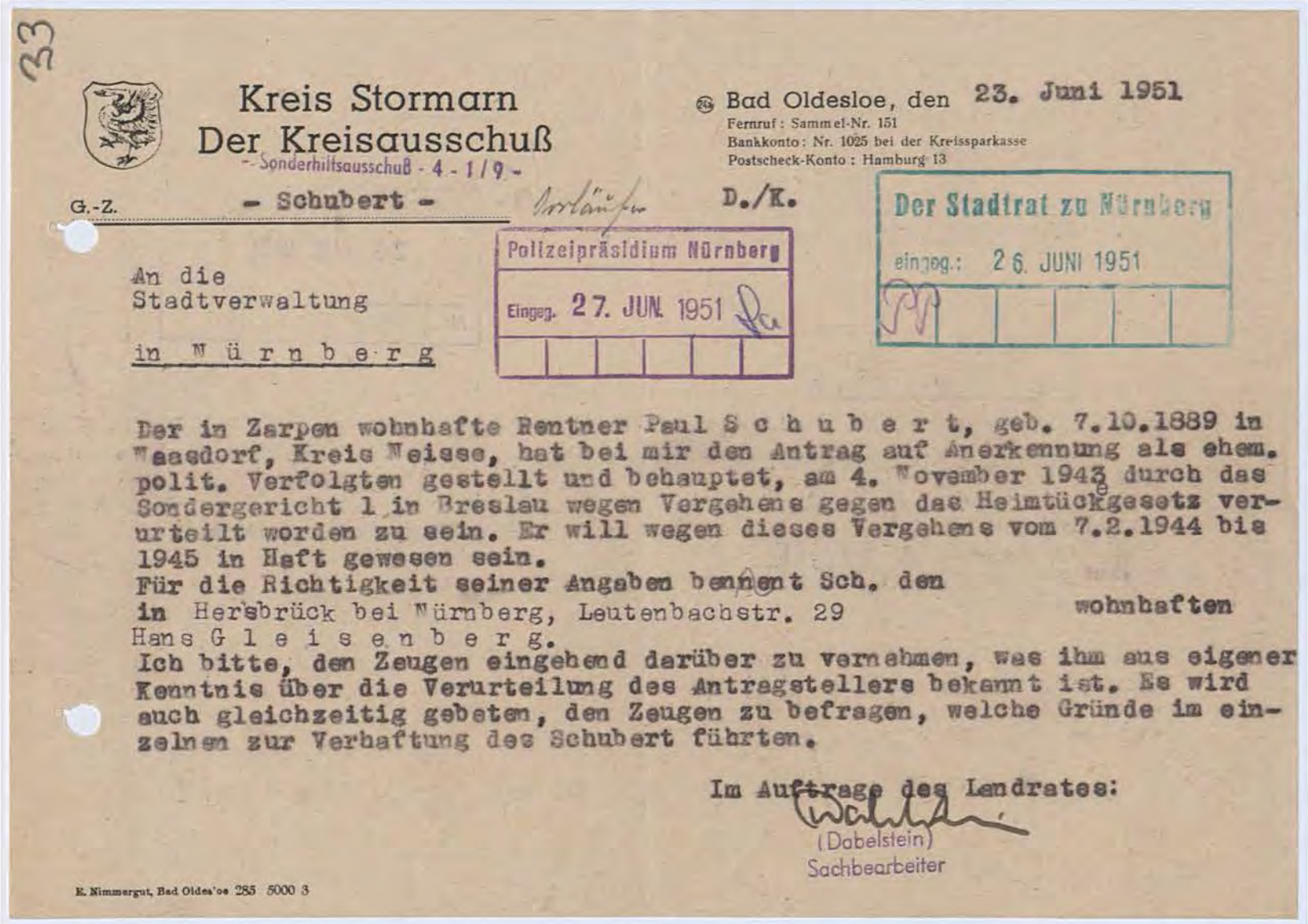
Die Zuschrift vom 23.6.51 Nr. - Schubert -  
wurde am 27. Juni 1951 zur zuständigen Erledigung  
an den Stadtrat zu Hersbruck / Pegnitz  
abgegeben.

Im Auftrage:  
Sahlmann  
(Sahlmann)  
Krim.Komm.

PP. 431/1168 9. 50. 1000

[illegible]



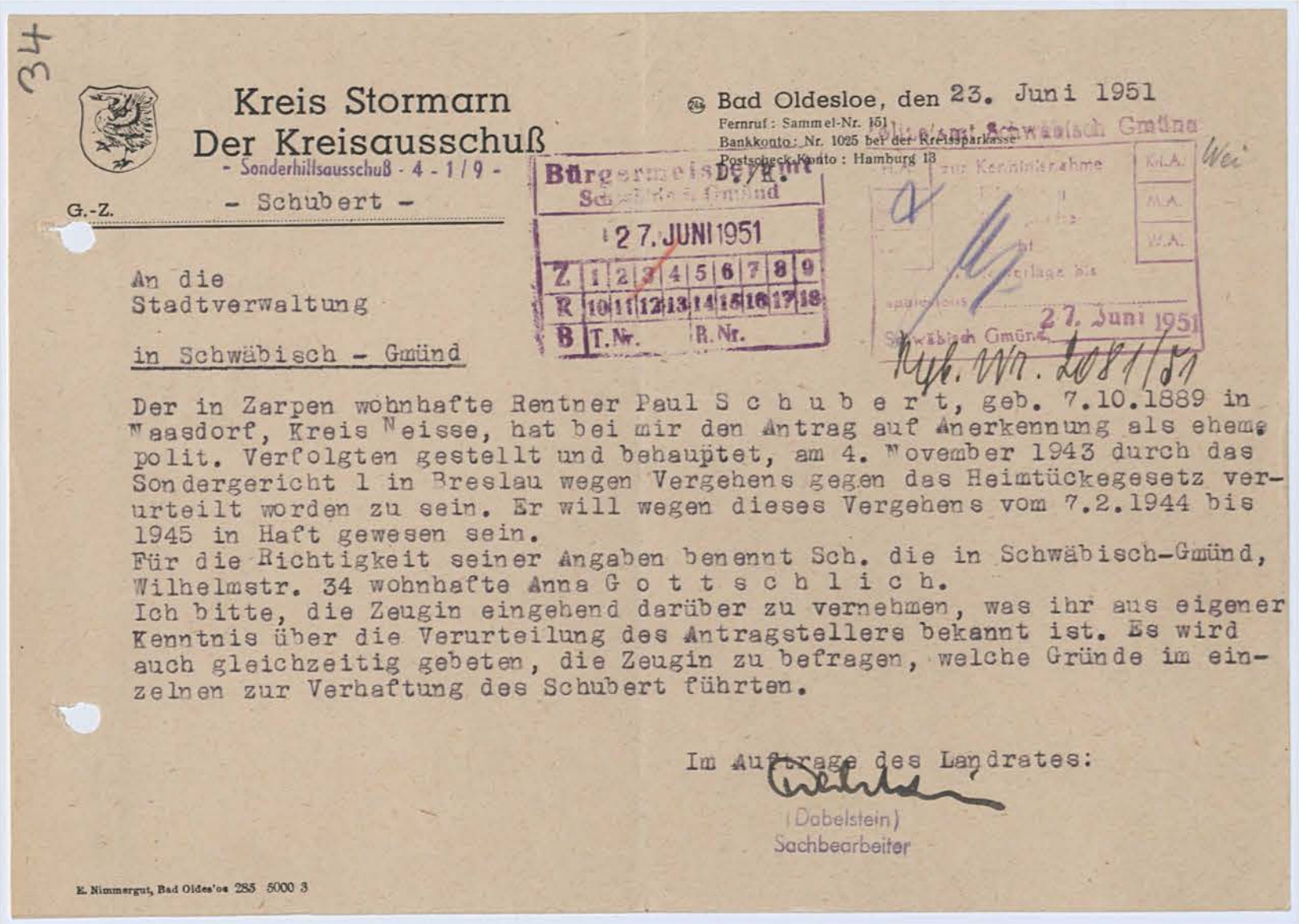
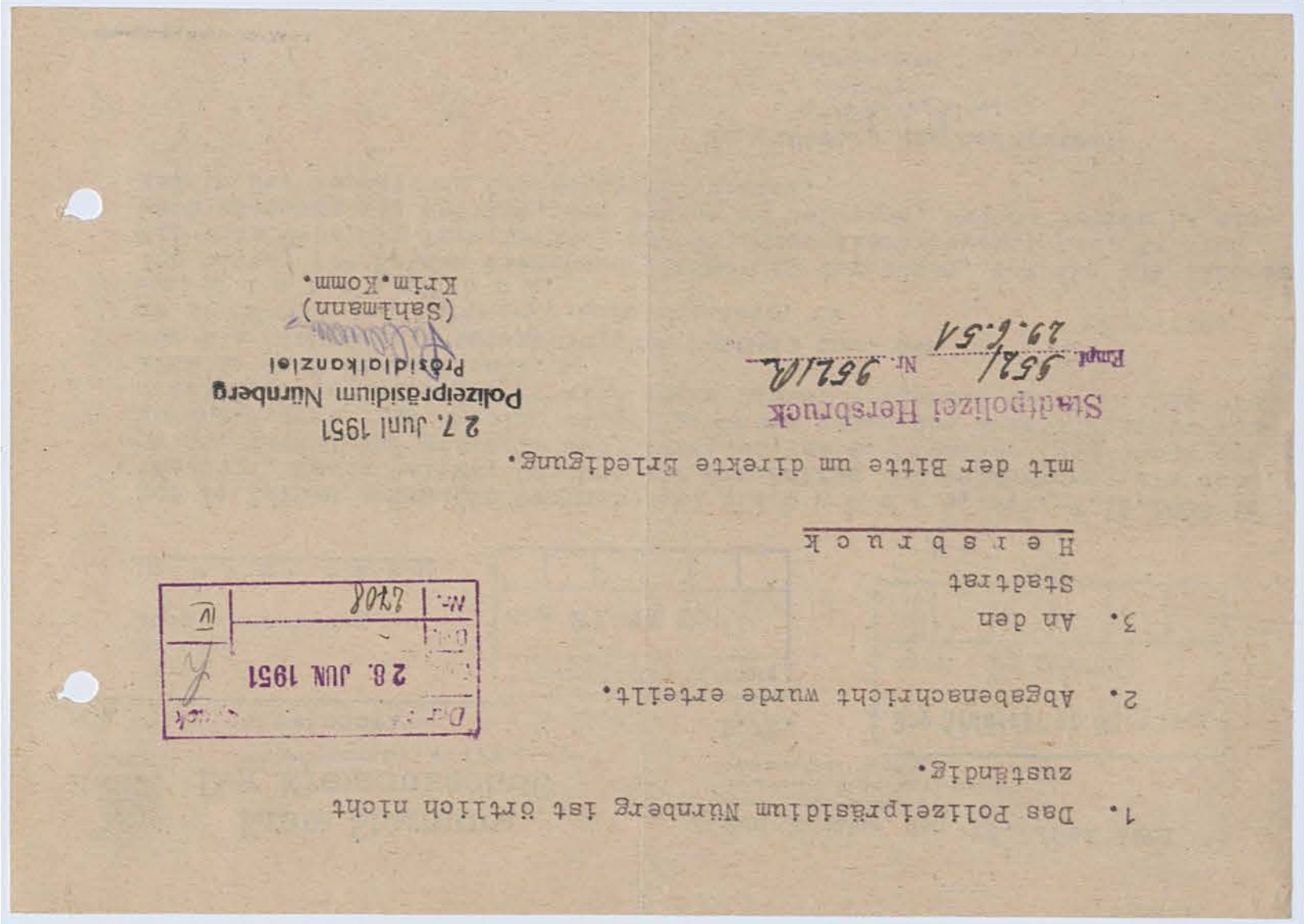


Kreisarchiv Stormarn B2

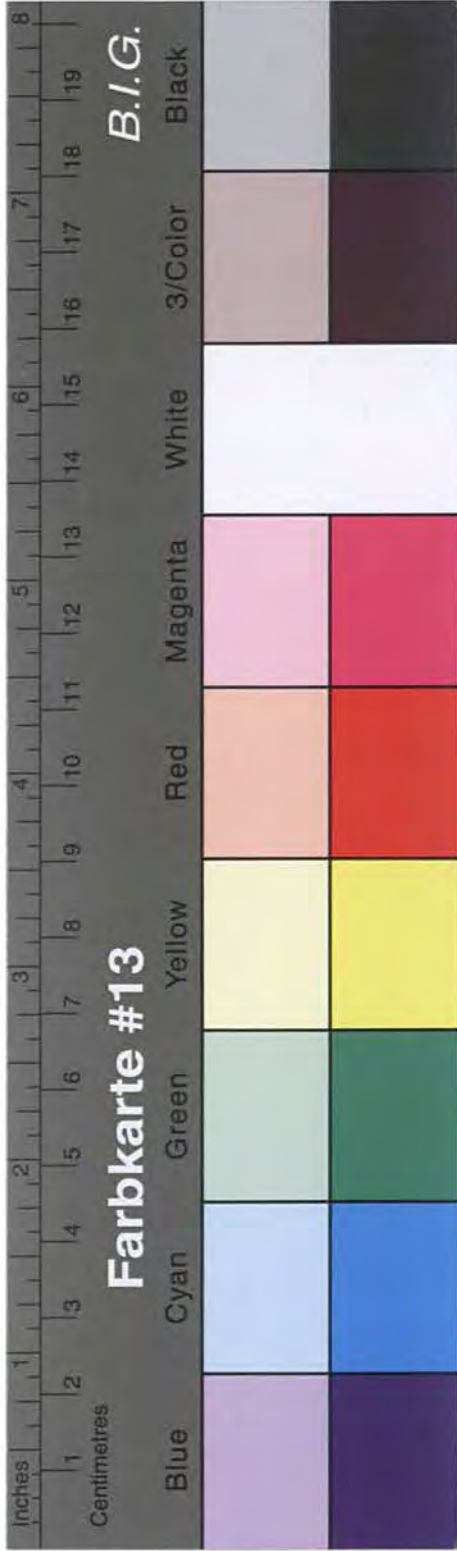




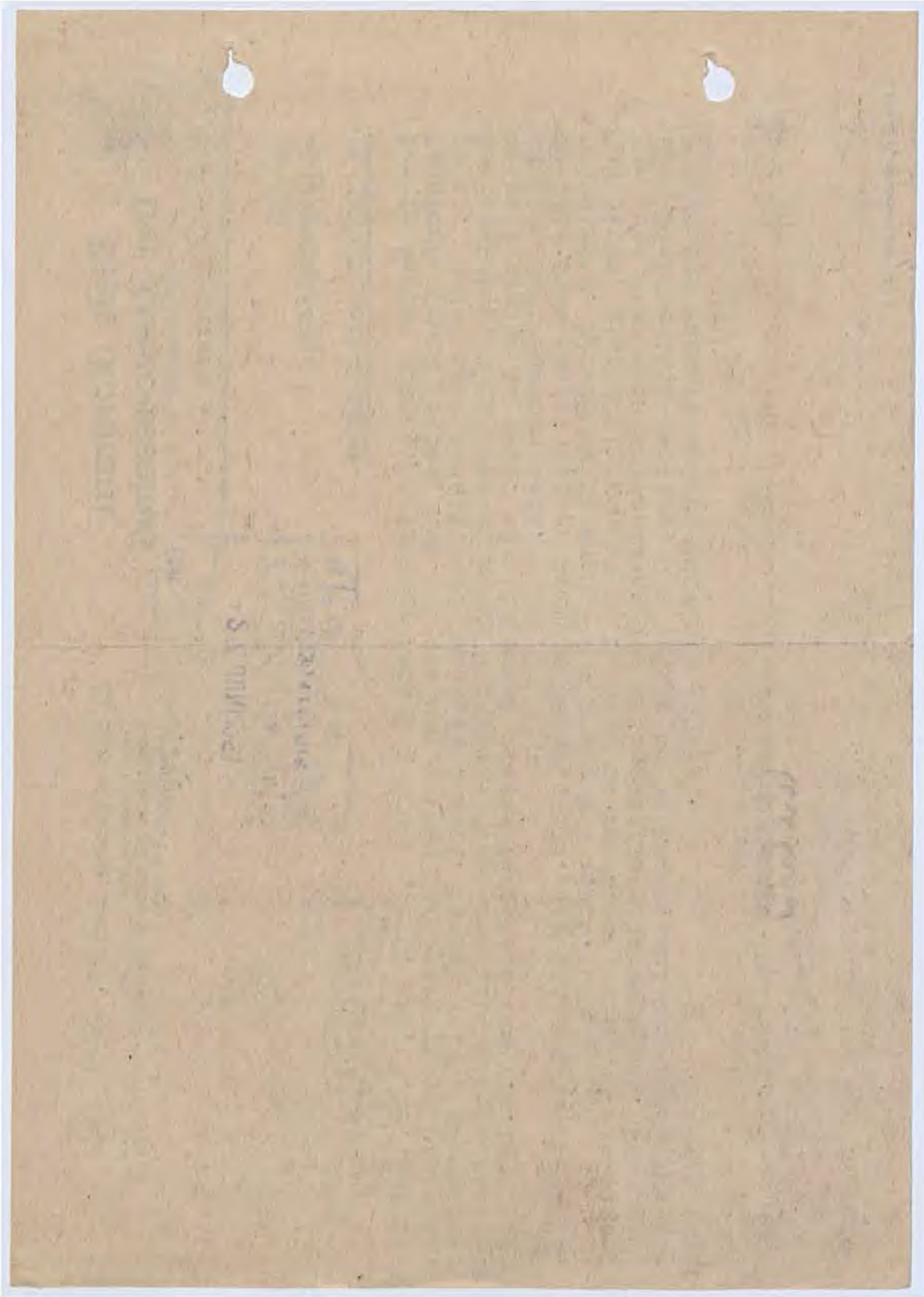
Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



35

Protokoll  
der Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses Stormarn  
am 19. Juli 1951.

Es waren anwesend:

1) Herr Siege	Vorsitzender
2) Herr Göring	Beisitzer
3) Herr Kratzenberg	Beisitzer
4) Herr Dabelstein	Geschäftsführer.

Vorlage: Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten des Paul Schubert in Zarpen.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten sowie auf Zahlung der Haftentschädigung abzulehnen, da nicht als erwiesen angesehen werden kann, dass die Voraussetzungen der Landesgesetze 37/48 und 77/49 gegeben sind.

Es ist unwahrscheinlich, dass der Antragsteller, wenn er ein entschiedener Gegner der WSDAP. gewesen ist, erst nach Monaten zum Strafantritt einberufen wurde.

Begründung.

Der Antragsteller stellte am 17.5.1951 den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgten gem. dem Gesetz vom 4.3.1948 und auf Zahlung der Haftentschädigung gem. Gesetz vom 4.7.1949 und gab an, wegen Vergehens gegen das Heimtückgesetz in Görlitz vom 7.2.44 bis 1945 in Haft gewesen zu sein.

Mitglied der WSDAP. oder deren Gliederungen war der Antragsteller nach seinen Angaben nicht. Als Grund für die verspätete Antragstellung gibt er an, dass er als zwangsevakuierter aus Brieg an der Antragstellung verhindert war.

Ausweislich der Bescheinigung der Amtsverwaltung Zarpen ist der Antragsteller seit dem 18.11.1949 ununterbrochen in Zarpen wohnhaft. Sein Zuzug erfolgte, wie eine Rücksprache mit ihm ergab, aus Hamburg.

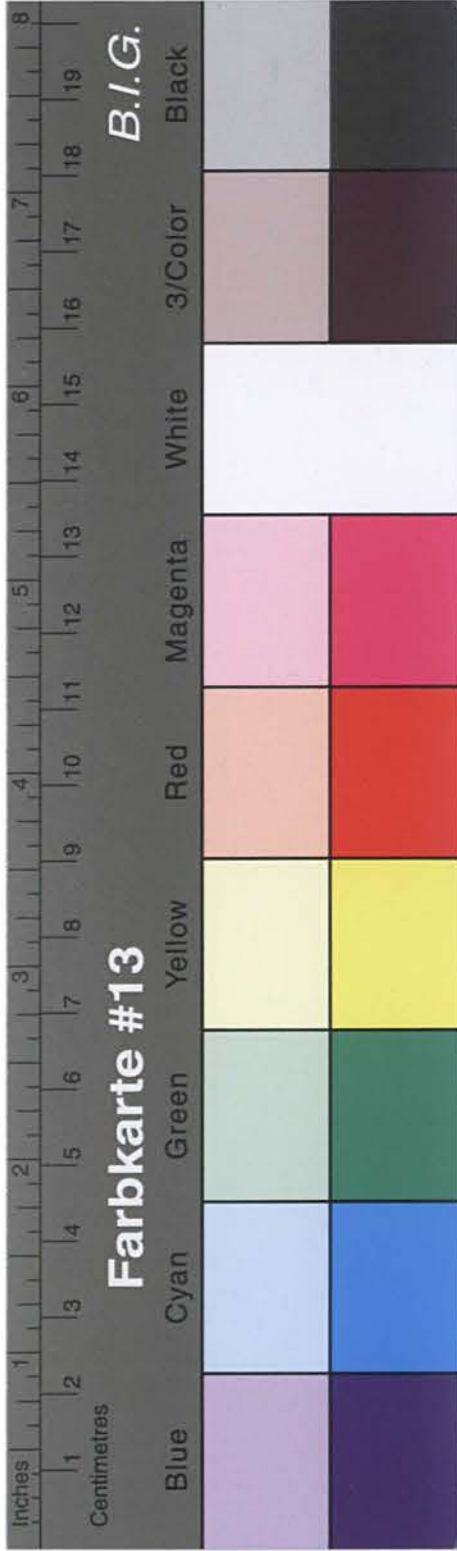
Ausweislich einer Ladung des Amtsgerichts Brieg vom 8.7.1943 ist der Antragsteller wegen Vergehens gegen das Heimtückgesetz zum 14.7.43 vor das Amtsgericht geladen worden. Aus der Ladung zum Strafantritt ergibt sich, dass Schubert durch Urteil des Sondergerichts I in Breslau am 9.11.1943 wegen staatsfeindlicher Äußerungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde und zum Strafantritt auf den 7. Februar 1944 geladen wurde. Sch. hat bisher nicht dargetan, ob er auch bereits früher in Haft, insbesondere in Polizei- oder Untersuchungshaft war. Er gibt lediglich an, wegen gemachter Äußerungen über den Krieg verurteilt worden zu sein.

Da von dem Antragsteller weder behauptet noch bewiesen ist, dass er wegen seiner politischen Überzeugung inhaftiert war, kann es nicht als erwiesen angesehen werden, dass die Voraussetzungen des Gesetzes vom 4.3.1948 gegeben sind. Desgleichen kann nicht als erwiesen angesehen werden, dass die Voraussetzungen des Gesetzes vom 4.7.1949 auf Zahlung einer Haftentschädigung gegeben sind.

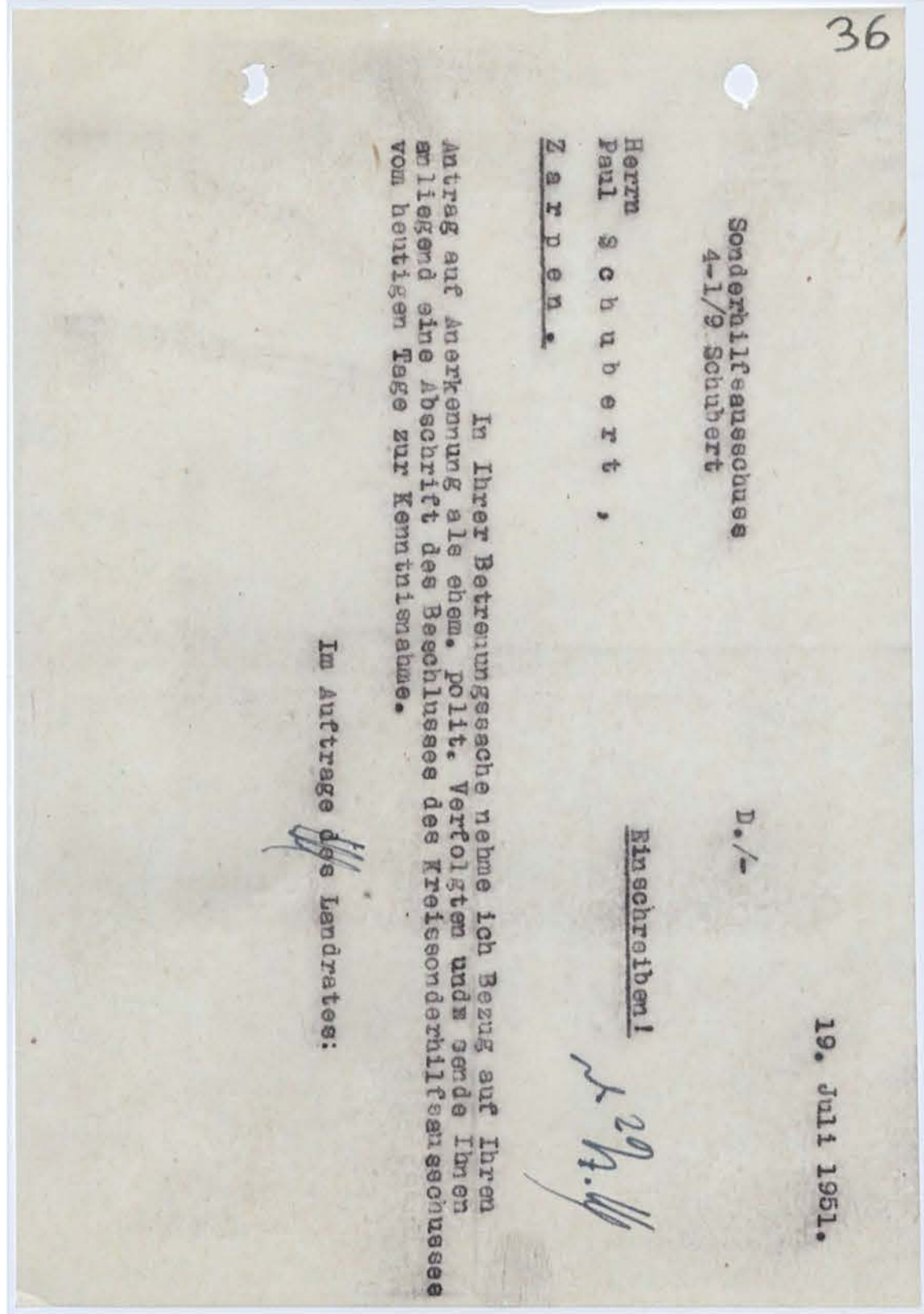
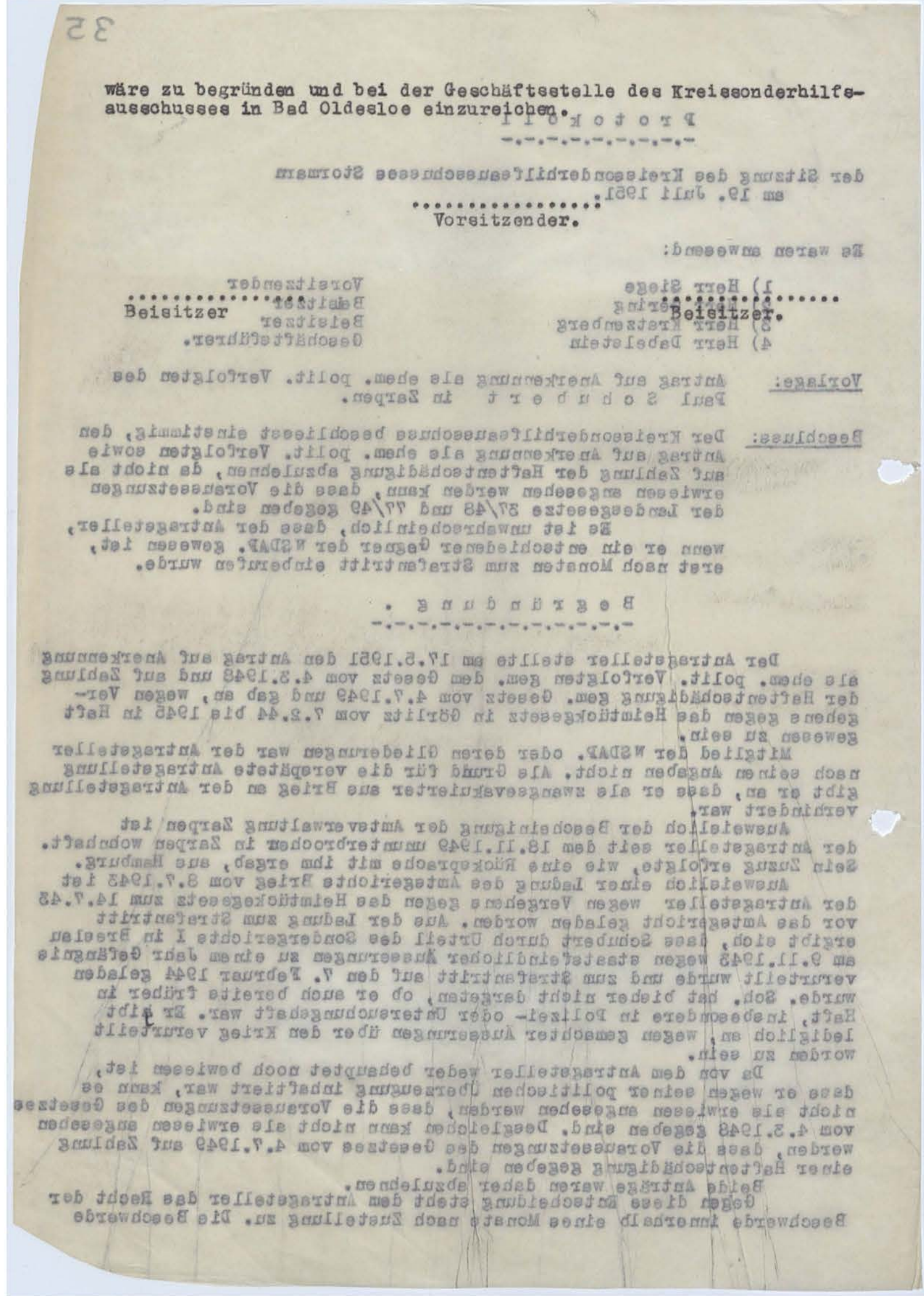
Beide Anträge waren daher abzulehnen.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller das Recht der Beschwerde innerhalb eines Monats nach Zustellung zu. Die Beschwerde





# Kreisarchiv Stormarn B2











zunt Papst gefallen war. Hier beschaffen wir uns  
 ungezogen fallen, sind 2. Francien eine gewisse Anzahl  
 Soldat sind gegen Schweden beide in Albanien  
 der Krieg über Bresten nachgeht, war noch falls bei  
 dann hier Bresten für den Volkswort. Brest  
 eingekommen. Und die Stadt war bei diesem  
 Gassen der einer Nationalistischen Bewegung, sind  
 ausbleibe ihnen der Krieg ist verloren in 1. 10.  
 Krieg wurde ich nicht im Aufstande gefest gemacht  
 sondern nicht wie bei einer Schwachheit bewist  
 fallen. Endliche beschließung gegen die Schwachheit  
 Götter liegt bei.

Winnick bitter is than their tenderest puffs  
Shornam in anastomizing the clasp of pining.

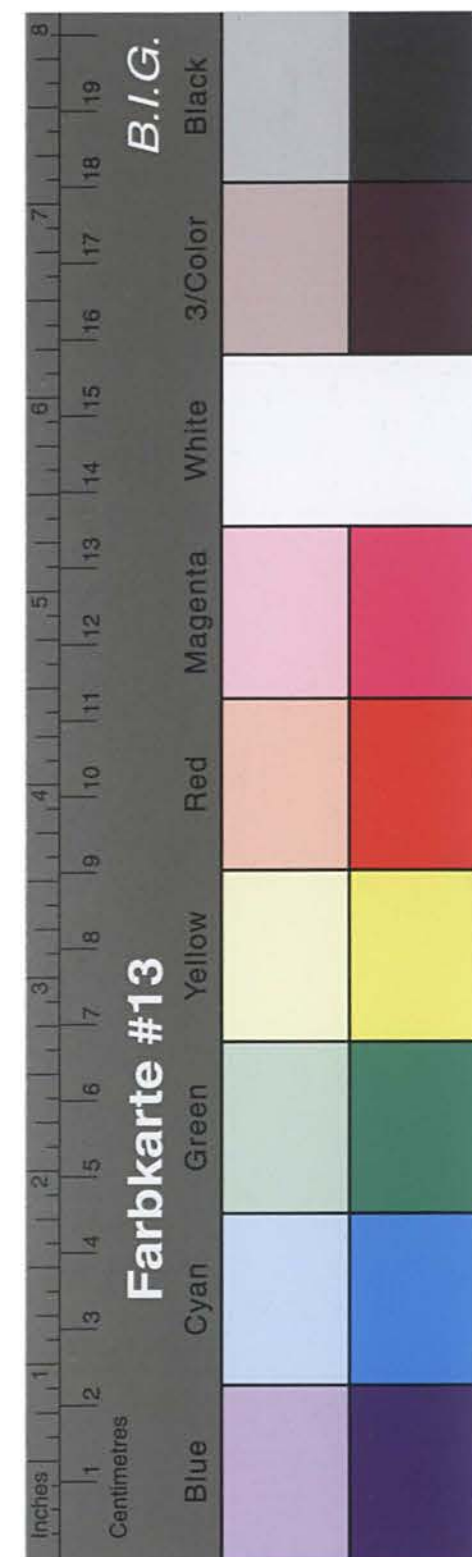
Ich bekomme eine kleine Rente und bin  
 stündlich meiner Körperliche, sind jedoch für mich  
 mit der Anstellung nicht in der Lage  
 mir zu meinem Lebensunterhalt etwas  
 zuzumachen, da ich mir 12. Thaler monatlich  
 für meine Familie zu bewahren beabsichtige  
 meine Angelegenheiten.

Habe mich nun hier Aufklärung über die Berliner  
 gebeten mir die Stelle zu überlassen

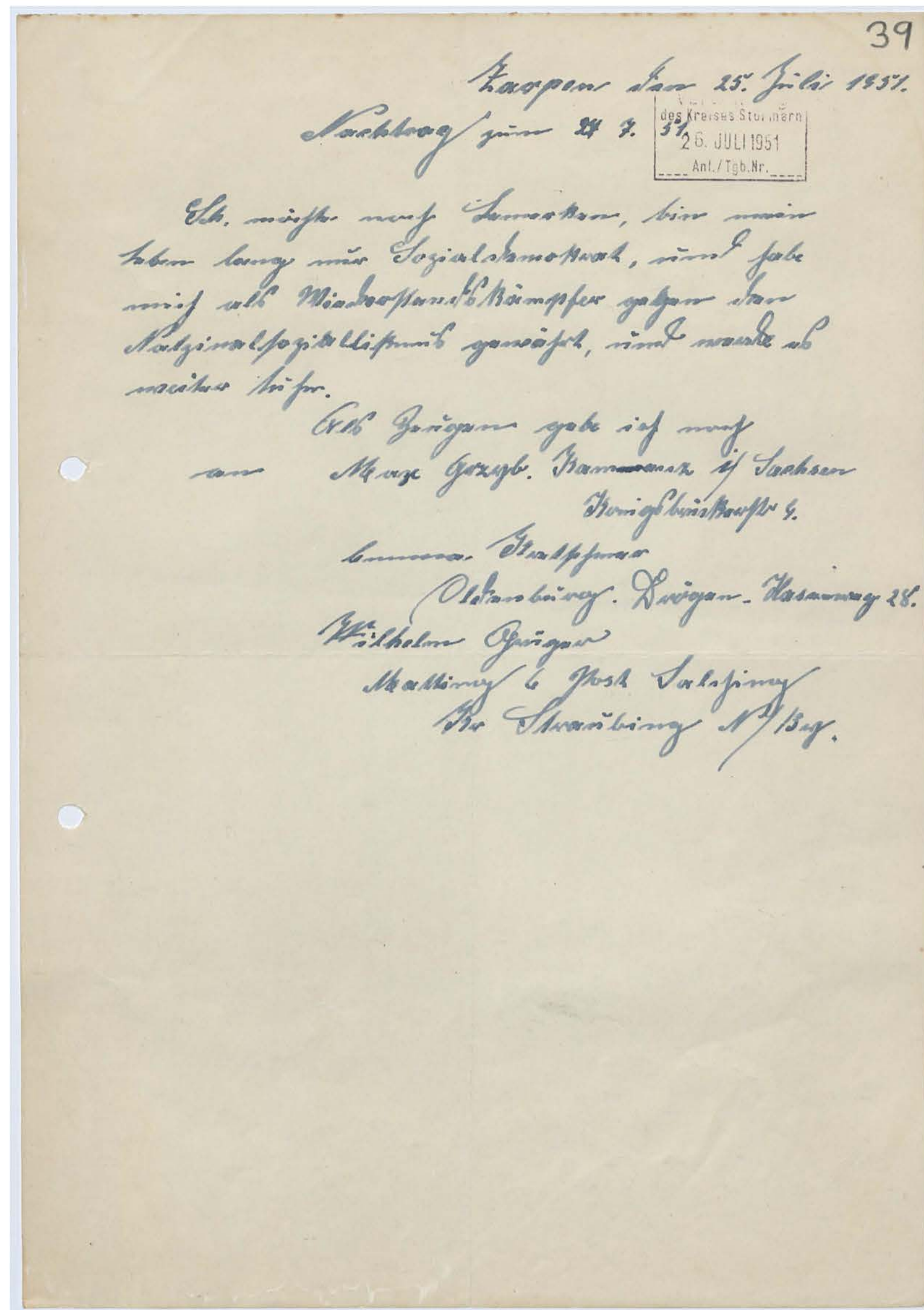
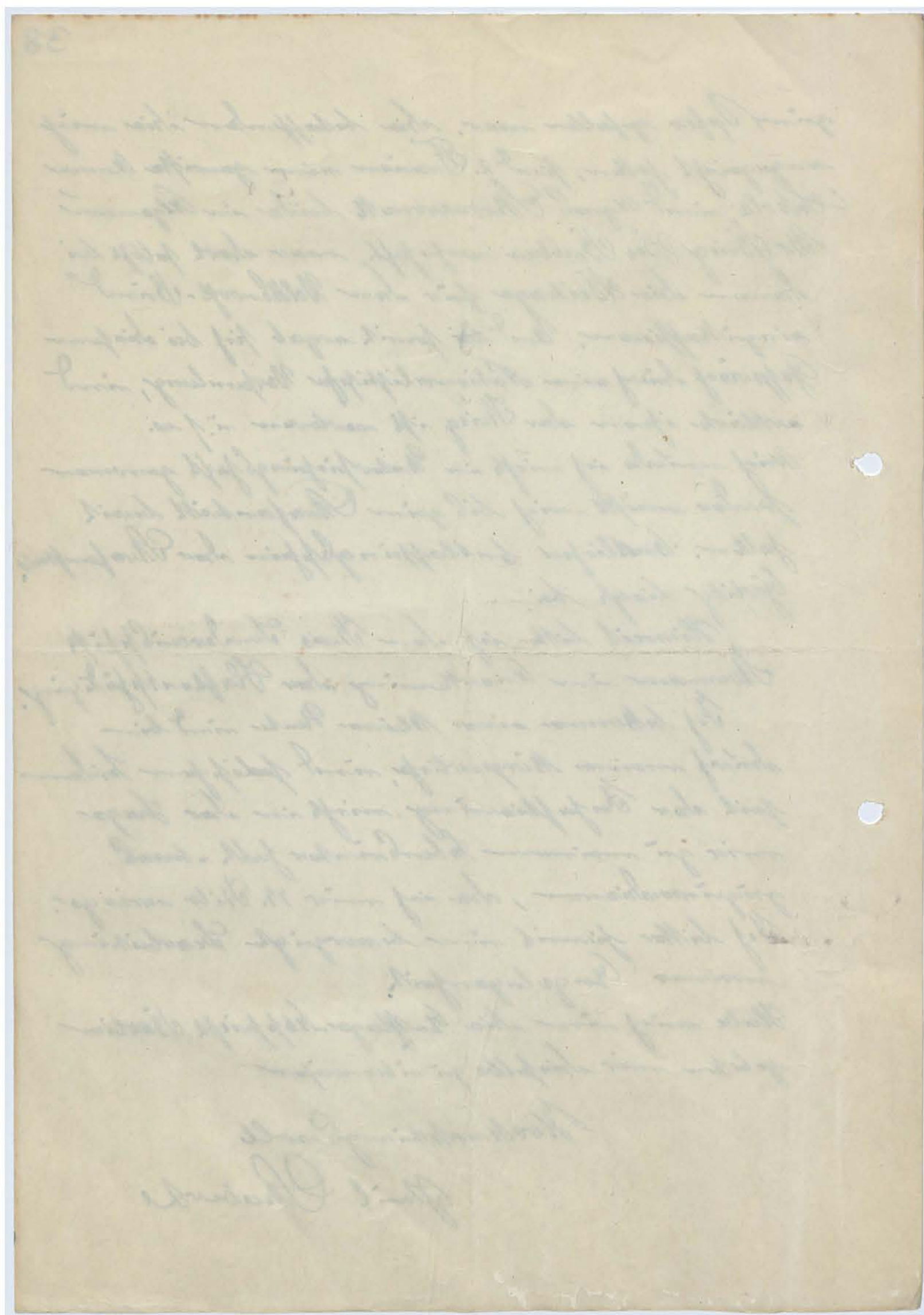
Hochachtungsvoll

Paul Schubert





# Kreisarchiv Stormarn B2





Protokoll

der 86. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses  
Stormarn am 26. Juli 1951

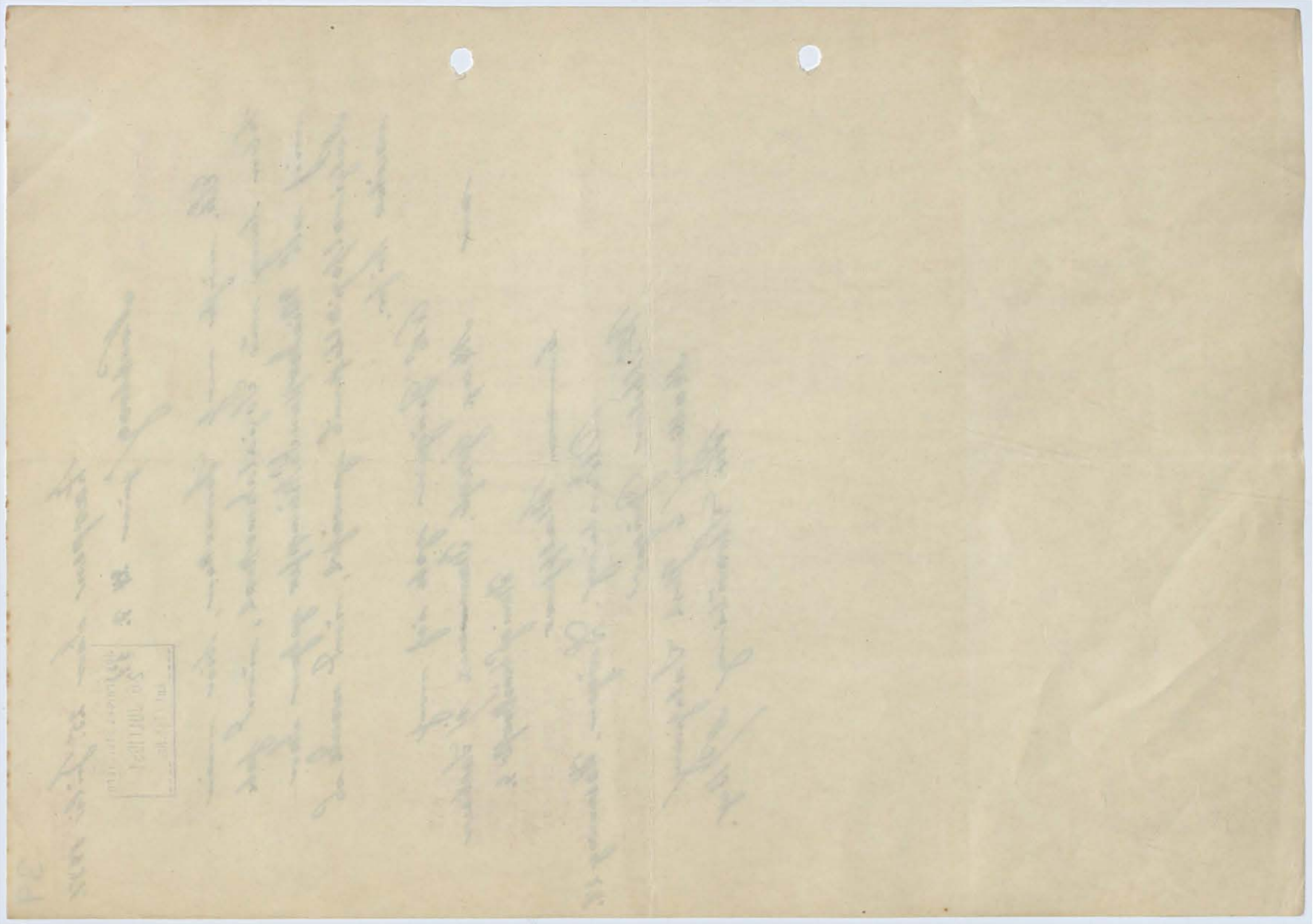
Es waren anwesend:

- 1.) Herr Gering, stellv. Vorsitzender,
- 2.) Herr Kratzenberg, Beisitzer,
- 3.) Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

Vorlage: Beschwerde des Paul Schubert in Zarpn gegen den Beschluss des Kreissonderhilfeausschusses vom 19.7.1951.

Beschluss: Der Kreissonderhilfeausschuss beschliesst einstimmig, erneut in eine Verhandlung einzutreten und dem Antragsteller bezw. Beschwerdeführer aufzugeben, weitere Beweismittel vorzulegen.

.....



Kreisarchiv Stormarn B2





47

P r o t o k o l l

der 86. Sitzung des Kreissonderhilfeausschusses  
Stormarn am 26. Juli 1951

Es waren anwesend:

- 1.) Herr Gering, stellv. Vorsitzender,  
2.) Herr Kratzenberg, Beisitzer,  
3.) Herr Dabelstein, Geschäftsführer.

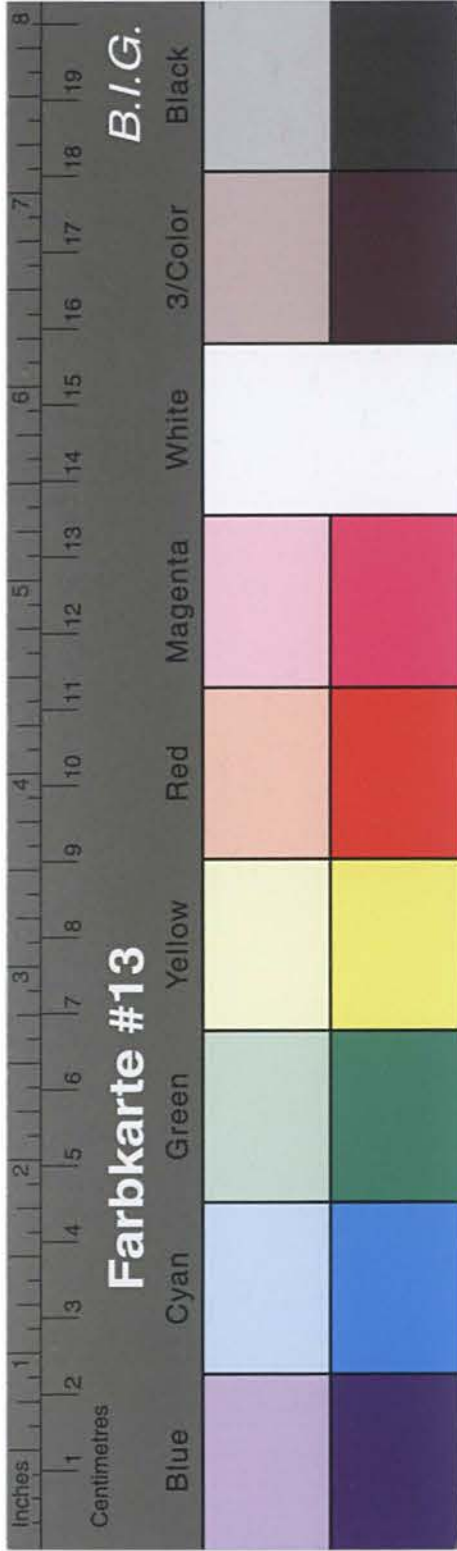
Vorlage: Beschwerde des Paul S c h a b e r t in Zarpfen gegen  
den Beschluss des Kreissonderhilfeausschusses vom  
19.7.1951.

Beschluss: Der Kreissonderhilfsausschuss beschliesst einstimmig, erneut in eine Verhandlung einzutreten und dem Antragsteller bzw. Beschwerdeführer aufzugeben, weitere Beweismittel vorzulegen.

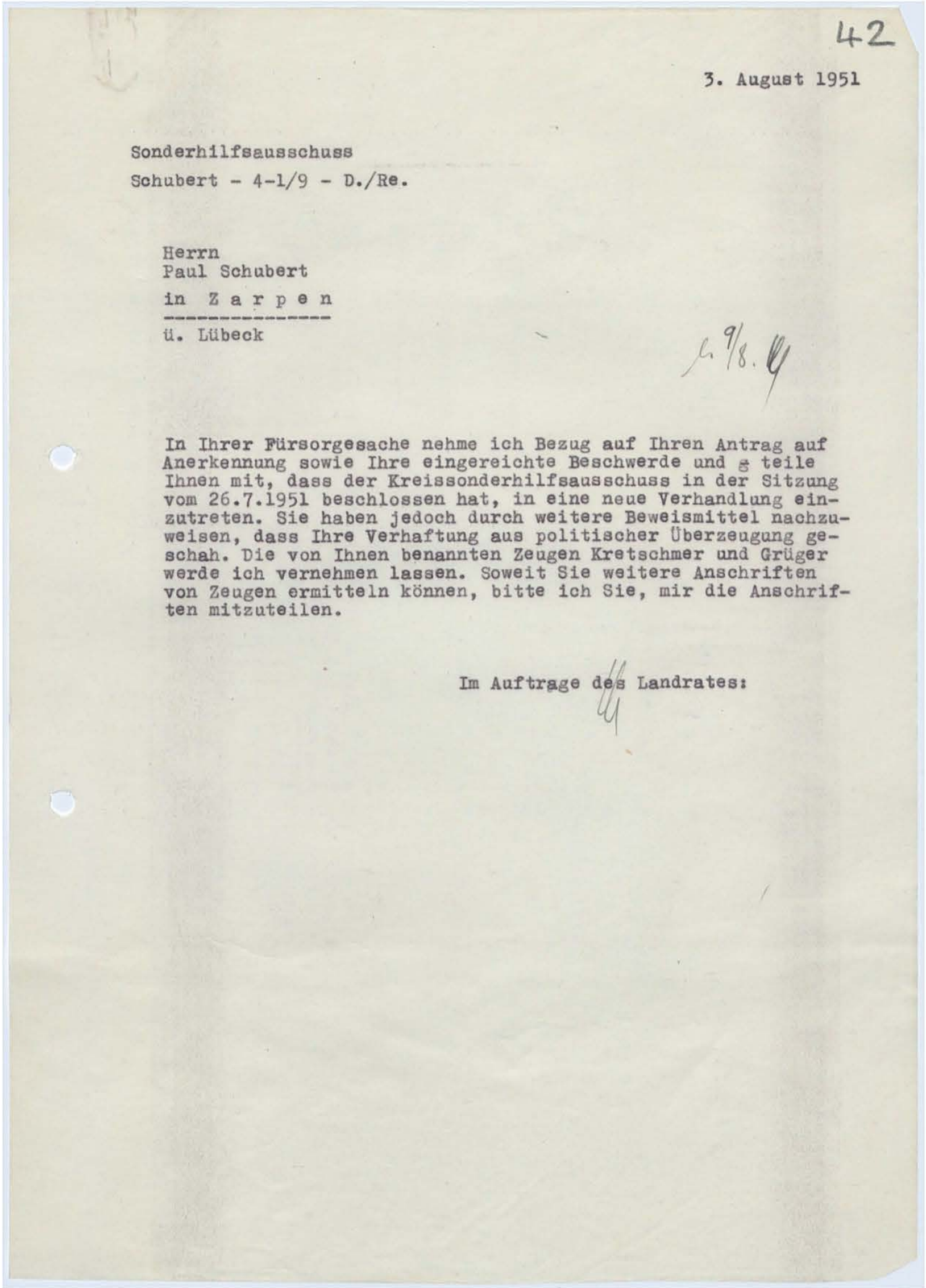
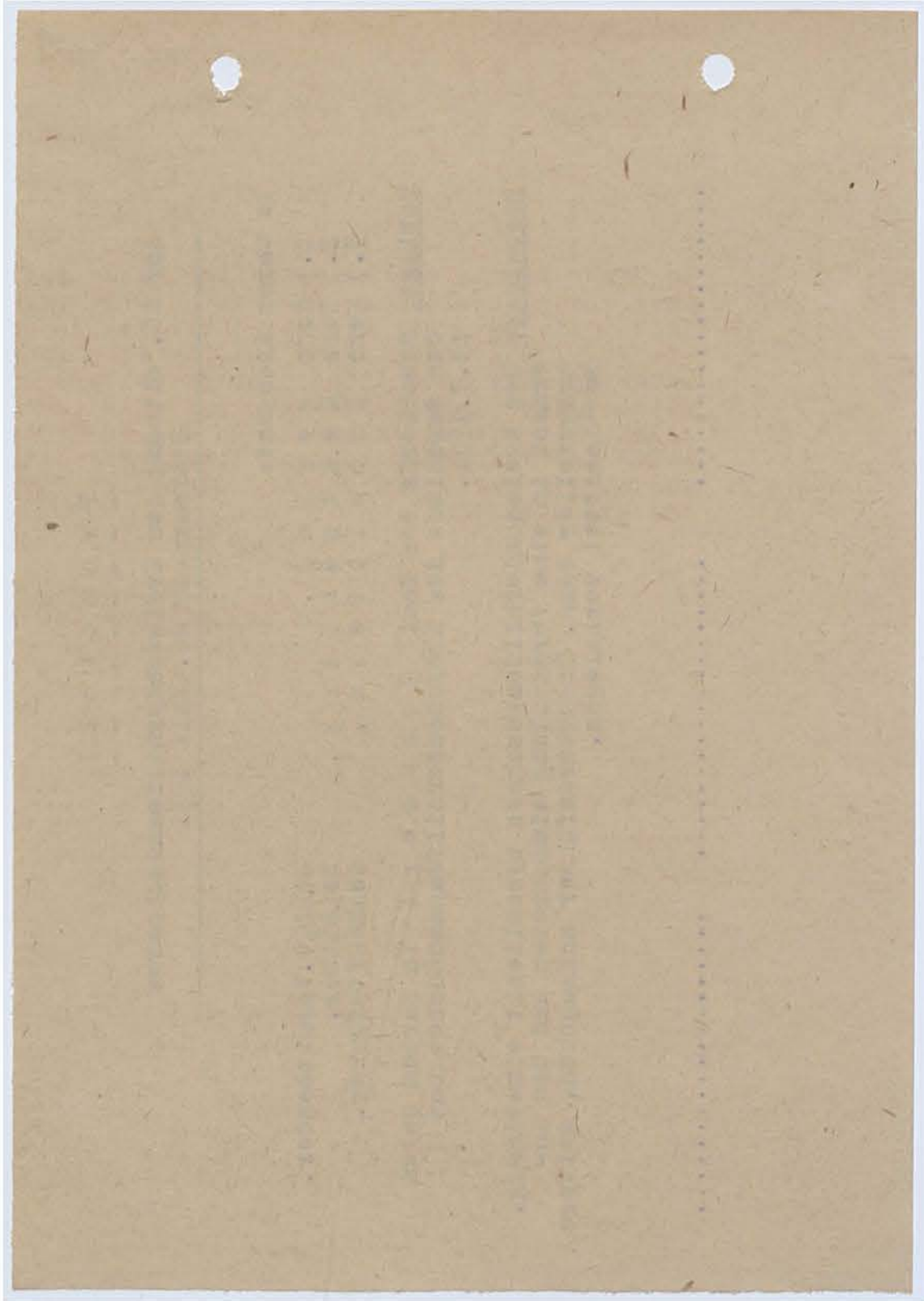
.....







# Kreisarchiv Stormarn B2







43

4. August 1951

- Sonderhilfsausschuss -  
Schubert - 4-1/9 - D./Re.

An  
die Polizeibehörde  
in Oldenburg i.Oldbg.

Der in Zarpen, Kreis Stormarn, wohnhafte Paul Schubert hat bei mir den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgter gestellt und behauptet, aus politischen Gründen vom 7.2.1944 bis Anfang 1945 in Haft gewesen zu sein. Seine Verurteilung ist ausweislich der hier vorgelegten Unterlagen durch das Sondergericht in Breslau wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz erfolgt. Das Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis. Da ohne weiteres noch nicht nachgewiesen ist, dass Schubert als politisch Verfolgter im Sinne der Gesetze anzusehen ist, bitte ich, die dort, Drögen-Hasenweg 28, wohnhafte Emma Bretschmer eingehend darüber zu vernehmen, was ihr über die Gründe der Verurteilung bekannt ist. Allein die Tatsache, dass die Verurteilung wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz erfolgte, ist nicht

b.w.

Im Auftrage des Landrates:

von dem ich Sie mir die Anschrift-  
wege ich vernehmen lassen. Soweit Sie weitere Anschriften  
sagen. Die von Ihnen benannten Herren Kretecher und Gröber  
weisen, dass Ihre Verurteilung aus politischen Gründen erfolgt  
sind. Sie haben jedoch durch weitere Beweismittel nachzu-  
weisen, dass Sie in eine neue Verurteilung ein-  
gehen mit, dass der Kreisarchivhilfswissenschaftler in der Sitzung  
Anerkennung sowie Ihre eingereichte Bescheinigung und 2 weitere  
in Ihrer Kreisarchivkarte habe ich Herrn auf Ihren Antrag auf

H. H. Beck  
in N. S. b. e. n  
Paul Schubert  
Herrn

Sonderhilfswissenschaftler  
Schubert - 4-1/9 - D./Re.

2. August 1951

75



44

4. August 1951

- Sonderhilfsausschuss -  
Schubert - 4-1/9 - D./Re.

An  
die Polizeibehörde  
in M a t t i n g  
-----  
Post Salching

Der in Zarpen, Kreis Stormarn, wohnhafte Paul S c h u b e r t  
hat bei mir den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgter  
gestellt und behauptet, aus politischen Gründen vom 7.2.1944 bis  
Anfang 1945 in Haft gewesen zu sein. Seine Verurteilung ist aus-  
weislich der hier vorgelegten Unterlagen durch das Sondergericht  
in Breslau wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz erfolgt. Das  
Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis.  
Da ohne weiteres noch nicht nachgewiesen ist, dass Schubert als  
politisch Verfolgter im Sinne der Gesetze anzusehen ist, bitte ich,  
den dort wohnhaften Wilhelm Grüger eingehend darüber zu vernehmen,  
was ihm über die Gründe der Verurteilung bekannt ist. Allein die

b.w.

Im Auftrage des Landrates:

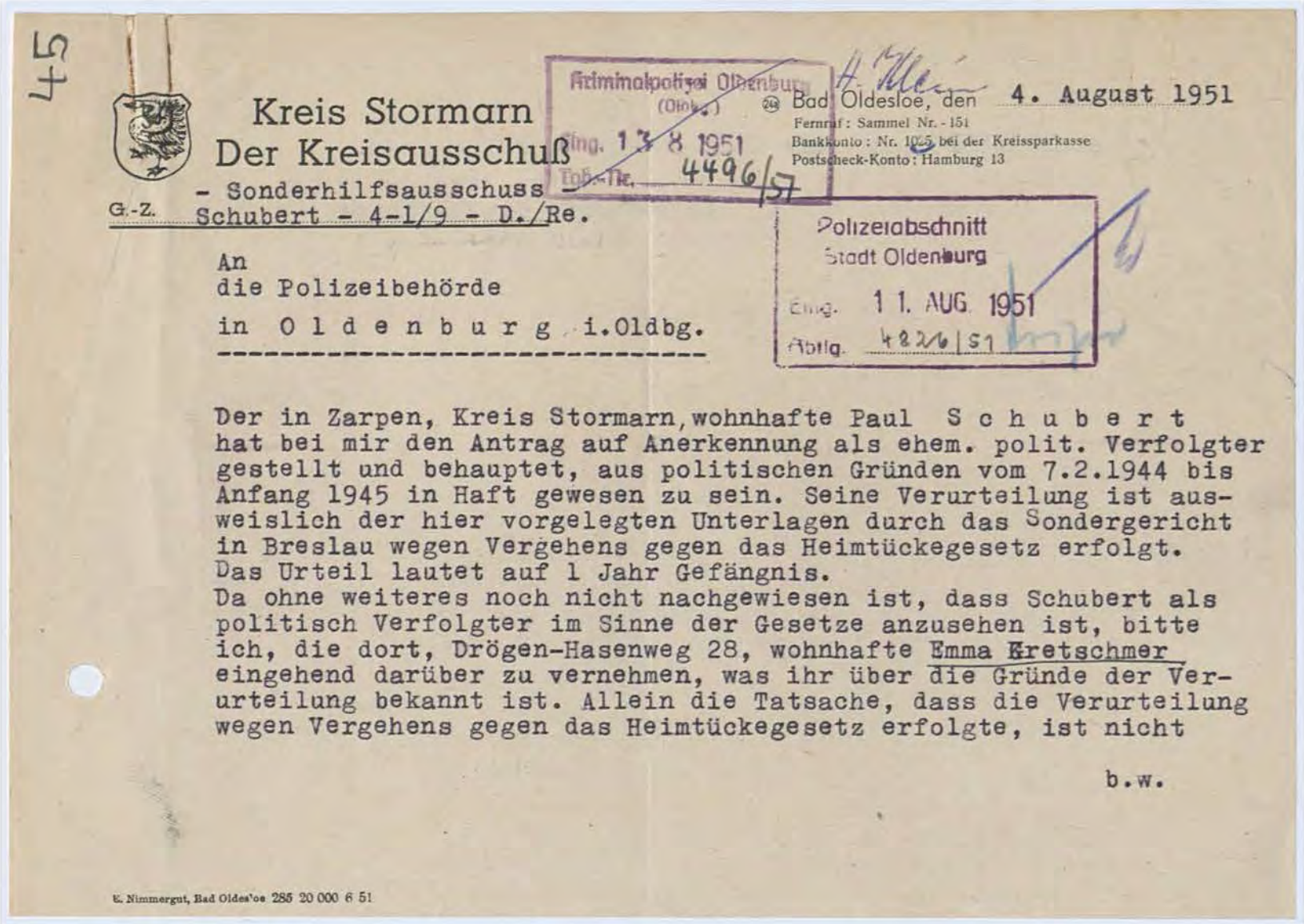
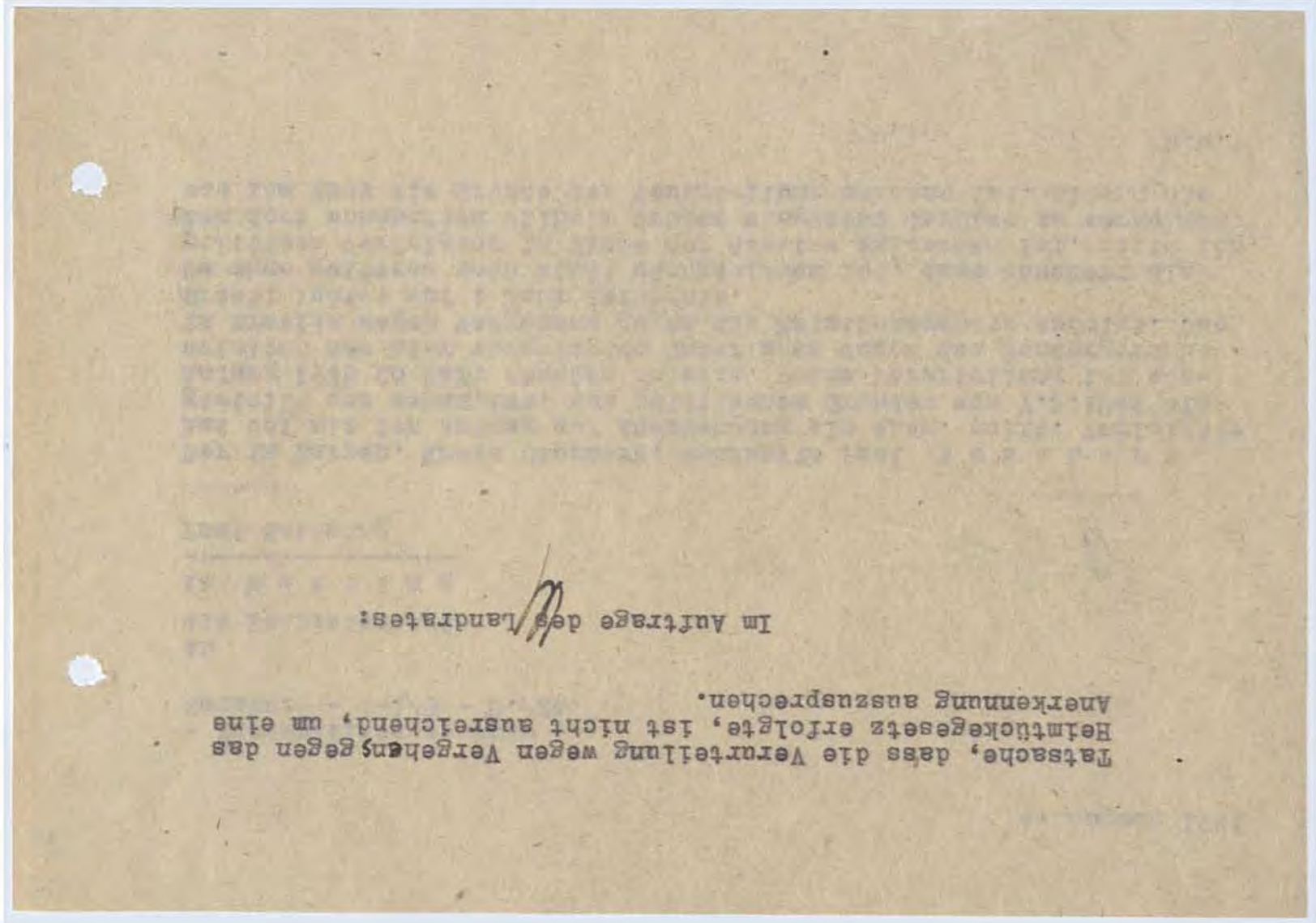
ausreichend, um eine Anerkennung auszusprechen.

Kreisarchiv Stormarn B2





Kreisarchiv Stormarn B2





46 E

Landpolizei Ndb./Opf.  
Hauptposten Straubing  
BTgb.-Nr. /51

Straubing, den 9. September 1951

An den  
Landrat - Kreisausschuß  
Bad - Oldesloe

Betrifft: Auskunft zwecks Anerkennung als ehem.polit.Verfolgter des dort wohnhaften Paul Schubert.

Der im hiesigen Dienstbezirk wohnende Wilhelm Gröger gibt an, daß er während der Hitlerzeit mit Paul Schubert längere Zeit zusammen gearbeitet hat und daher Sch. gut kenne. Gr. sei ferner bekannt, daß Sch. ein starker Gegner der NSDAP war und oft scharfe Kritik an der Politik des damaligen Reiches übte, was schließlich zu seiner Verhaftung bzw. Verurteilung führte. Über die Gründe der Verurteilung, Höhe der damals ausgesprochenen Strafe kann Gr. keine näheren Angaben machen. Aus diesem Grunde wurde von einer eingehenden Vernehmung Abstand genommen. Die Anschrift des Gröger lautet: S t r a u b i n g, Alburger Hochweg.  
Gesehen:

(Dietl)  
Komm.d.LP.

*Anton Jlg*  
(Anton Jlg)  
Hptw.d.LP.

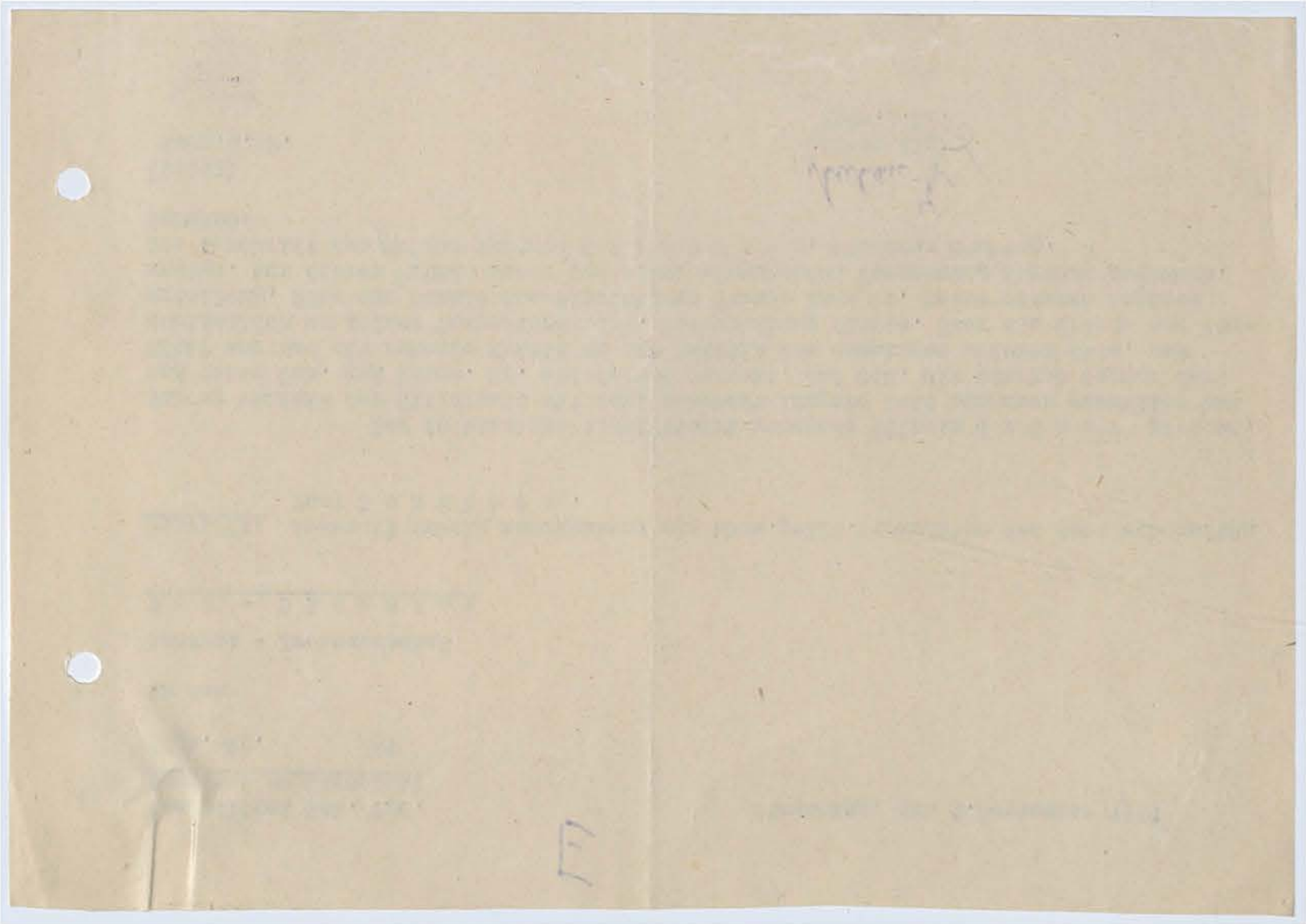
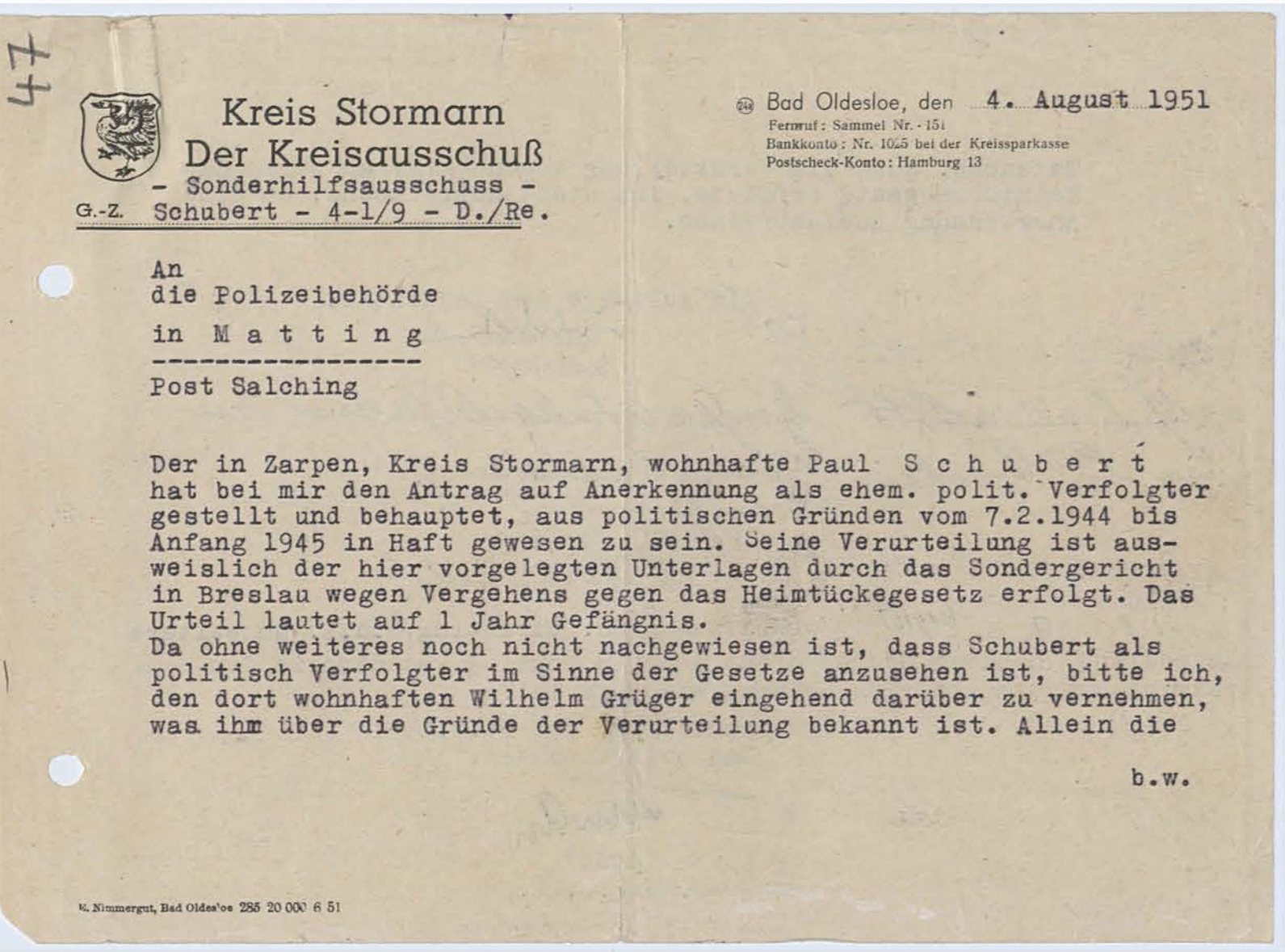
Im Auftrage des Landrates:  
ausreichend, um eine Anerkennung auszusprechen.

(Dietl)  
Komm.d.LP.

Kreisarchiv Stormarn B2



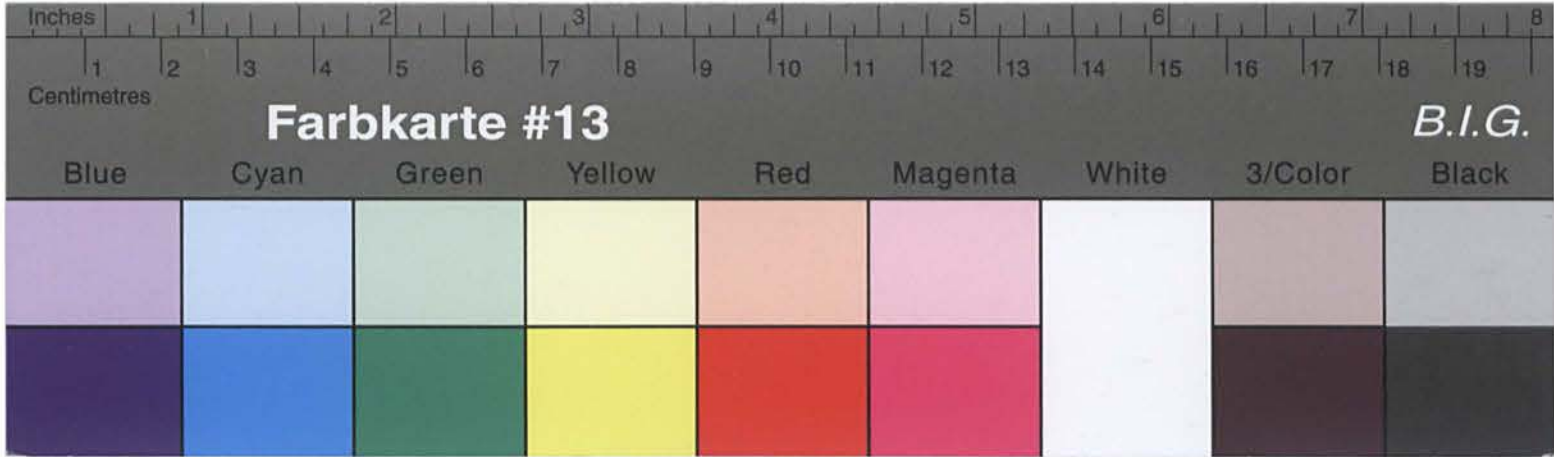




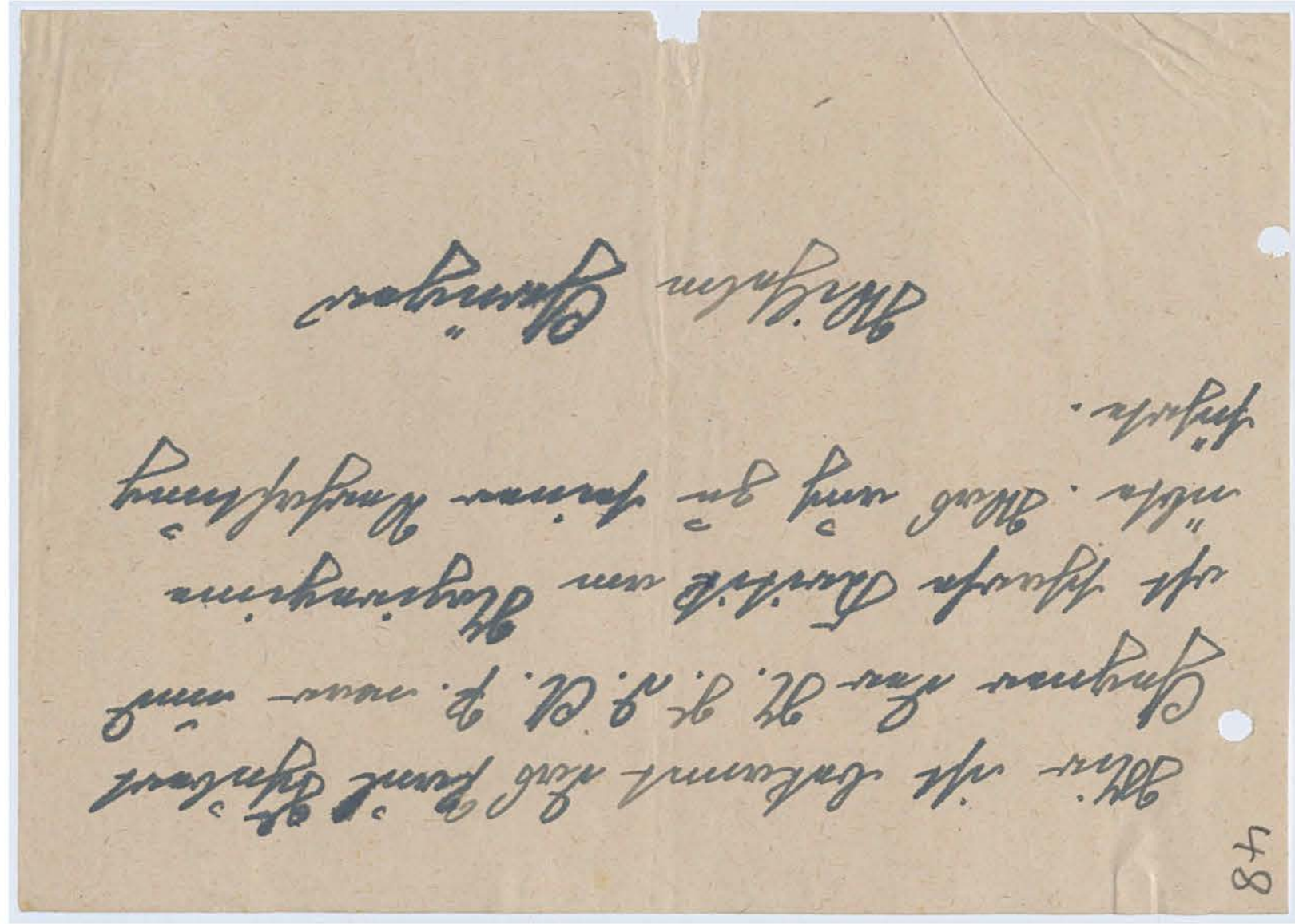
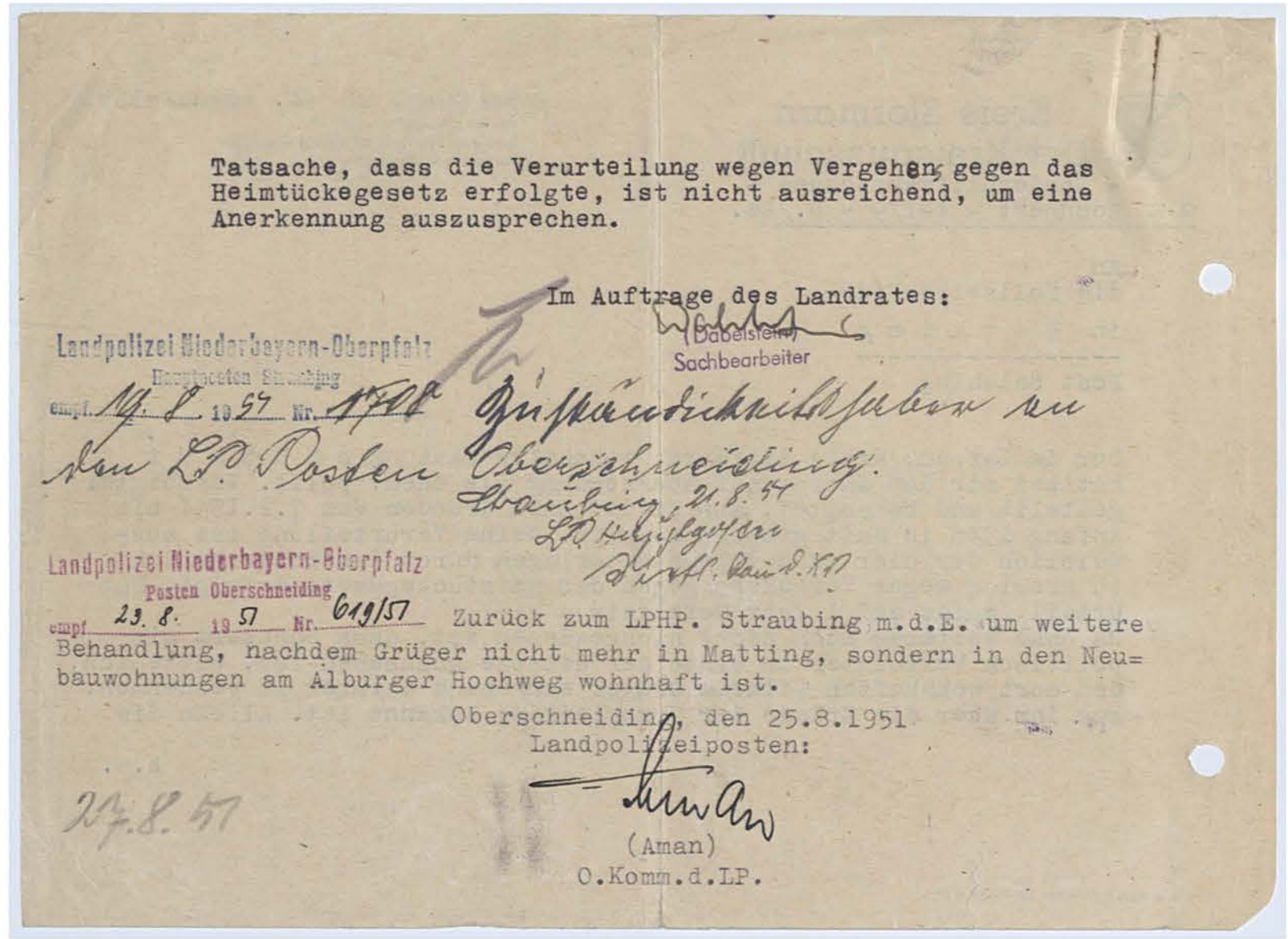
Kreisarchiv Stormarn B2







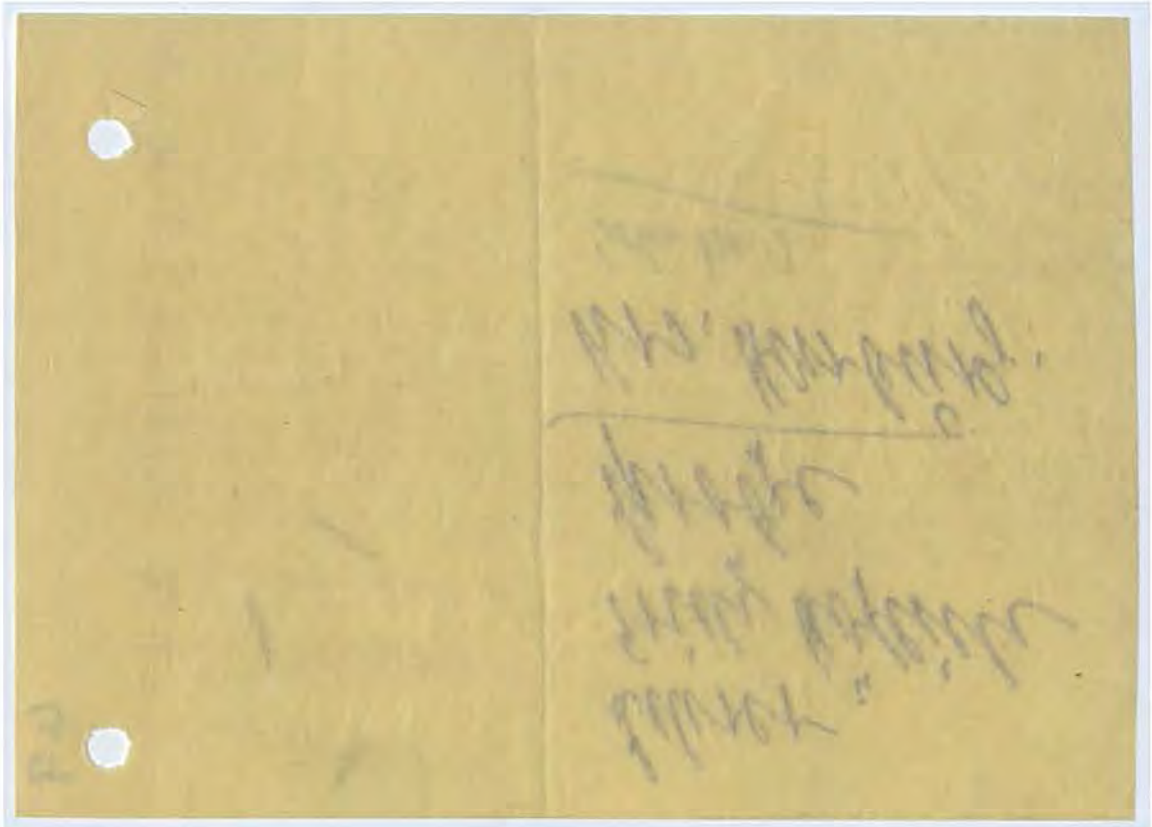
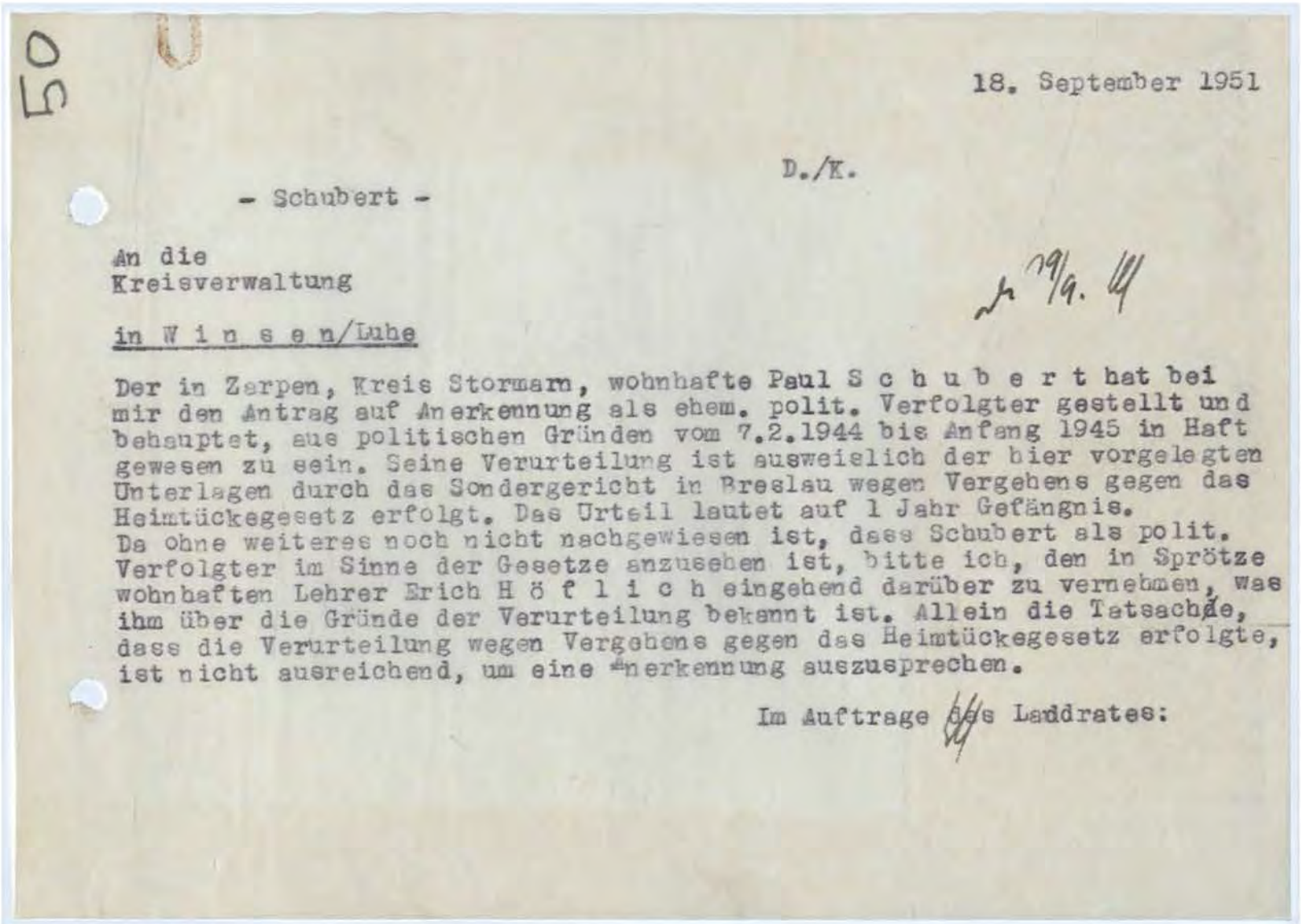
# Kreisarchiv Stormarn B2











Kreisarchiv Stormarn B2





151



Kreis Stormarn  
Der Kreisausschuß

- Sonderhilfsausschuß - 4 - 1 / 9 -  
Schubert

G.-Z.

- Schubert -

An die  
Kreisverwaltung

in W i n s e n / L u b e

Bad Oldesloe, den 18. September 1951  
Fernruf: Sammel-Nr. 151  
Bankkonto: Nr. 1025 bei der Kreissparkasse  
Postcheck-Konto: Hamburg 13  
D. K.

Landkreis Harburg

eing.: 22. SEP. 1951

## Anlagen

Der in Zarnen, Kreis Stormarn, wohnhafte Paul S c h u b e r t hat bei mir den Antrag auf Anerkennung als ehem. polit. Verfolgter gestellt und behauptet, aus politischen Gründen vom 7.2.1944 bis Anfang 1945 in Haft gewesen zu sein. Seine Verurteilung ist ausweislich der hier vorgelegten Unterlagen durch das Sondergericht in Breslau wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz erfolgt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis. Da ohne weiteres noch nicht nachgewiesen ist, dass Schubert als polit. Verfolgter im Sinne der Gesetze anzusehen ist, bitte ich, den in Sprötze wohnhaften Lehrer Erich H ö f l i c h eingehend darüber zu vernehmen, was ihm über die Gründe der Verurteilung bekannt ist. Allein die Tatsache, dass die Verurteilung wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz erfolgte, ist nicht ausreichend, um eine Anerkennung auszusprechen.

Im Auftrage des Laddrates:

Wahns  
(Ladelstein)  
Sachbearbeiter

E. Nimmergut Bad Oldesloe 285 20 000 6 51

IN ANGLE OF THE PAPER:

[illegible]

И М Т О О О \ Г Р Р О

KLEINER, J. H. 1963

OLD

- ZCUNPETH -

 $D^* \setminus K^*$ 

18. gefewer. Tag

Kreisarchiv Stormarn B2





52

Der Regierungspräsident

(24a) Lüneburg, den Oktober 1951.  
Fernsprechnr. 4058  
Postsparkonto Hamburg 6134  
der Regierungshauptkasse Lüneburg

Tageb.-Nr. Daz. 55  
Es wird ersucht, in der Antwort die  
Tagebudennummer anzugeben

-Gem.Gesch.St.K.S.A. im  
Reg. Bez. Lüneburg -

An die  
Gemeindeverwaltung  
S p r ö t z e / Kreis Harburg

Betrifft: Vernehmung des dort wohnhaften Lehrers Erich Höflisch.  
Bezug: Anl.Schr.d.Sonderhilfs-Ausschusses des Kreises  
Stormann v. 18.9.1951.  
-----

Der Kreissonderhilfsausschuss Stormann bittet uns  
in anliegendem Schreiben um ein Amtshilfeersuchen.

Wir bitten Sie, von dort aus Herrn H ö f l i c h zu  
dem in diesem Schreiben angegebenen Punkt zu vernehmen und dem  
Sonderhilfsausschuss des Kreises Stormann unmittelbar das Ver-  
nehmungsprotokoll zu übersenden.

Abgabennachricht ist erteilt worden .  
Im Auftrage:  
*Pappe*

*Stormann*  
*Landesrat*  
*Landesrat*  
u. v. g.

Es erscheint der Lehrer Erich Höflisch und gibt, mit  
dem Inhalt des Schreibens bekannt gemacht, folgendes an:  
Paul Schubert ist mir durch seine Kassiererfähigkeit des  
Volkswohlbundes bekannt geworden, weil er monatlich bei mir  
die Beiträge kassierte. Bei dieser Gelegenheit hat ~~Kass~~ er sich  
häufig gegen die damalige Regierung geäußert. Eines Tages war  
Schubert verschwunden und man erzählte mir, daß er abgeholt  
worden sei. Ob er in ein KZ abgeführt worden ist, ist mir nicht  
bekannt. Im Juli 1944 wurde ich zum SS-Schützen eingesetzt und  
habe nichts mehr von ihm gehört.

Gemeindeverwaltung  
Sprotze, den 12.10.51.  
*11.5.51*

Kreisarchiv Stormann B2





53

**Der Regierungspräsident**  
(Dez. 55)  
Tageb.-Nr. \_\_\_\_\_  
Es wird ersucht, in der Antwort die  
Tagebuchnummer anzugeben  
-Gem. Gesch. St. d. K. S. A. i.  
Reg. Bez. Lüneburg -

(24a) Lüneburg, den Oktober 1951  
Fernsprechnr. 4058  
Postschekkonto Hamburg 6134  
der Regierungshauptkasse Lüneburg

das Kreisarchiv  
-4 OKT. 1951  
15

An den  
Kreissonderhilfsausschuss  
des Kreises STORMANN,  
Bad Oldesloe  
=====

Betrifft: Amtshilfeersuchen,  
hier: Vernehmung des Lehrers Erich H ö f l i c h  
in Sprötze.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 18.9.1951 - 4 - 1/9-.

Wir haben dem Herrn Bürgermeister in Sprötze Ihr an die  
Kreisverwaltung in Winsen/Luhe eingereichtes Schreiben mit  
der Bitte um Amtshilfe überreicht. Das Vernehmungsprotokoll  
wird Ihnen unmittelbar von dort aus übersandt werden.

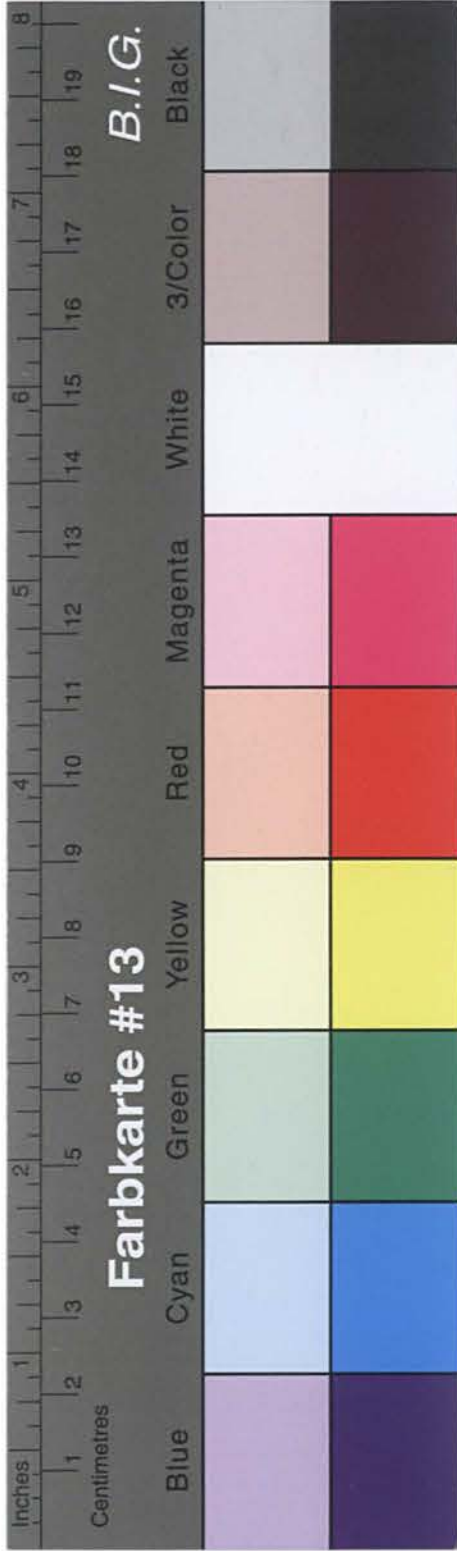
Im Auftrage:  
*P. Hoffe*

den Sonderhilfsausschuss des Kreises Stormann  
in Bad Oldesloe.  
Anbei wird die Aussage des Lehrers Erich Höfllich in  
der Angelegenheit Paul Schubert übersandt.  
Bürgermeister.  
13. OKT. 1951  
Sprötze, den 12.10.1951.  
An  
Gemeindeverwaltung

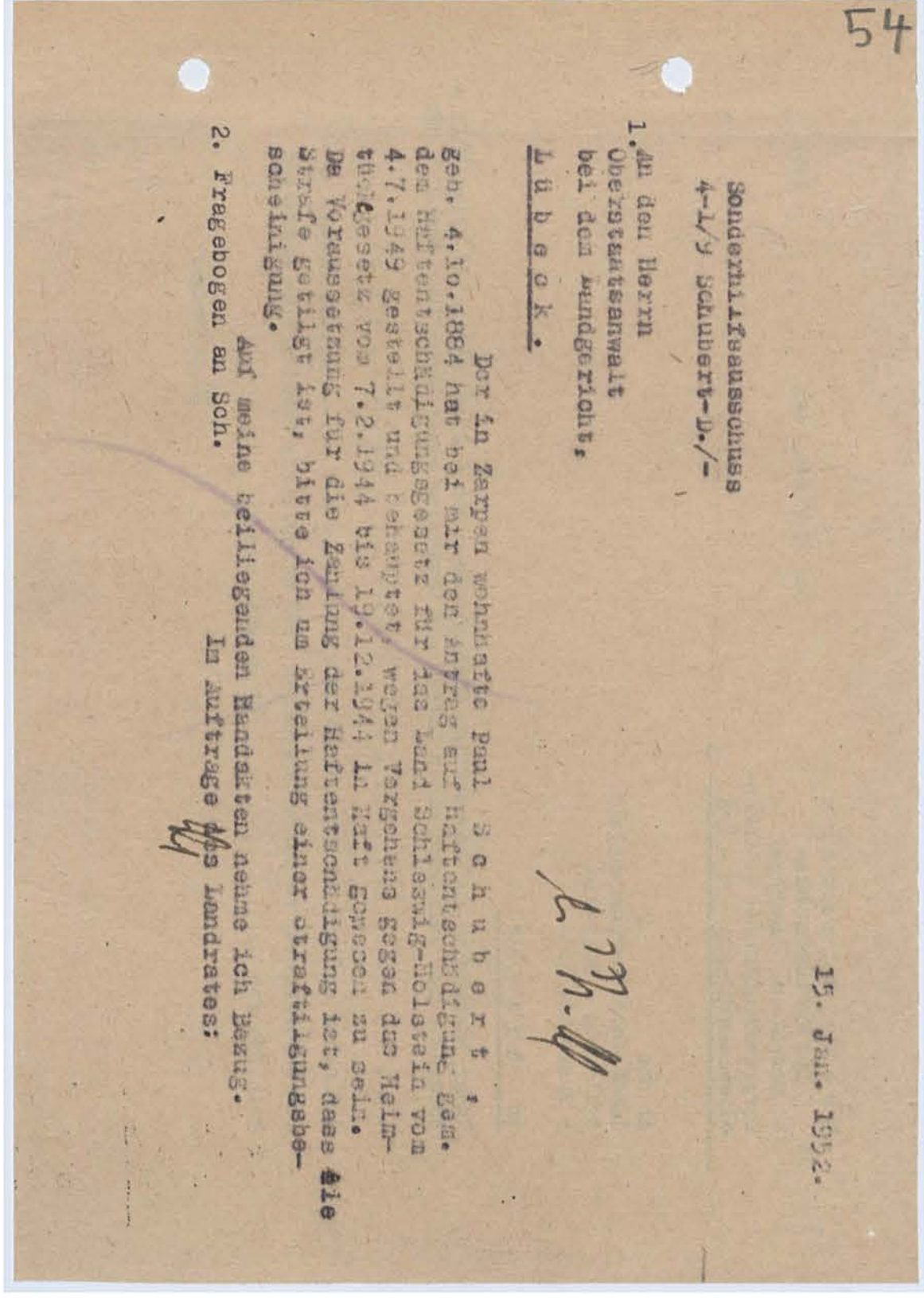
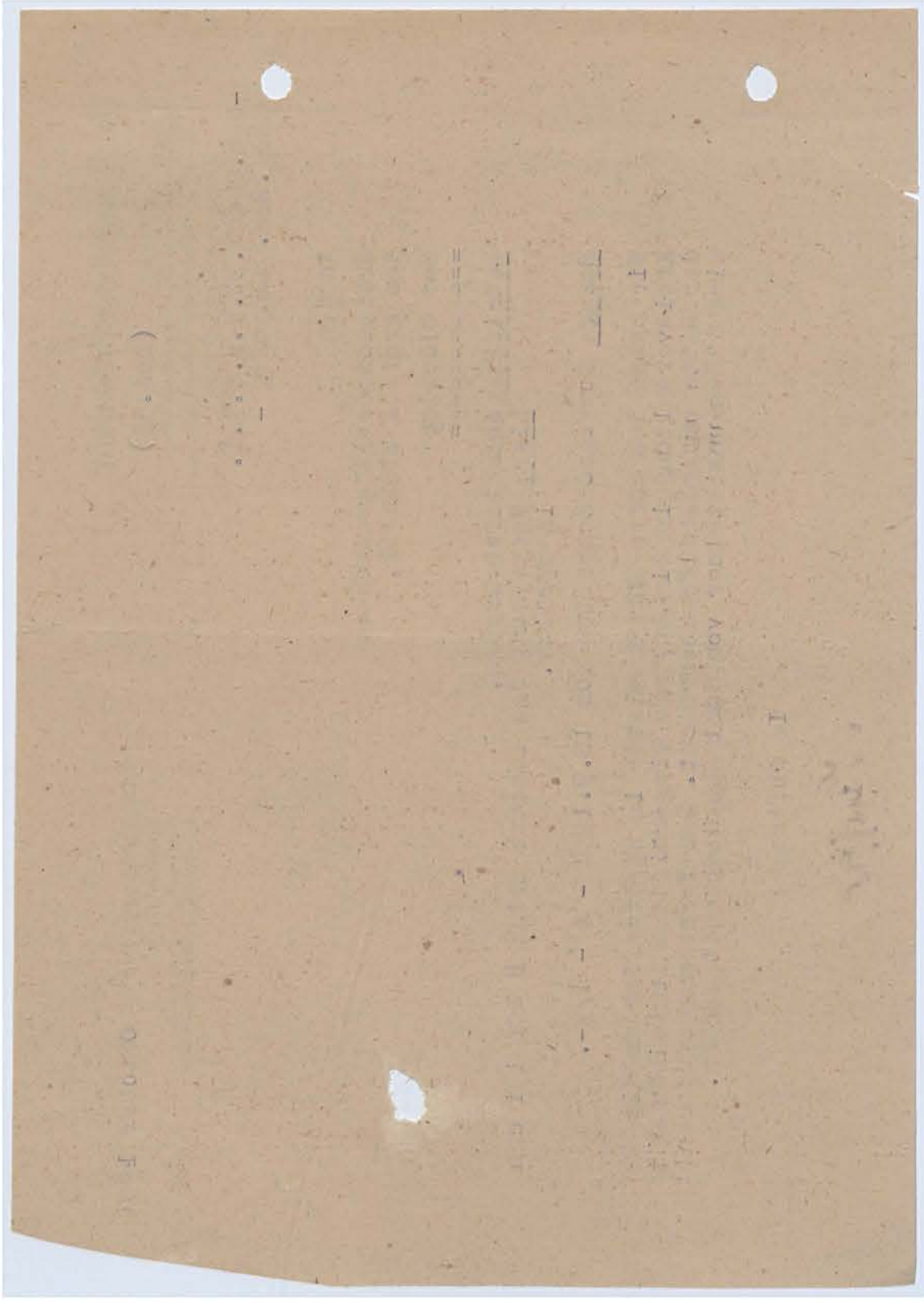
Kreisarchiv Stormarn B2



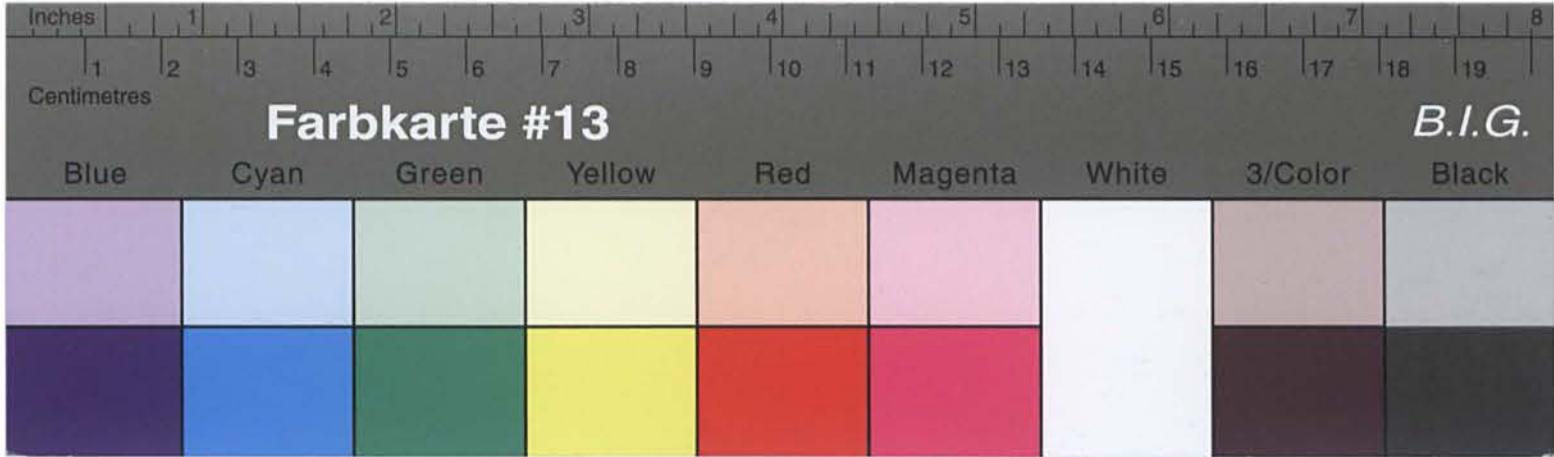




# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

Kreis Stormarn  
Der Kreisausschuss  
- Sozial- u. Jugendamt -  
Körperbehinderten- u. Hinter-  
bliebenenfürsorge 4 - 1/8.

Bad Oldesloe, den 1951

An die  
Landesversicherungsanstalt  
Schleswig - Holstein  
- Aussenstelle -  
in Lübeck

Unter Bezugnahme auf das dortige Rundschreiben vom 6.12.50 Aktz.: II-Allg./R 14 -  
übersende ich anliegend einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe für  
..... in .....  
und nehme auf die dortigen Akten Aktz.: ..... Bezug.  
Ich bemerke, daß im Laufe des Jahres 1950 meinerseits bereits eine einmalige  
Beihilfe von ..... IM gezahlt wurde.

Im Auftrage:

Kreis Stormarn  
Kreisausschuss  
Körperbehinderten- u. Hinter-  
bliebenenfürsorge  
4 - 1/8.

Abrechnung.

22 JAN 1952  
des Kreises Stormarn  
Amtsdr. Nr. 11

55  
Abrechnung, d. 22.1.52.

Bezugnehmend auf das Rundschreiben vom 6.12.50 Aktz.: II-Allg./R 14 -  
übersende ich anliegend einen Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe für  
..... in .....  
und nehme auf die dortigen Akten Aktz.: ..... Bezug.  
Ich bemerke, daß im Laufe des Jahres 1950 meinerseits bereits eine einmalige  
Beihilfe von ..... IM gezahlt wurde.

Im Auftrage:

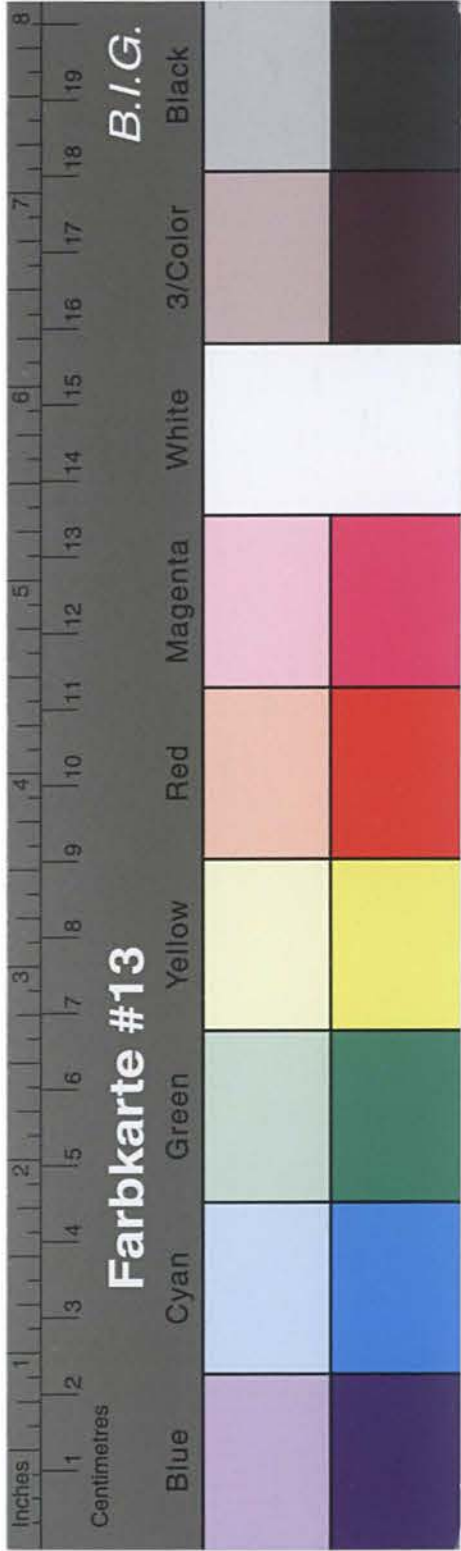
11.5.1951

Sturmarn, den 11.5.1951

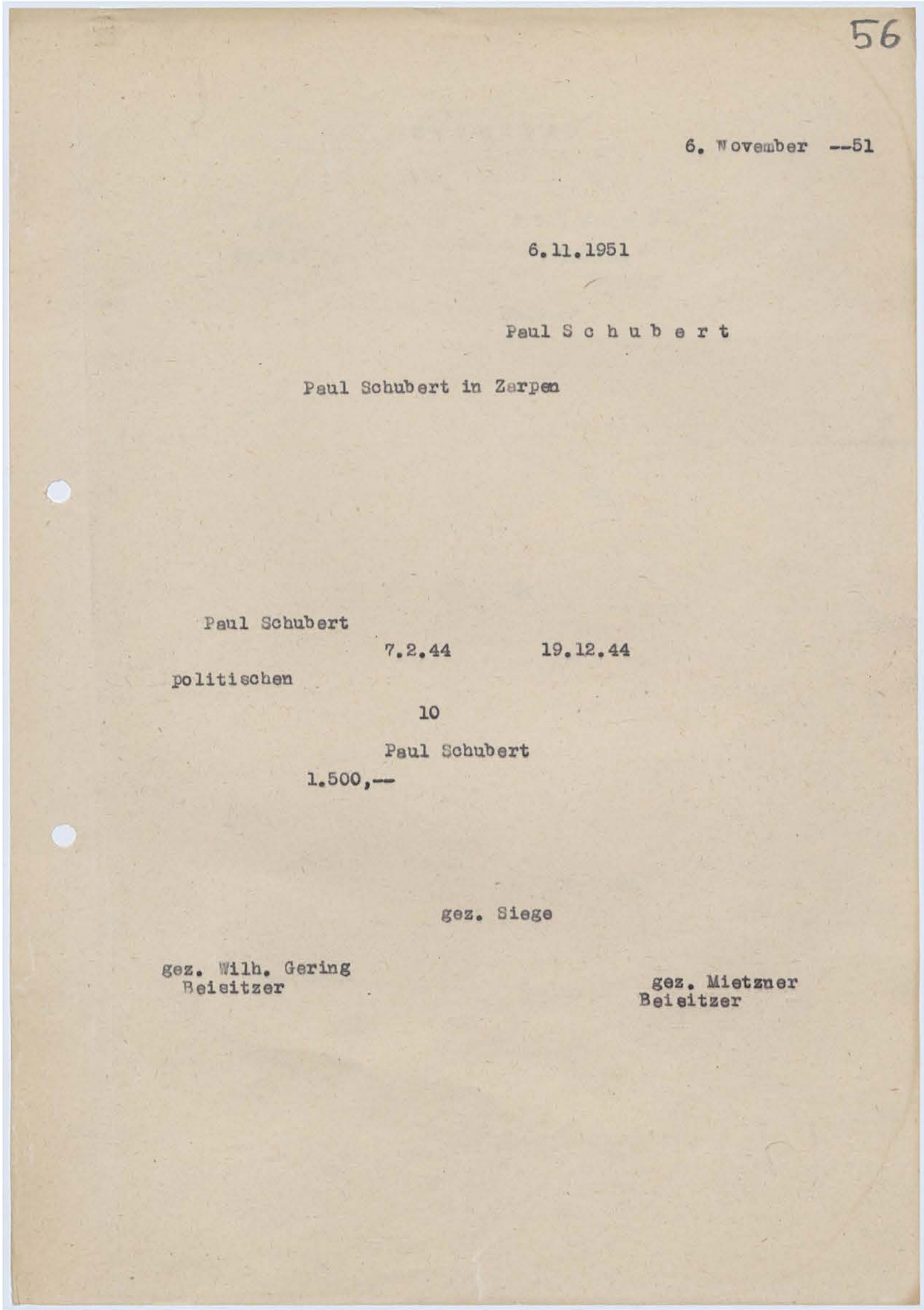
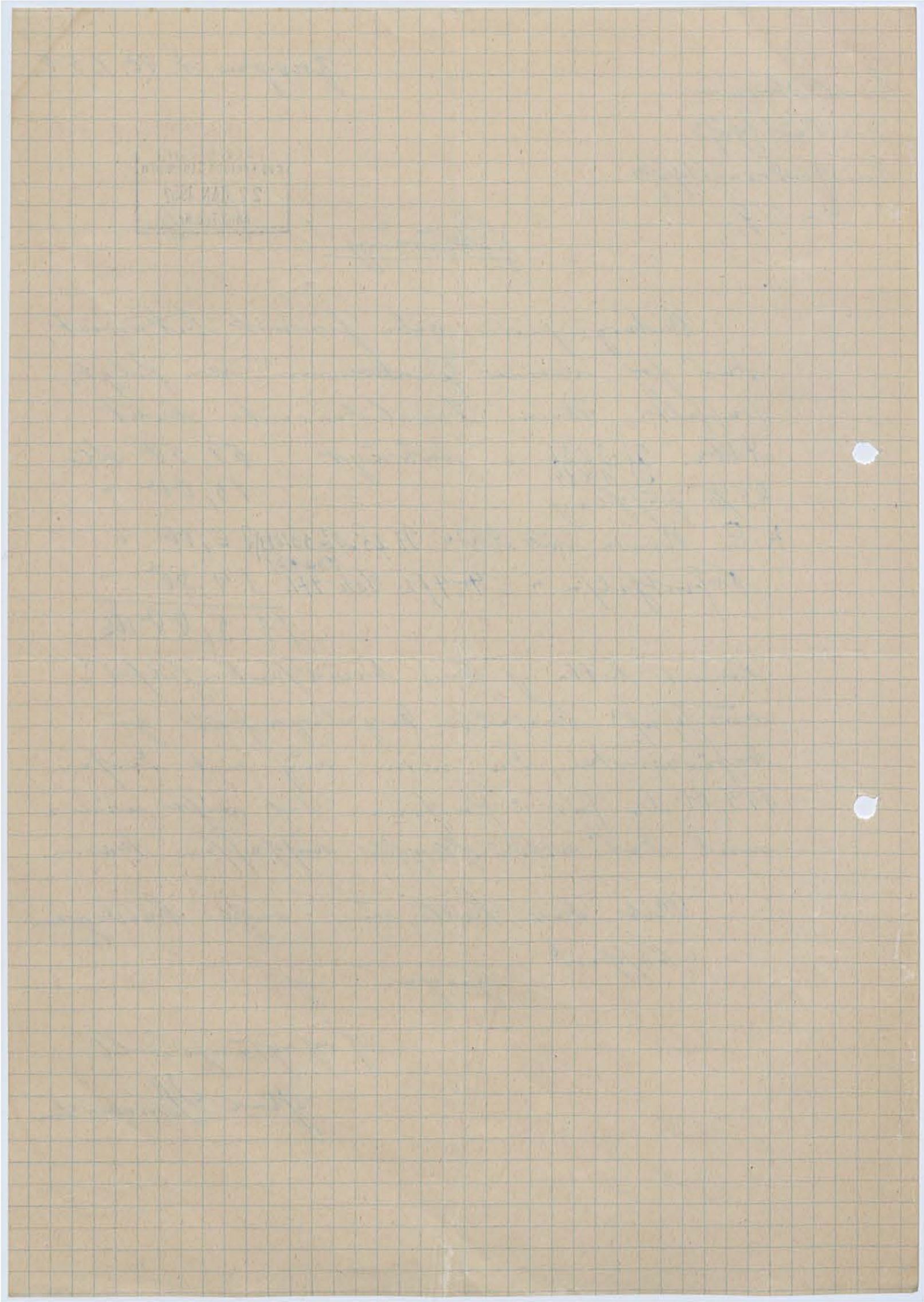
Sturmarn, den 11.5.1951

Sturmarn, den 11.5.1951



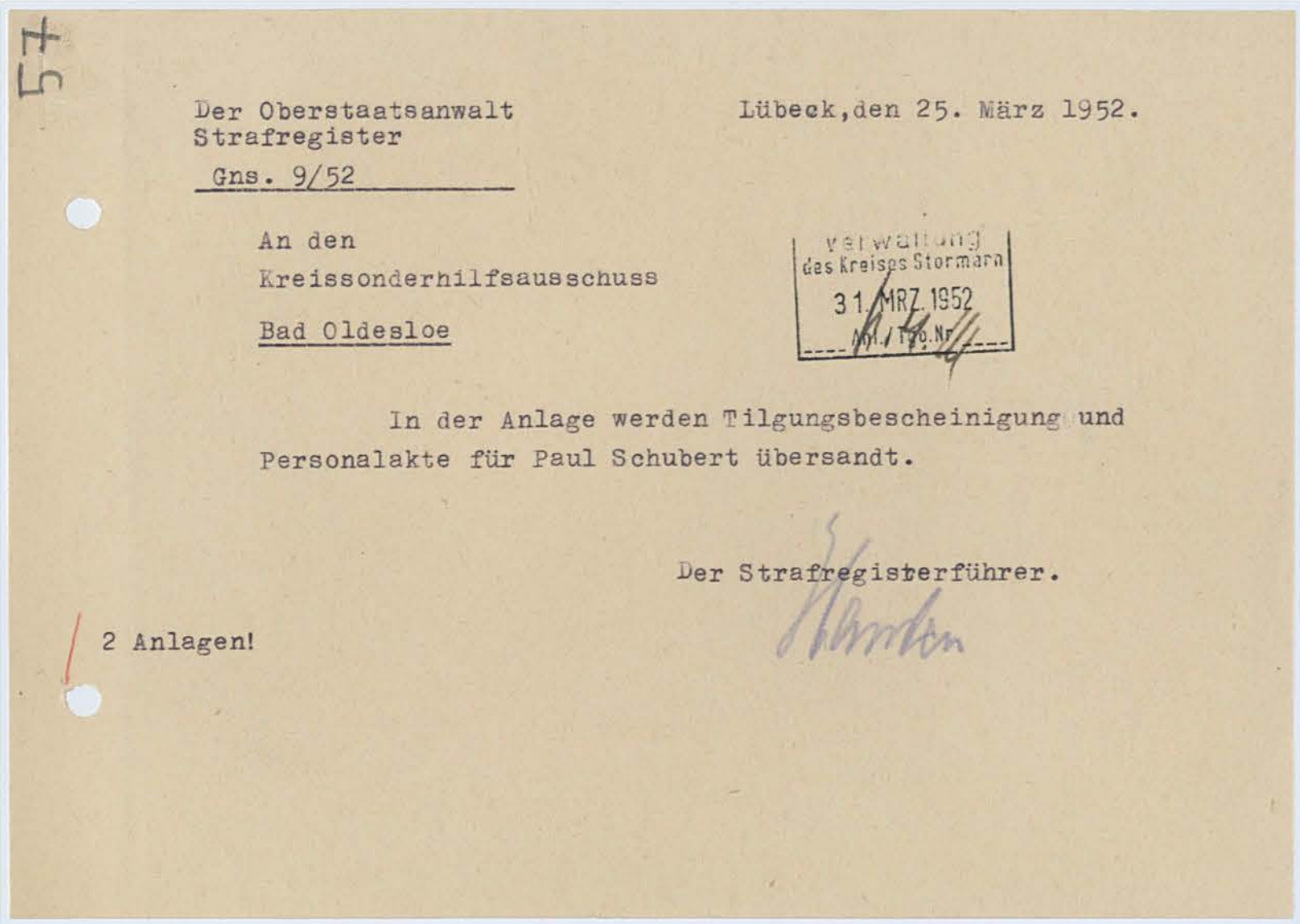
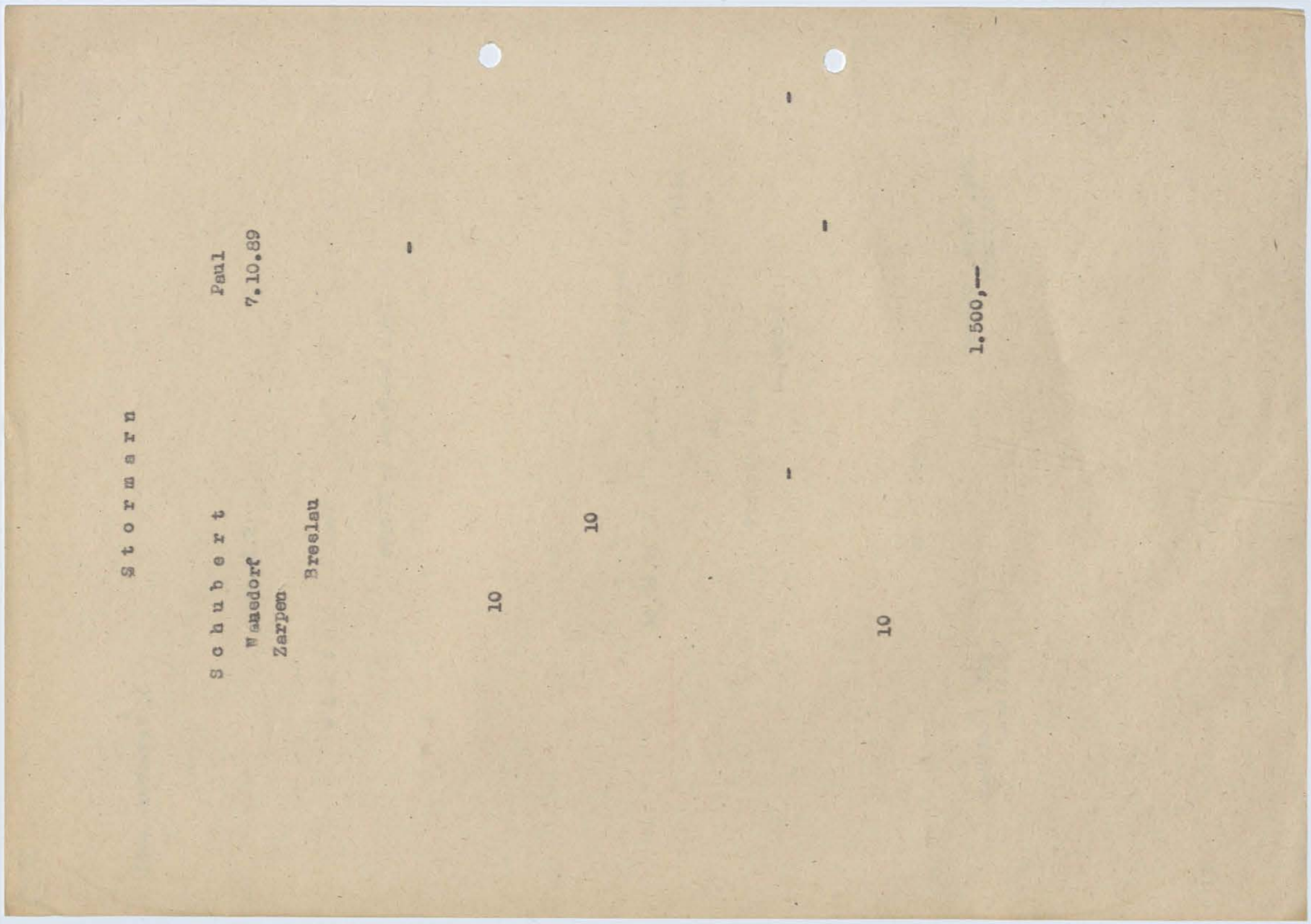


# Kreisarchiv Stormarn B2

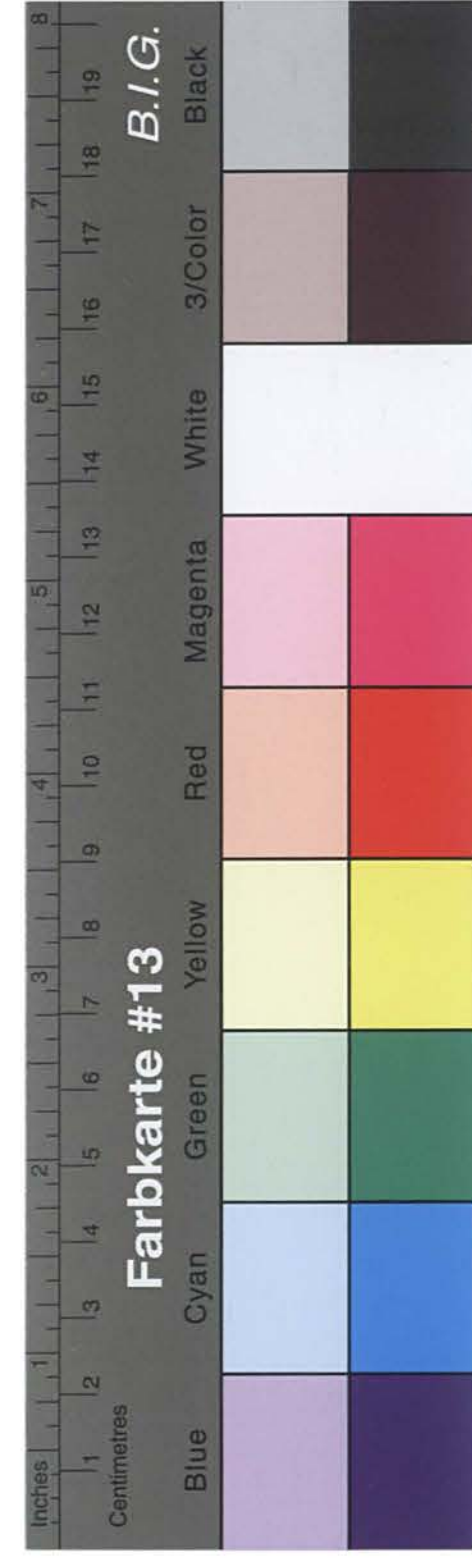




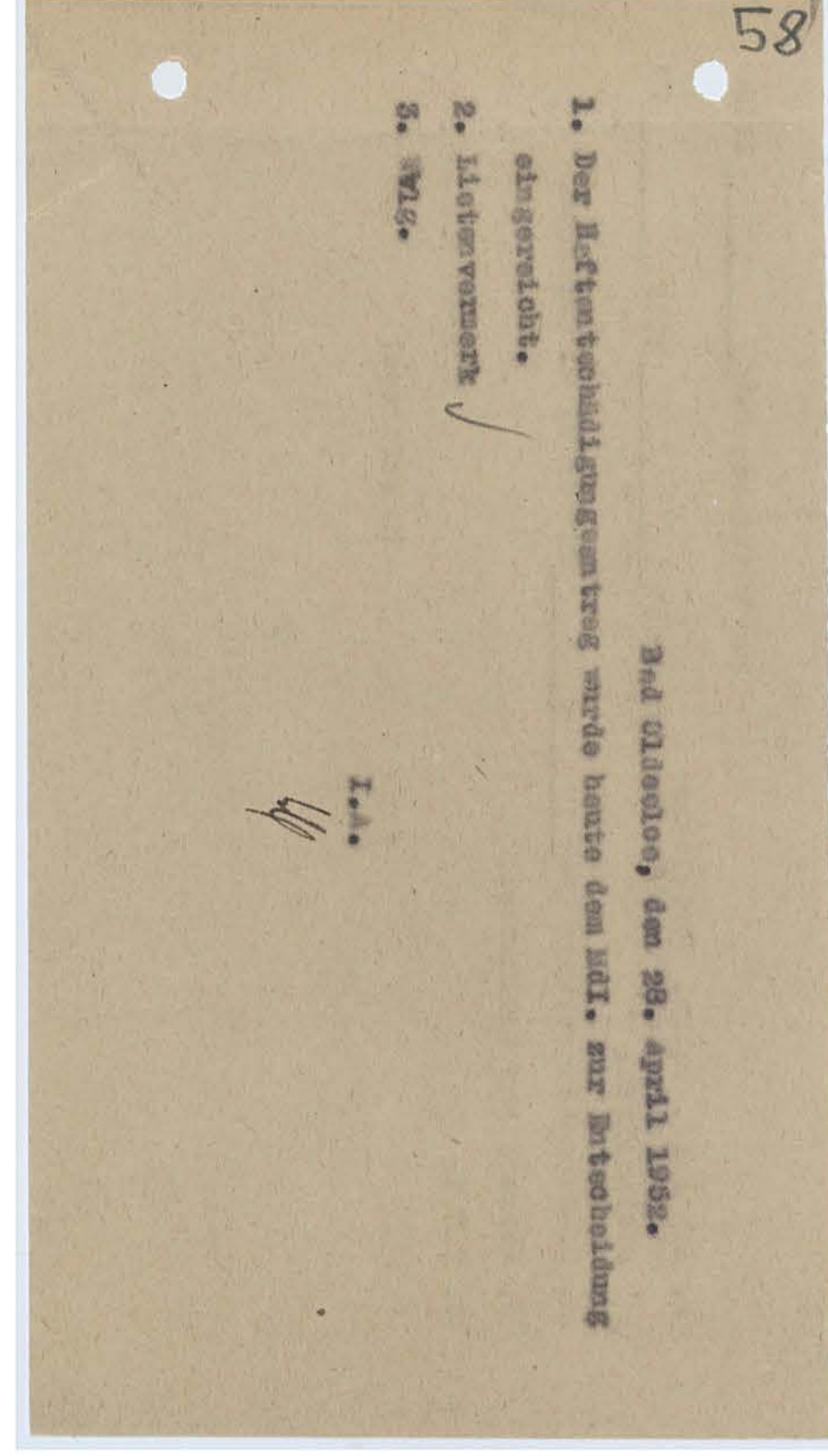
Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



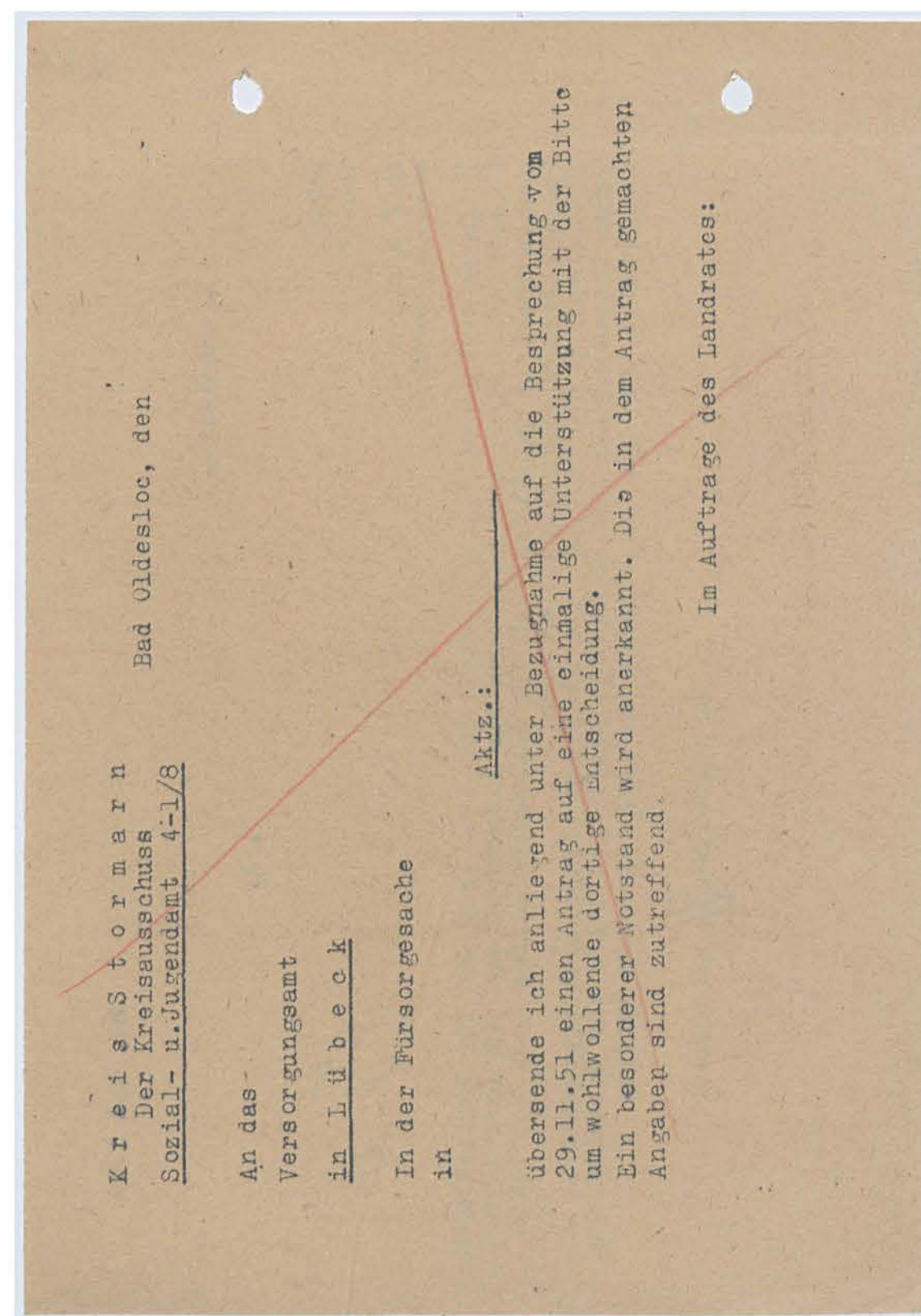




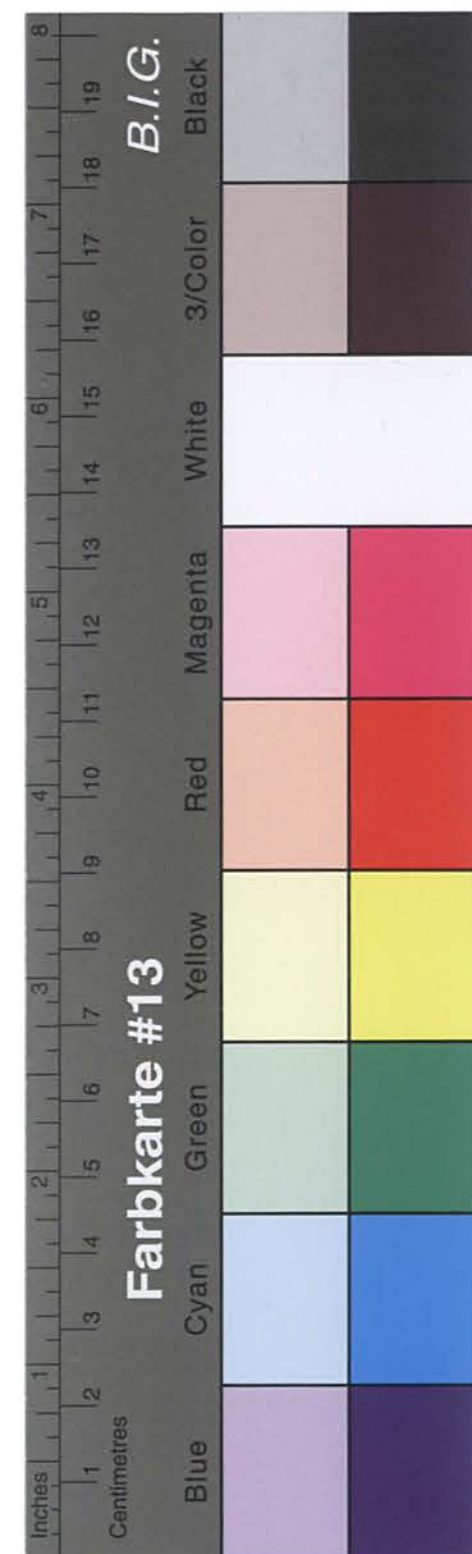












# Kreisarchiv Stormarn B2

An den Herrn Landrat  
für den Kreis Stormarn  
Kreissonderhilfsausschuss  
Bad Oldesloe

Verwaltung  
des Kreises Stormarn  
-- 6. JUNI 1952  
Am 7. Juni 1952

Umstehende Abschrift wird zur Kenntnisnahme übersandt.  
Die Kreisakte erhalten Sie nach Ablauf der Einspruchs-  
frist zurück, vorausgesetzt, dass kein Einspruch  
eingelegt wird.

Im Auftrage:

BdO, 7.7.52  
Zum Vorgang.

Der Innenminister  
des Landes Schleswig-Holstein

20. November 1952

Ref. \_\_\_\_\_

Ref. I 16 j - Schm/Lu.-  
- SHAdL. HE 805/52 -

Kreisausschuss  
des Kreises Stormarn  
21. NOV 1952  
Am 21. Nov. 1952

An den  
Herrn Landrat des Kreises Stormarn  
-Kreissonderhilfsausschuss-  
in Bad Oldesloe  
zur Kenntnis.

## Beschluss

In der Haftentschädigungssache  
des Herrn Paul Schubert, Zarpen/Kreis Stormarn,  
Antragstellers,

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Mann,  
Kiel, Lorentzendam 28/30,  
hat der Sonderhilfsausschuss des Landes in seiner Sitzung  
vom 24. Oktober 1952 in Kiel, Landeshaus, durch den  
Landtagsabgeordneten Dr. Pracher als Vorsitzenden  
sowie die Herren Döls und Kratzenberg als Beisitzer

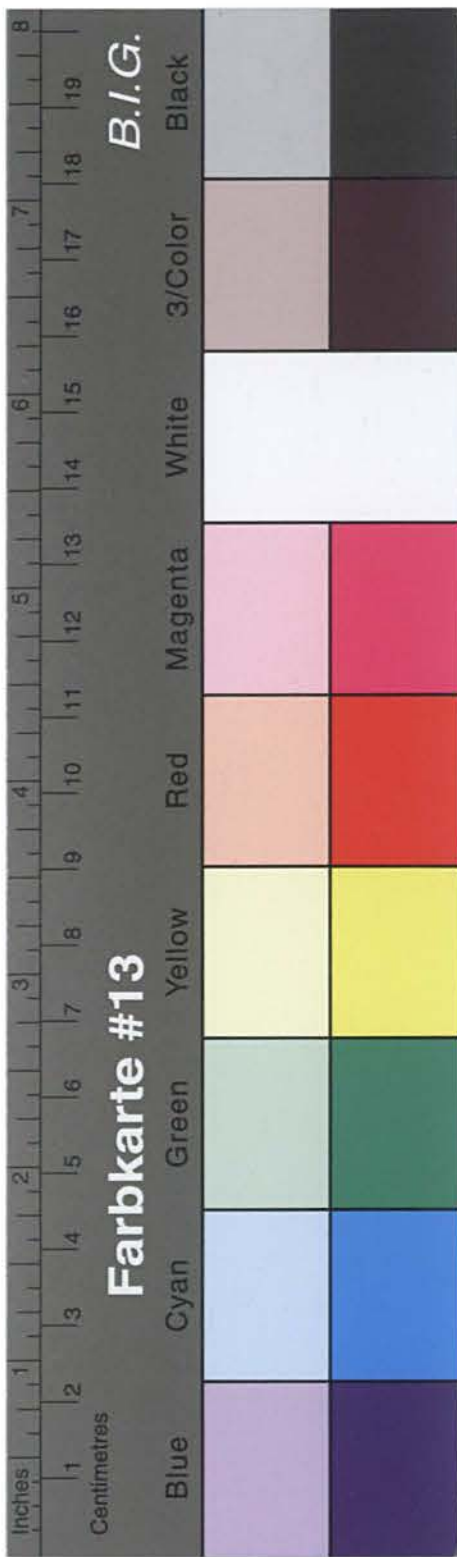
auf die Beschwerde des Antragstellers vom 12.6.1952 gegen  
den eine Haftentschädigung ablehnenden Bescheid des Innen-  
ministers des Landes Schleswig-Holstein vom 4.6.1952 ent-  
schieden:

Die Beschwerde wird zurückgewiesen.  
Eine Ausnahmegenehmigung nach § 7 des Haftent-  
schädigungsgesetzes für das Land Schleswig-  
Holstein vom 4.7.1949 (GVBl. 1949, S. 161)  
wird nicht erteilt.

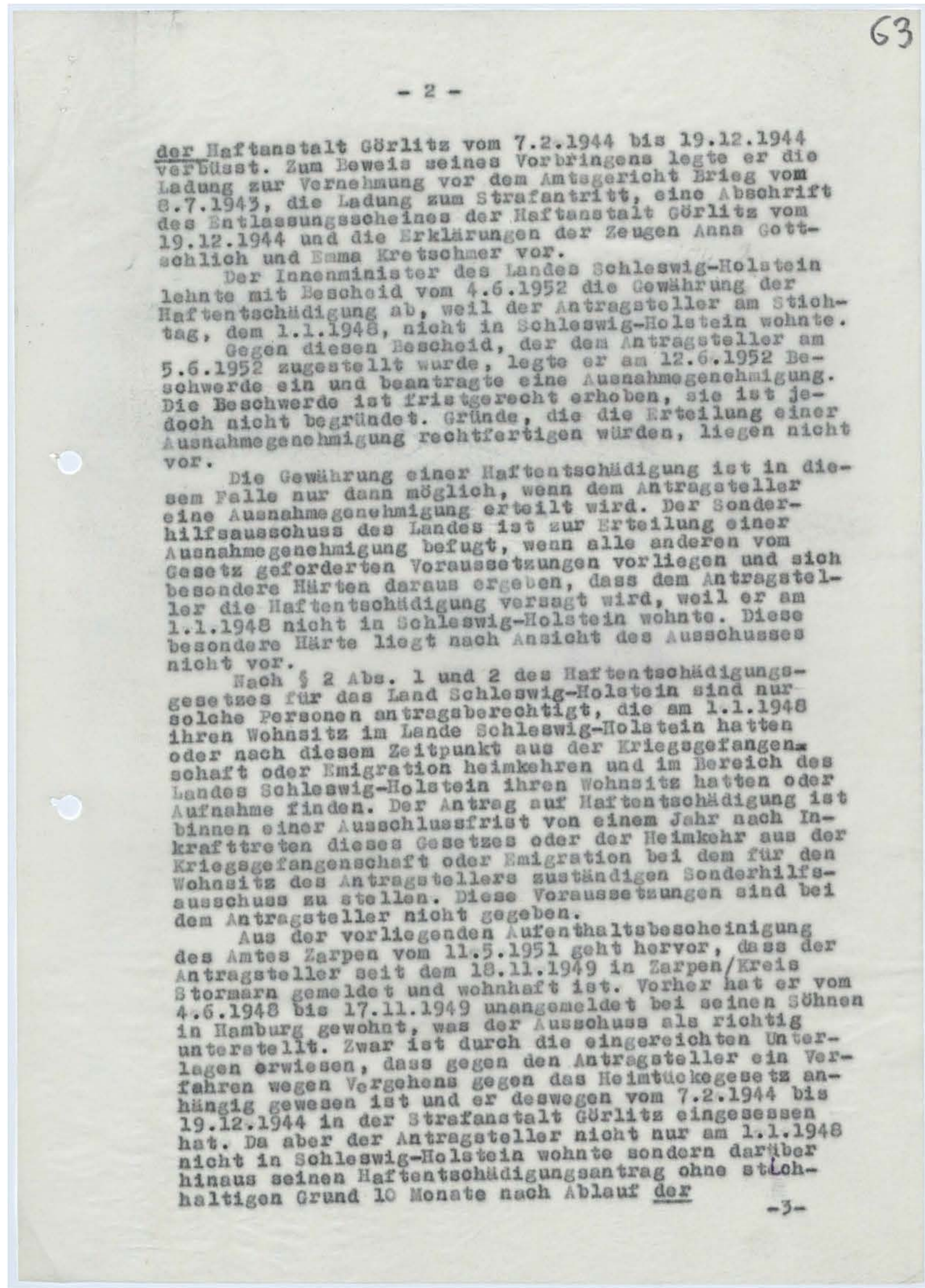
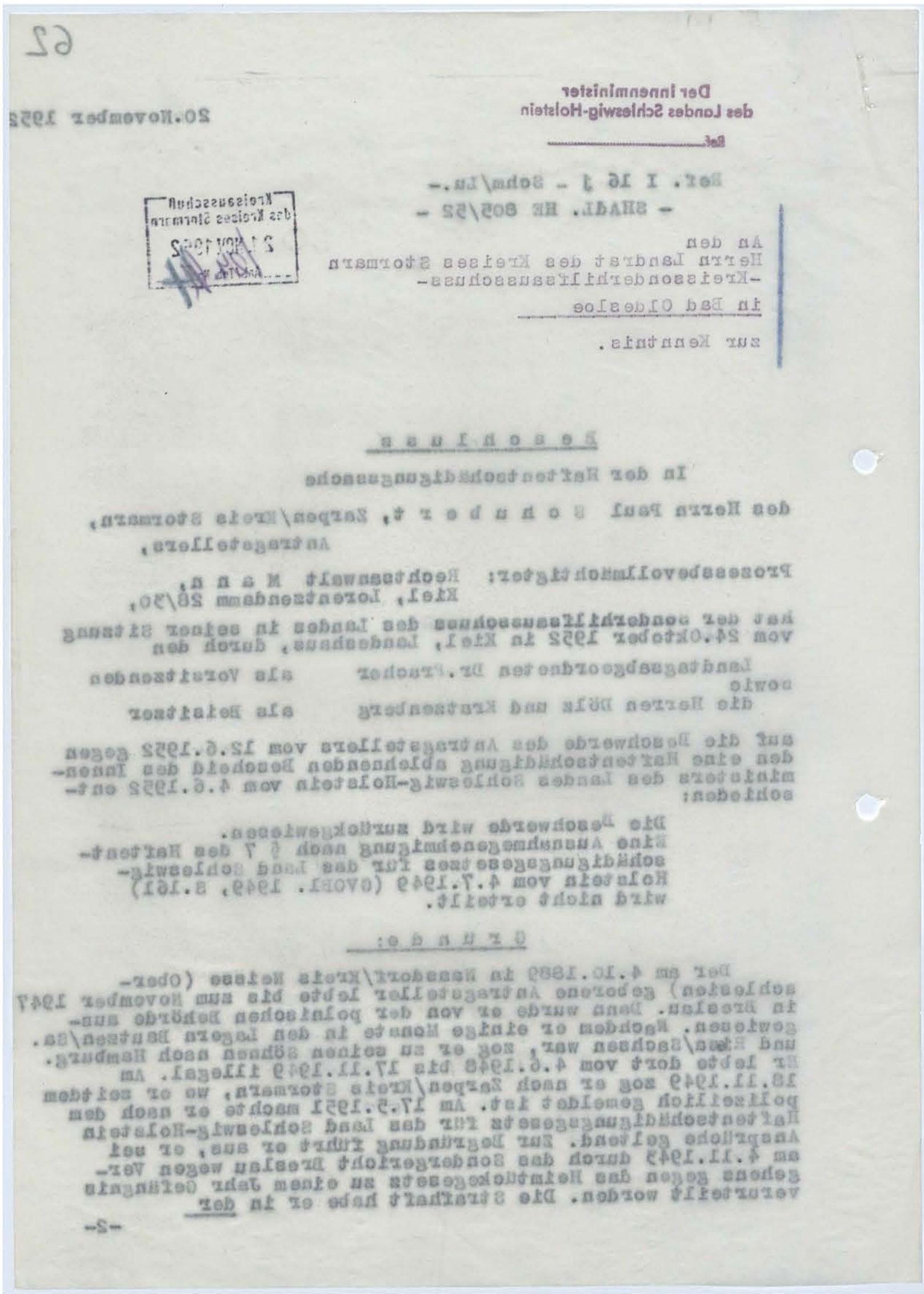
## Gründe:

Der am 4.10.1889 in Naasdorf/Kreis Neisse (Ober-  
schlesien) geborene Antragsteller lebte bis zum November 1947  
in Breslau. Dann wurde er von der polnischen Behörde aus-  
gewiesen. Nachdem er einige Monate in den Lagern Bautzen/Sa.  
und Riesa/Sachsen war, zog er zu seinen Söhnen nach Hamburg.  
Er lebte dort vom 4.6.1948 bis 17.11.1949 illegal. Am  
18.11.1949 zog er nach Zarpen/Kreis Stormarn, wo er seitdem  
polizeilich gemeldet ist. Am 17.5.1951 machte er nach dem  
Haftentschädigungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein  
Ansprüche geltend. Zur Begründung führt er aus, er sei  
am 4.11.1943 durch das Sondergericht Breslau wegen Ver-  
gehens gegen das Heimtückegesetz zu einem Jahr Gefängnis  
verurteilt worden. Die Straftat habe er in der

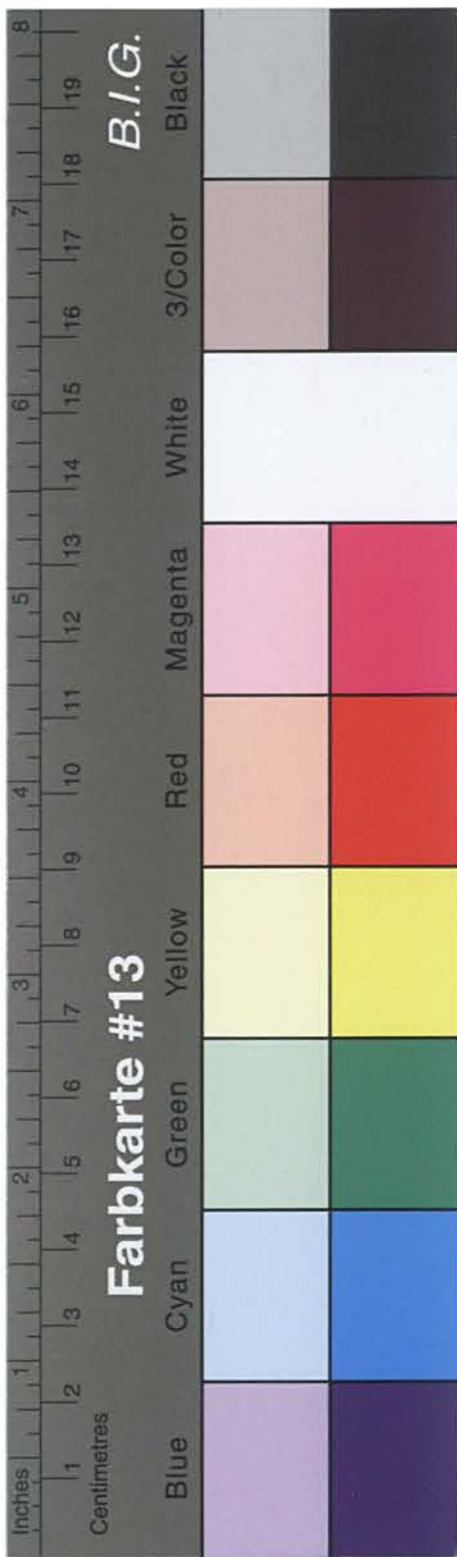




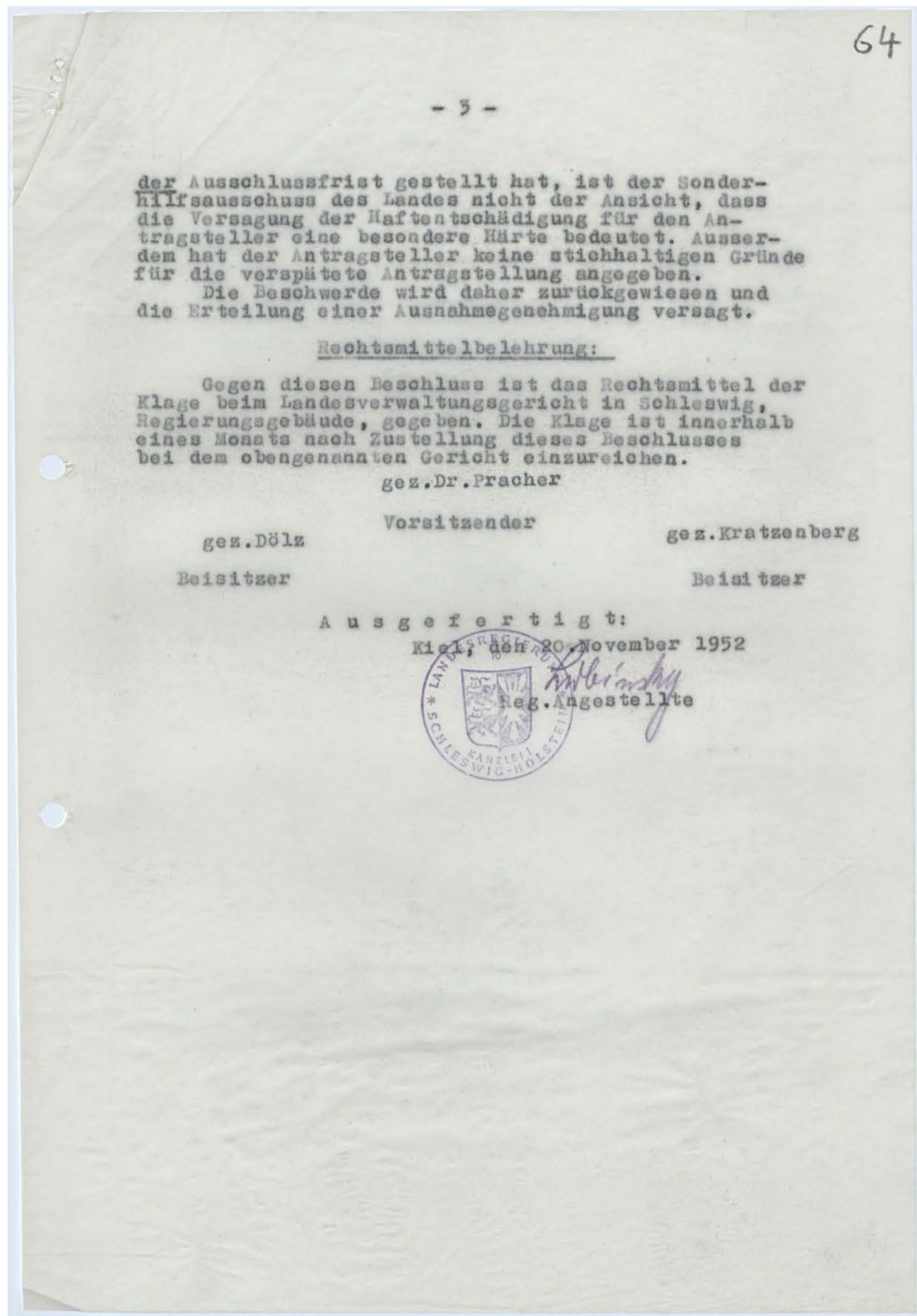
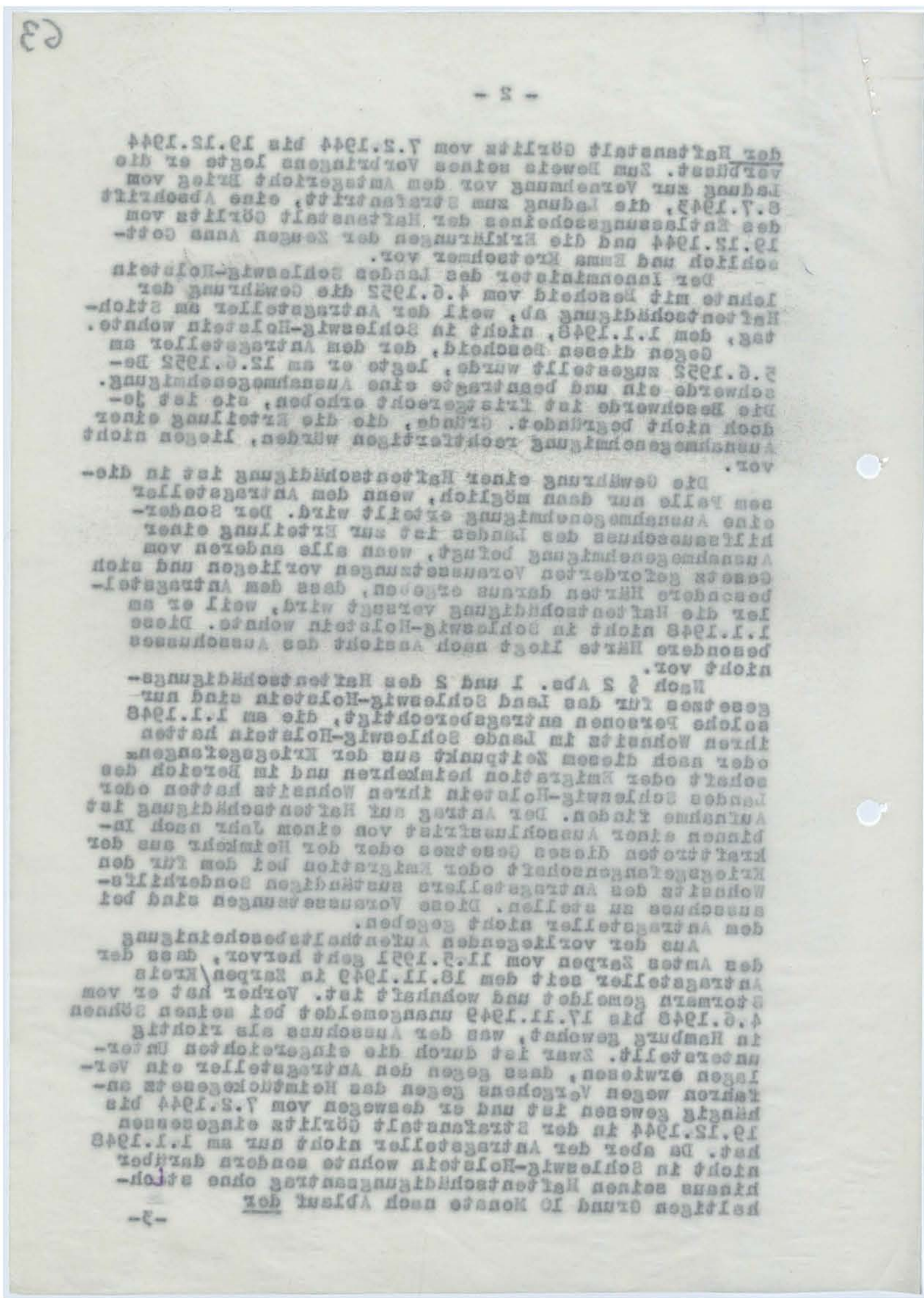
# Kreisarchiv Stormarn B2





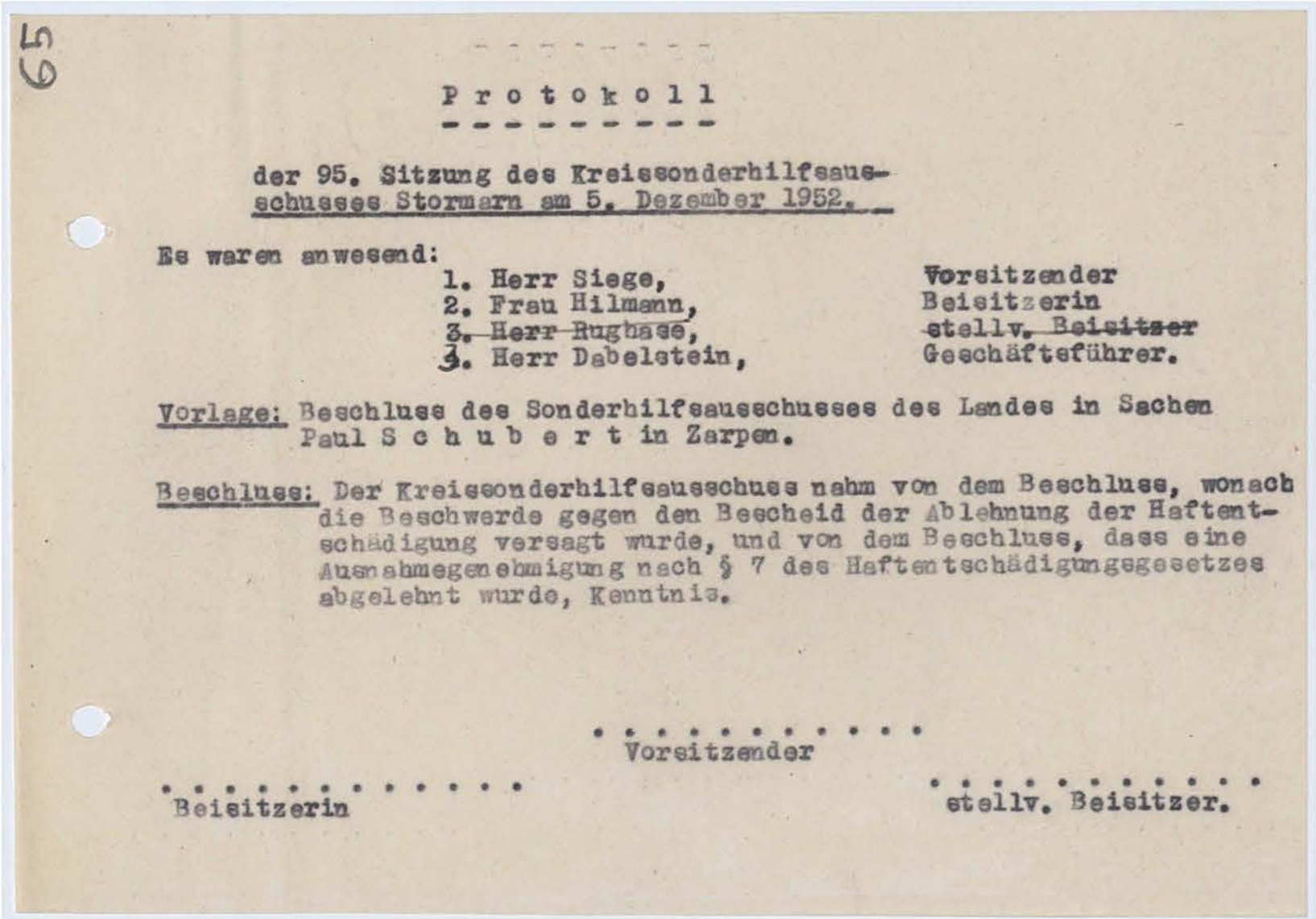
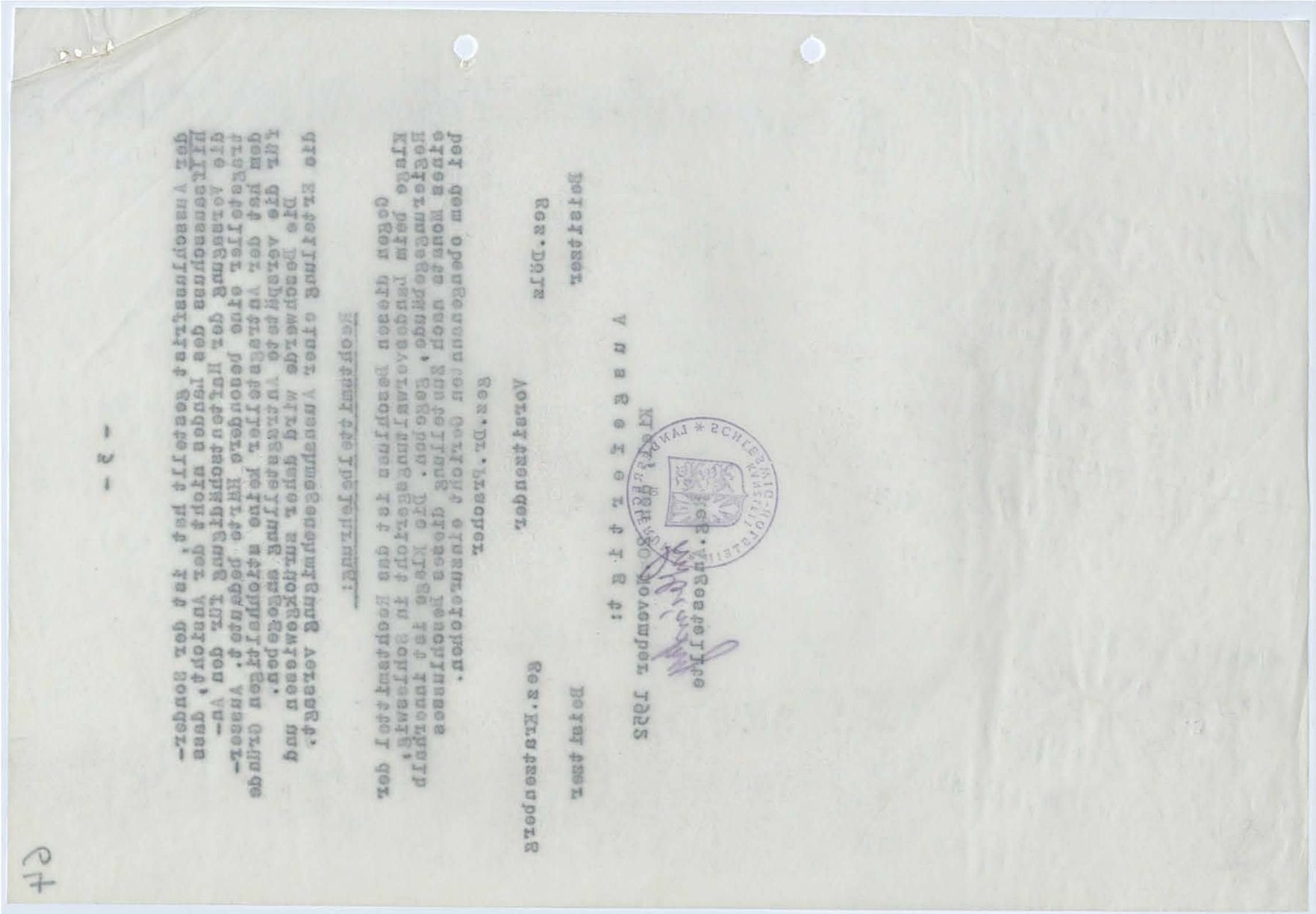


# Kreisarchiv Stormarn B2

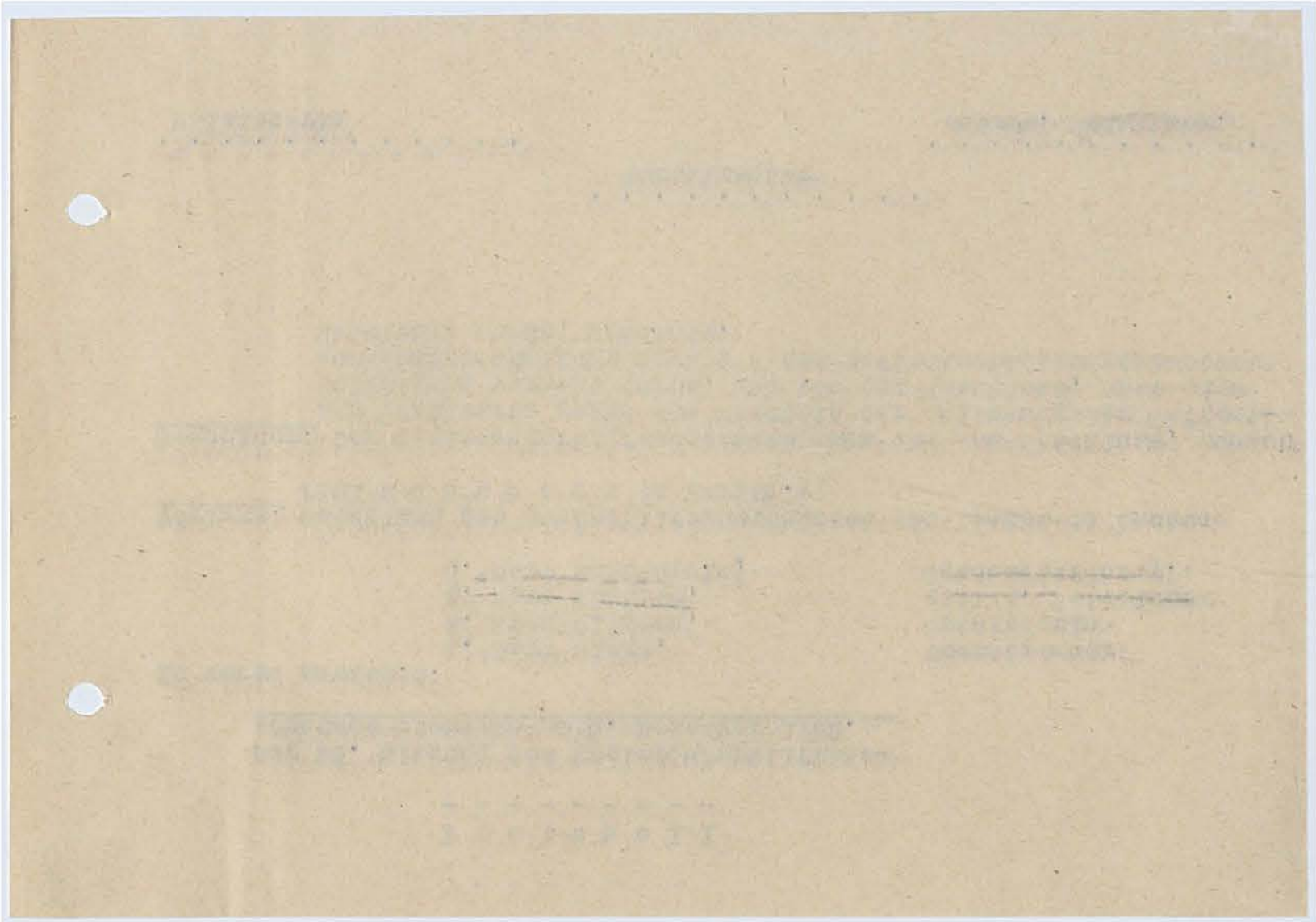
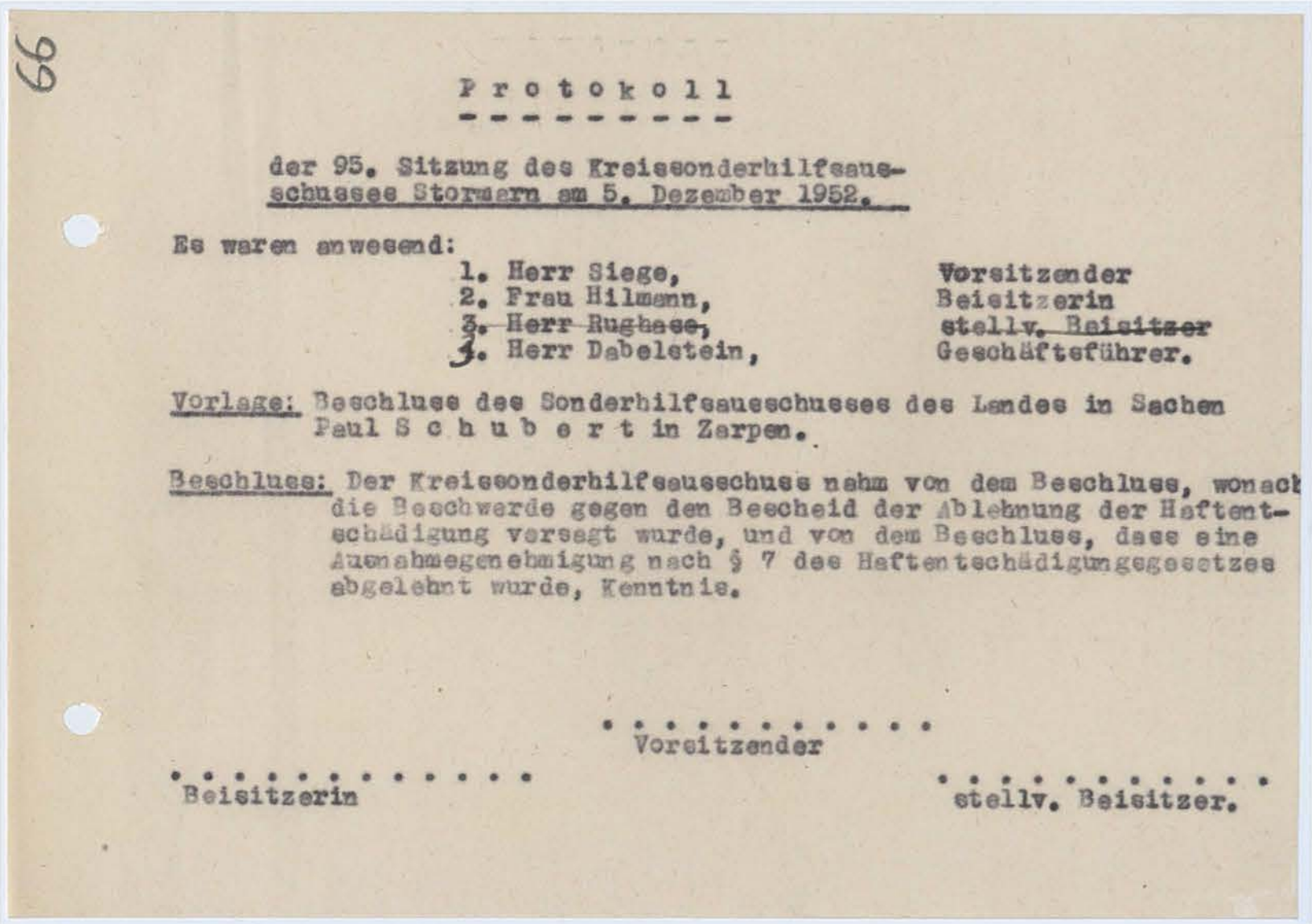




Kreisarchiv Stormarn B2



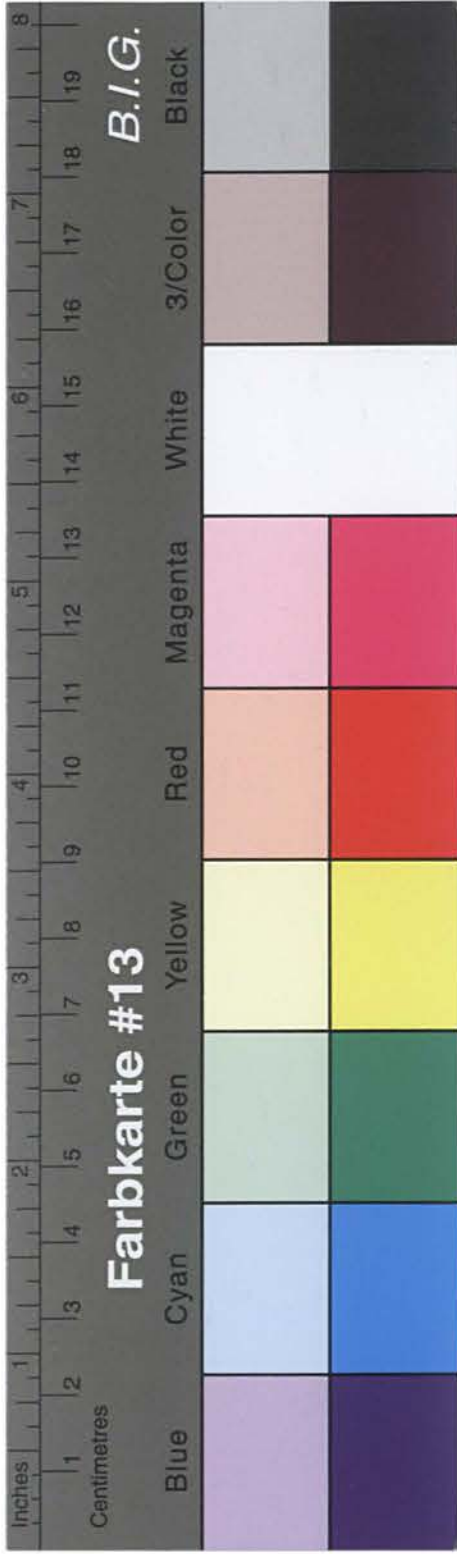




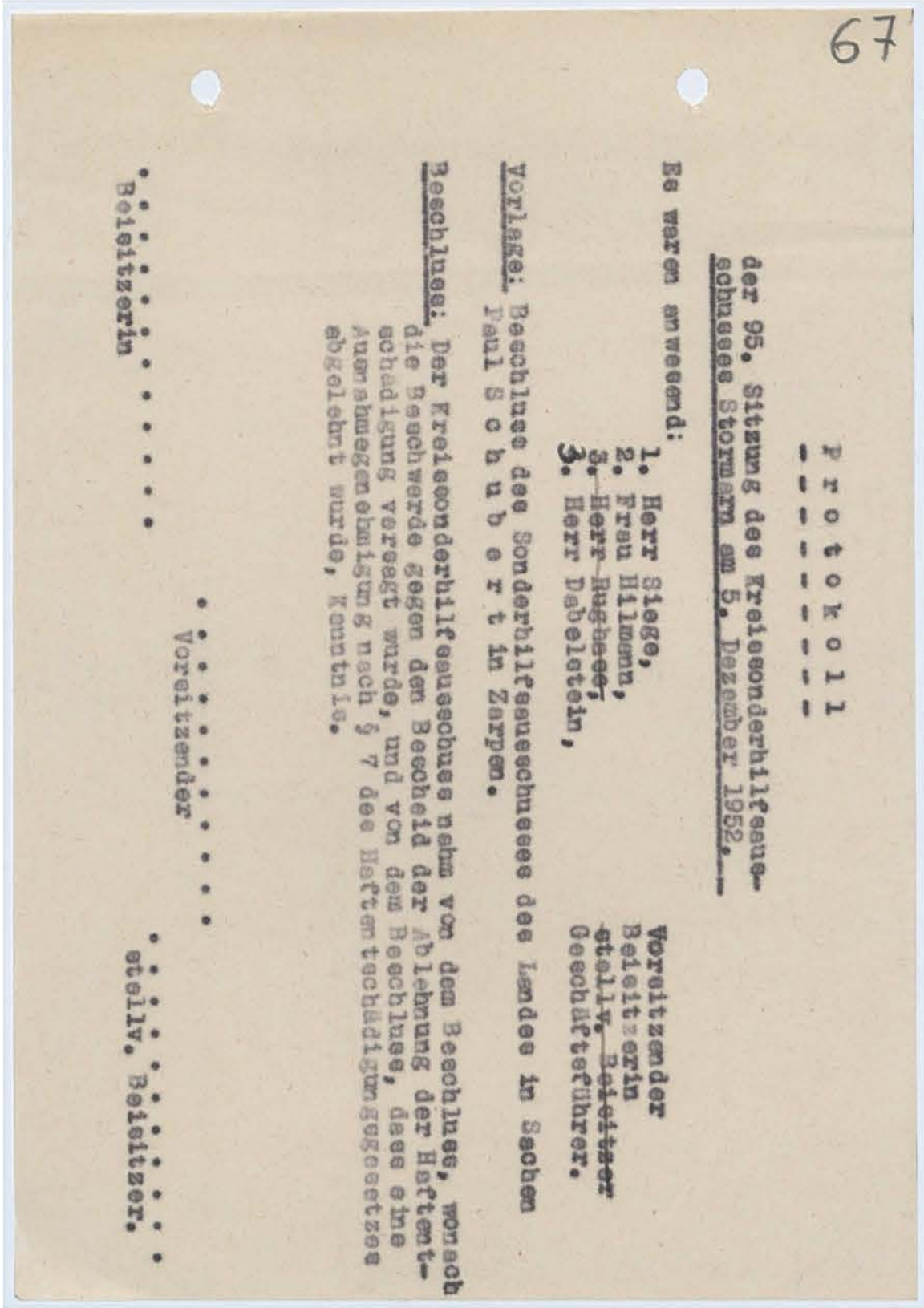
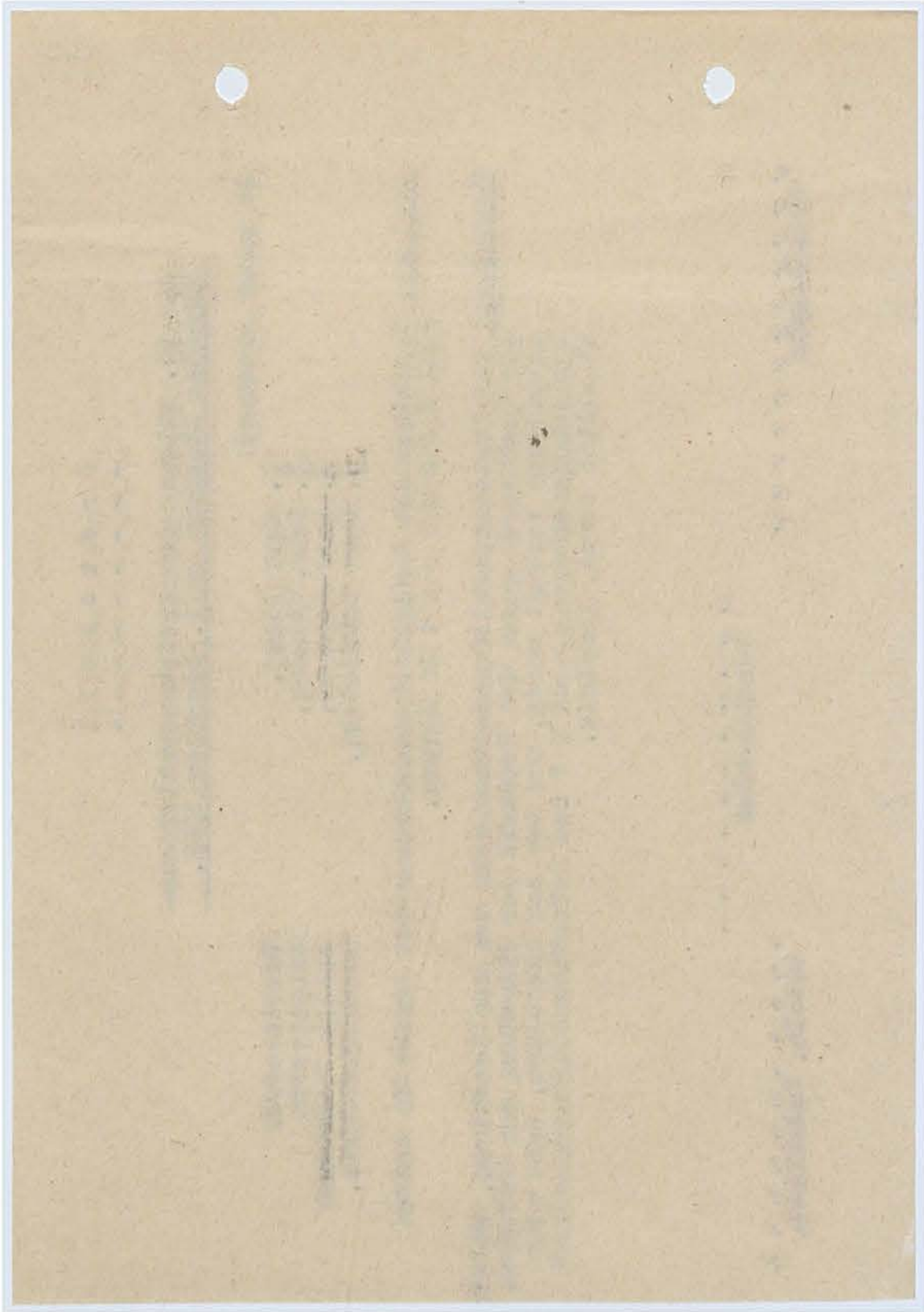
Kreisarchiv Stormarn B2



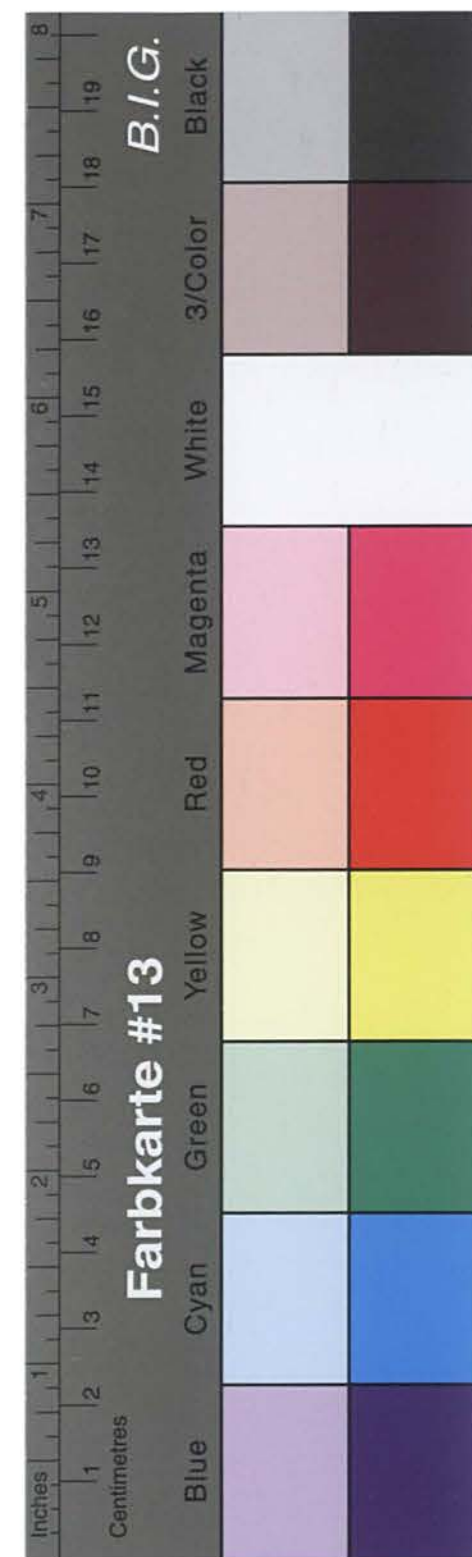




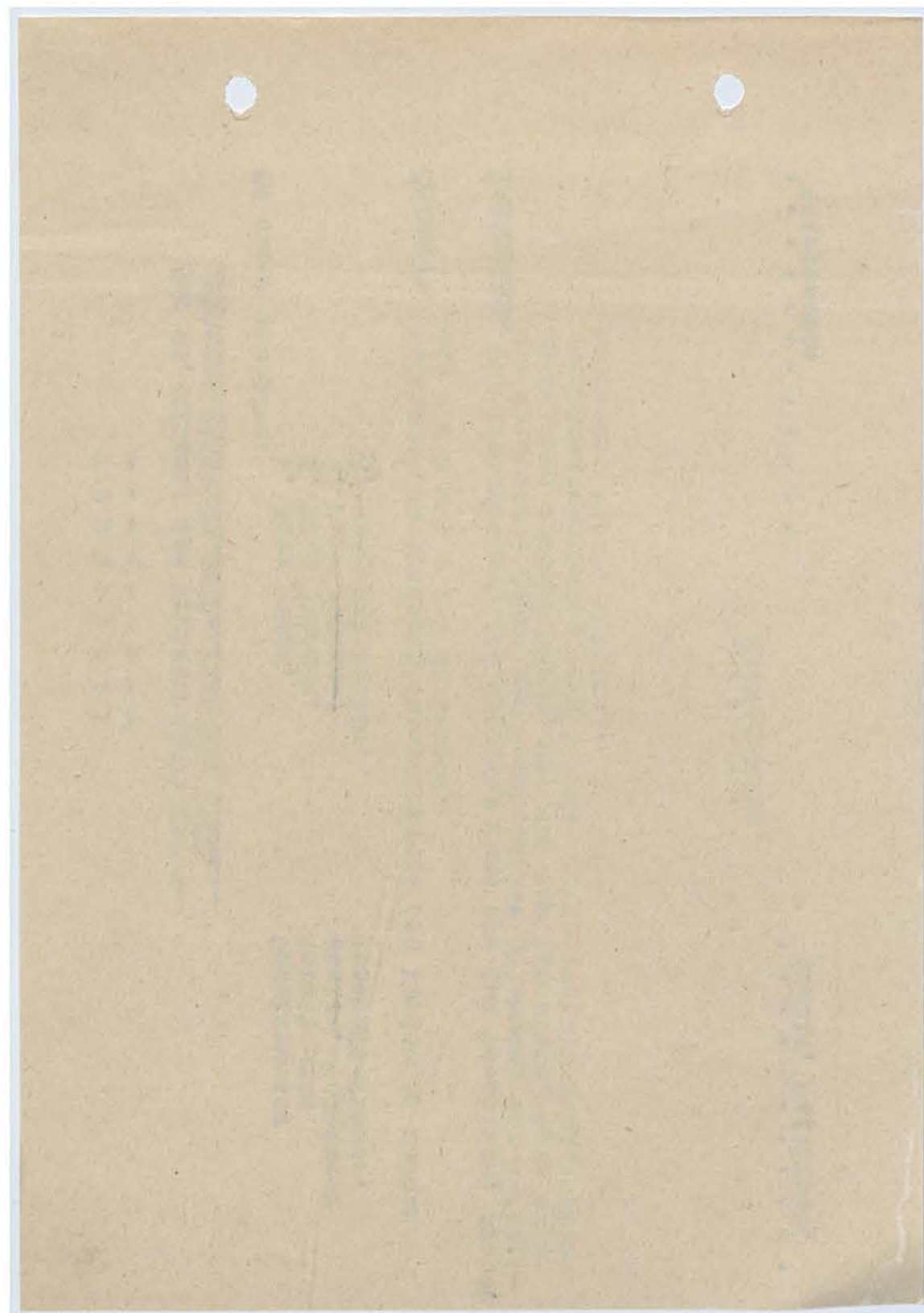
# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2



68

g.-g.  
4-1/9 1952.

Kreisausschuß  
des Kreises Stormarn  
- 9. DEZ. 1952  
Am 17. Dez. 52

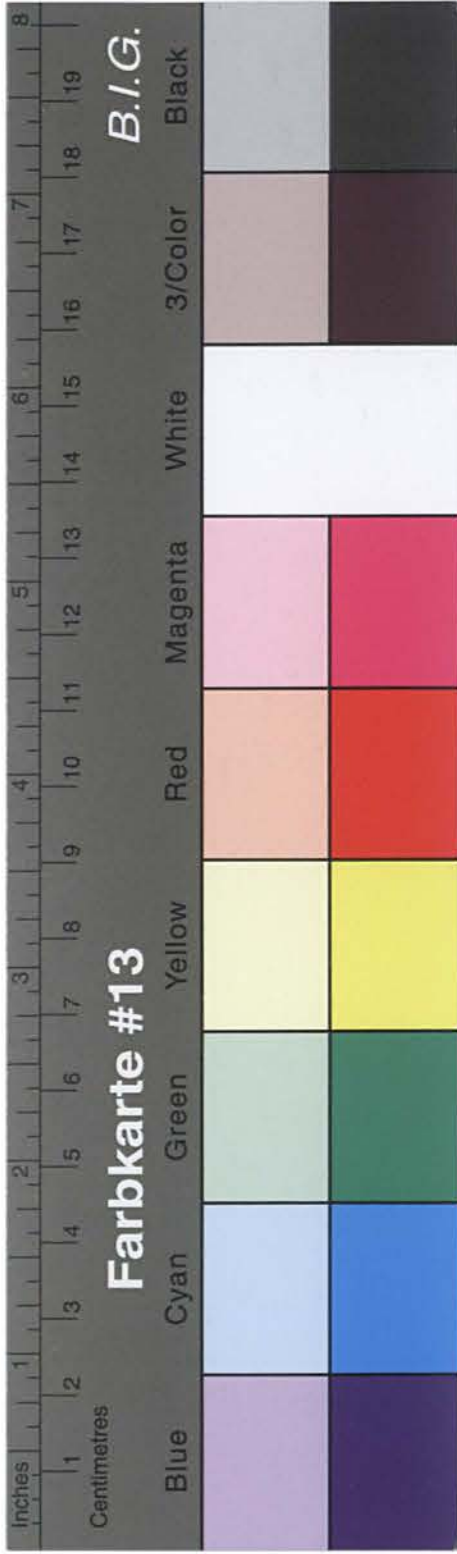
Zurgen, d. 8. 12. 52.

Kreisarchiv  
Kreisarchiv

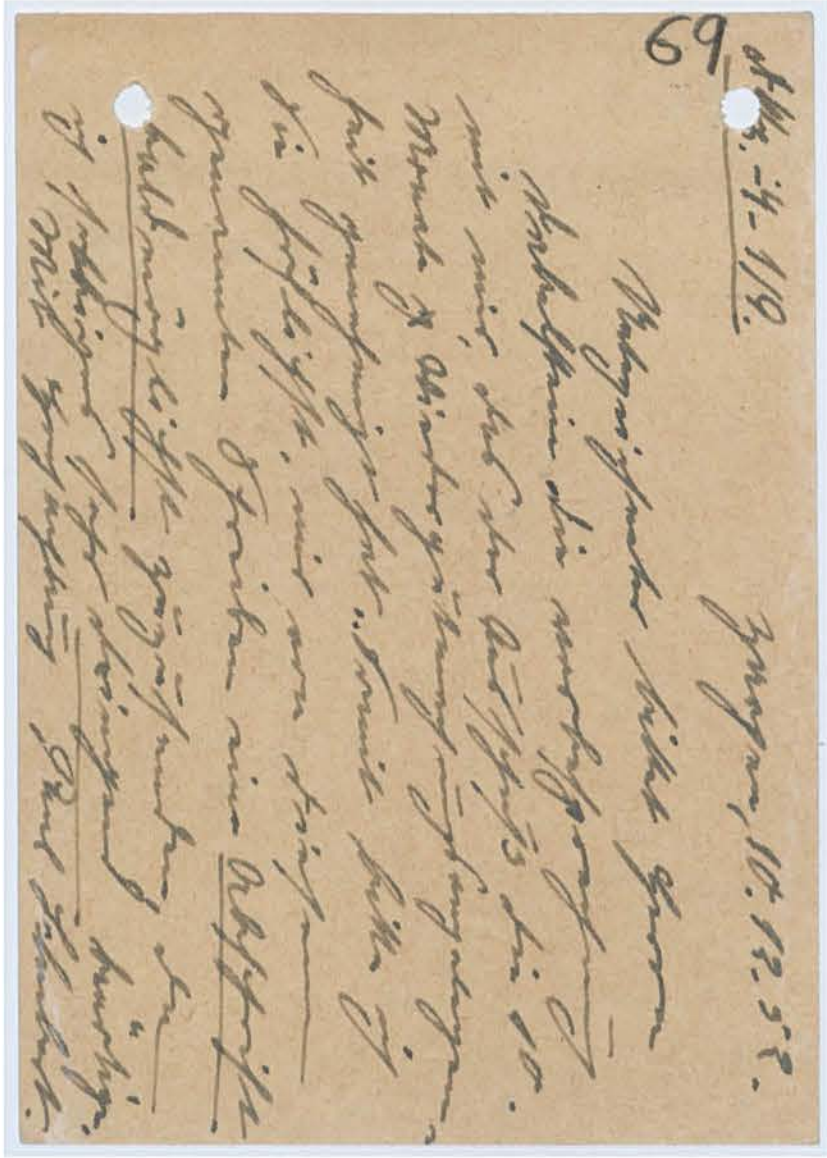
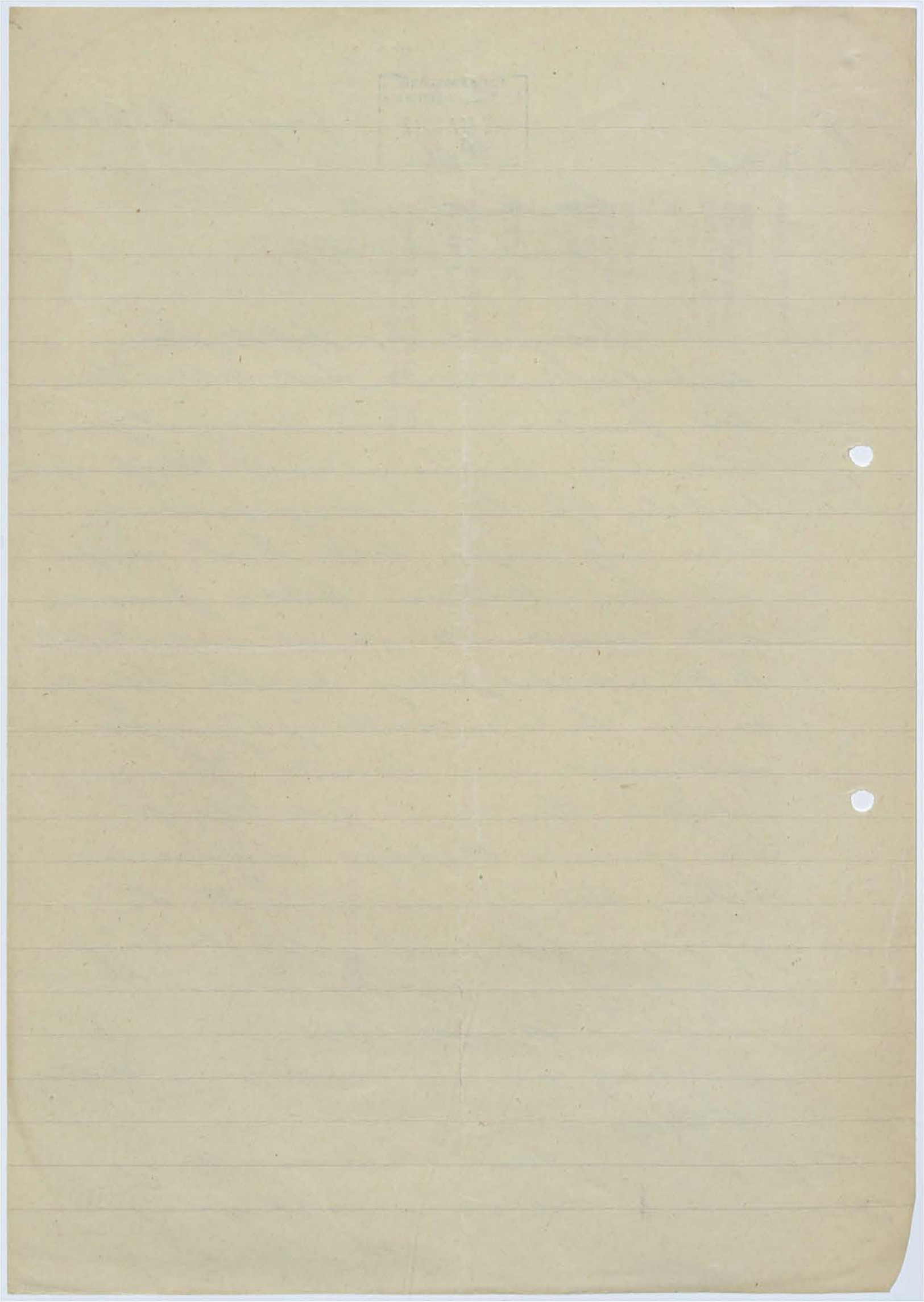
Unterschiedlicher Art ist das  
Kreisarchiv Stormarn. Als solches  
im Zusammenhang eines einmaligen  
Zusammenhangs, bezugsnehmend (Kreisarchiv  
beispiels.) d. h. hier steht gemeint.  
Aber noch mehr, laut Kreis, selbst  
mit dem ständigen Alter ferner  
geht, darunter. Da es noch das  
Kreisarchiv Stormarn für das Alter  
an der Landesverwaltungsgewalt  
weitergeht, nur bereits für  
dieses Kreisarchiv steht. Somit  
kann es mit Rücksicht auf meine  
Leiten, die ich mit im H. L.  
gegründet habe und jetzt das  
im Zusammenhang völlig selbst  
unabhängiges Kreisarchiv bin, im  
Zusammenhang eines einmaligen Unter-  
stützung.

Am Kreisarchiv  
Kreisarchiv bildet sich  
Paul Schurbeck.





# Kreisarchiv Stormarn B2





70

24. Dezember 1952.

Sonderhilfsausschuss  
4-1/9 Schubert -D./-

Herrn  
Paul Schubert ,  
Z a r p e n .

In Ihrer Fürsorgesache habe ich Ihre Schreiben vom 8. und 10. ds. Mts. erhalten und teile Ihnen mit, dass ich leider nicht in der Lage bin, Ihnen eine Abschrift des Beschlusses des Kreissonderhilfsausschusses vom 6.11.1951 zuzusenden, weil sich meine Handakten bei der Landesregierung befinden.

Zu Ihrem Antrag auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe muss ich Ihnen mitteilen, dass ich diesem Antrage leider nicht entsprechen kann, weil mir Beihilfemittel nicht zur Verfügung stehen. Im übrigen konnte der Antrag auf Beihilfe der Landesregierung nicht eingereicht werden, weil Sie nicht als politisch Verfolgter anerkannt sind.

Ich bedauere es daher, Ihnen einen anderen Bescheid nicht erteilen zu können.

Im Auftrage des Landrates:

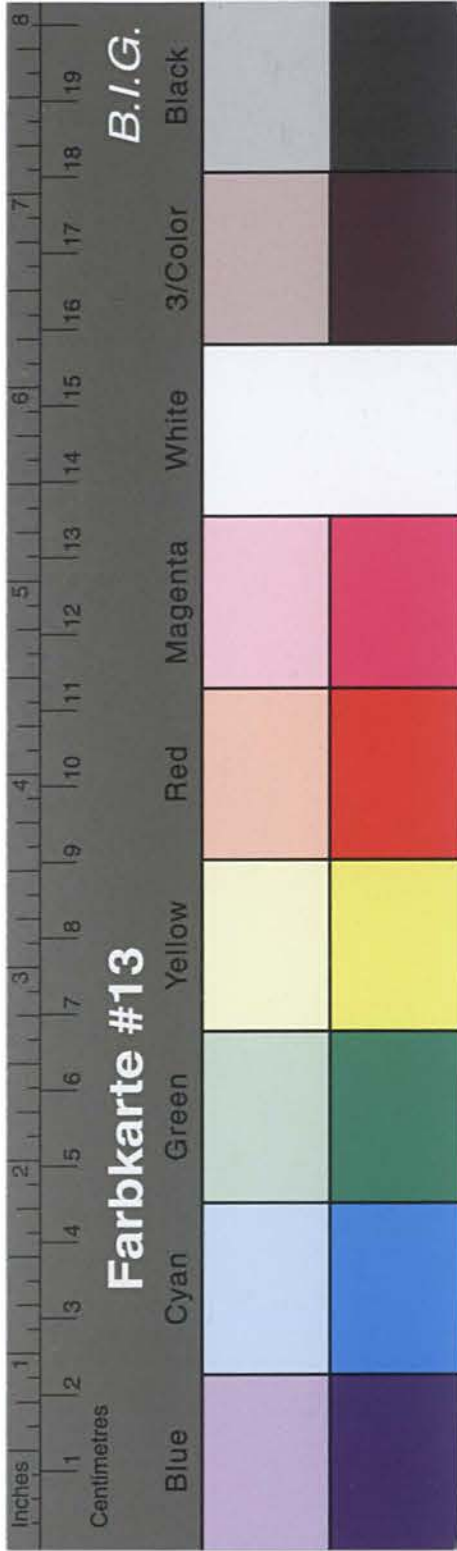
4 29/12. 11



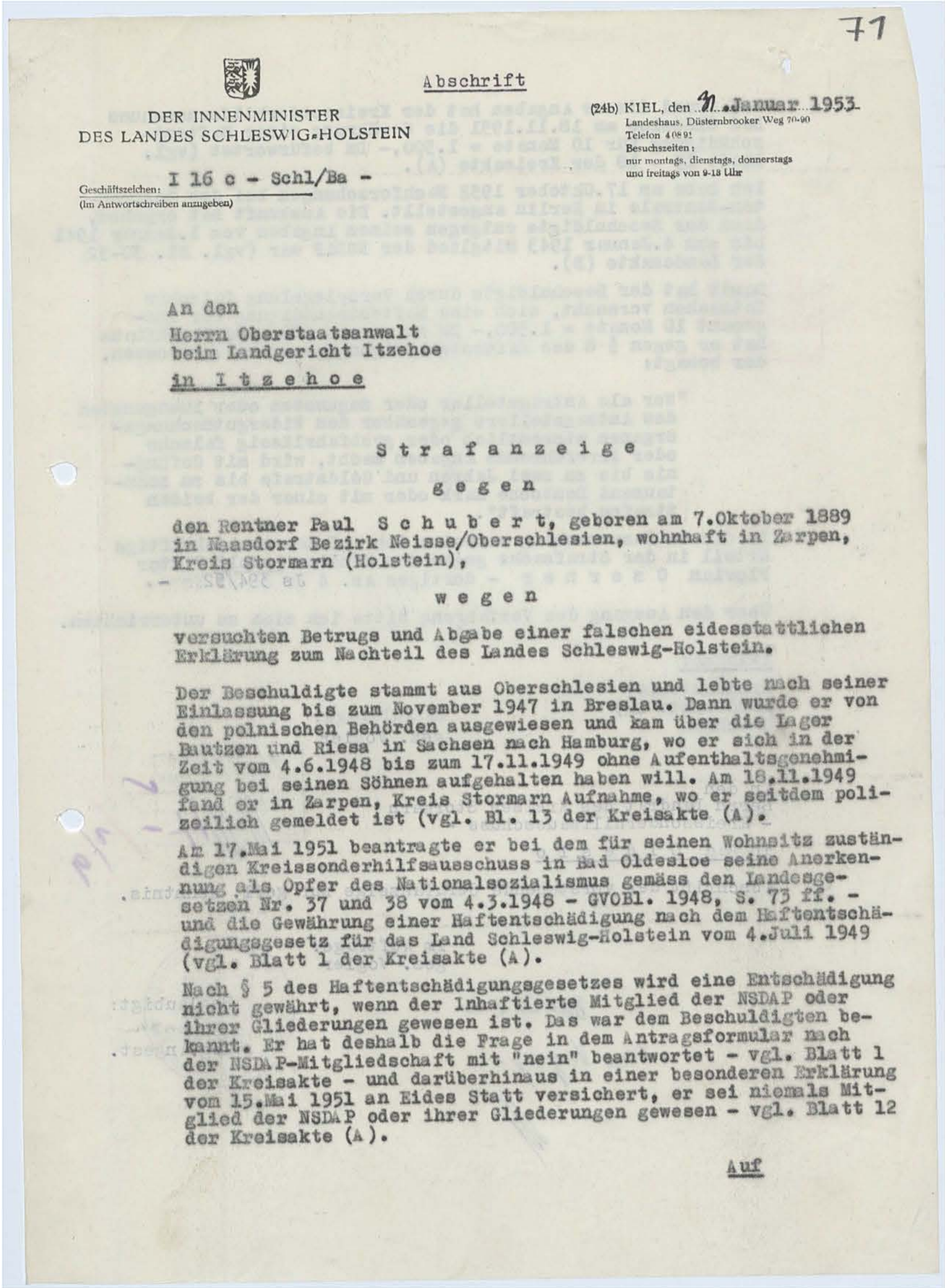
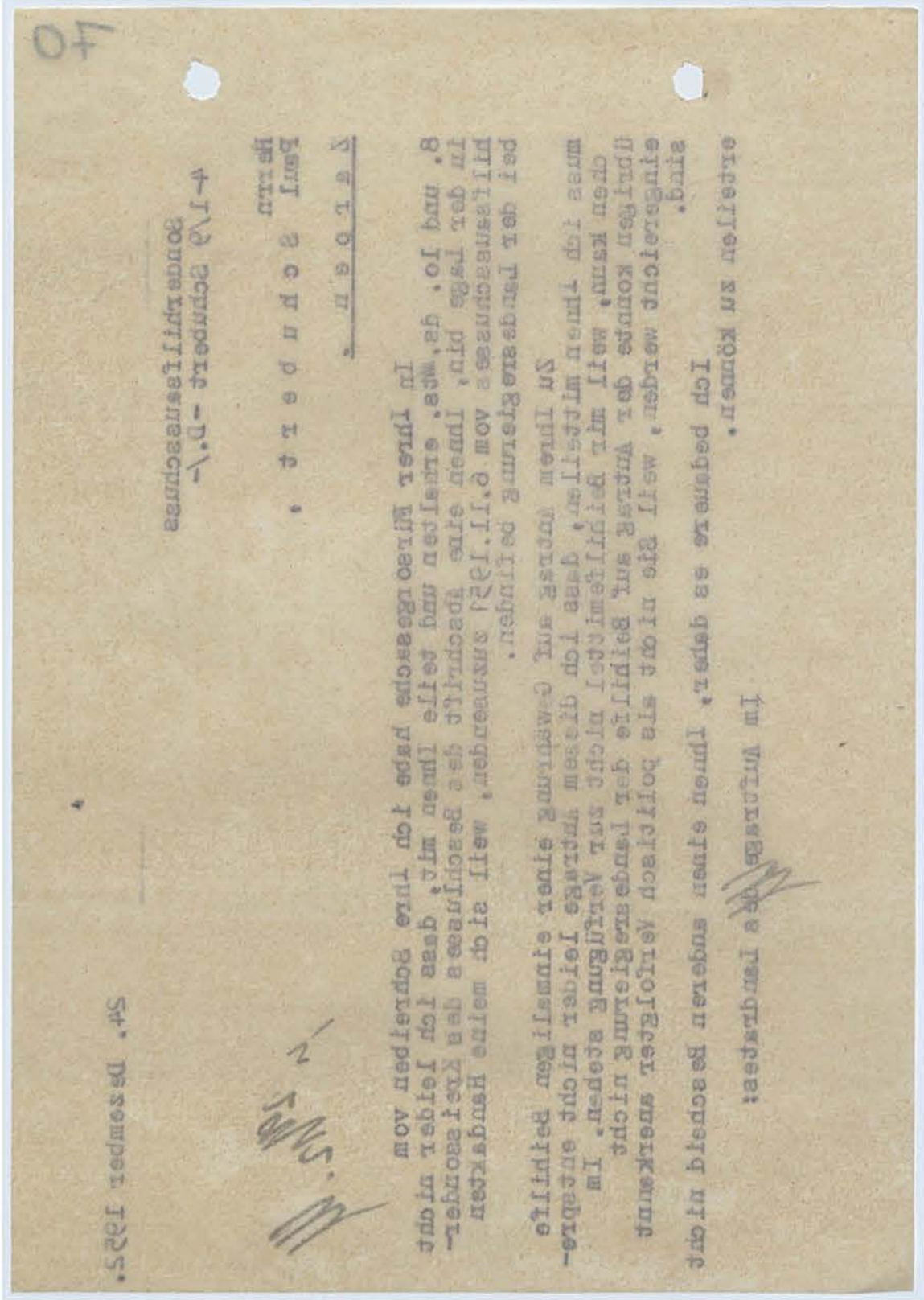
Kreisarchiv Stormarn B2



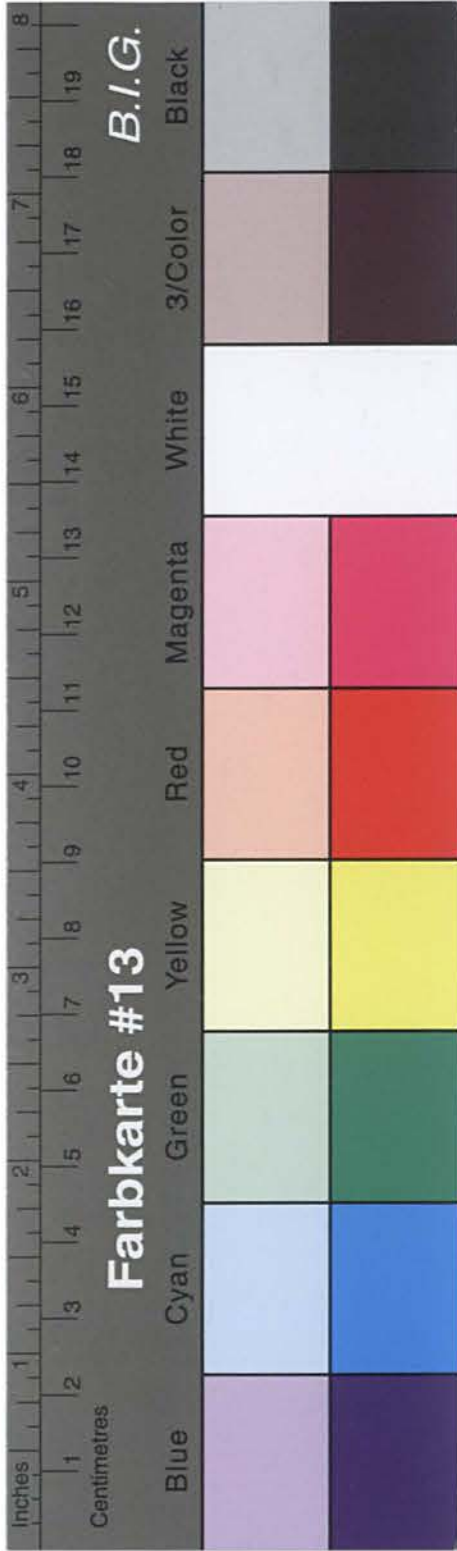




# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

Auf Grund dieser Angaben hat der Kreissonderhilfsausschuss Bad Oldesloe am 18.11.1951 die Gewährung einer Haftentschädigung für 10 Monate = 1.500,- DM befürwortet (vgl. Blatt 15 - 18 der Kreisakte (A)).

Ich habe am 17. Oktober 1952 Nachforschungen bei der Dokumenten-Zentrale in Berlin angestellt. Die Auskunft hat ergeben, dass der Beschuldigte entgegen seinen Angaben vom 1. Januar 1941 bis zum 4. Januar 1943 Mitglied der NSDAP war (vgl. Bl. 30-32 der Landesakte (B)).

Damit hat der Beschuldigte durch Vorspiegelung falscher Tatsachen versucht, sich eine Haftentschädigung für insgesamt 10 Monate = 1.500,- DM zu verschaffen. Darüberhinaus hat er gegen § 8 des Haftentschädigungsgesetzes verstossen, der besagt:

"Wer als Antragsteller oder zugunsten oder zuungunsten des Antragstellers gegenüber den Wiedergutmachungsorganen wissentlich oder grobfahrlässig falsche oder irreführende Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafe bis zu zehn-tausend Deutsche Mark oder mit einer der beiden Strafen bestraft".

In diesem Zusammenhang verweise ich auf das rechtskräftige Urteil in der Strafsache gegen den Händler Rudolf Viktor Florian C z e r n e r - dortiges Az. 4 Js 394/52 -.

Über den Ausgang des Verfahrens bitte ich mich zu unterrichten.

Anlagen:  
Kreisakte (A)  
Landesakte (B)  
E-Schein

Im Auftrage:  
gez. Vogler

An den  
Herrn Landrat des Kreises Stormarn  
- Kreissonderhilfsausschuss -  
in Bad Oldesloe

Abschrift der vorstehende Strafanzeige zur gefl. Kenntnis.

Im Auftrage:  
gez. Vogler

BAA 21.2.63  
Zum Vorgang.

Kreisarchiv Stormarn  
- 18.11.1951  
- 17.10.1952  
- 18.11.1951

Landesregierung  
Schleswig-Holstein  
Kanzlei  
Reg. Angest.

Landespolizei Schleswig - Holstein  
- Landeskriminalpolizei -  
Ref. III/6-17g. Nr. 8/53

Kiel, den 18.5.1953

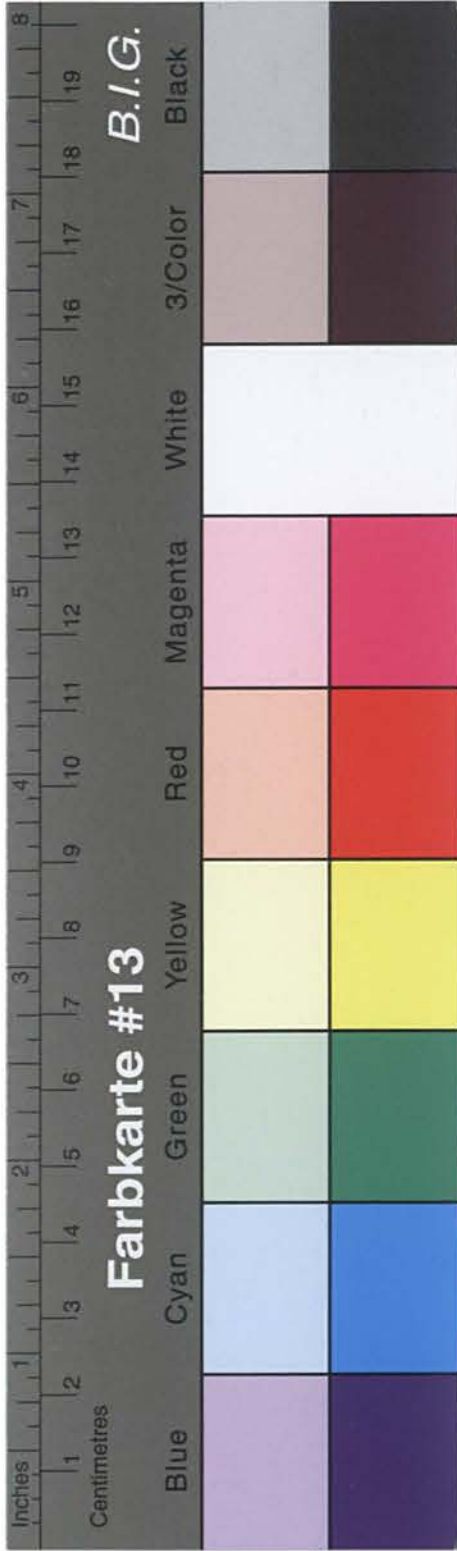
An die  
Kreisverwaltung Stormarn  
Abt. 4 - 1/9  
in Bad - Oldesloe  
Mühlenstrasse 22.

Anliegend wird die Akte des Sonderhilfsausschusses betr.  
Haftentschädigung für Paul S c h u b e r t zuständigkeits-  
halber übersandt.

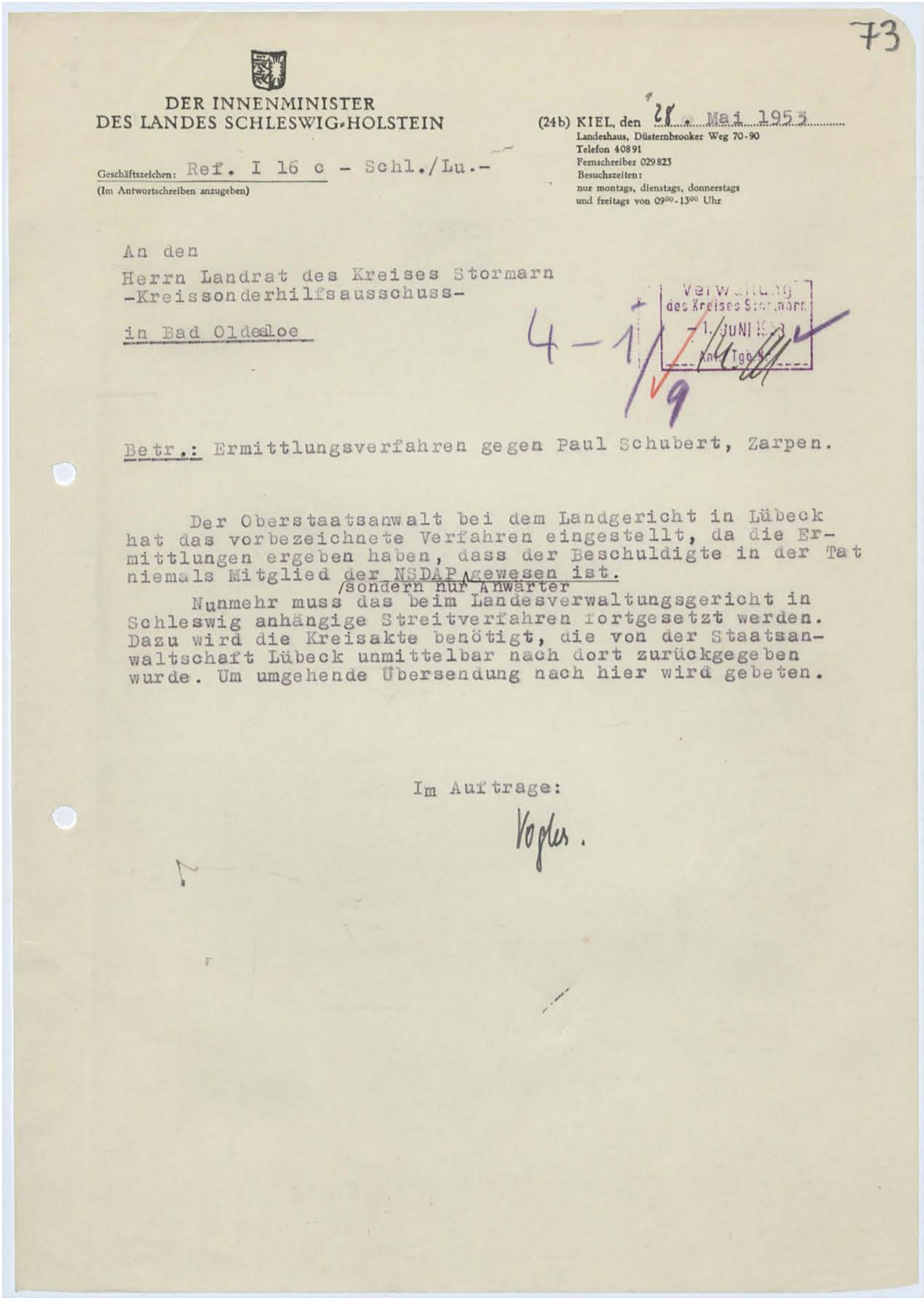
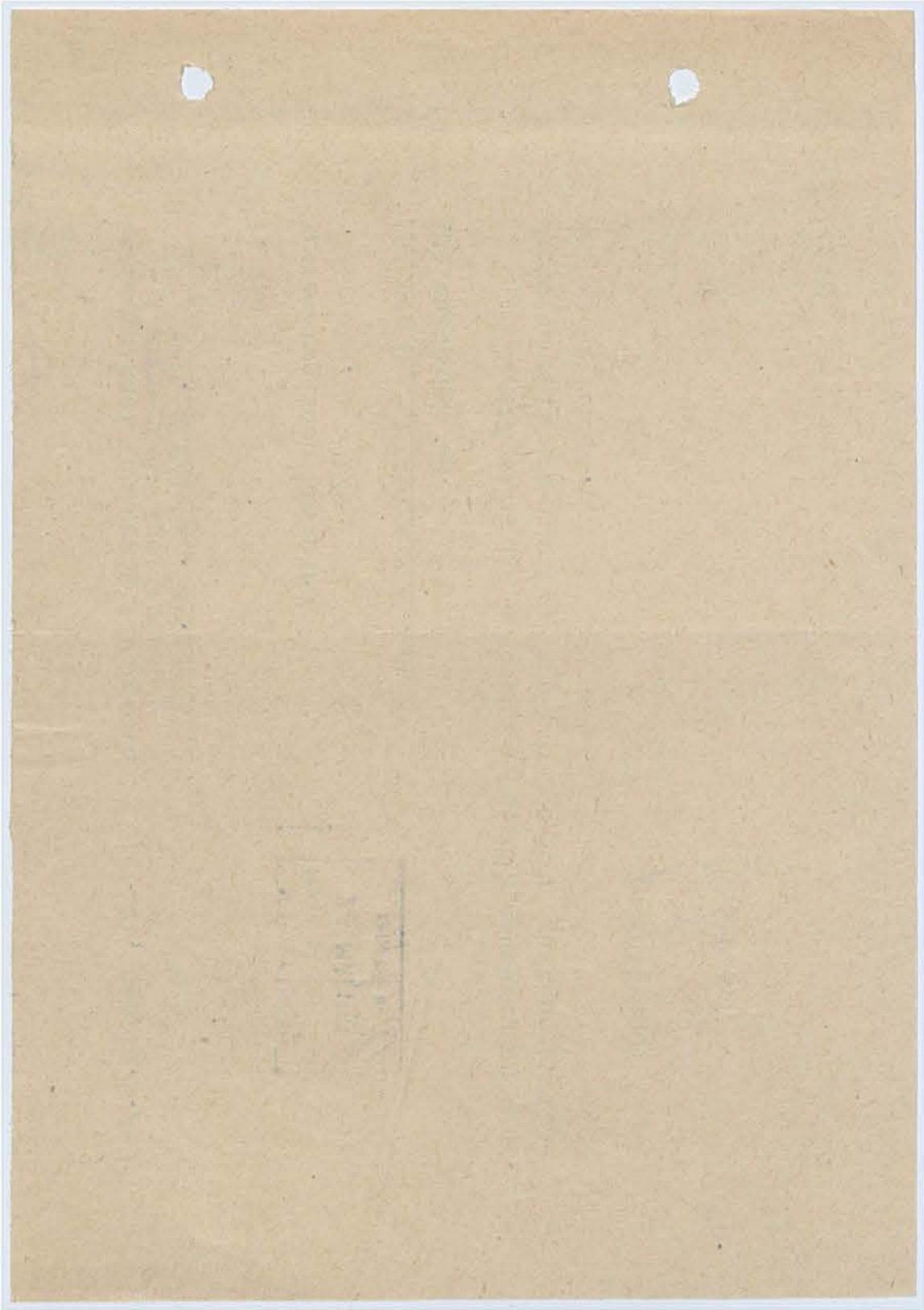
Im Auftrage:  
/Rü.

Verwaltung  
des Kreises Stormarn  
20. Mai 1953  
Mühlstr. 22



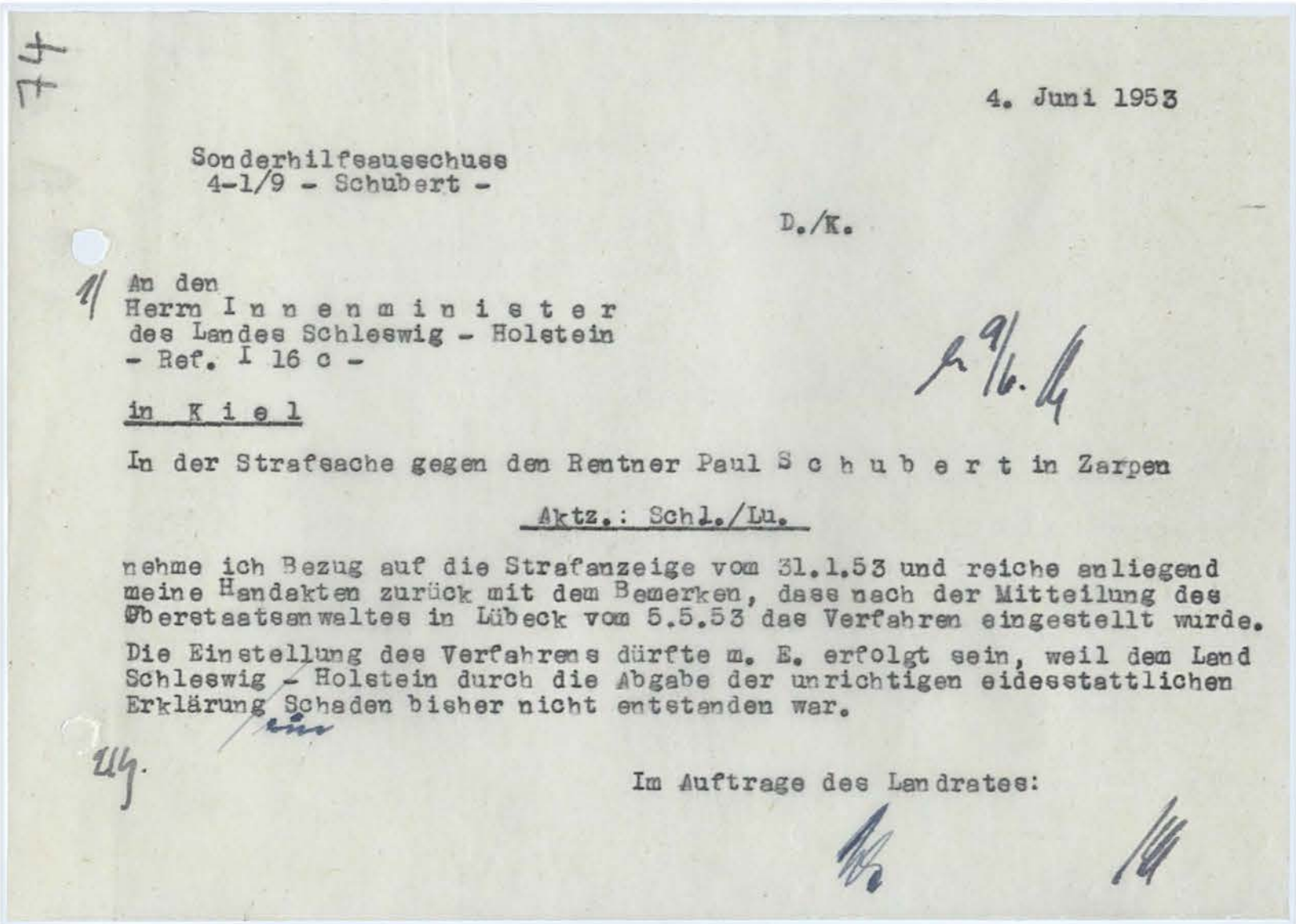
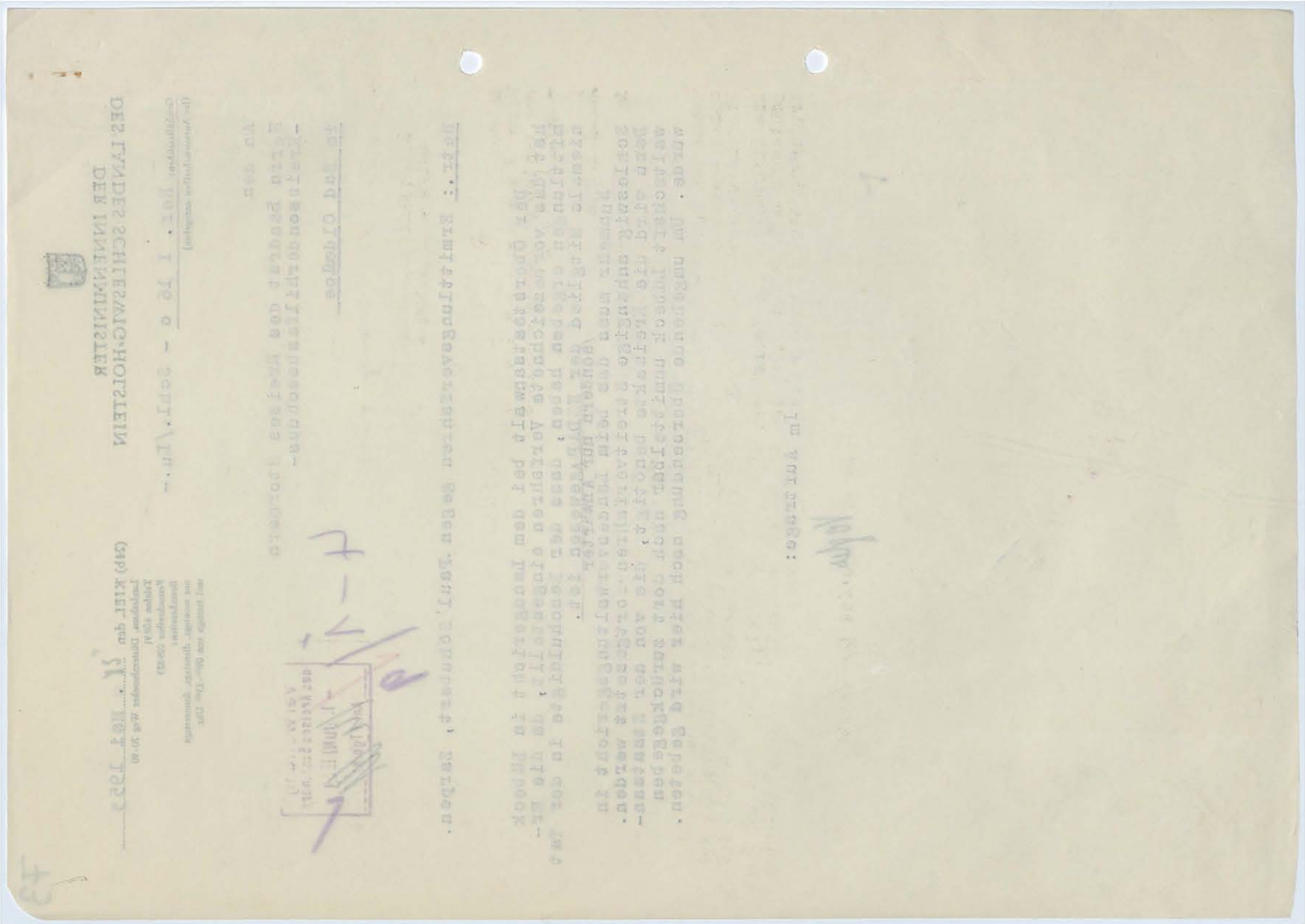


# Kreisarchiv Stormarn B2

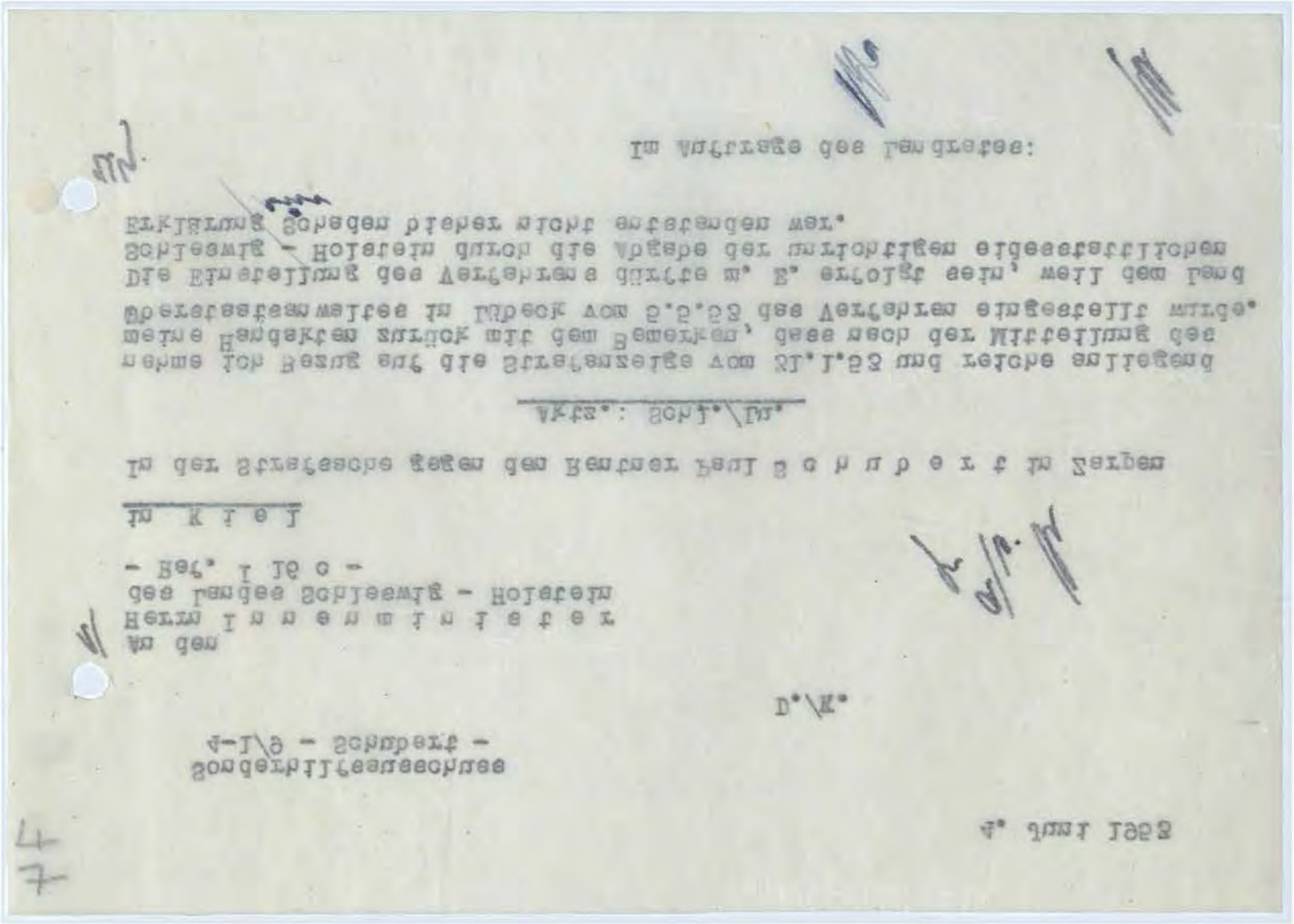
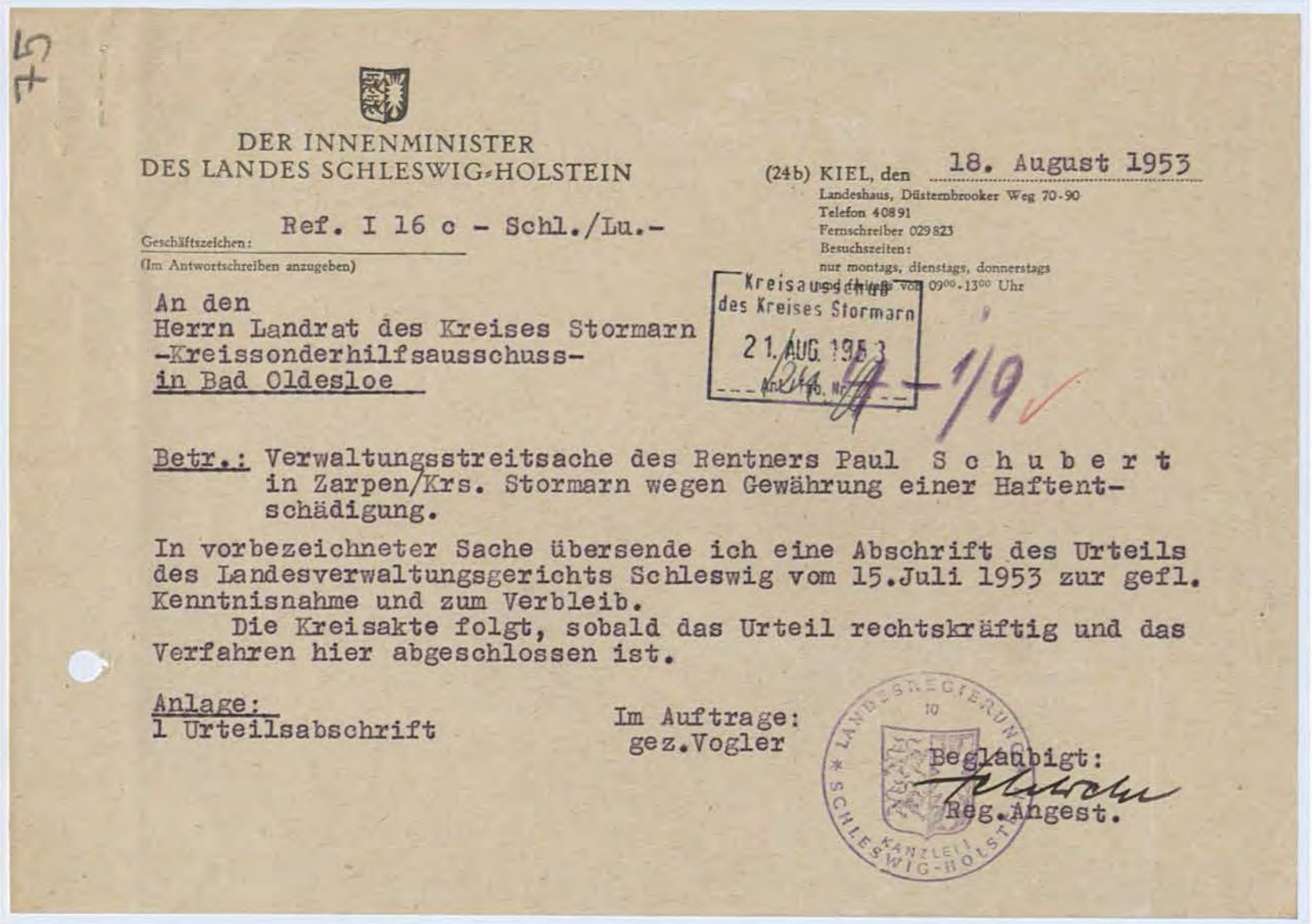




Kreisarchiv Stormarn B2



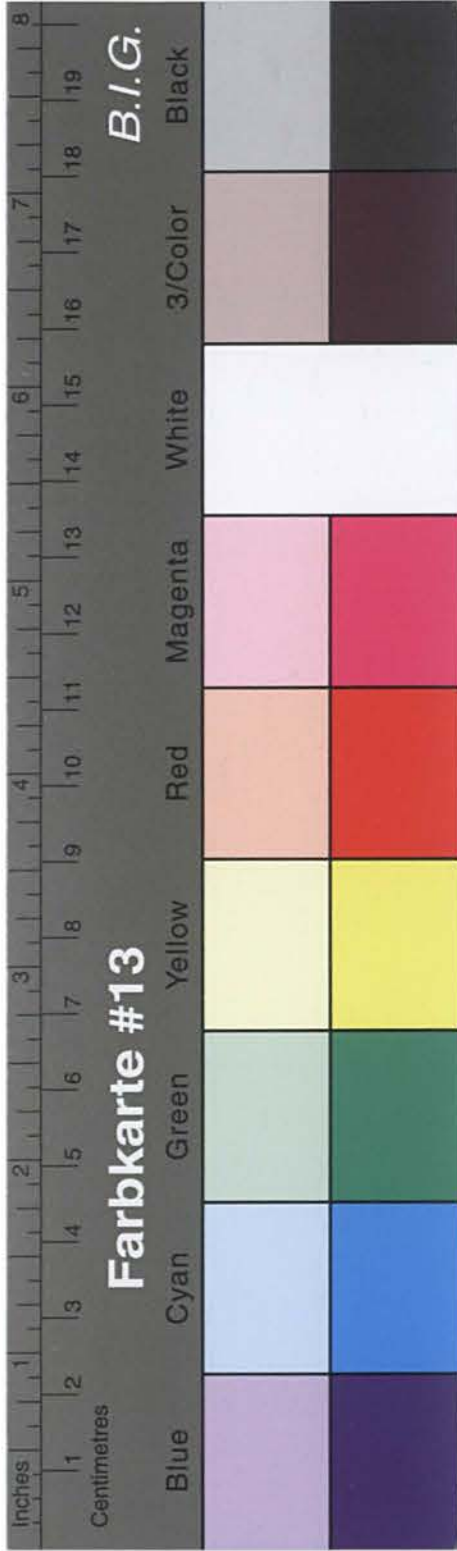




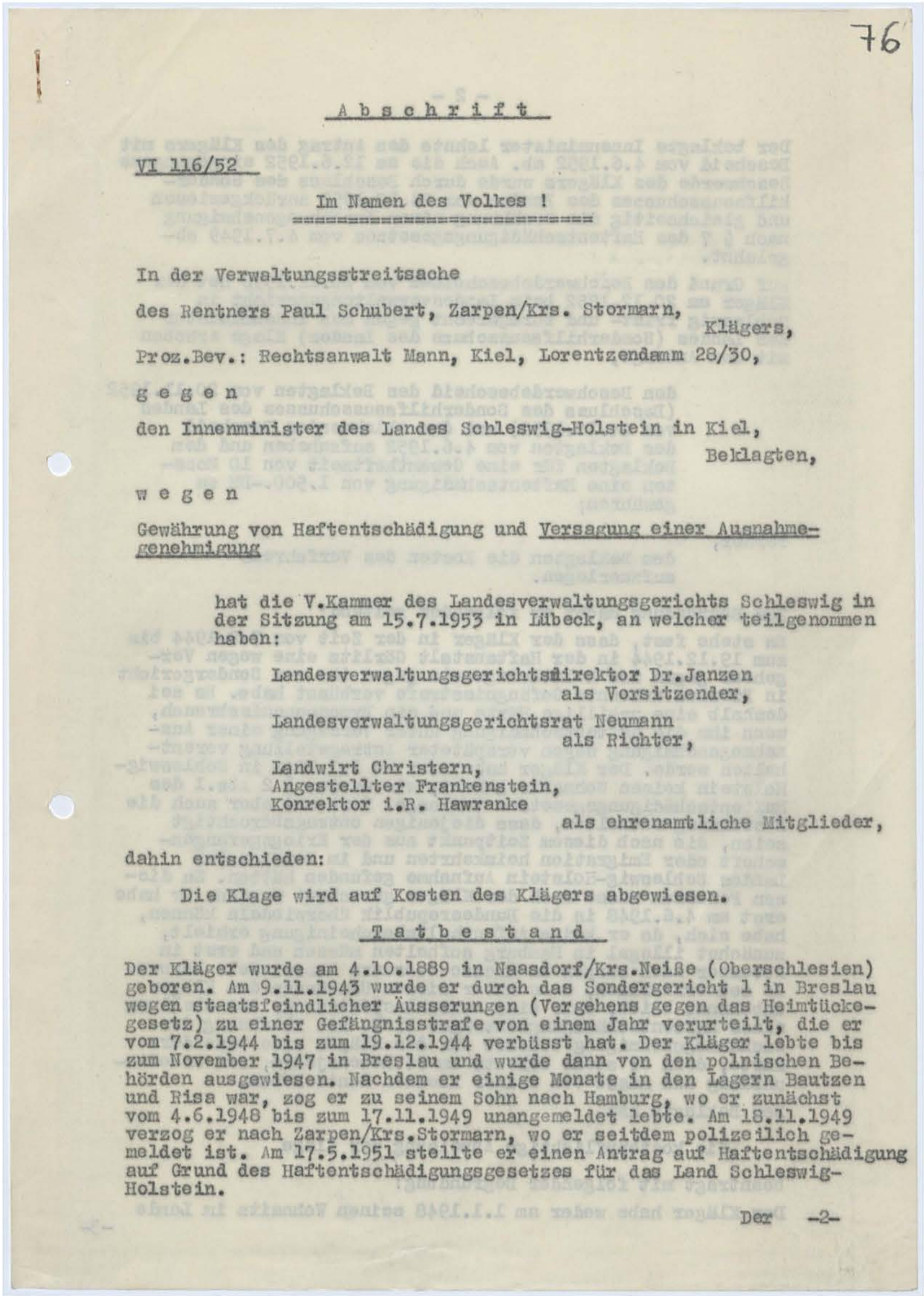
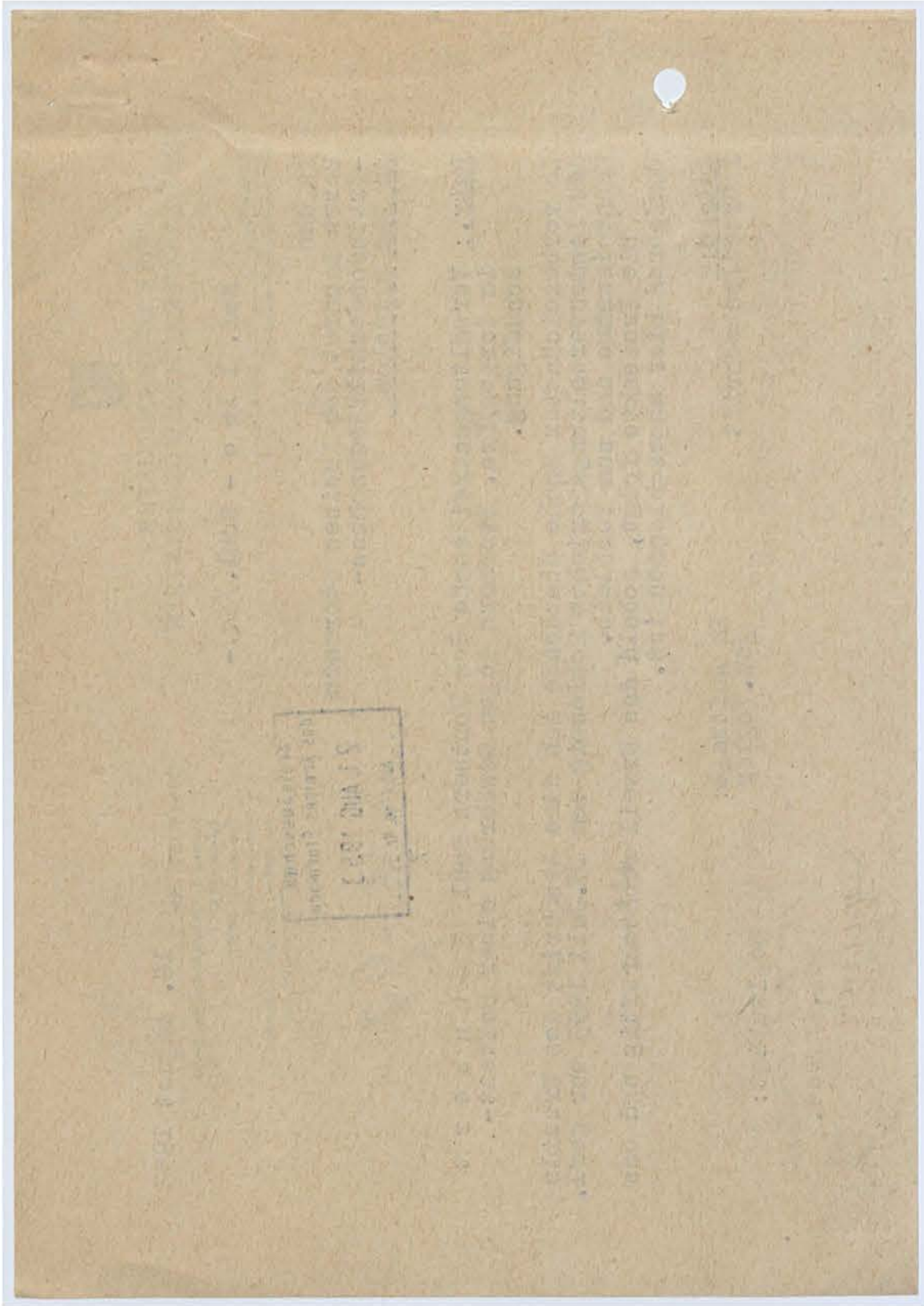
Kreisarchiv Stormarn B2



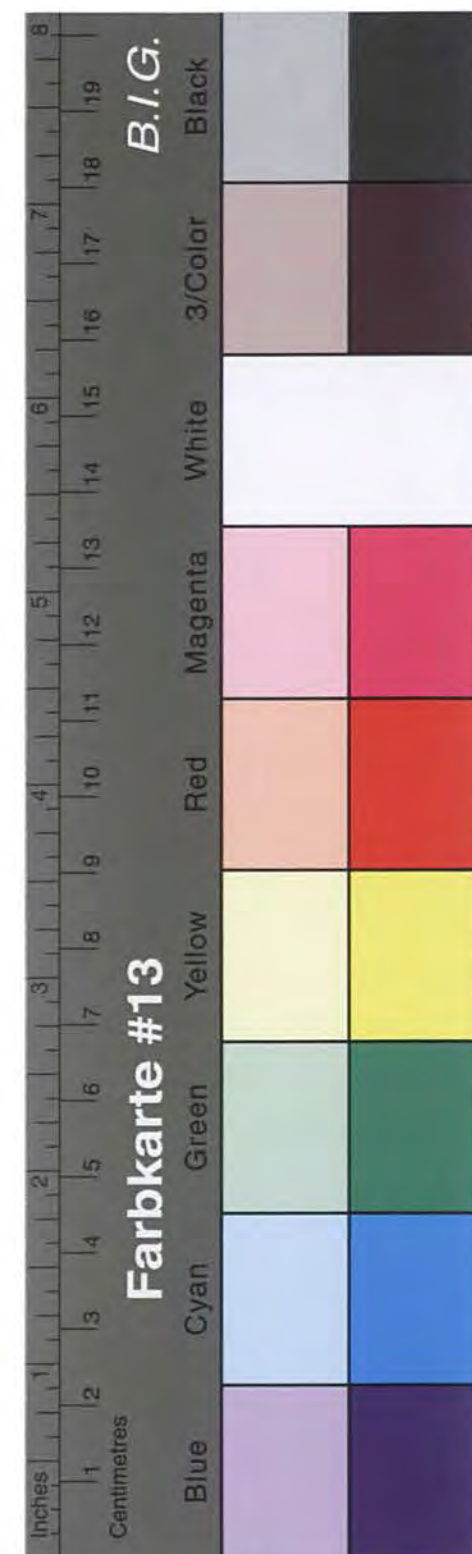




# Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

- 2 -

Der beklagte Innenminister lehnte den Antrag des Klägers mit Bescheid vom 4.6.1952 ab. Auch die am 12.6.1952 eingegangene Beschwerde des Klägers wurde durch Beschluss des Sonderhilfsausschusses des Landes vom 24.10.1952 zurückgewiesen und gleichzeitig die Gewährung einer Ausnahmegenehmigung nach § 7 des Haftentschädigungsgesetzes vom 4.7.1949 abgelehnt.

Auf Grund des Beschwerdebescheides vom 20.11.1952 hat der Kläger am 20.12.1952 beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig frist- und formgerecht gegen den Innenminister des Landes (Sonderhilfsausschuss des Landes) Klage erhoben mit dem Antrage,

den Beschwerdebescheid des Beklagten vom 20.11.1952 (Beschluss des Sonderhilfsausschusses des Landes vom 24.10.1952) und den ablehnenden Bescheid des Beklagten vom 4.6.1952 aufzuheben und dem Beklagten für eine Gesamthaftzeit von 10 Monaten eine Haftentschädigung von 1.500.-DM zu gewähren;

ferner,

dem Beklagten die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen.

Zur Begründung macht er folgendes geltend:

Es stehe fest, dass der Kläger in der Zeit vom 7.2.1944 bis zum 19.12.1944 in der Haftanstalt Görlitz eine wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz gegen ihn vom Sondergericht in Breslau erkannte Gefängnisstrafe verbüsst habe. Es sei deshalb eine unbillige Härte und ein Ermessensmissbrauch, wenn ihm die Haftentschädigung unter Versagung einer Ausnahmegenehmigung wegen verspäteter Antragstellung vorenthalten werde. Der Kläger habe zwar am 1.1.1948 in Schleswig-Holstein keinen Wohnsitz gehabt, wie es der § 2 Abs.1 des Haftentschädigungsgesetzes verlange. Dort sei aber auch die Bestimmung enthalten, dass diejenigen antragsberechtigt seien, die nach diesem Zeitpunkt aus der Kriegsgefangenschaft oder Emigration heimkehrten und im Bereich des Landes Schleswig-Holstein Aufnahme gefunden hätten. Zu diesen Personen müsse auch der Kläger gerechnet werden. Er habe erst am 4.6.1948 in die Bundesrepublik übersiedeln können, habe sich, da er keine Aufenthaltsbescheinigung erhielt, zunächst illegal in Hamburg aufhalten müssen und erst im November nach Zarpen im Kreise Stormarn übersiedeln können. Es sei erklärlich, wenn unter diesen Umständen dem Kläger unbekannt blieb, dass eine Ausschlussfrist für die Stellung eines Haftentschädigungsantrages lief. Die Ablehnung der Ausnahmegenehmigung bedeute für den Kläger eine besondere Härte, denn er stehe bereits im 64. Lebensjahre, sei arbeitsunfähig und müsse von seiner kleinen Rente leben.

Der Beklagte hat

die kostenpflichtige Abweisung der Klage

beantragt mit folgender Begründung:

Der Kläger habe weder am 1.1.1948 seinen Wohnsitz im Lande

- 3 -

- 3 -

Schleswig-Holstein gehabt noch gehöre er zu den Personen, die später aus Kriegsgefangenschaft oder Emigration heimgekehrt seien und Aufnahme in Schleswig-Holstein gefunden hätten. Eine Gleichstellung mit diesen Personen könne der Kläger nicht verlangen, da das Gesetz eine weitergehende Auslegung nicht zulasse. Ausserdem habe der Kläger im Dezember 1940 einen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP gestellt und sei seit dem 1.1.1941 als Parteianwärter geführt worden. In den Genuss einer Entschädigung sollten aber nur solche Personen kommen, die u.a. wegen ihrer politischen oder weltanschaulichen Überzeugung ihrer Freiheit beraubt worden seien. Dies sei aber bei dem Kläger nicht der Fall. Die Tatsache, dass er um Aufnahme in die NSDAP nachgesucht habe und über 2 Jahre als Anwärter geführt wurde, beweise eindeutig, dass er keine im Gegensatz zum Nationalsozialismus stehende politische Überzeugung besessen habe. Auch die Tatsache, dass seine Aufnahme gemäss Entscheidung der Obersten Parteileitung vom 4.1.1943 abgelehnt worden sei, lasse keine Schlüsse auf seine antinationalsozialistische Haltung zu. Die Ablehnung der Haftentschädigung und die Versagung einer Ausnahmegenehmigung sei daher gerechtfertigt.

Nach der Klagerhebung hat der Beklagte am 31.1.1953 gegen den Kläger Strafanzeige wegen versuchten Betruges und Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung zum Nachteil des Landes Schleswig-Holstein erstattet, weil er in dem Antragsformular die Frage der NSDAP-Mitgliedschaft mit "nein" beantwortet und in einer besonderen Erklärung vom 15.5.1951 an Eidesstatt versichert habe, er sei niemals Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen. Das Ermittlungsverfahren wurde durch Verfügung des Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Lübeck vom 5.5.1953 mit der Begründung eingestellt, dass der Kläger nicht Mitglied der NSDAP gewesen sei, sondern lediglich im Dezember 1940 einen Antrag zur Aufnahme in die NSDAP geschrieben habe und seit dem 1.1.1941 als Parteianwärter geführt worden sei.

Im Übrigen wird auf den Inhalt der Schriftsätze der Parteien aus den Streitakten und den der Beilagen verwiesen, der zum Gegenstand der mündlichen Verhandlung gemacht worden ist.

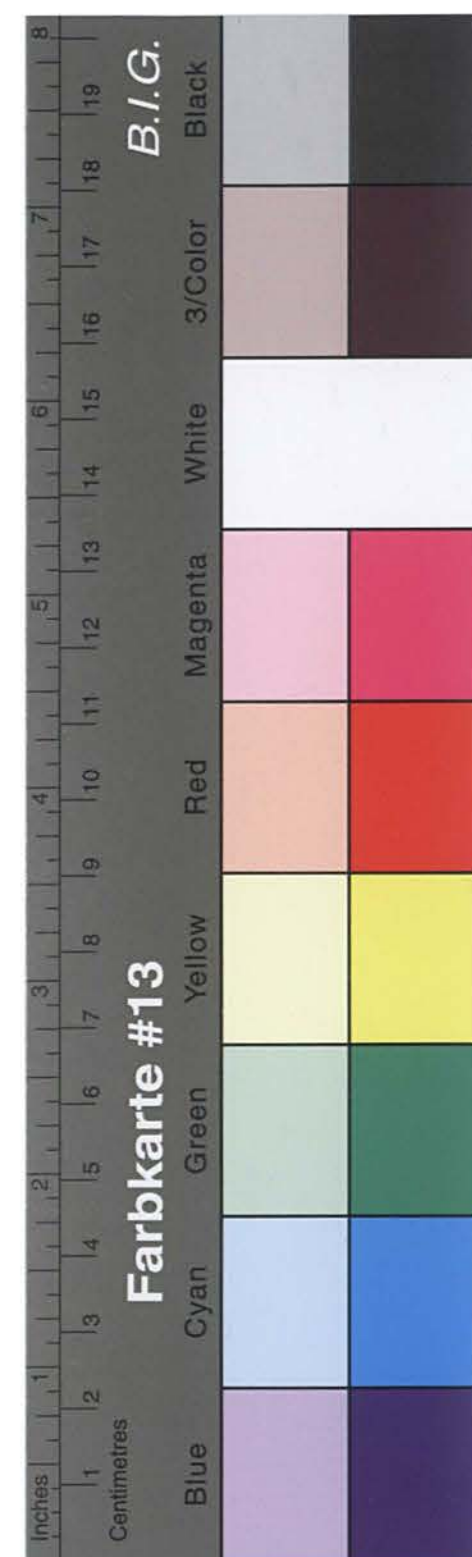
## Entscheidungsgründe

Nach § 1 des Haftentschädigungsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein vom 4.7.1949 kann ein Anspruch auf Haftentschädigung im Sinne dieses Gesetzes geltend machen, wer in der Zeit vom 30.1.1933 bis 8.5.1945 u.a. wegen seiner politischen Überzeugung oder seiner Weltanschauung länger als einen Monat seiner Freiheit beraubt worden ist. Der Kläger hat nachgewiesen, dass er in der Zeit vom 7.2.1944 an 10 Monate Strafhaft in der Haftanstalt Görlitz verbüsst hat auf Grund einer Bestrafung mit einem Jahr Gefängnis durch das Sondergericht in Breslau wegen Vergehens gegen das Heimtückegesetz (vgl. Bl.7 und 7 R der Vorakte B). Insoweit sieht das Gericht daher den Tatbestand des § 1 Abs.1 und 2 des Haftentschädigungsgesetzes als erwiesen an.

Nach § 2 des Haftentschädigungsgesetzes wird aber die Haftentschädigung nur auf Antrag gewährt, und es sind nur solche Personen antragsberechtigt, die am 1.1.1948 ihren Wohnsitz in Schleswig-Holstein hatten oder nach diesem Zeitpunkt aus der

- 4 -





# Kreisarchiv Stormarn B2

- 4 -

Kriegsgefangenschaft oder Emigration heimkehrten und im Lande Schleswig-Holstein Aufnahme gefunden haben. Diese Voraussetzungen treffen auf den Kläger nicht zu. Er ist weder aus der Kriegsgefangenschaft noch aus der Emigration heimgekehrt. Das Gesetz bietet auch keine Handhabe für eine ausdehnende Auslegung.

Der Antrag auf Haftentschädigung ist gem. § 2 Abs.2 des Haftentschädigungsgesetzes binnen einer Ausschlussfrist von einem Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes (also vom 2.8.1949 an) oder der Heimkehr aus der Kriegsgefangenschaft oder Emigration bei dem für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Sonderhilfsausschuss zu stellen. Der Kläger ist weder aus der Kriegsgefangenschaft noch aus der Emigration heimgekehrt. Er hat am 18.11.1949 seinen Wohnsitz in Zarpn. im Kreise Stormarn genommen. Zu diesem Zeitpunkt war die im Gesetz gesetzte Ausschlussfrist noch nicht verstrichen. Er hätte also länger als 8 Monate Zeit gehabt, um den nach dem Gesetz erforderlichen Antrag zu stellen. Das hat er nicht getan. Wenn ihm daher weder eine Ausnahmegenehmigung zur Befreiung von den Bestimmungen des § 2 Abs.1 noch des § 2 Abs.2 vom Sonderhilfsausschuss des Landes erteilt wurde, so kann das Gericht darin keine besondere Härte erblicken.

Aber selbst wenn man den Standpunkt vertreten würde, dass darin eine besondere Härte liegen würde (vgl. § 7 des Gesetzes), so könnte dem Kläger trotzdem keine Haftentschädigung gewährt werden. Nach § 5 des Gesetzes wird eine Entschädigung nach diesem Gesetz nicht gewährt, wenn der Inhaftierte Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen ist. Der Kläger ist, wie aus der Bescheinigung der Dokumentenzentrale in Berlin vom 5.11.1952 hervorgeht und wie in dem Einstellungsbeschluss des Oberstaatsanwalts in Lübeck vom 5.5.1953 bestätigt wird, in der Zeit vom 1.1.1941 bis Anfang 1943 Parteianwärter der NSDAP gewesen. Nach der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte ist der Parteianwärter den Mitgliedern der NSDAP im Sinne des § 5 des Haftentschädigungsgesetzes gleichzustellen.

Da hiernach der Kläger von der Gewährung einer Haftentschädigung durch das Gesetz ausgeschlossen ist, sind die mit der Klage angefochtenen Verwaltungsakte zutreffend ergangen.

Die Klage war daher kostenpflichtig abzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 98 Abs.1 der MRVO Nr.165.

Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg gegeben, das innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig einzulegen ist (vgl. §§ 27 u. 83 der VO Nr.165 der brit.Militärregierung - betr. Verwaltungsgerichtsbarkeit in der brit.Zone).

gez. Dr.Janzen

gez. Neumann

Die

-5-

- 5 -

Die erkennende Kammer hat ferner beschlossen:

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 1.500 DM festgesetzt.

Gegen diesen Beschluss ist innerhalb zwei Wochen nach Zustellung die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg zulässig, die in zweifacher Ausfertigung beim Landesverwaltungsgericht in Schleswig einzulegen ist,

gez. Dr.Janzen

gez. Neumann

Ausgefertigt:

(Siegel) Schleswig, den 28.Juli 1953

gez. Grabert  
Regierungsoberinspektor  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des Landesverwaltungsgerichts.

78



pt



DER INNENMINISTER  
DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN

Geschäftszeichen: Ref. I 16 c - Schl./Lu.-  
(Im Antwortschreiben anzugeben)

An den  
Herrn Landrat des Kreises Stormarn  
-Kreisrunderhilfsausschuss-  
in Bad Oldesloe

(24b) KIEL, den 30. Oktober 1953

Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70-90  
Telefon 40891  
Fernschreiber 029823  
Besuchszeiten:  
nur montags, dienstags, donnerstags  
und freitags von 09<sup>00</sup>-13<sup>00</sup> Uhr

Kreisausschuß  
des Kreises Starnberg

- 2 жд

Betr.: Verwaltungsstreitsache S c h u b e r t, Paul, Zarpen ./.. das Land Schleswig-Holstein.

Das Urteil des Landesverwaltungsgerichts in Schleswig ist rechtskräftig geworden. Anbei übersende ich die Kreisakte zum Verbleib.

Anlage :  
1 Kreisakte

Im Auftrage:

B. 27. n. 67

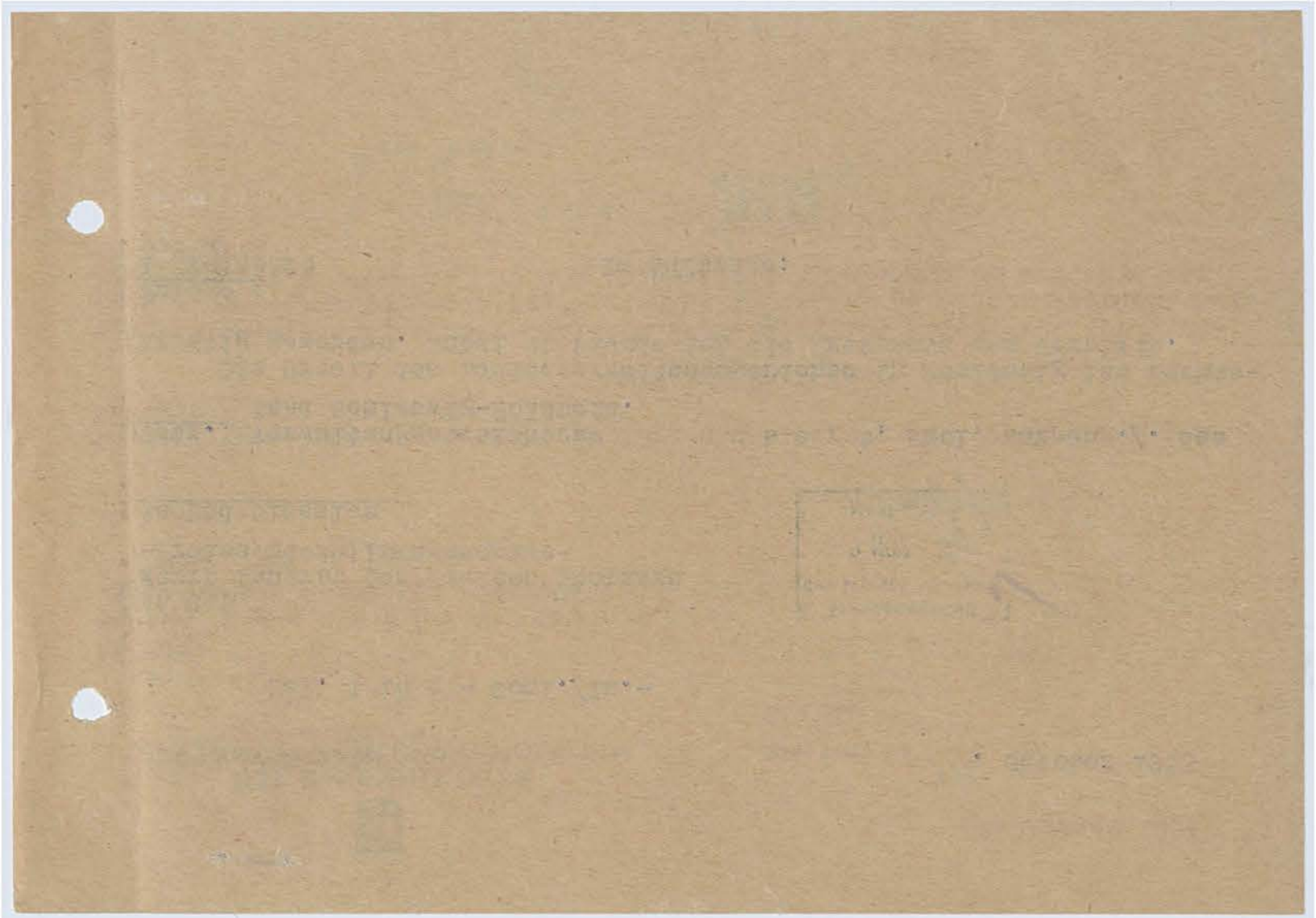
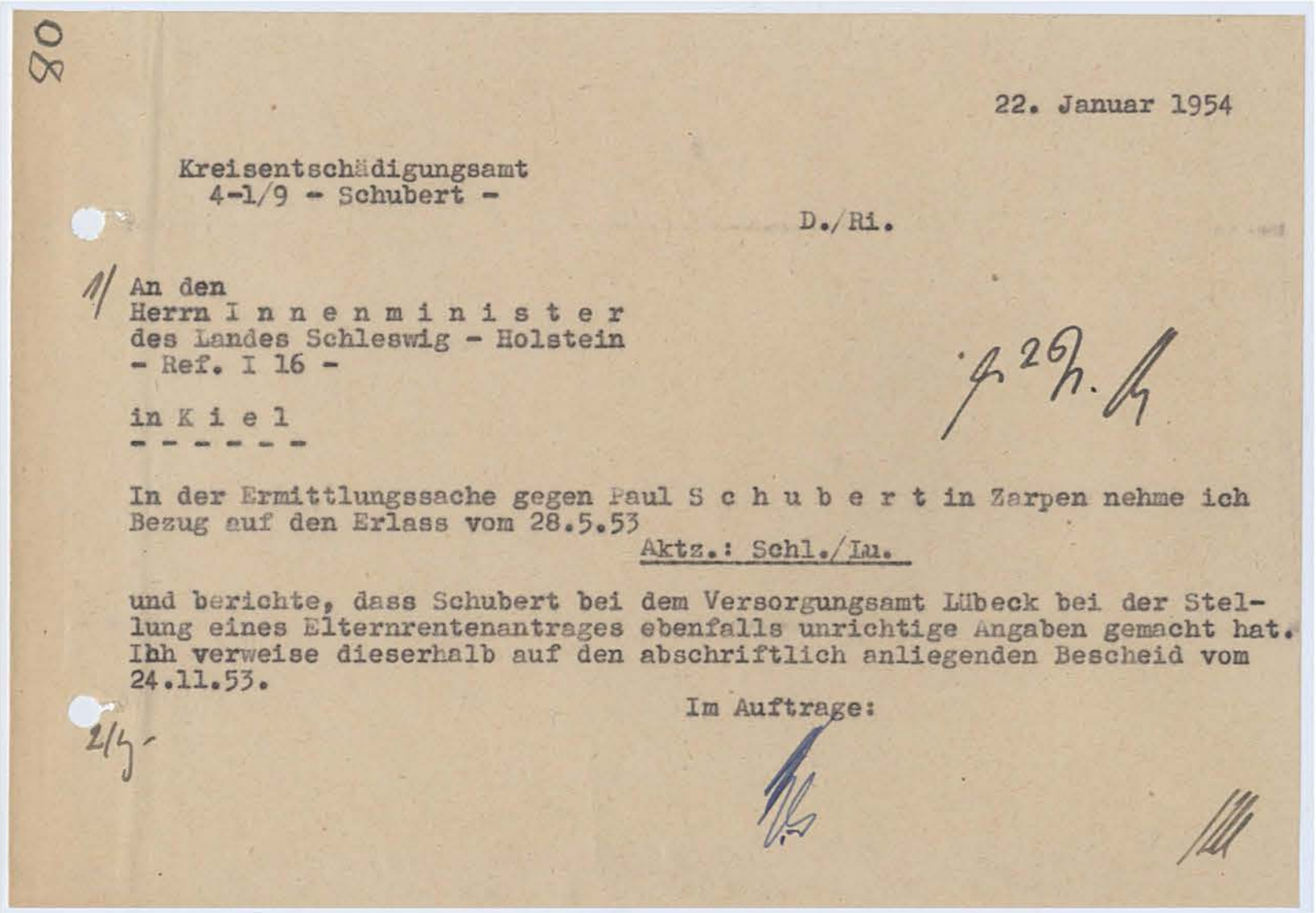
Zum Vorgang

Wochen

Kreisarchiv Stormarn B2



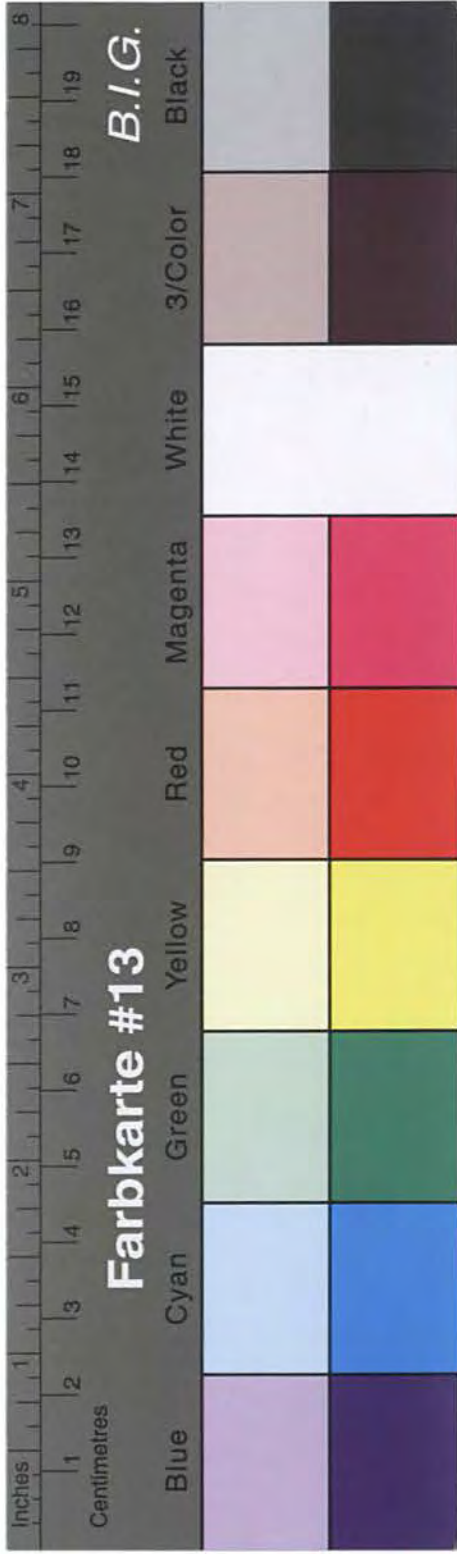




Kreisarchiv Stormarn B2







# Kreisarchiv Stormarn B2

